



Arbeiterkampf

Jg. 5 Nr. 63 1. Juli '75 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 1,-

Bourgeoisie bläst zur Attacke auf das Lebensniveau der Werktätigen:
„Abschied vom Sozialstaat“ – heißt die Parole!

In der letzten Ausgabe des ARBEITERKAMPF haben wir ausgehend von der Drohung mit Steuererhöhungen durch Finanzminister Apel die gegenwärtige wirtschaftliche Situation beleuchtet und die Konsequenzen, die Staat und Kapitalisten zu Lasten der Arbeiterklasse daraus ziehen, erläutert. Waren diese zum damaligen Zeitpunkt im wesentlichen auf die „Sparpolitik“ des Staates, sowie auf Forderungen der Kapitalisten nach „steuerlicher Erleichterung“ und „maßvoller Tarifpolitik“ „beschränkt“, so wird inzwischen in der bürgerlichen Propaganda o f f e n der General-Abbau des schrankt, so wird inzwischen in der bürgerlichen Propaganda o f f e n der General-Abbau des „Sozialstaates“ an allen Ecken und Enden als „Notwendigkeit“ gepriesen.

Kurz vor der „parlamentarischen Sommerpause“ noch, haben die Bonner Regierungspolitiker sich voll die Springer'sche „Kritik“ zu eigen gemacht, wonach „Sparappelle ... solange Makulatur (sind), bis die Bonner Kassenwarte nicht deutlich sagen, wo und bei wem der Rotstift angesetzt werden soll“ („Welt“, 19.6.75), und haben mit einem weiteren umfangreichen „Sparpaket“ unmissverständlich demonstriert, daß ihr Kurs auf rigorose Schröpfung allein der werktätigen Massen gerichtet ist.

die massive Kreditfinanzierung der Kapitalisten und durch anhaltende Steuerausfälle (im wesentlichen ausbleibende Umsatzsteuer der Kapitalisten!) inzwischen ca. 60 Mrd. DM! (Mai-Bericht der Bundesbank). Das entspricht etwa der Summe, die für die beiden größten Einzelpläne des Etats, „Verteidigung“ und „Soziales“, veranschlagt wurde. Dennoch relativierte Finanzminister Apel die in einem Interview mit dem „Stern“ angedrohte Erhöhung der Steuern (vor allem der Mehrwertsteuer von 11 auf 13 %) derart, daß der „Zeitpunkt noch nicht (!) gekommen sei, über Steuererhöhungen zu entscheiden“ (Stern, 15.7.75), daß der „Zeitpunkt noch nicht (!) gekommen sei, über Steuererhöhungen zu entscheiden“ (Apel in der „aktuellen Stunde“ des Bundestages auf eine Anfrage der CDU/CSU, 12.6.75).

„Ich bitte aber meine Worte als eine Art Vorwarnung zu verstehen“ (ebenda).

Zunächst einmal verlagerte Apel die Ausplünderungsaktivitäten der Regierung auf die Ebene „massiver Sparmaßnahmen“, also dorthin, wo die Auswirkungen nicht so unmittelbar wie bei Steuererhöhungen spürbar werden, die „Störung“ des „sozialen Friedens“ (bei taktisch klugem Vorgehen) begrenzt gehalten werden kann, als etwa bei Steuererhöhungen im Herbst, während der anlaufenden Tarifauseinandersetzungen etc.

Bei diesen „Sparmaßnahmen“ nun, werde es „keine Tabus“ geben, erläuterte Apel weiter, womit er natürlich vor allem den „sozialen Bereich“, keinesfalls aber den Rüstungsetat, oder gar die Gelder für die Profitbelebung meinte.

Bekannt wurde bislang von den geplanten Maßnahmen die Streichung von insgesamt 19 Gesetzesvorhaben, von denen schon die ersten 6, deren Durchführung insgesamt 2,6 Mrd. DM kosten würde, beschlossenermaßen dem Rotstift zum Opfer gefallen sind. Im einzelnen sind das:

- das Gesetz über die Fachhochschulbildung des gehobenen Dienstes (Kosten: 555 Millionen);
- Steuerbeamtenausbildungsgesetz, Einsparungen: 276 Millionen;
- Strafvollzugsgesetz, 180 Millionen;
- Rettungssanitäter-Gesetz, 102 Millionen;
- Strafvollzugsgesetz, 180 Millionen;
- Rettungssanitäter-Gesetz, 102 Millionen;
- Freifahrt für Behinderte, 59 Millionen, und
- Fahrpreisausschuss im Nahverkehr, 1.481 Mrd. ! („Welt“, 21./22.6.75).

„Die Bahn – der Beruf ... ?“

Die hier zuletzt aufgeführten Gesetze über den Personennahverkehr sind im Übrigen nur ein kleiner Teil dessen, was im Bereich Bundesbahn – Nahverkehr „gespart“ und rationalisiert werden soll. Auf die Streichung des mittel- und langfristigen Nahverkehrsprogramms haben wir schon im letzten AK hingewiesen (Kürzungen um über 20 %).

In seinem jüngsten Bericht an den Haushaltsausschuß des Bundestages wies Bundesbahnpräsident Veas darauf hin, daß es bereits gelungen sei, mit mehr als 150 Einzelmaßnahmen (!) 1 Mrd. DM

Fortsetzung Seite 35



Wahlen in Italien Großer Sieg der Linken

Seite 17

Solidarität mit den fünf Mitgliedern des KBW, die in den Knast sollen!

Am 23. Juni mußten fünf Mitglieder des KBW ihre Haft antreten. Es sind die Genossen:

- Dietrich Hildebrandt (Redakteur beim KBW) für zwölf Monate,
- Burkart Braunberens (Mitglied des ZK des KBW) für acht Monate,
- Uwe Kräuter für acht Monate,
- Jochen Noth (Mitglied des ZK und Redakteur beim KBW) für acht Monate,
- Joscha Schmieder (Sekretär des ZK des KBW) für acht Monate.

Die fünf Genossen hatten 1970 (damals noch als Mitglieder des SDS) in Heidelberg zusammen mit 2.000 Demonstranten gegen den portugiesischen Kolonialismus und die US-Aggression auf das vietnamesische Volk protestiert. Der Anlaß war eine Konferenz, in Anwesenheit des US-Kriegsverbrechers MacNamara (früherer Kriegsminister der USA), zu

neokolonialistischen „Entwicklungsprojekten“ wie dem Cabora-Bassa-Staudamm in der damaligen portugiesischen Kolonie Mosambik.

Gegen diese Demonstration war die Polizei prügeln vorgegangen, viele Genossen wurden festgenommen und einige vor's Gericht geschleppt.

Daß erst nach Gründung des KBW die zunächst ausgesprochene „Bewährung“ für die Genossen aufgehoben wurde und daß sie heute, fünf Jahre nach den Ereignissen, zum Haftantritt aufgefordert werden, muß als bewußter Schlag des bürgerlichen Staates gegen eine bei allen Fehlern ihrer Politik linke Organisation begriffen und bekämpft werden. Wir sind deshalb mit den fünf Genossen solidarisch, zumal sie wegen „Taten“ in den Knast gehen sollen, die vollständig gerechtfertigt waren.

19 Gesetzesvorhaben sollen gestrichen werden!

Das für 1975 geschätzte Defizit im Staatshaushalt beträgt durch

Chile: Bluff um die Freilassung politischer Gefangener

Die chilenische Junta hat im Mai mit der ICEM (Zwischenstaatliches Komitee für europäische Auswanderung) einen Vertrag abgeschlossen über die Freilassung und anschließende Ausweisung von 1.500 politischen Gefangenen in Chile. Von der bürgerlichen Presse wurde dies – wie die ständigen Versicherungen Pinochets, bald alle Gefangenen freizulassen – begierig aufgegriffen, um den chilenischen Faschismus als „kreditwürdig“ verkaufen zu können.

Tatsache ist aber, daß seit der Zusage der Freilassung der 1.500 Gefangenen, die sowieso nur einen Bruchteil aller politischen Gefangenen ausmachen, weit mehr Gegner der faschistischen Junta bereits wieder verhaftet worden, sei es von der Straße weg, am Arbeitsplatz etc.

Bei den 1.500 politischen Gefangenen handelt es sich um Menschen, die aufgrund des Ausnahmezustandes in Chile ohne jede Anklage und ohne Prozess verhaftet wurden und fast alle schon bis zu zwei Jahren (seit dem 11.9.73) inhaftiert sind.

Klar ist, daß sich die Junta für die Propaganda-Aktion die „harmlosesten“ Opfer ihrer Politik ausgesucht

hat. Bedingung für die „Freilassung“ ist es jedoch, daß die Gefangenen samt ihren Familien Länder finden müssen, die sie aufnehmen, da der Vertrag eine Ausweisung mit einschließt. Somit kommt dieser Tatbestand einer illegalen Massenevakuierung gleich! Es würde nicht über-raschen, würde Pinochet die nicht vorhandene Bereitschaft einiger west-europäischer Länder, die Gefangenen aufzunehmen (z. B. BRD), als Vorwand gebrauchen, um sie weiter illegal zu inhaftieren.

Überhaupt scheint Pinochet – wie einst Hitler – von einer „Tausend-jährigen Herrschaft“ zu träumen. Die juntafreundliche Zeitung „La Segunda“ berichtete von einem Besuch Pinochets in Concepcion, wo dieser u. a. verlauten ließ: „Ich werde sterben, meine Nachfolger auch, aber Wahlen wird es nicht geben ...“ („Süd. Zeitung“ vom 19. 6. 75).

Schon mancher Faschist ist aus solchen Träumen durch einen entschiedenen antifaschistischen Kampf nicht mehr aufgewacht!

Chemiekomitee
KB/ Gruppe Hamburg

HINWEIS
Politischer Prozeß gegen KB
MEK-Prozeß in Hamburg.
Der Einsatzleiter im Gerichtssaal – ahnungslos

Seite 41

Ausnahmezustand in Indien

Seit dem 26. Juni 1975 regieren die indische Ministerpräsidentin Indira Gandhi und die von ihr geführte Kongreßpartei mit Ausnahmezustand. Nach offiziellen Angaben wurden bisher 900 Menschen – darunter etwa ein Drittel Politiker der Oppositionsparteien – inhaftiert (inoffiziellen Angaben zufolge sind es bereits 3.500 lt. „SZ“, 28./29. Juni). Bei den Verhafteten soll es sich um die Führer der rechten Parlamentaropposition, die Führer der außerparlamentarischen Rechtsparteien und auch um führende Vertreter der oppositionellen Linken handeln.

Der zunächst (!) für zwei Monate verfügte Ausnahmezustand bedeutet: Totale Pressezensur, Aufhebung der Versammlungsfreiheit und damit unbegrenzte Operationsmöglichkeiten für Polizei und Armee zur Unterdrückung und Liquidierung von „Unruhen“.

Die indische Ministerpräsidentin begründete die von ihr veranlaßten Maßnahmen mit der Notwendigkeit, die innere Sicherheit aufrechtzuerhalten, „die durch die Agitation gegen ihre weitere Amtsführung entstanden sei“ („FR“, 27.6.). Die Opposition habe sich des Versuchs „der Verschwörung“ schuldig gemacht und danach getrachtet, „die Armee und die Polizei zum Ungehorsam zu verleiten“ („FR“, ebenda).

Dieser Vorwurf richtet sich ganz offensichtlich gegen den (ehemaligen Mahatma-Gandhi-Schüler) Jayaprakesh Narayan, der in einem Appell die Streitkräfte und die Polizei Indiens aufgefordert hatte, „keine un-rechtmäßigen und unmoralischen Befehle“ zu befolgen“ („SZ“, 28./29.6.).

Tatsächlich gingen der Verhängung des Ausnahmezustandes durch die Regierung Indira Gandhis schwerwiegende und sich immer weiter zuspitzende Klassenkämpfe in verschiedenen Regionen Indiens voraus: massenhafte Protestdemonstrationen und Streiks gegen die elende soziale Lage von Millionen Landarbeitern, Werktätigen und Menschen ohne Arbeit. Während noch 1971 zig Millionen Inder auf die Verwirklichung der Hauptlosung der Kongreßpartei – „Garibi hatao“ (Armut verschwinde) – gehofft und Indira Gandhi zu einem spektakulären Wahlerfolg verholfen hatten, äußerte sich in den letzten Monaten zunehmend Kritik und Protest daran, daß von den ursprünglichen Versprechen immer mehr zurückgenommen wurde.

Rechte Volksverhetzer (Demagogen) verstanden es, den Unmut auf ihre Mühlen zu lenken. Sie machten die weitverbreitete Korruption in allen Bereichen des öffentlichen Lebens zum hauptsächlichsten Angriffspunkt auf die regierende Kongreß-

partei und namentlich die Ministerpräsidentin.

Da „Demokratie in den Parlamenten... immer mit Stimmenkauf und Überläufertum, Korruption und Rückgratlosigkeit zu tun (hatte)“ („FR“, 28.6.) und es ihnen selbst nicht um die sozialen Belange der notleidenden Massen zu tun war, schoben die rechten Demagogen bei ihren Kampagnen Korruptionsskandale in den Vordergrund und versuchten, die Regierung Indira Gandhi auf diesem Wege zu stürzen.

Ein Beispiel dafür, wie die Rechten es verstanden, sich an die Spitze der unzufriedenen Massen zu setzen, ist Morarji Desai. Diesem Vertreter der „antikommunistischen Allianz“ gelang es Anfang Juli 1974 im Bundesstaat Gujarat, gegen die regierende Kongreßpartei einen überwältigenden Wahlsieg zu erringen.

Wie Desai hatte auch Jayaprakesh Narayan den Sturz Indira Gandhis auf seine Fahnen geschrieben. Mit einer „Strategie der Gewaltlosigkeit“ konnte es ihm offenbar gelingen, eine breite Aktivierung der intellektuellen Kreise und unteren sozialen Schichten zu erreichen.

Fortsetzung Seite 2

Ausnahmezustand in Indien

Fortsetzung von Seite 1

Narayans Vorstellung von der Auflösung des Parlaments und der Bildung von „Volksrat“ und „Volksversammlung“ hört sich recht demokratisch an, ist aber in ihrer politischen Aussage recht verschwommen. Daß sich in seiner Sammlungsbewegung gegen die Regierung auch offen faschistische Parteien betätigen, wie Jan Sangh, SSP und andere, schien ihn wenig zu stören.

Zu einer Zuspitzung der Situation führte das Urteil des Landesgerichts in Uttar Pradesh, in dem Indira Gandhi für schuldig befunden wurde, sich im Wahlkampf 1971 korrupter Methoden bedient zu haben. Nach diesem Urteil hätte Indira Gandhi innerhalb von 20 Tagen zurücktreten müssen und während der nächsten sechs Jahre kein öffentliches Amt mehr bekleiden dürfen.

Die Anklage wurde von dem rechtsoppositionellen Abgeordneten Rajnarain erhoben. Neben Narayan und Desai gehört auch Rajnarain zu den jetzt Verhafteten. Die Verhaftung des Fraktionsführers der Kongreß-Partei Ram Dahn deutet auf eine Säuberungswelle auch in den Reihen der Kongreß-Partei selbst hin. Offenbar sollte mit den Verhaftungen einer Annäherung der rechten Kongreß-Fraktion an die rechte Opposition vorgebeugt werden.

Es ist offensichtlich, daß es bei den jüngsten innenpolitischen Konfrontationen in Indien nicht nur um „Regierungssessel“ und leitende Funktionen im Staatsapparat geht, sondern daß hier Interessengegensätze innerhalb der herrschenden Bourgeoisie und Grundbesitzerklassen zum Tragen kommen. Es geht um den weiteren innen- und nicht zuletzt den außenpolitischen Kurs Indiens: Während die herrschende Kongreß-Partei (mit Unterstützung der revisionsistischen „KP“ Indiens) für eine Fortsetzung der bisherigen Politik von

(Schein)-Zugeständnissen, einer Politik des (scheinbaren) „sozialen Ausgleichs“ und der engen „Kooperation“ mit der Sowjetunion eintritt, scheinen die rechten parlamentarischen und außerparlamentarischen Kräfte durch ihre Kampagne gegen Indira Gandhi einen beschleunigten Kurs der Faschisierung, eine Politik der Absage an Reformversprechen und eine stärkere Orientierung am US-Imperialismus und den anderen imperialistischen Hauptmächten angestrebt zu haben.

Diese Wertung bestätigen auch die Reaktionen der interessierten Großmächte: Während die Sowjetunion die Verhängung des Ausnahmezustandes als „Ergebnis der Zuspitzung der politischen Lage in Indien“ wertet und die von der indischen Regierung ergriffenen Maßnahmen (Verhaftungen, Versammlungsverbot, Pressezensur etc.) als „Schlag gegen die Verschwörung von rechts“ ausdrücklich begrüßt (laut SZ, 28./29. Juni), klagen die Propagandisten des Imperialismus Indira

Gandhi und ihre Regierung an, einen „Staatsstreich“ inszeniert (FR, 28.6.) und „Indien auf den Weg in die Diktatur“ geführt zu haben (FAZ, 27.6.).

Aus bisherigen Meldungen geht hervor, daß es zu nennenswerten Massenprotesten gegen die Maßnahmen der Gandhi-Regierung anscheinend, zumindest zunächst, nicht gekommen ist. So soll z.B. ein Aufruf der Linken in Bombay zum Generalstreik ebenso erfolglos geblieben sein wie ein Streikaufruf aller nichtkommunistischen Oppositionsparteien in Benares.

Dies kann jedoch angesichts der tatsächlichen Stärke der von den Oppositionsparteien vertretenen gesellschaftlichen Kräfte und ihren Positionen im Staatsapparat wohl kaum bedeuten, daß die von der Gandhi-Regierung unternommene Kraftprobe bereits zu deren Gunsten entschieden wäre. In jedem Fall wird in der gegenwärtigen Situation ein weiterer Abbau der „traditionellen parlamentarischen“ Demokratie in Indien die Folge sein.



setzung der bisherigen Politik von

Kämpfe im Libanon

Teil der „friedlichen Lösung“?

Ende Juni haben sich in Beirut/Libanon die seit Mitte April mit kurzen Unterbrechungen andauernden Kämpfe wieder verschärft. Die Zahl der Toten und Verletzten ist außerordentlich hoch.

Verantwortlich für die Kämpfe ist die faschistische Phalangisten-Partei. Die Phalangisten wenden sich vor allem gegen die relative Autonomie der palästinensischen Bewegung im südlichen Libanon. Ihr Ziel ist die Vernichtung der palästinensischen Befreiungsbewegung im Libanon, die dort – nach den Massakern am palästinensischen Volk in Jordanien 1970/71 – ihre hauptsächlichsten Stützpunkte hat.

Schon im März 1970 und im Juli 1974 hatten die bewaffneten Banden der Phalangisten wilde Angriffe gegen die Palästinenser geführt; im Mai 1973 waren sie gemeinsam mit der libanesischen Armee vorgegangen.

Alle diese Angriffe konnten von den Palästinensern, wenn auch unter großen Opfern, zurückgeschlagen werden.

Die neuen Kämpfe scheinen sich von den früheren insofern zu unterscheiden, daß immer deutlicher der Versuch hervortritt, unter den Palästinensern gezielt die sogenannte „Ablehnungsfront“ zu isolieren und anzugreifen. Zur „Ablehnungsfront“ gehören die „Volksfront“ (PFLP), die PFLP-Generalkommando, die Arabische Befreiungsfront (ALF) und die „Volkskampffront“. Sie widersetzen sich den Plänen zu einer sogenannten „Friedlichen Lösung“, weil sie darin einen Schritt zur Anerkennung des „Existenzrechts Israels“ und zur Preisgabe des Ziels eines demokratischen Palästinas sehen. Von den arabischen Staaten unterstützen Libyen und der Irak die „Ablehnungsfront“.

Es ist sicher nicht zufällig, daß die Kämpfe am 13. April mit einem barbarischen Überfall der Phalangisten auf einen Bus mit Mitgliedern der „Ablehnungsfront“ begannen; die Mehrzahl der 27 Ermordeten gehörten der ALF an.

Inzwischen hat sich Ägyptens Präsident Sadat an die Palästinenser im Libanon mit der zynischen Aufforderung gewandt, sich „aus den Kämpfen herauszuhalten“. Angeblich würden die Kämpfe „von libyschen Agenten provoziert“. Indirekt beschuldigte Sadat offenbar auch den Irak und die Sowjetunion, die Kämpfe im Libanon zu „schüren“.

Unklar ist noch die Haltung der PLO-Führung um Arafat. Die PLO-Führung hat schon früher versucht, durch Gespräche und „gemischte Komitees“ den Konflikt mit den Phalangisten zu lösen. Auch jetzt

scheinen die PLO-Führer auf „Mäßigung“ bedacht. Einigen Meldungen zufolge sind sie sogar „gemeinsam mit den libanesischen Sicherheitsbehörden um Ruhe bemüht“ („SZ“, 24. Juni). Zugleich hat die PLO-Führung heftige politische Angriffe gegen die „Ablehnungsfront“ gerichtet und ihr einen verschärften Kampf angesagt. In der Konsequenz bedeutet diese Haltung anscheinend zumindest, daß die PLO-Führer und ihre Organisationen den Überfällen und Angriffen der Phalangisten auf die Kämpfer und Sympathisanten der „Ablehnungsfront“ einigermassen passiv zusehen. Im Hintergrund könnte der, den PLO-Führern kaum unliebsame, Plan stehen, die „Ablehnungsfront“ zu zerschlagen oder jedenfalls soweit zu schwächen, daß sie keine nennenswerte Opposition gegen die „friedliche Lösung“ mehr darstellen kann.

Ein solcher Plan würde sein Zentrum vor allem in Sadat und der von ihm repräsentierten ägyptischen Bourgeoisie finden. Die ägyptische Regierung hat nach dem Oktoberkrieg 1973 die Politik der sogenannten „Offenen Tür“ eingeschlagen – d.h. Aktivierung des Privatkapitalismus und Entwicklung enger Beziehungen zu den USA und zur EG.

Sadat erweist sich dabei als ein Demagoge übelster Sorte: Er klagt die Sowjetunion an, ihm keine Waf-

fen mehr zu liefern, solange Ägypten seine Schulden in Milliardenhöhe nicht bezahlt hat. Auf der anderen Seite hat Ägypten im Juni mit Großbritannien Waffenlieferungen im Wert von zunächst rund 2,4 Mrd. Mark vereinbart. Für diese Waffen wird das Geld vorhanden sein, das Sadat der Sowjetunion verweigert – Saudi-Arabien, Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate werden die Waffen finanzieren! Die ganze Orientierung der ägyptischen Bourgeoisie geht vor allem auf engere Bindung an die reaktionären arabischen Staaten und an die Imperialisten – wobei sie noch den Zynismus besitzt, diesen Ausverkauf der antiimperialistischen und nationalen Interessen von Demagogen wie Sadat großspurig als Politik der nationalen Unabhängigkeit – gegen die Sowjetunion ... anzubieten.

Sadat hat überdies inzwischen klar geäußert, daß er das „Existenzrecht“ Israels anerkenne. „Israel muß klargemacht werden, daß man es innerhalb seiner Grenzen schützen kann, nicht aber innerhalb der Grenzen anderer Staaten“, sagte Sadat z.B. zu Genscher, als dieser im April Kairo besuchte.

Offiziell hat es die ägyptische Regierung allerdings bisher abgelehnt, mit Israel ein formelles „Teilabkommen“ zu schließen, wie es von den Zionisten gewünscht wird. Jedoch wird die Anfang Juni erfolgte Wiedereröffnung des Suez-Kanals und die Zurücknahme der israelischen Truppen an der Sinai-Front nicht nur von der Ablehnungsfront, sondern auch von anderen Teilen der palästinensischen Befreiungsbewegung als Bestandteil bzw. erster Schritt eines Teilabkommens angesehen, an dessen Ende ein weiteres „Entflechtungsabkommen“ auf der Sinai-Halbinsel stehen könnte – nämlich der israelische Rückzug von den Pässen Gidi und Mitla sowie von den Erdölfeldern von Abu Rodeis, wofür die Zionisten jedoch bisher anscheinend eine ziemlich lange Laufzeit des Abkommens zur Voraussetzung machen. ●

Die sogenannte Politik' des US- Noch aggressiver

Die Niederlage des amerikanischen Imperialismus in Indochina ist in mehrerlei Hinsicht von historischer Bedeutung:

Die Völker von Vietnam, Laos und Kambodscha haben den Beweis geliefert, daß kleine Völker, wenn sie für eine gerechte Sache kämpfen und im Vertrauen auf die eigene Kraft am Weg des langandauernden, revolutionären Volkskrieges festhalten, auch die größte imperialistische Macht der Welt besiegen und deren Aggression zerschlagen können. Das ist ein unschätzbare Beitrag zur proletarischen Weltrevolution und eine große Ermutigung für alle nationalen Befreiungsbewegungen der „3. Welt“ und die Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern.

Der Herrschaftsbereich des Imperialismus (namentlich des US-Imperialismus) wurde durch den Sieg der indochinesischen Völker erheblich eingeschränkt und das Lager des Sozialismus entsprechend verbreitert und gestärkt.

Endgültig gescheitert ist der Versuch des US-Imperialismus und der anderen imperialistischen Mächte, die Länder des ehemaligen „Sozialistischen Lagers“ (die Sowjetunion, die VR China u. a.) vollständig militärisch einzukreisen und von dieser Position aus zu überfallen.

Der amerikanische Imperialismus hat in Indochina die erste militärische Niederlage seiner Geschichte hinnehmen müssen. Durch dieses Ereignis wurden die inneren und äußeren Widersprüche des US-Imperialismus wie des gesamten imperialistischen Weltsystems enorm verschärft.

Die Widersprüche innerhalb der vom US-Imperialismus initiierten und beherrschten Militärbündnisse (NATO, CENTO, SEATO, ANZUS) wurden weiter verschärft. Vor allem die „Juniorpartner“ des US-Imperialismus (also in erster Linie der japanische und der westdeutsche Imperialismus) haben ihre Position gegenüber der geschwächten Supermacht im Ringen um Rohstoffquellen, Absatzmärkte und Einflußgebiete stärken können.

Der Logik aller Imperialisten folgend, ist der US-Imperialismus jedoch in keiner Weise „einsichtiger“ und „friedvoller“ geworden, wie dies zeitweilig und demagogisch als eine „bedrohliche“ Entwicklung in den Spalten der bürgerlichen Presse behauptet wurde. Hier wurde die „Gefahr“ eines „Neo-Isolationismus“, also der Rückzug des US-Imperialismus aus seiner Rolle als führender imperialistischer Weltmacht, beschworen.

Auch die modernen Revisionisten (mit der KPDSU-Führung an der Spitze) verbreiten weiterhin und noch verstärkt den Unsinn, daß jetzt erst recht die „Entspannung die Haupttendenz“ in den internationalen Beziehungen sei.

Tatsächlich hat der US-Imperialismus in jüngster Zeit, sowohl in Worten wie auch in Taten, nicht nur seine bisherige Aggressivität, sondern sogar noch einen gesteigerten Drang zur Aggression unter Beweis gestellt. Dies zeigt sich deutlich in den unverhüllten Kriegsdrohungen seiner Repräsentanten gegen verschiedene Völker und Länder der Welt, wie auch in einer verstärkt betriebenen Kriegsrüstung, verbunden mit einer Weiterentwicklung seiner Militärstrategie.

Von allen Imperialisten unterstreichen die der USA am deutlichsten ihren wahnwitzigen Anspruch auf das „Recht“, die Völker der Welt zu unterjochen und ihre Reichtümer schamlos auszuplündern. Zugleich demonstrieren sie ihre brutale Entschlossenheit, jeden weiteren Sieg der Völker im Kampf um ihre nationale und soziale Befreiung unter Einsatz aller Mittel zu verhindern. Die Gefahr eines 3. Weltkrieges, diesmal angezettelt vom US-Imperialismus, der den Völkern unvergleichbar mehr Blut und Elend bringen würde, erhöht sich damit erheblich.

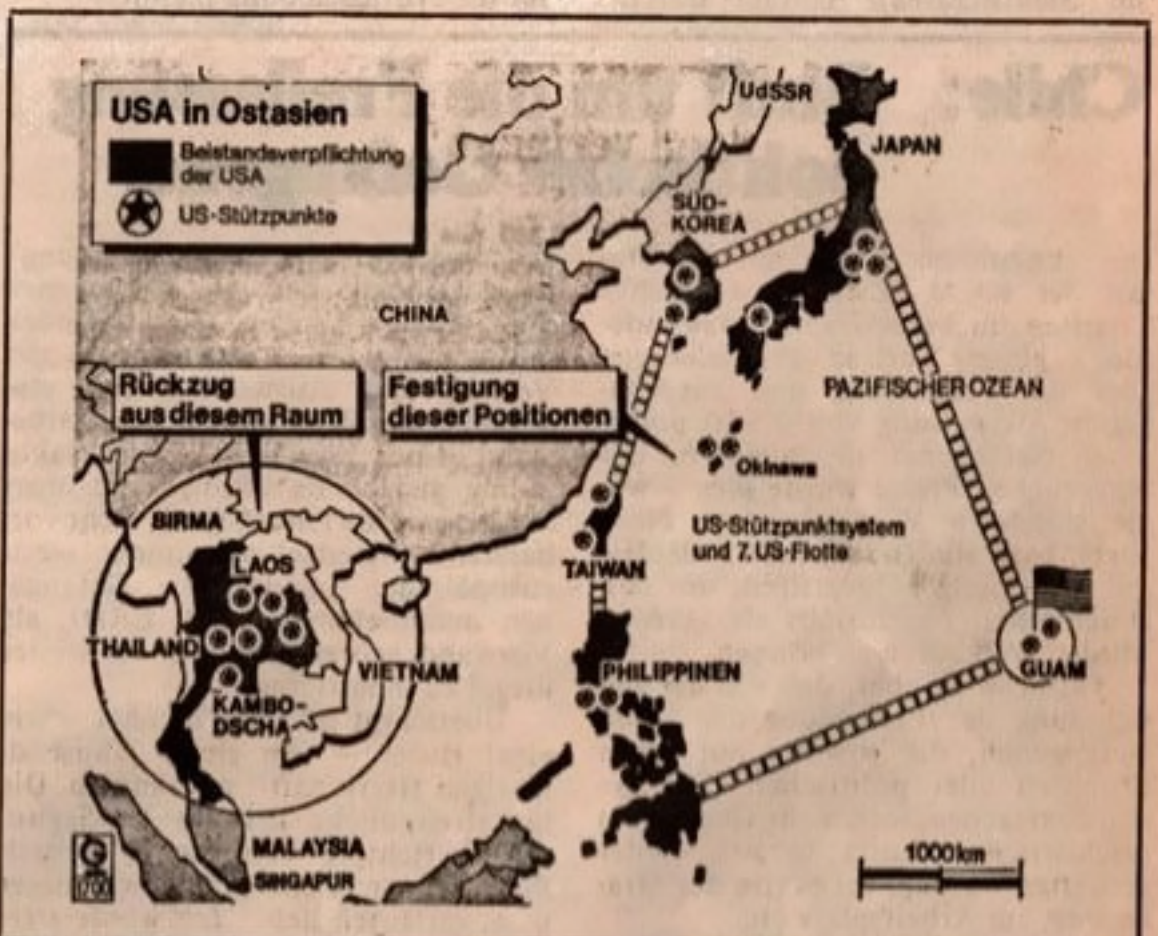
Gigantischer Aufmarsch des US-Imperialismus in Asien

Die Beherrschung des südostasiatischen Raumes, der dem asiatischen Kontinent vorgelagerten Inselkette, von Japan im Norden bis Neuseeland im Süden, sowie des gesamten Indischen und Pazifischen Ozeans ist für den Imperialismus von strategischer Bedeutung.

Insbesondere Südostasien – das zwischen den Gewässern der beiden Ozeane liegt und wozu das heute befreite Indochina zählt – hat hier eine besondere Rolle inne. Der dama-

Kommunisten in die Hände, so würde dies eine schwerwiegende Beeinträchtigung des politischen Gleichgewichts zum Schaden der Interessen der freien Welt bedeuten. Und durch den Verlust Südvietsams würde auch die Verteidigung anderer Teile Südostasiens kostspieliger und schwieriger werden“ (zitiert nach „Modelle der kolonialen Konterrevolution“, Edition Suhrkamp, S. 167).

Neben dem für den US-Imperialismus überaus wichtigen Aspekt der vorhandenen Rohstoffquellen, Absatzmärkte usw. und der Kontrolle der strategisch wichtigen Seefahrtswege durch den Pazifik und den



lige US-Außenminister Dean Rusk sagte dazu in einer Rede vor dem „Außenpolitischen Ausschuss des amerikanischen Repräsentantenhauses“ am 13. August 1965:

„In Südostasien und den zugehörigen Inselgruppen, die über reiche Rohstoffquellen (!) verfügen, leben rund 200 Millionen Menschen. Geographisch gesehen ist dieses Gebiet von großer strategischer Bedeutung – es beherrscht den Weg vom Pazifik in den Indischen Ozean und flankiert auf der anderen Seite Australien und Neuseeland. Fiele Südostasien den

Indischen Ozean (Japan z. B. wird über diese Schifffahrtsrouten zu über 90 % mit Erdöl aus dem Persischen Golf und einem fast ebenso hohen Anteil an der Versorgung anderer Rohstoffe aus Afrika und zunehmend Australien versorgt) hat dieser Raum für den Imperialismus eine weitere, dem obigen Aspekt ebenbürtige Bedeutung. Im Rahmen der globalen „Eindämmungs-“ und Einkreisungspolitik der Imperialisten gegen die Sowjetunion und die VR China ist Südostasien ein strategisches Aufmarschgebiet der militärischen Kräfte

,Nach-Vietnam-Imperialismus:

!

te und Teil des weltumspannenden Militär- und Paktsystems gegen diese Länder. Insbesondere Südvietnam hatte die Funktion eines imperialistischen Brückenkopfes zur Bekämpfung und Subversion gegen die DRV und die revolutionären Bewegungen in anderen Teilen Asiens. Erinnert sei hier nur an den militärischen Überfall auf Kambodscha 1970. Dies mag genügen, die Bedeutung dieses Raumes für die Imperialisten zu zeigen.

Der Sieg der indochinesischen Völker stellt zweifellos einen imperialistischen Niederlage mit weitreichenden Folgen dar. Sie bedeutet zu allererst – siehe Dean Rusk! – eine nachhaltige Schwächung der Positionen des US-Imperialismus in Südostasien.

Für ihn bedeutet diese Niederlage in erster Linie den Rückzug und die Umgruppierung der militärischen Kräfte und des Stützpunktsystems auf eine dem asiatischen Kontinent vorgelagerte Linie.

Zugleich sind aber auch durch den Indochinakrieg gebundene Kräfte des US-Imperialismus freigegeben und können für den Auf- und Ausbau eines neuen, gigantischen Stützpunktsystems in Asien und anderen Teilen der Welt eingesetzt werden.

Die auch zukünftig bestehende Bedeutung Asiens für den amerikanischen Imperialismus unterstrich US-Außenminister Kissinger – jüngst erneut in einem Vortrag vor der (kapitalistischen) „Japan-Gesellschaft“ in New York: Er wies darauf hin, daß sich „die Sicherheitsinteressen aller großen Weltmächte in Asien überschneiden. Dazu gehört auch Westeuropa, das wichtige wirtschaftliche Verbindungen mit Asien hat und indirekt die Auswirkungen jeglicher Gleichgewichtsstörungen in dem Gebiet fühlt. Ebenso haben die USA ein lebenswichtiges (!) Interesse

an der bestehenden Einflußgebiete zu sichern, den Vormarsch der Befreiungsbewegungen in den anderen asiatischen Staaten zu ersticken und die strategisch wichtigen Seerouten abzudecken. Noch bevor die US-Imperialisten ihre Aggressionstruppen aus Indochina zurückgezogen hatten, ihre endgültige Niederlage aber absehbar war, trat ihre bereits schon 1971 vorausgeplante Nachkriegsstrategie in Kraft.

Das in diesem Raum vorhandene Militärpotential der US-Imperialisten wurde neu organisiert, geographisch und taktisch durch eine neue „Vereinheitlichte Kommandostruktur“ (Unified Command Structure) aufeinander abgestimmt. Das System der Stützpunkte vor dem asiatischen Kontinent wurde und wird ausgebaut und verstärkt, die Feuerkraft der vier Waffengattungen wurde durch eine qualitative Fortentwicklung der Waffensysteme und eine Vervielfachung des taktischen und strategischen Nuklear-Potentials gesteigert. Die schrittweise aus Indochina (einschließlich Thailand) abgezogenen US-Einheiten wurden keineswegs alle in die USA zurückgebracht, sondern viele „kampferprobte Verbände“ – namentlich Elite-Einheiten – wurden auf Stützpunkten im südost- und nordostasiatischen Raum stationiert.

Die neue Frontlinie wurde – durch die indochinesischen Völker erzwungen – auf die Linie Japan, Südkorea, Okinawa, Taiwan, Philippinen, Mikronesien, Australien und Neuseeland zurückgenommen.

Die USA sind dabei, ihre „Kräfte an Plätzen zu konzentrieren, wo diese nach den Gesetzen einer See- und Luftmacht konzentriert werden müssen: Vor dem asiatischen Kontinent. Amerika wird in Hawaii, Guam, Taiwan – und Japan verteidigt (!!!) ... Der Weltmacht bleibt also ein weites Feld großer Aufgaben. Sie muß deshalb strategische Schwer-

Aufrechterhaltung der Ruhe in fremden Ländern“ – alles „Themen, die nichts mit dem erklärten Auftrag der SDF zu tun haben; denn es ist den japanischen Selbstverteidigungstruppen verboten, Atomwaffen zu besitzen und außerhalb Japans zu operieren“ („AMPO“, The US-Military in Asia, ebenda).

► Ebenso wurde wie in Australien in Japan eine Omega-Radarstation errichtet, deren Funktion u. a. darin besteht, von Atom-U-Booten abgefeuerte Raketen mit größerer Genauigkeit ins Ziel zu lenken („AMPO“, ebenda).

► Das ausgedehnte Stützpunktnetz des US-Imperialismus Japan wurde neu strukturiert und gestärkt. Die US-Imperialisten haben in Japan „auf insgesamt 156 Stützpunkten (!) gegenwärtig etwa 52.000 US-Soldaten stationiert. 62 der Stützpunkte befinden sich in Okinawa (!)“ („SZ“, 22.5.75). Die von den US-Imperialisten eingeleitete Umstrukturierung läuft darauf hinaus, einige Stützpunkte auf dem japanischen „Festland“ zu schließen und die so frei werdenden Einheiten auf ausgesuchten Basen – vor allem auf Okinawa zu konzentrieren.

„Okinawa wird zur Befehlszentrale für den gesamten Militärbereich in Nordostasien.“ („AMPO“, ebenda).

► Planungsstudien laufen darüberhinaus im Pentagon, „auf der mitten im Pazifik liegenden früheren japanischen Insel Tinian eine große Militärbasis zu errichten“ („Bremer Nachrichten“, 7.5.75).

Die japanischen Imperialisten – bestrebt ihre Rohstoffzufuhr und vor allem ihre ökonomische und politische Expansion auch militärisch abzusichern – sind nur allzugern bereit, diese aggressiven Pläne des US-Imperialismus nach besten Kräften zu unterstützen. Trotzdem Japan nur „Selbstverteidigungstruppen“ unterhalten darf, rüstet es unentwegt auf. Alle fünf Jahre wurde der Militärbudget verdoppelt. „Allein für dieses Jahr stellte Tokio seinen Streitkräften elf Milliarden Mark bereit – mehr als die Militärausgaben aller südostasiatischen Länder zusammen betragen, die beiden Koreas und Taiwan eingeschlossen“ („Spiegel“, 23.6.75). Japans Luftfahrtindustrie produziert zu 85 % für die Rüstung. Seit 1969 arbeitet der Mitsubishi Konzern an der Entwicklung eines eigenen Kampfflugzeuges für die japanische Luftwaffe, das den veralteten „Starfighter“ ablösen soll („SZ“, 9.6.75).

begünstigte wirtschaftliche Investitionen des US-Kapitals in Südkorea an.

Das faschistische Pak-Chung-Hee-Regime, das sich nur noch durch einen in der Welt wohl einzigartigen Terror durch Ausnahmeesetze (jüngst wurde ein Gesetz erlassen, das die Verbreitung „feindlicher Gerüchte“ (!) mit 15 (!) Jahren Kerker bestraft („Spiegel“, a. a. O.), Kriegsrecht und bestialischen Terror der allgegenwärtigen Geheimpolizei KCIA am Leben erhält, ist den amerikanischen Imperialisten wie auf den Leib geschneidert. So lobte denn auch Ford das Regime: „Die Südkoreaner haben hervorragende Arbeit beim Aufbau ihrer Streitkräfte und der Verteidigung ihrer Wirtschaft geleistet und sind ein loyaler Bündnispartner“ („FAZ“, 22.5.75).



US-Armee trainiert für den „Wüstenkrieg“ und Luftlandeoperationen – gegen die Völker des Nahen und Mittleren Ostens

stet und sind ein loyaler Bündnispartner“ („FAZ“, 22.5.75).

... Mikronesien, Marianen, Guam, Philippinen, Australien, Neuseeland, Thailand

► Die auf der mitten im Pazifik liegenden Insel Guam befindlichen US-Stützpunkte werden weiter ausgebaut, u. a. durch die Errichtung von „Omega“-Radarstationen, die Atomraketen in ihre Ziele lenken.

► Seit 1971 wird die Inselkette Mikronesien zu einem riesigen Militärstützpunkt ausgebaut. Eine 4.700 Meter lange Startbahn für die größten Transportflugzeuge der US-Luftwaffe und die strategischen Atombomber ist im letzten Herbst auf der Insel Majuro fertiggestellt worden, weitere sind geplant (siehe „AMPO“, AK 53).

► Auf dem Marianen-Archipel im Westpazifik soll jetzt ein weiteres Stützpunktsystem entstehen. „Der potentielle strategische Riegel von dreizehn Inseln mit 15.000 Bewohnern bietet Raum und Arbeitsplätze genug, neue Häfen der Kriegsmarine, Radarstationen und Flugpisten entstehen zu lassen. Zusammen mit Guam eine beeindruckende Verstärkung der amerikanischen Position“ schwärmt die „FAZ“ (25.6.75).

► „Außerdem hat Amerika ... erneut die Bedeutung des „ANZUS“-Paktes mit Australien und Neuseeland unterstrichen“ („FAZ“, 28.5.75). Dieser 1952 unter der Federführung des US-Imperialismus gegründete Militärpakt hat die Aufgabe, „Maßnahmen zur Erhöhung des eigenen Kriegsmaterials zu ergreifen, bei Spannungen im Pazifischen Ozean gegenseitige Beratungen durchzuführen ... (und sich gegenseitig bewaffnete Hilfe zu leisten“ (Handbuch der internationalen Organisationen, Dietz-Verlag, S. 521). Seine Aggressivität stellte dieser Block u. a. mit der Unterstützung der imperialistischen Aggressionen gegen Korea und Vietnam unter Beweis.

► Auch zu den Philippinen sollen die Beziehungen erneut verstärkt werden („FAZ“, 28.4.75).

Besondere Ambitionen der US-Imperialisten erstrecken sich auch auf den kleinen Stadtstaat Singapur, dem aufgrund seiner strategischen Lage an der „Straße von Malakka“ (die sich bei Singapur zu einer weniger als 15 Kilometer breiten Durchfahrt zwischen dem Indischen und Pazifischen Ozean verengt) eine enorme Bedeutung zukommt. Sämtliche Schiffstransporte Japans aus dem Persischen Golf und Afrika und die in beiden Weltmeeren kreuzende 7. amerikanische Flotte müssen diese „Straße“ passieren. 1976 wird „die gewaltige Flottenbasis von Singapur ... die die Straße von Malakka kontrolliert“ von den englischen Imperialisten geräumt. „Washington hofft, ein besonderes Arrangement für das Aufstanken seiner Kriegsschiffe bei größeren Flottenbewegungen zu erreichen“ (SZ, 7.5.75).

► Einen weiteren „Partner“ hat der US-Imperialismus auf dem asiatischen Festland in Thailand – der sich allerdings durch die demonstrative Aufforderung zum Abzug aller US-Truppen und Auflösung ihrer Basen offensichtlich unabhängiger machen will. Thailand ist mit den USA durch den SEATO-Pakt von 1954 verbunden und hat im Gegensatz zur Forderung nach Abzug aller US-Truppen bisher nicht seinen Austritt aus diesem Bündnis angekündigt.

Zu den Aufgaben des SEATO-Paktes gehört es, laut dessen Programmatik, „von außen gelenkte subversive Tätigkeit“ militärisch zu bekämpfen und auch dann Maßnahmen zu treffen, wenn „die Unverletzlich-

keit ... die Souveränität oder die politische Unabhängigkeit eines Partners ... in irgend (!) einer anderen Weise, (!!) als durch den bewaffneten Angriff bedroht ist“ (zitiert nach Handbuch ..., S. 516).

Dies ermöglicht es den USA, jeden beliebigen Vorwand zu ergreifen, um in SEATO-Ländern militärisch zu intervenieren.

Es ist offensichtlich die Unterdrückung der „von außen gelenkten subversiven Tätigkeit“ im eigenen Land – also der Befreiungskampf des Volkes – gemeint, wenn der thailändische Außenminister erklärt, daß die US-Imperialisten zwar ihre Truppen abziehen, „ihre Verpflichtungen (!) gegenüber dem Land aber auch danach noch erfüllen werden“ (FAZ, (!) gegenüber dem Land aber auch danach noch erfüllen werden“ (FAZ, 2.5.75).

Europa / Naher und Mittlerer Osten

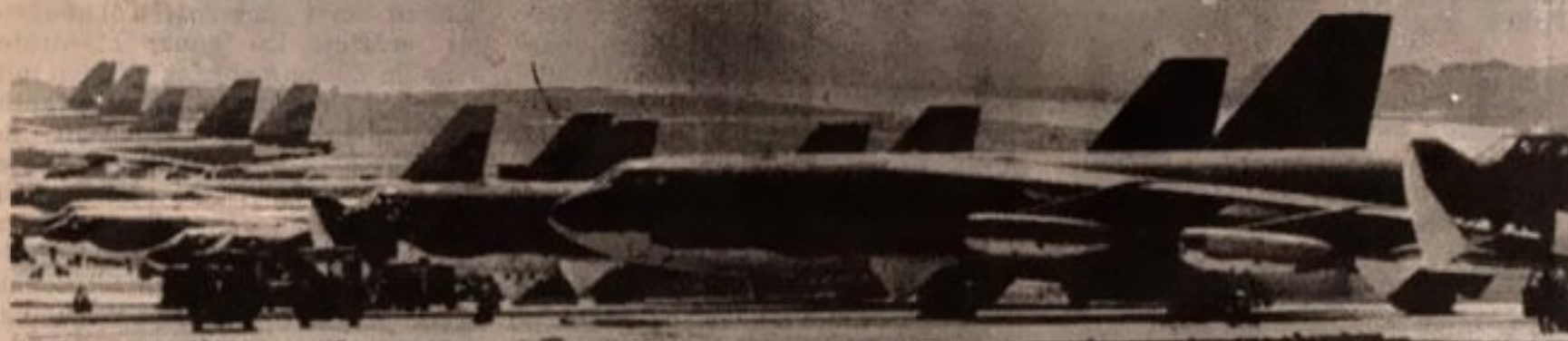
Mit der Veränderung ihrer Asienpolitik konzentrieren sich die US-Imperialisten zugleich stärker auf Westeuropa, den Mittelmeerraum und die Region um den Persischen Golf.

Ihr verstärktes militärisches Engagement in Westeuropa, das sich im Norden fast ausschließlich auf die BRD konzentriert, unterstützen sie demonstrativ durch die Verstärkung ihrer dortigen Truppen. Bis Juni dieses Jahres wurden aus den USA 6.000 zusätzliche US-Soldaten nach Westeuropa verlegt: die 3.800 Mann zählende 3. Brigade der 2. Panzerdivision aus Fort Hood in Texas wird in der BRD stationiert, durch die „Ausdünnung“ der Versorgungseinheiten, zugunsten der Kampftruppen wird die Feuerkraft der US-Armee zusätzlich erhöht (FAZ, 21. und 17.3.75).

Noch vor der endgültigen Niederlage der US-Imperialisten in Indochina sagte Ford am 10. April vor dem US-Kongress: „Unsere Beziehungen zu Westeuropa sind niemals stärker gewesen. Es gibt keine Völker, mit denen Amerikas Schicksal enger verknüpft ist. Denn niemand unter der Mitglieder der atlantischen Gemeinschaft kann sicher sein ... es sei denn, alle tun dies zusammen. Es ist Zeit ... unseren Zusammenhalt aufs neue zu bekräftigen“ (SZ, 26.5.75).

Diese grundlegende Orientierung des US-Imperialismus auf die Wahrung seiner Interessen in Westeuropa und in den angrenzenden afrikanischen und arabischen Staaten (die US-Stützpunkte in Westeuropa dienen den USA auch als militärisches Aufmarschgebiet gegenüber den arabischen Staaten, was erneut die zionistische Aggression gegen die arabischen Staaten 1972 gezeigt hat) wurde auch durch den US-Kongress bestätigt: Ein Antrag auf die Rücknahme von 70.000 in Übersee (auch Europa) stationierter Soldaten in die USA, wurde mit überwältigender Mehrheit abgelehnt; ein Antrag auf Rückzug von Soldaten aus Europa, der traditionell jedes Jahr von US-Senatoren gestellt wird und in den vergangenen Jahren immer nur durch

Fortsetzung Seite 4



B 52-Bomber-Teil der strategischen Luftwaffe des US-Imperialismus in Asien

am Zugang zu den Rohstoffen Asiens, wie Asien selbst am amerikanischen Markt und der amerikanischen Technologie interessiert ist.“

Nachdem er so das grundlegende Interesse aller Imperialisten an den Rohstoffquellen und Absatzmärkten festgestellt hat, kommt er zu den Schlussfolgerungen: „Aus diesem Grunde werden sich die Vereinigten Staaten trotz der jüngsten Ereignisse nicht von Asien abwenden oder ihre Aufmerksamkeit zum Nachteil Asiens auf Europa konzentrieren.“ Die Beziehungen der USA mit Europa und Asien seien „von gleichwertiger, lebenswichtiger Bedeutung“ (zitiert nach „Süddeutsche Zeitung“, 20.6.1975).

Den engen Zusammenhang zwischen Zugang und Ausbeutung der Rohstoffquellen und Völker Asiens und der militärischen Präsenz der Imperialisten erläuterte General Abrams vor dem „Ausschuß für Rüstungsfragen“ (!) im amerikanischen Senat: „Öl ist vielleicht nur der erste von vielen lebenswichtigen Rohstoffen, der als strategische Waffe gegen uns gebraucht wird.“ Militärische Gewalt müsse deshalb gegen jedes Land angewandt werden, das die Zufuhr grundlegender Rohstoffe in die USA oder in verbündete Staaten (Japan!) unterbreche oder behindere. Militärische Stärke in der Rohstoffpolitik sei „ein Hebel in Verhandlungen sowohl mit Freunden wie mit Feinden“ („AMPO“, s. AK 53).

Für die US-Imperialisten kommt es nach der Niederlage in Indochina darauf an, auf zurückgezogener Li-

punkte bilden. Das ist die Lehre aus Vietnam“ („FAZ“, 3.5.75).

Die siebte amerikanische Flotte bleibt auch weiterhin neben der Luftwaffe „das Hauptwerkzeug amerikanischer Macht im Pazifik“ („FAZ“, 2.5.75). Durch ihre gewaltige konventionelle und atomare Feuerkraft bildet sie einen zusätzlichen, schwimmenden (mobilen!) Stützpunkt der Imperialisten, eine ständig gegenwärtige Bedrohung der Völker und Staaten in diesem Raum.

Die neue Stützpunktkette: Japan ...

Eine besondere Rolle im strategischen Konzept der „Nach-Vietnam-Politik“ des US-Imperialismus ist Japan zugesprochen.

Auf dem „Festland“ und besonders auf Okinawa wurden von den US-Imperialisten große Anstrengungen unternommen, die Schlagkraft ihres Militärapparates zu erhöhen:

► Entsprechend der vom PENTAGON bereits im September 1971 verabschiedeten „Basic Doctrine“ wurden zusätzliche taktische und strategische Atomwaffen nach Japan gebracht (was eindeutig den vertraglichen Bestimmungen zwischen beiden Ländern widerspricht!) und die sogenannten „Selbstverteidigungstruppen“ (SDF) Japans wurden noch weitgehend in die neue US-Strategie einbezogen. Seit Anfang 1973 werden die japanischen Truppen nach den US-Richtlinien geschult und behandelt. „Themen wie „Leichte Atomangriffe“, „Schwere Atomangriffe“ und „Richtlinien zur

... Südkorea ...

Als Brückenkopf auf dem asiatischen Kontinent kommt dem faschistischen Südkorea eine zentrale strategische Rolle in der „neuen“ amerikanischen Asienpolitik zu.

„Und Japan noch fester im amerikanischen Sicherheitssystem zu verankern bedeutet zugleich, den Brückenkopf Südkorea (auf dem Festland! – d. Red.) abzudecken“ („FAZ“, 3.5.75).

„Präsident Ford hat bestätigt, daß der Verteidigungspakt mit Seoul für Amerika von grundlegender Bedeutung sei“ („FAZ“, 28.4.75).

Südkorea ist zur Zeit der noch einzig zuverlässige Stützpunkt des US-Imperialismus auf dem Festland, durch bilaterale Verträge mit den USA fest verbunden und stellt mit seiner aggressiven antikomunistischen Außenpolitik eine ständige Bedrohung besonders für die VR Korea dar. Der amerikanische Imperialismus hat neben den durch die UNO-Flagge getarnten US-Einheiten weitere 42.000 Soldaten in Südkorea stationiert und Atomwaffen-Depots errichtet („Spiegel“, 23.6.75). Seit 1971 läuft ein Fünf-Jahres-Programm der USA im Wert von 1,5 Milliarden Dollar zum Ausbau der südkoreanischen Luftwaffe („FAZ“, 25.6.75). Ende 1974 besuchten Ford und Kissinger gemeinsam ihren Vasallen und „vereinbarten“ mit ihm, keine US-Truppen abzuziehen, übergaben erneut Militärhilfe im Wert von 500 Mio. Dollar zur „Modernisierung“ der Armee und kündigten weitere

'Nach-Vietnam-Politik'...

Fortsetzung von Seite 3

knappe Mehrheiten unterlag, wurde diese Jahr erst gar nicht gestellt (Bremer Nachr., 29.6.75).

Zu dieser Politik der US-Imperialisten, kann denn auch die FAZ zu -frieden feststellen: Amerika zeigt, „daß der Schwerpunkt der amerikanischen Außenpolitik in den Atlantischen Ozean zurückwandert, daß Amerika in Europa seine ihm am nächsten stehenden, vertrauten und auch natürlichen Bundesgenossen erkennt“ (2.6.75).

In der Tat, der westeuropäische und der US-Imperialismus sind „natürliche Bundesgenossen“ bei der Ausplünderung und Unterdrückung der Völker der Welt!

Die Verstärkung der Beziehungen zu Westeuropa beinhaltet für den US-Imperialismus vor allem eine verstärkte Kontrolle über die östlichen Gebiete des Nahen und Mittleren Ostens. Demonstrativ wurde der erst jüngst fertiggestellte größte Flugzeugträger der Welt, die „USS Nimitz“ in den Mittelmeerraum beordert, um die Feuerkraft der dort kreuzenden 6. amerikanischen Kriegsflotte zu verstärken und das Aggressionspotential der Imperialisten gegen die arabischen Völker und Staaten zu erhöhen.

Zugleich wurde die im Persischen Golf stationierte Flotte verstärkt und im Golf von Bahrain ein neuer US-Stützpunkt (FR, 8.5.75).

Die Verstärkung der in diesem Raum operierenden US - Truppen durch neue Einheiten, steht in einem direkten Verhältnis mit dem Abzug der Kampftruppen in Indochina: „Die Freunde Israels in Amerika betrachten den Rückzug aus Südostasien (gemeint ist Indochina - die Red.) als eine Stärkung für die amerikanische Verteidigungsposition. Denn jene Truppen und Kriegsschiffe, die man nicht mehr in Vietnam und im Südchinesischen Meer braucht, kann man im Mittelmeer und im Persischen Golf einsetzen“ (Bremer Nachrichten, 29.5.75).

In diesem Zusammenhang sei auch noch einmal an die Kriegsdrohungen Kissingers und Fords zu Anfang des Jahres gegen die arabischen Völker und Staaten erinnert. Inzwischen wurde durch die Presse bekannt, daß amerikanische Interventionstruppen und Elite-Einheiten auf den „Wüstenkrieg“ vorbereitet werden. Laut der sowjetischen Zeitung „Prawda“ wurde bei einem Nato-Manöver auf den britischen Inseln im Mai '75 die Aufgabe gestellt, „eine Intervention gegen eines der Ölländer zu simulieren“ (nach FAZ, 30.5.75).

Eine zentrale Rolle zur Kontrolle der Ölfelder am Persischen Golf wie auch des gesamten Indischen Ozeans mit seinen Anrainer-Staaten, ist dem US-Stützpunkt auf dem Diego-Garcia-Atoll im Indischen Ozean zugeordnet.

Anfang des Jahres verkündete das Pentagon, daß dort in einem Zwei-Jahres-Programm 75 Mio. Dollar investiert würden - „und zwar zum Bau einer 3.600 Meter langen Startbahn für B-52 Bomber und C-5 Galaxy (ein Großraumtransporter, der u.a. auch als Trägerflugzeug für Raketen mit größerer Reichweite gilt), außerdem zum Bau neuer Hafenanlagen für atomgetriebene U-Boote und Flugzeugträger“ („AMPO“, s. AK 53).

Neben der direkten Präsenz amerikanischer Truppen mit konventionellem und nuklearem Potential verfolgt der US-Imperialismus auch in diesem Gebiet die zuerst in Asien angewandte „Nixon-Doktrin“ (Asien gegen Asien kämpfen lassen). Die Imperialisten rüsten gemäß dieser Generallinie die ihnen hörigen und reaktionären Regimes auf. Bereits 1972 sagte der stellvertretende US-Außenminister dazu: „Diesen Ländern (soll) die Möglichkeit gegeben werden, selbständig (!) in diesen Ländern und (!) den Golfgebieten für Sicherheit und Ordnung zu sorgen.“ Von den Waffenexporten der US-Imperialisten 1973/74 in Höhe von offiziell 8,3 Mrd. Dollar wurden allein 6,5 Mrd. Dollar (!) in den Nahen und Mittleren Osten geliefert. Darüberhinaus sind tausende von US-„Experten“ in diesen Ländern zur Ausbildung der Truppen tätig. Wie der „Spiegel“ zu berichten weiß, soll durch das Ausmaß dieser Exporte gar das „Verteidigungspotential der USA geschwächt sein“ (10.3.75). Daß diese Rüstungsexporte abgestimmt und vereinheitlicht sind auf alle sonstigen Aktivitäten der US-Imperialisten in diesem Gebiet zeigt sich darin, daß sie sämtlich von zentraler Stelle geplant und koordiniert werden: „Eine sogenannte Middle East Task Group“ (METG) koordiniert im Pentagon alle militärischen Aktivitäten der USA im Nahen Osten, einschließlich der Waffenlieferungen und Geheimdienstoperationen“ („Spie-

gel“, 13.1.75). (Zur Aufrüstung dieses Raumes durch die Imperialisten siehe den ausführlichen Artikel in AK 61: „Die Kriegsgefahr wächst - der Waffenhandel blüht“).

Es kann also keine Rede davon sein, daß der US-Imperialismus nach seiner Niederlage in Indochina dem sogenannten „Isolationismus“ verfallen wäre und schrittweise seine in der gesamten Welt stationierten Aggressionstruppen zurückziehen würde. Nach seiner Niederlage hat er lediglich eine Umgruppierung seiner militärischen Kräfte in der Welt vorgenommen, seine Stützpunkte weiter ausgebaut bzw. neue errichtet und konzentriert sich heute auf die strategisch wichtigen Gebiete. Derart gerüstet, bereitet er neue imperialistische Aggressionen gegen die Völker vor. Das wird vor allem auch an der Weiterentwicklung seiner Kriegsstrategie und Rüstung deutlich.

Wachsende Kriegslüsterheit des US-Imperialismus

Unmittelbar nach der US-Niederlage in Indochina ließ Präsident Ford verlauten, daß die USA weiterhin eine „kraftvolle Führerschaft auf weltweiter Basis“ ausüben werden. Der US-Imperialismus ist also durch seine strategische Niederlage in Indochina keineswegs auch nur ein Stückchen „einsichtiger“ oder „vernünftiger“ geworden, sondern hält sich im Gegenteil weiterhin beharrlich an seinen Weltplänen fest. Angesprochen wie ein verwundetes Raubtier, verfolgt er diese Ziele sogar mit einer noch größeren Zähigkeit und Aggressivität wie in der Vergangenheit. „Die Vereinigten Staaten werden ... ihre militärische Macht nicht durch Kürzungen am Verteidigungshaushalt schwächen. Sie sind entschlossen, ihren strategischen, waffentechnischen und politischen Rang zu behalten“ („FAZ“, 6.6.75). Das ist, gelinde gesagt, angesichts der Realitäten, in denen sich die „neue“ amerikanische Militärstrategie und Kriegsrüstung bewegt, untertrieben. Denn alle Anstrengungen, die der US-Imperialismus in den vergangenen Jahren unternahm und gegenwärtig unternimmt, laufen nicht nur auf eine Konsolidierung seiner jetzigen Positionen hinaus, sondern auf ihren Ausbau, auf weitere und größere Aggressionen gegen die Völker der Welt und (gegenüber der Sowjetunion) auf die Wiedererlangung der absoluten militärischen Überlegenheit. Es ist nicht zu übersehen, daß der US-Imperialismus seine Kriegsvorbereitungen gegenüber den Völkern und auch gegenüber der UdSSR, mit dem Ziel nuklearer Dro-



Ausbildung von Elite-Killern und -Folterern in der US-Armee

hung und Erpressung erheblich forciert.

Die „Mayaguez“-Provokation der US-Imperialisten vor der kambodschanischen Küste hatte hier wohl vor allem die Aufgabe, nach der Niederlage die „kraftvolle Führerschaft“ und „Härte“ der USA den Völkern zu demonstrieren. Ford selbst bestätigt dies ausdrücklich, wenn er sagt: „Die Art, wie der Zwischenfall mit der ‚Mayaguez‘ behandelt wurde, sollte die feste Versicherung sein, daß die Vereinigten Staaten fähig und willens sind, in Notlagen (!!) und angesichts von Herausforderungen zu handeln ...“ (zitiert nach „FAZ“, 26.5.75).

Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, was der US-Imperialismus macht oder versuchen wird, wenn er tatsächlich (!) mal „in der Klemme“ steckt ...

Die „neue“ Strategie des US-Imperialismus läßt sich im Kern von der Nixon-Doktrin (Asien kämpfen gegen Asien) leiten. Das gilt sowohl für die Asienpolitik als auch für die Politik gegenüber den Erdölstaaten

und (in gegenwärtig noch bedingter Form) für die westeuropäischen NATO-Staaten.

Im Mai diesen Jahres betonte der amerikanische Kriegsminister in diesem Sinne: „Wir können nicht alles tun - unsere Alliierten müssen ihre Verantwortung sich selbst gegenüber mindestens ebenso ernst nehmen“ („FR“, 20.5.75).

In einem Rundfunkinterview formulierte Kissinger diese Strategie noch einmal explizit: „Wenn es eine Entscheidung gäbe, innerer Unterwerfung Widerstand zu leisten, halte er die Einbringung amerikanischer Streitkräfte für den schlechtesten Weg. Dies bringe ein ausländisches Element hinein. Wenn Amerika hilfreich sein wolle, wäre es viel besser, es würde die Fähigkeit einer Regierung zum Widerstand stärken und ihr Hilfe zu gewähren, anstatt US-Truppen zu beteiligen“ („Welt“, 7.5.75).

Bei den nächsten geplanten Aggressionen gegen die Völker, sollen also die Truppen der Marionetten-Regimes - dort wo es möglich ist - die verlustreichen Bodenkämpfe allein übernehmen, während die US-Imperialisten „... den atomaren Schirm (stellen). Wir geben Sicherheitsbeistand durch unsere Luft- und Seemacht, wenn nötig, aber nicht durch Landtruppen; die müssen unsere Verbündeten selbst stellen“ äußerte sich ein Pentagon-Sprecher (laut „Weserkurier“, 26.6.75).

Natürlich wird sich der US-Imperialismus nicht die Möglichkeit auf den Einsatz auch größerer Verbände an Bodentruppen nehmen lassen, der Kern der „neuen“ Strategie beinhaltet nur, daß er „seine militärische Macht von überflüssigem Ballast befreit, auf die Mittel und Werkzeuge nuklearer Kriegsführung und tageshem Übersee-Einsatzes spezialisierter Truppen konzentriert“ („FAZ“, 3.5.75).

Diese Strategie, die auf den Einsatz von Bodentruppen verzichten will (in Süd Vietnam kämpften zeitweilig 550.000 US-Soldaten), trägt zugleich zwei entscheidende Konsequenzen in sich: Zum einen wächst dadurch die Bedeutung einer starken, mobilen und in allen Teilen der Welt einsatzbereiten See- und Luftstreitmacht und erfordert zum zweiten auch den Einsatz des verfügbaren taktisch-nuklearen Potentials der US-Imperialisten in den „Krisen“ gebieten.

Die neue, „hochbewegliche Form von Seekriegsführung oder von Waffengestützter (!) Diplomatie“ („FAZ“, 3.5.75), wird am deutlichsten durch den im Mai in Dienst gestellten atomgetriebenen Flugzeugträger „USS Nimitz“ dargestellt. Dieser 95.000 Tonnen Wasser verdrängende Träger, 328 Meter lang und 76 Meter breit, benötigt 6.000 Mann Besatzung, führt 100 taktische, mit Atomwaffen ausgerüstete Bomber mit sich und kann alle 15 Sekunden ein Flugzeug starten lassen. Durch seinen atomaren Antrieb kann er ununterbrochen 13 Jahre auf See fahren. Mit einer Geschwindigkeit von rund 40 Knoten (über 70 km/Std.), ist der Flugzeugträger sehr schnell „verschiebbar“. Zu seinem „Schutz“ sind ihm ein ganzes Rudel ebenfalls atomgetriebener Raketen-Kreuzer zu-

geordnet. Der Bau eines einzigen Flugzeugträgers dieser Art kostet eine Milliarde Dollar. In den folgenden Jahren sollen weitere drei Flugzeugträger dieser Art fertiggestellt werden. Dem amerikanischen Volk wird allein für dieses irrsinnige Programm die unvorstellbare Summe von zehn Milliarden Dollar abgepreßt!

Es ist bezeichnend, daß von Seiten der bürgerlichen Militärstrategen diesen Flugzeugträgern in einem atomaren Konflikt mit der Sowjetunion militär-strategisch kaum eine Bedeutung zuerkannt wird. Sie wären im „Ernstfall“ innerhalb kürzester Zeit vernichtet. Ihre strategische Bedeutung liegt dagegen für die US-Imperialisten auf einem ganz anderen Gebiet: sie haben die Funktion schwimmender Stützpunkte, die an einem beliebigen Ort in „begrenzten Konflikten“ sowohl mit ihrer konventionellen wie auch mit ihrer taktisch-nuklearen Feuerkraft einsetzbar sind. „Die Giganten der See haben in den letzten Jahren die US-Außenpolitik spektakulär ergänzt (!). Ein „Routinemaneöver“ im Persischen Golf, eine „Testfahrt“ durch den Indischen Ozean, ein „Besuch“ vor Lissabon lösten regelmäßig Vorrangsmeldungen in der Weltpresse aus. Und kündigten nicht selten diplomatische Schachzüge an“ („FR“, 8.5.75).

Das ist natürlich sehr zynisch ausgedrückt - handelt es sich doch hier in Wirklichkeit um die nackte Erpressung ganzer Staaten durch das Militärpotential des US-Imperialismus. Es ist ganz deutlich, daß die USA verstärkt in Zukunft zu dieser Art „Kanonbootpolitik“ greifen werden, um ihre Interessen, wie die ihrer imperialistischen Bundesgenossen durchzusetzen.

„Bei begrenzten, konventionellen Konflikten, etwa im Nahen Osten (!), kann ein Träger wie die „Nimitz“ den Amerikanern das westeuropäische Hinterland mit seinen Flugzeugstützpunkten und Depots voll ersetzen. Und darin liegt heute der Hauptwert dieser Träger, die ja im Grunde schwimmende Stützpunkte sind“ („Welt“, 6.5.75).

US-Imperialisten planen Atombombeneinsatz!

Diese Strategie, die im „Normalfall“ eine ständige Bedrohung aller Staaten und Völker darstellt und im „Ernstfall“ den „Schutzschirm“ für die Aggressionen des US-Imperialismus stellt, wird ergänzt durch die neue Strategie des Einsatzes von taktisch-nuklearen Waffen, die nach der Propaganda ihrer Planer noch nicht den „totalen Atomkrieg“ bedeuten würden. - Eine gefährliche Spekulation des Imperialismus mit der Existenz der gesamten Menschheit!

Bereits im September '74 hatte US-Kriegsminister Schlesinger in einem Geheimbericht an den Auswärtigen Ausschuß des US-Senats die Möglichkeit eines „begrenzten Atomkrieges“ erörtert. Im Januar '75 wurden

ebenfalls im Zusammenhang mit den militärischen Drohungen gegen die arabischen Staaten - sozusagen als „Begleitmusik“ - erste zensierte Fakten bekannt. (vergl. AK 55). Mittlerweile gehören Drohungen mit Atombomben zum Alltag, vor allem, wenn die Repräsentanten des US-Imperialismus über Rohstofffragen oder Befreiungsbewegungen der Völker sprechen. Anfang des Jahres wurde in der Nuklearen Planungsgruppe der NATO (NPG), deren ständigen Ausschuß auch die BRD angehört (!), die Atomstrategie „flexibler“ und „präziser“ gestaltet. Das bedeutet, daß zu einem weitaus früheren Zeitpunkt, als bisher geplant, taktische Atomwaffen eingesetzt werden sollen. Ein NATO-Sprecher äußerte dazu, man müsse „das Undenkbare (!) denken“. In einer Schlesinger-Studie, die militär-strategisches Konzept der NATO geworden ist, heißt es, daß die Imperialisten „als erste taktischen Atomwaffen greifen müßten. Falls die Alternative beispielsweise bedeutende Verluste von NATO-Territorium oder von NATO-Truppen ist, dann könnten die politischen Führer der NATO sich entscheiden, die Risiken eines ersten Schläges in Kauf zu nehmen“, dies müsse allerdings mit „einem Schock-Effekt und Entschlossenheit“ verbunden sein und eine „Verhandlungsbereitschaft schaffen, in der die NATO einige taktische Vorteile hat“ („SZ“, 2.6.75).

Daß sich die Strategie des „selektiven Atomkrieges“ für die NATO-Imperialisten keineswegs mehr im Stadium der Planung bewegt, sondern bereits gültige Militär-Doktrin ist, zeigt die Ausbildung des amerikanischen „Strategischen Bomberkommandos“, dem sämtliche Fernbomber und Langstreckenraketen mit Atomsprengköpfen zu Land unterstehen, an diesem Konzept.

„Damit soll dem Präsidenten der Vereinigten Staaten im Kriegsfall die Möglichkeit verschiedener, durch atomaren Einsatz (!) kontrollierbarer „Optionen“ gegen den Gegner verschafft werden“ („FAZ“, 16.6.75).



'Ausbildung' in der US-Armee

Diese Ausbildung, die bis zum 1. Januar 1976 abgeschlossen werden soll, bereitet die Bomber-Mannschaften auf den „begrenzten Atomkrieg gegen Punktziele“ vor. Hatte bisher jede Mannschaft etwa sechs atomare Ziele, so muß sie sich jetzt auf eine „wesentlich ausgeweitete Zielauswahl“ vorbereiten. Es kommen zwanzig (!) zusätzliche Einsatzorte hinzu. Das beweist den Willen der US- und NATO-Imperialisten, zukünftig auch in relativ kleinen (territorial begrenzten) Konflikten Kernwaffen als Massenvernichtungsmittel gegen die Völker einzusetzen. „Zu den Zielen im Rahmen eines kleinen Atomkrieges“ gehören auch Ölförderanlagen“ (nach „FAZ“ und „Welt“, 16.6.75).



Symmetrische des geschlagenen US-Imperialismus in Indochina – Botschafter Dean (mit dem eingerollten „Sternenbanner“ auf der Flucht aus Phnom Penh)

Ende Mai drohte US-Kriegsminister Schlesinger der VR Korea und den arabischen Staaten mit einem „harten Zurückschlagen“. Eine der Erkenntnisse der US-Imperialisten aus dem Indochina-Krieg sei, „das Zentrum der Macht des Gegners anzugreifen, anstatt sich darauf zu beschränken, die Schlüge des Gegners einfach zu erwidern. Man muß die militärischen Kräfte des Feindes vernichten, um nicht in endlose militärische Einzeloperationen verwickelt zu werden.“ Die Anfangsaktionen der Imperialisten würden in einem neuen Konflikt ungleich härter als in Vietnam sein. („FR“, 20.5.75).

Vier Wochen später präzisierte Schlesinger diese aggressiven Drohungen gegenüber Korea. Er wies darauf hin, daß die USA in Südkorea Atomwaffen gelagert haben und „mit dem Einsatz von Kernwaffen reagieren könnten“ („FAZ“, 23.6.75). Die amtliche nordkoreanische Nachrichtenagentur charakterisierte Schlesinger daraufhin richtig als einen „notorischen Kriegssüchtigen“.

Während die US-Imperialisten einerseits ihre Kriegsstrategie auf den Atomkrieg umstellen, sind sie

gleichzeitig fieberhaft darum bemüht, ihre Rüstung auf dem Sektor der „konventionellen“ und der taktisch- und strategisch nuklearen Kriegsführung bedeutend zu steigern.

Allein für Waffenentwicklung und Rüstungsforschung bewilligte der US-Senat kürzlich weitere 25 Mrd. Dollar (!). In der Entwicklung stehen u.a. ein „schwerer strategischer Bomber B-1“, sowie die durch die Strategie des „begrenzten Atomkrieges“ auf Punktziele erforderliche Weiterentwicklung der atomaren Einzel- und Mehrfachsprengköpfe (MIRV) durch neue „Ziel-Such-Anlagen.“ Daneben wird in US-Laboratorien an der Entwicklung mörderischer Massenvernichtungswaffen gearbeitet, wie sie bisher nur dem Hirn einiger billiger „Science-Fiction“-Schriftsteller entsprungen sind. Hier eine Auswahl, um zu dokumentieren, zu welcher Bestialität es der Imperialismus bei der Verfolgung seiner Aggressionspläne bringt:

Bomben, die starke ultraviolette Strahlungen abgeben, verwandeln Sauerstoff der Luft in Ozon, das zum sofortigen Eintritt des Todes führt.

Bomben, die elektromagnetische Strahlung verbreiten und alle Lebewesen vernichten.

Waffen die den Blutdruck des Menschen schlagartig erhöhen und in kürzester Zeit zum Tode führen. Es wird an einer Nervengas-Bombe gearbeitet, die bei Zündung zwei harmlose Substanzen zu einem todbringenden Gas vereint, das durch Lungen, Haut, Augen usw. aufgenommen wird.

Es werden Nervengase entwickelt, die auch riesige Menschenmassen völlig willenlos machen.

Es wird eine Art „Laser-Antenne“ entwickelt, „die mit sehr hoher Energieausstrahlung Menschenmassen zum „kochen“ bringt (alle Angaben nach „Welt“, 16.6.75). Ergänzend dazu steigern die US-Imperialisten gleichzeitig ihre Anstrengungen im Bereich der Intercontinental-Raketen mit Mehrfachsprengköpfen, um ihren Vorsprung im strategisch-nuklearen Sektor gegenüber der Sowjetunion auszubauen und zur absoluten Überlegenheit zu entwickeln. Gegenwärtig wird die Explosivkraft, Zielgenauigkeit und Lenkfähigkeit der Atomraketen erhöht. Zehn Atom-U-Boote der „Poseidon“-Klasse werden mit den an sich erst für die achtziger Jahre vorgesehen „Trident“-Raketen, die eine größere Explosivkraft und Reichweite besitzen, vorzeitig ausgerüstet. Ab 1979 werden dann diese „Poseidon“-Boote zugunsten der Trident-U-Boote, die mit einer Unterwasserdriftung von 18 7000 Tonnen (!!!) tauchende Schlachtschiffe sind, verschrottet. Eine noch größere und wirksamere „Trident“-2 ist für die Jahre ab 1985 geplant und wird zur Zeit entwickelt. (Welt 13.5.75)

Der ganze Irrsinn und Aberwitz dieser Aufrüstung zeigt sich an folgendem Beispiel: Um einen Atomschlag gegen die Raketenlos zu überstehen, werden die Siloboden- und Elektronikrichtungen verbessert.

„Bessere Federungssysteme sollen die Vibrationen dämpfen... die mehrere hundert Tonnen schweren Siloluken erhalten zusätzlich einen 25 Zentimeter dicken Betonmantel als Strahlungsschutz, der nun wieder eine Verstärkung des Öffnungsmechanismus erforderlich macht (Welt 22.5.75)

Unruhe stiften, scheitern ...

Die USA haben also keineswegs aus ihrer Niederlage gegen die Völker Indochinas die richtigen Lehren gezogen. Als Imperialisten sind sie auch

nur in der Lage zu „lernen“, sich auf das „nächste Vietnam“ „besser“ vorzubereiten. Das bedeutet in aller Regel eine gesteigerte Kriegsrüstung verbunden mit einer wachsenden Aggressivität gegen die Völker und Staaten der Welt, um in Zukunft „härter“ die imperialistischen Interessen mit Blut und Völkermord zu verteidigen.

Kissinger hat die Lehren der Vergangenheit so verstanden: „In Portugal, im Nahen Osten, sogar (!) in Indochina sind Schwierigkeiten aus ... unzureichenden (!!!) amerikanischen Antworten wie durch sowjetisches Eingreifen (!!) entstanden“ (FAZ, 14.5.75).

Damit ist einer noch aggressiveren „Nach-Vietnam-Politik“ des US-Imperialismus zur Verteidigung und Erweiterung der imperialistischen Bastionen und Einflußgebiete deutlich das Wort geredet. Indem die US-Regierung zugleich eine nur noch auf „begrenzte Gebiete“ beschränkte Zu-

sammenarbeit mit der Sowjetunion und im Falle weiterer Konflikte den „Zusammenbruch der Entspannungspolitik“ ankündigt und erklärt, „die Sowjetunion und China seien nun für jede Störaktion verantwortlich (!)“ beabsichtigen sie, nunmehr auch eine stärkere Konfrontation mit diesen Staaten. (FAZ, 2.5.75)

Damit wächst die Gefahr eines vom US-Imperialismus und seinen Verbündeten (Nato) angezettelten 3. Weltkrieg immens.

(Dieser Artikel wird im nächsten AK mit einem 2. Teil, der sich vor allem mit der Nato-Politik des US-Imperialismus und der besonderen Rolle der BRD in diesem Zusammenhang befassen wird, fortgesetzt.)

Metall-Komitee KB/Gruppe Hamburg

„Waffengeschäft des Jahrhunderts“ perfekt!



Nach langem Hin- und Her haben sich die US-Imperialisten schließlich doch beim Verkauf neuer Kampfflugzeuge an die vier NATO-Länder Holland, Belgien, Dänemark und Norwegen durchsetzen können. Die vom US-Konzern General Dynamics konstruierte YF 16 wird im Werte von 2 Mrd. Dollar (vorläufig 316 Maschinen) an diese Länder geliefert. „In Washington rechnet man mit einem Verkauf von 1.200 Flugzeugen. Ein hoher Regierungsbeamter: Unter Umständen können 15 Milliarden Dollar erreicht werden“ („Welt“, 4.6.75).

Die USA hatten, im Gegensatz zu früheren Jahren, größere Schwierigkeiten, ihre Kampfflugzeuge an den Mann zu bringen. Vor allem die Niederlande und Belgien waren zunächst gegen den Kauf des amerikanischen Flugzeugs; die holländischen Kapitalisten und die sozialdemokratische Regierung hatten vor allem die antimilitaristische Bewegung zu berücksichtigen. Der Parteitag der sozialistischen Partei sprach sich gegen den Kauf von Atomwaffenträgern

aus. Dennoch stimmte die holländische Regierung dem Kauf der YF 16 zu. Bei Belgien sah die Sache etwas anders aus: die französische Rüstungsindustrie hat sehr enge Beziehungen und Kooperationen mit der belgischen Rüstungsindustrie und so neigte Belgien zunächst eher zum Kauf der französischen „Mirage“. Erst auf der NATO-Konferenz fiel die Entscheidung zugunsten der YF 16.

Kissinger und Ford verhandelten mit dem belgischen Ministerpräsidenten Tindemans und machten der belgischen Regierung den Kauf der YF 16 schmackhaft. Die USA wollen als Gegenleistung rund 16.000 belgische Maschinengewehre kaufen und verpflichten sich ferner, den Kaufpreis von 19 Mio DM pro Stück einzulassen, auch wenn die tatsächlichen Kosten infolge technischer Änderungen noch steigen sollten. (Die YF 16 liegt erst als Prototyp vor).

Die Kommentare für die einheitliche Entscheidung der vier kleineren NATO-Staaten zum Kauf der YF 16 fielen natürlich unterschiedlich aus: Präsident Ford begrüßte diese Entscheidung „zugunsten einer größeren Standardisierung der Waffensysteme“. Der Kauf trage dazu bei, die Luftwaffen der NATO „schlagkräftiger und wirksamer“ zu machen (nach „Welt“, 9.6.75).

Die französischen Imperialisten reagierten logischerweise ausgesprochen sauer, daß ihnen nun dieses einträgliche Geschäft durch die Lappen gegangen ist. Ministerpräsident Chirac nannte die Entscheidung der vier NATO-Länder „bedauerlich“. Außenminister Sauvagnargues bezeichnete die belgische Entscheidung „als einen Irrtum in technischer und europäischer Hinsicht“ („Welt“, 9.6.75).

Das bei dem Rüstungshandel auch kräftig geschmiert und bestochen wurde, konnte man dem Bericht eines amerikanischen Untersuchungsaus-

schusses entnehmen. Der amerikanische Rüstungskonzern Northrop soll in den letzten Jahren insgesamt 30 Millionen Dollar Schmiergelder gezahlt haben. Unter anderem hat Northrop folgende Bestechungen vorgenommen:

- An zwei Mitglieder der saudi-arabischen Königsfamilie gingen 450.000 Dollar;
- 705.000 Dollar erhielt Prinz Charm Pahlavi, ein Verwandter des Schahs von Persien;
- 15.000 Dollar erhielt ein indonesischer Politiker.

Außerdem heuerte Northrop „Verbindungsmänner“ an, die gute Kontakte mit ausländischen Regierungen haben, so u.a.:

- Der amerikanischen Rechtsanwalt Francis, der gute Beziehungen zu Dr. Bach, einem früheren CDU-Abgeordneten hat;
- den ehemaligen französischen Luftwaffengeneral Stehlin, der einiges Aufsehen erregte, als er im französischen Fernsehen die amerikanische YF 16 der Mirage vorzog; am Tage, als vier NATO-Länder nische YF 16 der Mirage vorzog; am Tage, als vier NATO-Länder der YF 16 den Zuschlag gaben, erlitt Stehlin einen tödlichen Verkehrsunfall...;
- Luftwaffengeneral Galland, der gute Kontakte zu einer Eddy Hess hat. Diese Eddy Hess wiederum hält öfter Einkäufe bei den BRD-Rüstungskonzernen MBB und VFW-Fokker.

Antimilitarismuskommision KB/Gruppe Hamburg



Hamburg: Die Straße sauber halten!

Als wir am 17. Juni uns noch mit unangenehmen Beigeschmack, über den freien Tag freuten, entdeckten wir in unserer Straße die Hauswände in drei bis vier Meter Höhe mit NPD-Plakaten verunstaltet. Dieses paßte nicht in unsere Straße



Dieses Straßenbild mußte verändert werden, das stand fest!



Eine Stunde später sah unser Stadtteil so aus:

2 Genossinnen aus St. Georg

Seit mehreren Wochen schweigt sich die gleichgeschaltete westdeutsche Presse weitgehend über die revolutionäre Entwicklung in den vom imperialistischen Joch befreiten Ländern Kambodscha, Laos und Vietnam aus. Während vor der endgültigen Niederlage des US-Imperialismus und seiner Marionettenregimes die bürgerlichen Propagandisten seitensweise Lügengeschichten über die revolutionären Volksbewegungen herausklotzten und hahnebüchene Unterstellungen über angeblich geplante „Racheakte“ der Befreiungsstreitkräfte oft schon auf den Titelseiten ihrer Zeitungen gruselig ausmalen konnten; während die „Militärexperten“ des Lumpenjournalismus – angesichts des nahen Friedens in Indochina – immer nervöser und aggressiver wurden und in einer beispiellosen propagandistischen „Schlacht“ noch nachträglich den Krieg für den bereits politisch und militärisch geschlagenen US-Imperialismus gewinnen wollten, war nach der endgültigen Befreiung der indochinesischen Völker von den bürgerlichen Meinungsmachern allenthalben zerknirsches und lächerliches Gestammel zu vernehmen.

Die in den ersten Mai-Wochen (also unmittelbar nach der Befreiung) vom amerikanischen Geheimdienst CIA in die Presse der „freien Welt“ lancierten „Enthüllungen“ über marodierende, mordende und vergewaltigende Soldaten der kambodschanischen und südvietnamesischen Befreiungsarmeen wurden rasch als Lügen und böswillige Verleumdungen entlarvt.

Der Imperialismus hat – im wahrsten Sinne des Wortes – in Indochina sein Pulver verschossen und der in seinen Diensten stehende Journalismus paßte sich dieser unumstößlichen Tatsache an!

Um so wichtiger ist es, daß die antiimperialistische und kommunistische Bewegung in der BRD ihre Unterstützung für die befreiten Völker Indochinas durch Propaganda, durch moralische und materielle Hilfe nicht nur fortsetzt, sondern noch verstärkt. Zum einen geht es darum, den schwierigen Aufbau einer neuen Gesellschaft in Freiheit und Unabhängigkeit bestmöglich zu unterstützen – und zum anderen steht die Aufgabe, die Erfahrungen des revolutionären Kampfes (in erster Linie die der vietnamesischen Genossen) für die „Entwicklung der revolutionären Bewegung und des revolutionären Kampfes im eigenen Lande“ (Lenin) zu nutzen.

Im Folgenden wollen wir zeigen, welche konkreten Schritte in Südvietnam seit der Befreiung des Landes (am 30. April '75) unter Führung der Provisorischen Revolutionären Regierung zur Errichtung einer demokratischen Diktatur des Volkes unternommen wurden und wie die enormen Schwierigkeiten, die die imperialistische Herrschaft und Aggression dem vietnamesischen Volk hinterlassen haben, bewältigt werden.

Grundlegende Richtschnur des Handelns ist für die revolutionäre Verwaltung Südvietnams, das Anfang April '75 gegenüber den befreiten Gebieten proklamierte „ZEHN PUNKTE PROGRAMM“, das erarbeitet und veröffentlicht wurde, „um die revolutionären Errungenschaften zu schützen und zu entwickeln, die Unterhaltungsmöglichkeiten der Bevölkerung zu stabilisieren, die Pariser Vietnam-Verträge wirksam zu wahren und durchzuführen und um die südvietnamesische Revolution immer größeren Siegen zuzuführen“ (Präambel zum „ZEHN PUNKTE PROGRAMM“).

PUNKT 1 fordert die „vollständige Beseitigung“ des Marionettenregimes die Auflösung aller reaktionären Parteien und Institutionen – und die Errichtung „einer revolutionären Volksregierung auf allen Ebenen“.

Die vollständige Liquidierung der Saigoner Marionettenverwaltung – d. h. vor allem die unverzügliche Auflösung der Streitkräfte, der paramilitärischen Organisationen, der Polizei und des faschistischen Geheimdienstes – wurde von der Provisorischen Revolutionsregierung (PRR) völlig zu Recht an die erste Stelle der zu ergreifenden Maßnahmen gesetzt und tatsächlich vor allen anderen Maßnahmen angegangen.

Die Einzelaktionen der Befreiungsbewegung zur Errichtung der revolutionären Macht waren in allen nacheinander befreiten Gebieten Südvietnams: Die vollständige Entwaffnung und Auflösung der militärischen und paramilitärischen Formationen des Marionettenapparates, die Registrierung und Einteilung der entwaffneten Soldaten, Offiziere etc.; die Ausübung der militärischen und polizeilichen Gewalt durch die Befreiungskräfte, unterstützt durch neugebildete Milizen von Arbeitern und Studenten.



Die Strecke Da Nang – Hue wird repariert

Erst nach der Liquidierung des faschistischen Gewaltapparates bildeten „sich (überall im Lande) revolutionäre Volkskomitees als neue Verwaltungsorgane, die auf die breite Mitarbeit der Bevölkerung orientieren“ („horizont“). In Ho Tshi Minh-Stadt (dem ehemaligen Saigon) z. B. wurden knapp eine Woche nach dem Einmarsch der Befreiungsstreitkräfte am 4. Mai ein elf Mitglieder zählendes Militärverwaltungs-Komitee und in allen Stadtteilen revolutionäre Volkskomitees gebildet.

Eine der ersten Maßnahmen des Militär-Verwaltungs-Komitees von Ho Tshi Minh-Stadt war die Auflösung der reaktionären Parteien des alten Regimes. Zusätzlich zum Verbot dieser Parteien, wurden deren Führer verpflichtet, „sich vom 25. bis 29. Mai in ihren Stadtbezirken (zu) melden und alle Arbeitsunterlagen den Revolutionskomitees (zu) übergeben“ („ND“, 22.5.75). Wie „Neues Deutschland“ vom 29. Mai berichtet, sind zahlreiche Thieu-Politiker dieser Aufforderung zum festgelegten Zeitpunkt nachgekommen.

Zu den Organisationen, „die sich zu Lakaien der US-Imperialisten und der Marionetten-Regierung gemacht haben“ („ZEHN PUNKTE PRO-

GRAMM“) und deshalb zerschlagen werden mußten, gehörten auch die Pseudo-Gewerkschaften des faschistischen Regimes. Die Arbeiter von Ho Tshi Minh-Stadt besetzten selbst unmittelbar nach der Befreiung die Gebäude der gelben Gewerkschaft und „die in 61 Gewerkschaftsvereinigungen zusammengeschlossenen Werktätigen Südvietnams beschlossen bei ihrem ersten Treffen in Freiheit, die unter Thieu gebildete „Föderation der gelben Gewerkschaften aufzulösen“ („AIB“, 5/75).

Mit der Durchführung dieser Maßnahmen – d. h. der Liquidierung der Marionettenverwaltung und der Errichtung der revolutionären Macht – waren die Voraussetzungen geschaffen, um die Beseitigung der Hinterlassenschaft der Marionettenclique in Angriff zu nehmen.

PUNKT 2 fordert die Verwirklichung der „demokratischen Rechte des Volkes und Erreichung der Gleichberechtigung von Mann und Frau“:

Eine der ersten Maßnahmen der revolutionären Verwaltung überhaupt war die Befreiung der politischen Gefangenen aus den Kerkern des faschistischen Regimes. „Mehr als 1.800 Patrioten, die von den Schergen des Thieu-Regimes auf der Todesinsel Con Son vor der Küste Südvietnams gemartert worden waren, sind bis zum 20. Mai im Hafen Yung Tau ... eingetroffen“ („ND“, 29. Mai). Auch in anderen Gebieten Südvietnams konnten tausende politischer Gefangener aus den Klauen ihrer Peiniger befreit werden. Allein in Da Nang „wurden 5.000 politische Häftlinge von den Soldaten der Volksarmee aus dem Gefängnis befreit“ („horizont“, 24/75). Oft kamen die Befreiungsstreitkräfte jedoch nicht mehr rechtzeitig, um die Ermordung ihrer Genossen zu verhindern (es sind z. B. mehrere Fälle bekannt, wo die Schergen des Thieu-Regimes die politischen Gefangenen noch kurz vor ihrer eigenen Flucht erschossen oder in die Luft gesprengt haben). In der Regel sind die befreiten politischen Gefangenen „so krank, daß sie vorerst der Pflege bedürfen“ („horizont“, ebenda).

Auf dem Wege zur Gleichberechtigung von Mann und Frau haben die vietnamesischen Revolutionäre im Norden und in den befreiten Gebieten des Südens ihres Landes bereits große Fortschritte gemacht und zahlreiche Erfahrungen gesammelt. Der Frauengewerkschaft Vietnams (die sowohl in der DRV als auch in der Republik Südvietnam arbeitet) kommt bei der Verwirklichung dieser Aufgabenstellung eine ganz besondere Bedeutung zu. Eine Sprecherin der Frauengewerkschaft erläuterte auf einer Pressekonferenz am 31. Mai '75 in Vancouver (Kanada) die Zielsetzung, die konkrete Aufgabenstellung und die bisherigen Erfolge ihrer Organisation:

„Die Zielsetzung der Frauengewerkschaft sind

1. Die Befreiung der Nation
2. Die Befreiung der Frauen und
3. Der Aufbau des Sozialismus.

Wir haben alle drei Punkte im Kampf gegen den US-Imperialismus verwirklicht (offenbar ist die Situation in der DRV gemeint? „Anm. der Red.“). Um dies zu vollbringen,

Indochina

„Ist der Yankee geschlagen, er schöner denn je“ (Ho Tshi Das Zehn-Punkte-Programm der

haben wir in der Reisproduktion mitgearbeitet, Kleider für die Frontsoldaten hergestellt, die Haushalte und die Kinder betreut, damit die Männer an der Front kämpfen konnten. Mit die wichtigsten Aufgaben, die wir übernahmen, waren, Verwundete zu betreiben, Munition zur Front zu transportieren und amerikanische Flugzeuge abzuschießen. Piloten, die abgeschossen wurden, wurden von Frauen gefangen genommen und von Frauen in die Krankenhäuser gebracht. Frauen sind in jeglicher Aufgabe den Männern gleich. Nach einer Statistik von 1972 sind im Parlament (der DRV, Anm. AK) 32,4 % der Mitglieder, 12 % der Minister der Regierung und 65 % der Vorstände der verschiedenen Ressorts/Departements Frauen.

Es gibt eine starke Verbindung zwischen den Frauengewerkschaften und den Betriebsgewerkschaften. Die Betriebsgewerkschaften schicken Mitglieder als Führer in die Frauengewerkschaften. Wenn die Frauengewerkschaft etwas mit den Betriebsgewerkschaften machen will, wird es diskutiert.

Die Aufgabe der Frauen im Süden ist es, die Wunden des Krieges zu heilen, beim Aufbau zu helfen. Die Frauengewerkschaft hat in der Demokratischen Republik von Vietnam (DRV) vier bis fünf Millionen Mitglieder. Die Wiedereingliederung der Prostituierten im Süden wird wahrscheinlich genauso vor sich gehen wie im Norden nach dem Sturz der Franzosen. Im Norden wurden Prostituierte durch Arbeit umerzogen und dann in die Schulen geschickt, um Bildung zu erhalten und Politik zu lernen.

ten bereits wenige Tage nach der Befreiung die ehemaligen Beamten und Armeangehörigen des Thieu-Regimes die Aufforderung, „sich für den Neubeginn zur Verfügung zu stellen“ („ND“, 5. Mai) und selbst die Minister der letzten Marionetten-Regierung wurden in den Appell eingeschlossen, „ihren Fähigkeiten entsprechend zum Wiederaufbau des Landes beizutragen“ („FR“, 7. Mai).

Die grundsätzliche Bereitschaft der siegreichen Befreiungsbewegung, allen Leuten, die unter der Marionettenverwaltung gelebt oder sogar für diese gearbeitet haben, eine Chance zu geben und sie durch beharrliche Überzeugungsarbeit für den Aufbau einer neuen Gesellschaft zu gewinnen, gründet sich auf die Erkenntnis, daß sie Opfer imperialistischer Politik sind; daß „die massive antikommunistische Propaganda des USA-Imperialismus in den vergangenen Jahrzehnten ... viel Unheil und Verwirrung in den Köpfen zahlreicher Menschen angerichtet (hat)“ („Horizont“).

Die Politik der nationalen Versöhnung und Eintracht wird von der revolutionären Verwaltung vor allem denjenigen Kräften aus den großen religiösen Vereinigungen gegenüber betrieben, die bereits als „Dritte Kraft“ gegen das alte Regime gestanden hatten und nach den Pariser Verträgen an der geplanten Koalitionsregierung beteiligt werden sollten.

Auf den Mitte Mai in allen Landesteilen Vietnams durchgeführten Siegesfeierlichkeiten (wir berichteten darüber im letzten AK) traten auch Vertreter „verschiedener Glaubensgemeinschaften (auf). Sie brachten ihre Dankbarkeit für die Revolution zum

Mord, Diebstahl, Vergewaltigungen und andere gewöhnliche Verbrechen, die wesensmäßig zum zerschlagenen faschistischen Regime gehörten, wurden unmittelbar nach der Befreiung unter schwere Strafe gestellt und zahlreiche kriminelle Elemente, die ihren alten Gewohnheiten entsprechend handelten, wurden von Volksgerichten bereits abgeurteilt.

Der kriminelle Sumpf, der sich vor allem in den von den Saigoner Marionetten verwalteten Großstädten gebildet hatte, wird konsequent bekämpft und trockengelegt. Erste Maßnahmen dazu waren u. a. die Schließung der zahllosen Bordelle, Nachtlokale und Rauschgifthöhlen.

Sämtliche Propagandamittel des alten Regimes wurden verboten und, soweit man ihrer habhaft werden konnte, vernichtet (dazu gehören Zeitungen, Bücher, Plakate etc.).

Allein die Existenz von hunderttausenden entlassener Soldaten der Thieu-Armee, die man nicht von heute auf morgen umerziehen und denen man auch nicht auf einmal Arbeit verschaffen kann, stellt ein großes Sicherheitsrisiko dar und erfordert von den revolutionären Kräften erhöhte Wachsamkeit. „Wer die Plünderungen der letzten Jahre erlebte, wer sah, wie sie (die Soldaten der sich auflösenden Thieu-Armee, Anm. AK) sich in letzter Stunde den Weg zu den Schiffen über Frauen und Kinder freischoßen, der weiß, daß man aufpassen muß. Deshalb meldeten wir uns beim revolutionären Straßenkomitee“, sagten zwei Milizangehörige in der Hafenstadt Da Nang zu einem DDR-Reporter (zit. in „Horizont“, 24/75).



Jugendliche aus der gesamten Provinz Nghe An meldeten sich, um beim Wiederaufbau der Provinzhauptstadt Vinh zu helfen. Sie erhalten eine Fachausbildung in verschiedenen Bauwerken. Sie helfen auch beim weiteren Aufbau dieser Ziegelei, die die Steine für die neuen Wohnhäuser der Stadt liefert.

Prostituierte wurden als Opfer des Kolonialismus und des Imperialismus angesehen. Wir möchten gerne versuchen ihnen klarzumachen, daß sie Opfer gewesen sind, und sie zum normalen Leben zurückbringen. Am schwersten war es, im Norden die Prostituierten umzuerochen, die ihr ganzes Leben lang Prostituierte gewesen waren. Aber die Prostitution wurde im Norden ausgerottet, und dasselbe wird wahrscheinlich auch im Süden passieren.

Im Norden waren 1972 Frauen ein großer Teil der Arbeitskräfte. Frauen stellten 42,2% der Beamten, 54 - 62% der Landarbeiter, 65,7% in der Elektrizitätsindustrie, 80% in der Textilindustrie, 58,2% im Öffentlichen Gesundheitswesen, 52% in der Erziehung und 31,4% der Facharbeiter ...“ (zitiert nach: „Informationsdienst“, vom 7. Juni).

PUNKT 3 fordert eine Politik der „nationalen Versöhnung und Eintracht“ und verbietet alle „Aktivitäten, die zu Uneinigkeit, Haß und Mißtrauen bei der Bevölkerung und den verschiedenen Nationalitäten führen“:

Die Provisorische Revolutionsregierung hat ihr Versprechen eingehalten, alle Menschen in Südvietnam, die guten Willens und einsichtig sind, am Aufbau der neuen Gesellschaft zu beteiligen (selbst dann, wenn sie sich in der Vergangenheit schwerer Verbrechen gegen das vietnamesische Volk schuldig gemacht haben!). So erhielt

Ausdruck und bekundeten ihre Entschlossenheit, zum Aufbau und zur Verteidigung der revolutionären Regierung und, gemeinsam mit den Patrioten in Saigon und im ganzen Land, zum Aufbau einer neuen Gesellschaft und eines neuen Lebens beizutragen“ (Radio Saigon, vom 10. Mai; zit. nach „Monitor-Dienst“, vom 12. Mai).

PUNKT 4 fordert von allen Bürgern, ihren Tätigkeiten nachzugehen, Ordnung und Sicherheit aufrecht zu erhalten und die Revolution zu unterstützen. Kriminelle und Konterrevolutionäre werden gewarnt und mit Strafen bedroht:

Dazu kommt, daß sich noch immer „brutale Henker der US-Marionetten-Clique versteckt (halten), um weitere Verbrechen zu begehen und Ordnung und Sicherheit ... zu stören“ (wie Radio Saigon berichtet; zitiert nach „SZ“, vom 24.6.75). Allein in Ho Tshi Minh-Stadt wurden seit dem Tage der Befreiung „elf Soldaten der Befreiungsarmee ermordet“ („Spiegel“, 2.6.75).

In diesem Zusammenhang ist auch eine Information erwähnenswert, die ein KB-Vertreter vom Attache der südvietnamesischen Botschaft in der DDR erhalten hat: Nach Aussagen



Genossinnen der südvietnamesischen Befreiungsfront

bauen wir das Land zehnmal Minh)

PRR wird verwirklicht

dieses Genossen schätzt die Provisorische Revolutionäre Regierung Südvietnams, daß von den US-Imperialisten mehrere zehntausend (!) Agenten und Saboteure im befreiten Südvietnam zurückgelassen wurden, ebenso wie seinerzeit die französischen Kolonialisten im Norden Vietnams ca. zehntausend Spione eingesetzt hätten, nachdem sie selbst vernichtend geschlagen und vertrieben waren.

PUNKT 5 erklärt, daß das Eigentum der Marionettenregierung von der PRR verwaltet werden wird:

Die erste Anweisung der PRR an die zu ihren Arbeitsplätzen zurückgerufenen Beamten des alten Regimes bestand darin, eine Bilanz und Inventarübersicht ihrer Institutionen und Unternehmen anzufertigen, um eine reibungslose und vollständige Übergabe zu gewährleisten. Eine entsprechende Aufforderung erging auch an die diplomatischen Vertretungen des Marionetten-Regimes im Ausland.

„Die Regierungen der Länder, in die Angehörige der Marionettenregierung geflüchtet sind, wurden aufgefordert, Flugzeuge, Schiffe und sonstige Transportmittel sowie Devisen und Gold der PRR auszuhändigen“ („AID“, 5/75).



Eine Kämpferin der FNL nimmt den Piloten eines abgeschossenen US-Bombers fest!

Eine Kämpferin der FNL nimmt den Piloten eines abgeschossenen US-Bombers fest!

Bekanntlich hatten Kapitalisten, hohe Staatsbeamte, Militärs und ähnliches im Dienste des US-Imperialismus stehendes Gesindel Milliardenwerte mit auf „die Flucht“ genommen oder auch schon früher ins Ausland verschoben. Allein die aus dem Nationalmuseum in Saigon und dem ehemaligen Kaiserpalast in Huế geraubten Kunstgegenstände, die „dieser Tage an Bord eines amerikanischen Frachters in Guam eingetroffen sind“ haben einen „geschätzten Wert von 150 Millionen Dollar!“ („ND“, 28. Mai).

Die US-Imperialisten haben sich bisher strikt geweigert, die dem vietnamesischen Volk gestohlenen Milliardenwerte zurückzugeben – ja, sie erlaubten sich sogar die Frechheit, zu behaupten, daß die von ihren Marionetten gestohlenen „Flucht“-Schiffe und -Flugzeuge ihr Eigentum seien!

PUNKT 6 fordert die unverzügliche Instandsetzung von Industriebetrie-

ben, Handels- und Dienstleistungsunternehmen, um die Lebensgrundlage der städtischen Bevölkerung wiederherzustellen:

Entsprechend galten die ersten Maßnahmen auf diesem Gebiet der Normalisierung des öffentlichen Lebens – Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Strom und Wasser, Inbetriebnahme der Verkehrsmittel (so wurde bereits Mitte Mai der Flughafen Tan Son Nhut in Ho Tshi Minh-Stadt wieder eröffnet und ebenfalls seit Mitte Mai „begannt der regelmäßige Zugverkehr auf der 107 Kilometer langen Eisenbahnstrecke Da Nang – Huế“, wie „ND“ vom 22.5.75 meldet).

Mit Hilfe der DRV wurden die weitgehend zerstörten Buslinien wieder hergestellt: „60 Busse hat die Hanover Thong-Nhat-Busgesellschaft den Städten Hue und Da Nang als Solidaritätsgeschenk übergeben ...“ und „mit den Bussen kamen 750 Fahrer und Automechaniker aus der DRV, um in beiden Städten beim Wiederaufbau der Verkehrsverbindungen zu helfen“ („ND“, 28. Mai).

Die Tatsache, daß die Dienstleistungsbetriebe und viele Industriebetriebe in den großen Städten praktisch unmittelbar nach der Befreiung ihre Tätigkeit wieder aufnehmen konnten, ist der Wachsamkeit und dem Kampf der Arbeiter zu danken. In Ho Tshi Minh-Stadt, Da Nang und Huế haben die Arbeiter selbst die Zerstörung und Ausplünderung der Betriebe verhindert, indem sie Wachen und Selbstschutzgruppen bildeten. Eine Arbeiterin der Weberei Sicovina in Da Nang berichtet: „Es gab so viel Unruhe in der Stadt ... Nicht nur einer wollte aus dem Werk etwas herausheben. Wir haben niemanden hereingelassen.“ Und eine andere Da Nanger Arbeiterin, die am Tage der Befreiung die Flagge der Befreiungsfront vor dem Tor ihrer Fabrik gehißt hatte, berichtet: „Bis auf den Technischen Direktor verließen alle Direktoren die Stadt. Wir Arbeiter haben uns das Recht auf die Leitung der Produktion, die das Werk unserer Hände ist, erkämpft“ (zit. nach „Horizont“, 24/75).

Die Probleme, die die südvinamesischen Werktätigen kurzfristig und auch auf lange Sicht bei der Entwicklung einer Wirtschaft, die den Interessen des Volkes dient, zu lösen haben werden, sind jedoch enorm! Die Wirtschaftspolitik des alten Regimes war vollständig den Interessen des US-Imperialismus und der parasitären Herrscherclique des Marionettenregimes angepaßt: so wurde in den letzten Jahren im Schnitt viermal mehr importiert als exportiert; zahlreiche Betriebe wurden von den Imperialisten ruiniert, die Südvietnam mit billigen Waren überschwemmten; der größte Teil des Dienstleistungssektors war auf die Erfordernisse der US-Streitkräfte und der Saigoner Armee ausgerichtet, sodaß heute – nach dem Ende des Krieges – für etwa 300.000 Menschen neue, sinnvolle Arbeitsplätze geschaffen werden müssen; dazu kommt, daß in den letzten Jahren die Zahl der Arbeitslosen auf mindestens eine Million angewachsen war; die aus der Saigoner Armee entlassenen etwa zwei Millionen Menschen schaffen zusätzliche soziale Probleme.

Die Probleme, die die südvinamesischen Werktätigen kurzfristig und auch auf lange Sicht bei der Entwicklung einer Wirtschaft, die den Interessen des Volkes dient, zu lösen haben werden, sind jedoch enorm! Die Wirtschaftspolitik des alten Regimes war vollständig den Interessen des US-Imperialismus und der parasitären Herrscherclique des Marionettenregimes angepaßt: so wurde in den letzten Jahren im Schnitt viermal mehr importiert als exportiert; zahlreiche Betriebe wurden von den Imperialisten ruiniert, die Südvietnam mit billigen Waren überschwemmten; der größte Teil des Dienstleistungssektors war auf die Erfordernisse der US-Streitkräfte und der Saigoner Armee ausgerichtet, sodaß heute – nach dem Ende des Krieges – für etwa 300.000 Menschen neue, sinnvolle Arbeitsplätze geschaffen werden müssen; dazu kommt, daß in den letzten Jahren die Zahl der Arbeitslosen auf mindestens eine Million angewachsen war; die aus der Saigoner Armee entlassenen etwa zwei Millionen Menschen schaffen zusätzliche soziale Probleme.

me, die auf keinen Fall allein in den Städten und auch nicht kurzfristig gelöst werden können.

Aktuell werden vor allem Fabriken der Nahrungsmittel- und Textilindustrie wieder in Stand gesetzt, um die anfänglich prekäre Versorgungslage der Bevölkerung zu beheben (lt. „ND“, 29. Mai).

Die Händler und Unternehmer von Ho Tshi Minh-Stadt „haben sich in einem Treffen mit Repräsentanten der PRR bereit erklärt, mit den Behörden zusammenzuarbeiten“ („AIB“, 5/75).

PUNKT 7 fordert die „Wiederherstellung und Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion, der Fischerei“ etc.:

Einige Fakten seien zunächst genannt, um den Ausgangspunkt und damit auch den Umfang der gestellten Aufgaben zu verdeutlichen:

„Vor der amerikanischen Aggression lebten etwa 80 Prozent der Bevölkerung von der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei. Nur etwa 2,5 Millionen ha des etwa 6 Mill. ha nutzbaren Landes sind im letzten Jahr bestellt worden ... ganze Landstriche sind durch Flächenbombardements unkultivierbar ... Die Produktion von Zuckerrohr kam fast völlig zum Stillstand.“

Während in den befreiten Gebieten eine Bodenreform durchgeführt wurde, blieb in den Gebieten, die unter Saigoner Verwaltung standen, der Großgrundbesitz erhalten ...

Die ehemals ertragreichen Kautschuk- und Kokosnussplantagen haben unter den Kriegseinwirkungen gelitten ... Die Wälder mit einer Vielzahl wertvoller tropischer Hölzer haben vor allem durch den chemischen Bombenkrieg riesige Schäden zu verzeichnen: Etwa 18.000 Quadratkilometer Wald sind entlaubt worden (!) („Horizont“).

Bleibt noch hinzuzufügen, daß der größte Teil der noch bei Kriegsende intakten Fischfangflotte von den „Flüchtlings“ geraubt und ins Ausland gebracht wurde (s.o.).

Die Rückführung von Millionen Menschen, die von den Truppen des Thieu-Regimes in die Städte vertrieben oder in sogenannte „Wehrdörfer“ gesperrt worden waren, in ihre Heimatorte, war die erste große Aufgabe. Thieu-Regimes in die Städte vertrieben oder in sogenannte „Wehrdörfer“ gesperrt worden waren, in ihre Heimatorte, war die erste große Aufgabe, die von der revolutionären Verwaltung aller Provinzen in Angriff genommen wurde:

„Zehntausende unserer Landsleute haben um Erlaubnis nachgesucht, in ihre Heimatdörfer zurückkehren zu dürfen, um für die Produktion zu arbeiten. Die Revolutionsregierung behandelt diese Bitten mit größter Dringlichkeit, um ihnen entsprechen zu können.“

Um die von den USA und ihren Marionetten hinterlassene Hungersnot zu beseitigen, tut die Revolutionsregierung ihr Möglichstes, um denjenigen zu helfen, die in ihre Heimatorte zurückkehren wollen, um dort die landwirtschaftliche Produktion wiederherzustellen.

Eine Konferenz von Bezirkskadern hat in Saigon gefordert, in jedem Bezirk ein Komitee für die Repatriierung der Rückkehrer zu bilden. Aufgabe dieser Komitees wird es sein, jedem zu helfen, so schnell wie möglich an seinen Geburtsort zurückzukehren, um die Arbeit in der Landwirtschaft wieder aufzunehmen. Sie werden die erforderlichen Papiere mit einem Mindestmaß an bürokratischem Aufwand ausgeben und an diejenigen, die es sich nicht leisten können, kostenlose Bus- und Schiffsfahrkarten ausstellen. Die Revolutionsregierung hat ferner Bus- und Schiffsreisen organisiert, um die Flüchtlinge in ihre Heimatdörfer zu bringen. Die an diesen Reisen teilnehmenden Passagiere brauchen keine Fahrtkosten zu bezahlen und erhalten Reis sowie Taschengeld. Bei der Ankunft in ihren Heimatorten werden sie die erforderlichen Mittel von örtlichen revolutionären Verwaltungen erhalten, um die Produktion schnell wieder herstellen zu können.

Bis heute hat die Revolutionsregierung in jedem Bezirk Zehntausenden von Flüchtlingen bei der Rückkehr in ihre Heimatdörfer geholfen.

Während des Krieges hat die von den US-Imperialisten und ihren Marionetten verfolgte Politik der Bomben und Granaten zur Beseitigung von Dörfern sowie fruchtbarer und bevölkerter Gebiete mehr als drei Millionen Menschen gezwungen, ihre Dörfer zu verlassen und in den Städten Zuflucht zu nehmen.

Diese Landsleute hegen den berechtigten Wunsch, in ihre Geburtsorte zurückzukehren, um wieder mit ih-



Großes Aufräumen in Ho Tshi Minh-Stadt (Saigon)

ren Angehörigen zusammenzukommen und die Arbeit in der Landwirtschaft zur Verbesserung des Lebensstandards ihrer Familien wieder aufzunehmen, und um ihren Beitrag zur Revolution zu leisten“ (Bericht von Radio Saigon).

Gleichzeitig wurde verfügt, daß einfache Soldaten und untere Offiziere der aufgelösten Marionettenarmee zu ihren Familien aufs Land zurückzukehren und sich dort an der Entwicklung der Landwirtschaft zu beteiligen haben. Das ist eine Maßnahme, die nicht nur im Sinne der dringend notwendigen Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion ist, sondern „gleichzeitig eine Wiedereingliederung der Marionettentruppen in das normale Leben erleichtert“ („AIB“, 5/75).

Die vietnamesischen Genossen selbst schätzen, wie uns der Attache der RSV-Botschaft in der DDR erklärte, daß es noch ca. fünf Jahre dauern wird, bis sich Südvietnam aus eigener Kraft ernähren können. Zur Zeit werden die fehlenden lebenswichtigen Nahrungsmittel (wie auch andere Produkte) von der VR China, der Sowjetunion und anderen Ländern geliefert.

PUNKT 8 verspricht die Öffnung aller kulturellen, wissenschaftlichen und technischen Einrichtungen, Schulen und Krankenhäuser im Dienste des Volkes:

Die öffentlichen Einrichtungen im Erziehungs- und Gesundheitswesen nahmen sofort nach der Befreiung ihre Arbeit wieder auf. Freilich galten hier – wie auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen – seither die Richtlinien der PRR. Für Lehrer, die am Aufbau der neuen Gesellschaft teilnehmen wollen, bedeutet das zunächst einmal, daß sie selbst wieder „zur Schule“ gehen müssen, um sich mit den Zielen und der Geschichte der vietnamesischen Revolution und der Politik der revolutionären Verwaltung vertraut zu machen.

Die revolutionären Umwälzungen in diesem Bereich werden durch die mobilisierten Massen und vor allem die Massenorganisationen der Jugend getragen und vorangetrieben. Die „Befreiungsunion der Jugendlichen, Schüler und Studenten“ z.B. ruft über die Massenmedien die Jugendlichen Südvietnams dazu auf, „folgendes zu tun“:

1. Sie sollen sich bei der Übernahme der Stadt aktiv den Selbstverteidigungskräften anschließen, um Bezirke, Marktflecken ... und staatliche Einrichtungen zu schützen.
2. Sie sollen an der revolutionären Bewegung in Kultur und Kunst begeistert teilnehmen, um alle Überreste der verdorbenen und reaktionären Kultur des alten Regimes zu vernichten.
3. Sie sollen sich an allen Arbeiten in Wirtschaft, im Gesundheitswesen, in der Fürsorge und bei sozialen Reformen aktiv beteiligen, um das normale Leben der Menschen rasch wiederherzustellen.
4. Sie sollen sich lebhaft beteiligen an der Bewegung zum Aufbau eines neuen Lebensstils“ (nach Radio Saigon, am 5. Mai; zit. im „Monitor-Dienst“, vom 12. Mai '75).

PUNKT 9 garantiert die Behandlung der Soldaten und Offiziere der Marionettenarmee entsprechend den Grundsätzen, wie sie die PRR am 25. März '75 festgelegt hat:

Wie wir schon weiter oben gesagt haben, wurden die einfachen Solda-

ten und auch die einfachen Offiziere der Thieu-Armee in der Regel zu ihren Familien (nach Hause) geschickt, um dort an der Produktion und dem Aufbau der neuen Gesellschaft teilzunehmen. Die höheren Offiziere (vom Hauptmann aufwärts) und die leitenden Kader des alten Regimes werden dagegen für mehrere Monate in Umerziehungslagern zusammengefaßt, wo ihnen die Möglichkeit gegeben wird, ihre Fehler und Verbrechen aus der Vergangenheit einzugestehen und für die Zukunft das Gelöbnis abzulegen, am Wiederaufbau des Landes durch produktive Arbeit teilzunehmen und ihre Vergehen gegen das Volk wieder gutzumachen.

PUNKT 10 garantiert das Leben und das Eigentum von Ausländern, die ihrerseits „die Unabhängigkeit und Souveränität Vietnams respektieren (müssen)“:

Bekanntlich hatten viele der in Südvietnam bis zum Tag der Befreiung lebenden Ausländer ihre „Flucht“ vor den Befreiungskämpfern damit begründet, daß ihnen von diesen Böses drohe. Die Kommunisten würden „ein Blutbad anrichten“, hieß es.



Unterricht in einer Schule im befreiten Gebiet

Mag sein, daß einige der „Frontberichterstatler“ (die ja sehr zahlreich in Saigon vertreten waren und mit ihren Mitteln das Ende des verbrecherischen Thieu-Regimes so lange wie möglich hinauszögern versuchten) ihren eigenen Propagandalügen aufgesessen waren. Tatsache ist, daß keinem Ausländer von den südvinamesischen Revolutionären ein Haar gekrümmt oder etwa deren Eigentum angetastet wurde. Das bestätigen alle aus Südvietnam selbst stammenden Berichte von liberalen Pressekorrespondenten.

Diejenigen Ausländer freilich, die sich noch immer nach dem alten Regime zurücksehnen, das Nachtleben Saigons mit seinen Prostituierten und dem „american way of life“ vermischen, werden sich wohl oder übel eine andere Bleibe suchen müssen – und diejenigen gar, die auch heute noch gegen die vietnamesische Revolution „arbeiten“ und sich an konterrevolutionären Verschwörungen beteiligen, werden fraglos bestraft werden.

Metal-Komitee, KB/Gruppe Hamburg



Die Amerikaner zerstörten sogar die Wälder und Kokosplantagen mit Herbiziden, um den Vietnamesen in den befreiten Gebieten die Lebensgrundlage zu nehmen

Südkorea:

Neue Kriegsdrohungen des Imperialismus – Verschärfter faschistischer Terror im Innern

Die großartigen Erfolge des Befreiungskampfes in Indochina haben die Existenzangst des faschistischen Pak Chung Hi-Regimes in Südkorea verstärkt. Mit einer ziellosen Kriegshetze gegen die KVDR (Nordkorea) und einer noch stärkeren Repression im Inneren versucht diese Marionette des US-Imperialismus ihre Diktatur zu retten.

Seit Anfang Mai dieses Jahres verbreiten die Imperialisten und ihre südkoreanischen Vasallen beharrlich, daß das sozialistische Nordkorea, die Demokratische Volksrepublik Korea (KVDR), einen Angriff auf den Süden plane. Offensichtlich ist hier die Parallele zu Vietnam: auch hier behauptete der US-Imperialismus, das sozialistische Nordvietnam betriebe eine „Aggression“ gegen das Volk im Süden. Diese Versuche, den Volksbefreiungskrieg zu verleumden, dienen der Bemäntelung der eigenen kriegerischen Aggression in Vietnam. Dieselbe Gefahr droht zur Zeit der KVDR und allen fortschrittlichen Kräften in Südkorea. So zog der US-Kriegsminister Schlesinger aus den Niederlagen in Indochina die „Lehre“, das „für den Fall eines neuen Angriffs auf Südkorea mit energischeren Aktionen als in Vietnam“ zu rechnen sei. „Eine der Lehren des Vietnam-Konflikts ist, nicht einfach die Schläge des Gegners zu erwidern (!), sondern das Herz seiner militärischen Macht zu treffen, seine Streitkräfte zu zerstören, anstatt endlos in nebensächlichen Militäroperationen verwickelt zu werden.“ Der Chef des Pentagon hält unter Umständen sogar ein Bombardement Nord-Koreas für denkbar. (Köln-Stadtanz. 4.6.)

Hier wird also ganz ausdrücklich mit einem noch grausameren Krieg als in Vietnam gedroht. Es liegt auf der Hand, daß ohne weiteres auch der Einsatz von Atomwaffen erwogen wird. Der US-Imperialismus hat in Südkorea nicht nur 40 000 Soldaten stationiert, die dort auch noch unter UNO-Flagge stehen (!!). Südkoreanische Militärs werden auf US-Eliteschulen ausgebildet, „Militärberater“ der USA bilden südkoreanische Einheiten aus, in Südkorea lagern direkt Atomsprengköpfe. Die KVDR und die VR China stehen unter der dauernden Bedrohung eines atomaren Angriffs.

Das faschistische Pak-Regime ließ Mitte Mai 1975 eine Fünf-Punkte-Resolution bekanntgeben, in der die KVDR vor einer möglicherweise „falsch eingeschätzten Invasion“ gewarnt wurde, da „eine solche Invasion den Untergang des kommunistischen Nordens zur Folge hätte. Wie es heißt, würde Südkorea eine solche Gelegenheit (!!) nutzen, um ein vereintes, freies (!!) und demokratisches Land zu schaffen.“ (FRFv. 21.5.75)

Noch deutlicher wurde Präsident Pak in einem Interview, in dem er den Aufbau einer eigenen Atommacht androhte. „Wir haben die Möglichkeit dazu. Wir entwickeln sie nicht, weil wir die Bestimmungen des Nichtverbreitungs-Vertrags befolgen. Wenn Amerikas Atomschirm jedoch abgezogen würde, müßten wir mit der Entwicklung unserer eigenen Nuklearmacht beginnen, um uns zu retten...“ (Frankf. Allg. 14.6.)

Neben diesen Drohungen mit dem Atomkrieg wird in Südkorea der so wieso schon riesige Militärapparat weiter ausgebaut. Seit Mai müssen alle männlichen und weiblichen Studenten und Schüler eine militärische Ausbildung von 4 Stunden in der Woche durchmachen und werden paramilitärisch organisiert. Neben regulären Truppen von 600.000 Mann besitzt der Süden eine sogenannte „Zivilverteidigungstruppe“ mit 2,7 Millionen Mitgliedern, so daß 10% der 32 Millionen Einwohner Südkoreas militärisch organisiert sind. Die Kriegsdienstzeit beträgt 2 1/2 Jahre. Getragen und gestützt werden kann diese militärische Aufrüstung nur durch die Hilfe der Imperialisten. Sie beweist auch, für wie wichtig und bedeutungsvoll die Imperialisten ein anti-kommunistisches Südkorea einschätzen.

Und der BRD-Imperialismus ist natürlich auch dabei!

Die Imperialisten lassen sich ihre Hilfe natürlich etwas kosten. Neben der militärisch-strategischen Funktion hat das Land für sie auch ökonomisch einen hohen Wert als Ausbeutungsobjekt. Nach den USA und Japan ist die BRD hieran stark beteiligt. Südkorea bietet vielerlei Vorteile für die Imperialisten: das faschistische Regime garantiert niedrige Löhne und eine gesicherte Ausbeutung durch brutale Unterdrückung aller Streiks (hierzu später noch). In Freizonen für den Export können ausländische Kapitalisten zu günstigen Bedingungen Güter produzieren, die ausschließlich für den Export bestimmt sind. Zusätzlich garantiert ihnen das Regime: Steuerfreiheit, keine Aufsicht durch den Staat, kostenlose Erschließung von Industriegelände, billige Energie, billige Grundstückspreise (dies sind die „Begünstigungen wirtschaftlicher Investitionen“, die beim Ford-Besuch in Seoul im November 1974 unter anderem vereinbart wurden). Es liegt auf der Hand, daß die Imperialisten von diesen Bestimmungen optimal profitieren, während das Land selber hierdurch dem wirtschaftlichen Bankrott nähergebracht wird – schließlich bleibt von den produzierten Reichtümern nichts im Land.

Der BRD-Imperialismus hat in den letzten Jahren seinen Anteil an der Ausbeutung der Bevölkerung Südkoreas gesteigert. So wurde am 20. Mai dieses Jahres in der Hafenstadt Incheon die größte Dieselmotorenanlage Asiens eingeweiht. Zur Feier dieses Ereignisses durch die Hankook Machine Industrial Co. waren außer dem südkoreanischen Ministerpräsidenten Kim Jong-Pil auch der BRD-Botschafter Leuteritz und verschiedene Kapitalistenvertreter erschienen. Diese Anlage war nämlich mit „technischer Hilfe“ durch die Flick-Firma MAN erbaut worden. Die BRD hatte hierfür Kredite von

und ca. 7.000 Krankenschwestern (bis Ende 1976 sollen es 14.000 sein!). Während die Bergarbeiter als billige Arbeitskräfte gern gesehen sind, liegt der Vorteil bei den Krankenschwestern noch offensichtlicher auf der Hand: Sie kommen als voll ausgebildete Fachkräfte in die BRD, müssen sich hier für mindestens 3 Jahre verpflichten und werden nach spätestens 5 Jahren (damit es keine „asiatische Überfremdung“ gibt und weil nach 5 Jahren Anspruch auf Rente besteht!) wieder abgeschoben. Zur selben Zeit fehlen in Südkorea massenhaft Krankenschwestern: 30 % des dort ausgebildeten Pflegepersonals arbeiten in der BRD! Neben einer viel zu geringen Krankenpflege ist in Südkorea die Lepra stark verbreitet, es gibt fast 2 Millionen Fälle von Tuberkulose! (Angaben nach „horizont“ 39/74).

Das faschistische Südkorea wird vom BRD-Imperialismus politisch gestützt und wirtschaftlich ausgenutzt. In keinem anderen Land der Welt kann sich der südkoreanische Geheimdienst KCIA so ungestört ausbreiten und seinen verbrecherischen Machenschaften nachgehen, wie in der BRD (siehe dazu Extra-Artikel).



Kämpferische Studenten-Demonstration in Seoul

Kämpferische Studenten-Demonstration in Seoul

Die faschistische Repression wird noch verstärkt

In kaum einem anderen Land der Welt ist die Bevölkerung einer solchen scharfen und umfassenden Unterdrückung ausgesetzt wie im faschistischen Südkorea. Gerade die Nachbarschaft der sozialistischen KVDR macht es dem Pak-Regime unmöglich, auch nur mit annähernd demokratischen Methoden zu regieren. Die Heilslehre in Südkorea ist der Antikommunismus.

Der Diktator Pak Chong Hi ließ sich bereits 1972 durch eine Verfassungsänderung – die alte Verfassung sah nur eine zweimalige Wahl zum Präsidenten vor – zum Diktator auf Lebenszeit ernennen. Wichtiger Teil der Verfassung ist das „Anti-

schon Gefangenen (gebe), nur inhaftierte Kommunisten“ und das sind „Kriminelle“ (alle Angaben nach „horizont“, 14/75).

In Südkorea, das nach dem Muster westlicher kapitalistischer Länder aufgebaut werden sollte und wo die Ideologie vom „Wirtschaftswunder“ und „wirtschaftlichem Aufschwung“ verbreitet wurde, erhält die werktätige Bevölkerung heute die niedrigsten Löhne in Asien. Besonders deutlich wird dies an der Bezahlung der Frauen und der Jugendlichen. Frauen sind vor allem in der „Leichtindustrie“ (Textil, Nahrungsmittel) beschäftigt, die einen großen Teil der gesamten Industrie ausmacht, besonders junge Mädchen werden hier beschäftigt.

- 83 % aller Arbeiterinnen erhalten weniger als 16.000 Won (ca. 40 Dollar) im Monat;
- von den jugendlichen Arbeiterinnen erhalten 65,2 % weniger als 10.000 Won (25 Dollar)!

Nach dem Gesetz gibt es den 8-Studententag, aber:

- 60 % aller Arbeiterinnen arbeiten täglich 9 - 15 Stunden;
- 56 % aller jugendlichen Arbeiterinnen zwischen 16 - 18 Jahre müssen täglich Überstunden machen.

Ähnlich sieht es bei der Arbeiterjugend aus:

- 78 % aller Jugendlichen müssen täglich 8 - 10 Stunden arbeiten;
- 9,2 % über 12 Stunden;
- 27 % haben monatlich nur 1 Tag frei;
- 10,8 % nur jede 2. Woche 1 Tag;
- fast 25 % haben überhaupt keinen freien Tag!

Diese wenigen Angaben, die vom südkoreanischen Amt für Arbeitsangelegenheiten der Universität Seoul stammen (nach „horizont“, 39/74) verdeutlichen ansatzweise, welch ungeheurer Ausbeutung die werktätigen Südkoreaner unterliegen.

Im Lande gelten die „konfuzianischen Lebensnormen“, nach denen beispielsweise das Tragen von Mini-

fehl festgenommen werden kann, jede Berichterstattung über Kritik am Regime mit 1 Jahr Gefängnis bestraft wird, selbst Abgeordnete außerhalb des (Schein-)Parlaments keine öffentlichen Äußerungen machen dürfen, Demonstrationen gegen das Regime verboten sind und der bewaffnete Einsatz gegen die Opposition erlaubt ist. Bereits 1972 erließ Pak die „Notstandsverordnung Nr. 3 und Nr. 4“, die Massenverhaftungen legitimierten und die bloße Forderung nach Verfassungsänderung mit dem Tode bedrohten. Wer Kritik an der Verfassung von Pak Chong Hi äußert, kann bis zu 15 Jahre Zuchthaus erhalten. Und das Regime handelt danach:

Am 15. Juli 1974 begann in Seoul ein Militärgerichtsprozeß gegen mehr als 200 Personen (vor allem Studenten), die sich am Kampf für eine neue Verfassung beteiligt hatten. Ihnen wurde Mitgliedschaft im „Nationalverband demokratischer Jugendlicher und Studenten“ vorgeworfen. Es wurden 14 Todesurteile gefällt (vier davon wurden in lebenslanglich umgewandelt, in zwei Fällen ist uns nicht bekannt, was daraus wurde) – acht dieser Todesurteile wurden am 9. April 1975 durch den Henker vollstreckt!

15 Angeklagte wurden zu lebenslänglichen Zuchthaus verurteilt, 26 erhielten Haftstrafen von 15 - 20 Jahre, insgesamt wurden 203 Jugendliche (darunter 114 Studenten) verurteilt! Als im letzten Jahr ein Attentat (angeblich) auf Pak verübt wurde, bei dem seine Ehefrau starb, wurde dies als erneuter Vorwand für die verstärkte Repression genommen. Angeblich drohte Gefahr von „kommunistischen Agenten“.

Inzwischen enthüllte der ehemalige Stabschef der südkoreanischen Marine, Li Ryong Un, in einer japanischen Zeitschrift, daß dieses Attentat eine bewußte Provokation des KCIA war! Jede Opposition in Süd-Korea gilt als „kommunistisch“, ob sie nun



Besuch aus dem faschistischen Südkorea: Parlamentspräsident Chung Il Kwon und seine BRD-Kollegin Renger am 13. Mai

wirklich von Kommunisten oder auch von bürgerlichen Demokraten geführt wird. Selbst die Angehörigen der parlamentarischen Opposition, die katholischen Priester, die wiederholt für demokratische Freiheiten eintraten, gehören dazu und werden brutal unterdrückt.

Die Folter in den Gefängnissen Südkoreas ist, auch wenn die Regierung dies immer wieder abstreitet, die Regel. Berichte beweisen, wie brutal sie angewandt wird (siehe nebenstehenden Artikel).



Eines der makabren Schauspiele von Diktator Pak Chong Hi: 32 südkoreanische „Patrioten“ hacken sich für „ihren“ Präsidenten den kleinen Finger ab, um die antikommunistischen Emotionen anzufachen (Diese „Patrioten“ waren Häftlinge, die für 300 – 900 DM für die Selbstverstümmelung gekauft wurden!).

Der Faschismus hat den Widerstand nicht besiegen können

Schärfste Ausbeutung und brutalste politische Unterdrückung haben den Widerstand des südkoreanischen Volkes nicht liquidieren können.

Ökonomische Streiks der Arbeiter, wiederholte Streiks und Demonstrationen an den Universitäten, politische Demonstrationen finden nach wie vor statt. Es gibt eine starke demokratische Bewegung gegen die Diktatur-Verfassung von Pak, der auch Vertreter der alten bürgerlichen Parteien, viele katholische Priester und fortschrittliche Studenten angehören. Im Herbst letzten Jahres nahmen diese Kämpfe einen neuen Aufschwung:

Am 19. September traten 3000 Arbeiter der Ulsan-Schiffswerft in der Provinz Süd-Kyongsang in den Streik und forderten in einer Resolution an das Pak-Regime und die Direktion der Werft:

- Bezahlung aller noch ausstehenden Löhne
- Wiedereinstellung aller entlassenen Arbeiter
- Verbesserung der unerträglichen Arbeitsbedingungen
- Freiheit der Bildung von Gewerkschaften

sofortige Beendigung der unterdrückenden Politik und der Überwachung durch den Geheimdienst. Während einer Protestversammlung der Arbeiter erschienen 1200 Bürgerkriegspolizisten und griffen mit Tränengas und Holzknüppel an. Es entstand eine mehrstündige Schlacht, in deren Verlauf die Arbeiter sich massiv zur Wehr setzten. Die Arbeiter besetzten vorübergehend das Verwaltungsgebäude der Werft. Mehrere Limousinen von Werftdirektoren und Panzerfahrzeuge und Jeeps der Polizei wurden angezündet. Die Schlacht forderte 80 z.T. schwer Verletzte auf beiden Seiten.

Ab 26. September '74 fanden wieder Protestversammlungen der Studenten statt. Am 27. September veranstalteten 100 Theologie-Studenten der Hanguk-Universität eine Demonstration zur Freilassung der verhafteten Angehörigen der Kirchen.

500 Angehörige der katholischen Kirche in Wonju forderten mit einem Sit-in die Freilassung aller politischen Gefangenen und demonstrierten ihre Solidarität mit einem katholischen Bischof und einem presbyterianischen Priester, die wegen Gegnerschaft zum Pak-Regime zur 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden waren.

Anfang Oktober fanden in mehreren Provinzen des Landes Versammlungen, Protestkundgebungen, Hungerstreiks, Unterschriftensammlungen und kleine Demonstrationen von Katholiken und Studenten statt, in denen gefordert wurde:

- die sofortige Freilassung der verurteilten Jugendlichen, Studenten und Angehörigen der Kirchen
- die Herstellung demokratischer Freiheiten.

Alle diese Aktionen wurden z.T. äußerst brutal von Polizei und Geheimdienstschergen bekämpft.

Am 10. Oktober bestreikten 2000 Studenten in der Universität von Seoul die Vorlesungen. 1000 Studenten der Yonsei-Universität und 8000 der Koryo-Universität schlossen sich an. Als in Seoul Polizei in das Unigebäude eindrang, wehrten sich die Studenten mit Steinen und Stangen.

Am 16. Oktober '74 versammelten sich 20.000 Katholiken zu einer Protestveranstaltung für demokratische Freiheiten und die Freilassung aller politischen Gefangenen.

Pak läßt angesichts der Unruhen alle Hochschulen des Landes schließen.

Im November '74 beteiligten sich zehntausende an Demonstrationen gegen den Besuch von Ford und Kissinger. Mit brutaler Gewalt versuchten die Bullen zum Teil vergeblich diese Demonstrationen zu verhindern.

Die Widersprüche in Südkorea verschärfen sich. Nur noch mit brutaler Unterdrückung im Innern und durch massive Unterstützung seitens der Imperialisten kann sich die faschistische Pak-Chong-Hi-Diktatur halten. Der Sieg der Völker Indochinas wird auch Pak-Chong-Hi-Diktatur halten. Der Sieg der Völker Indochinas wird auch eine Ermunterung für den Widerstand in Südkorea sein. Unsere Aufgabe ist es, Solidarität mit den südkoreanischen Demokraten zu üben und die Schandtaten der faschistischen Diktatur zu enthüllen.

Die Unterstützung Südkoreas durch die Bundesregierung muß aufhören, Schluß mit der Wählerarbeit des Geheimdienstes KCIA in der BRD!

(Alle Angaben ohne Quellen-Bezeichnung entnahmen wir der Zeitschrift „Freundschaft mit Korea“, Nr. 5, 6 und 7).

KB/Gruppe Bremen

Indochina

Terror des südkoreanischen Geheimdienstes KCIA in der BRD



1967: aus der BRD verschleppte Südkoreaner werden vom KCIA in Seoul in die Kerker des faschistischen Regimes geworfen.

Zum zweitenmal in wenigen Wochen demonstrierten Südkoreaner in der Bundesrepublik. Anfang Juni protestierten 500 Bergleute gegen die Bespitzelung durch den Geheimdienst KCIA des faschistischen Pak Chung Hi-Regimes.

Bereits Ende April hatten über einhundert Südkoreaner in Frankfurt demonstriert (vergl. AK 61) und Anfang April protestierten 70 Südkoreaner aus dem Ruhrgebiet in einer Erklärung gegen die Praktiken des KCIA.

In Duisburg hat sich die Situation in der letzten Zeit zugespitzt. Auf der Zeche Walsum der Ruhrkohle AG arbeiten etwa 150 südkoreanische Bergleute. Bereits 1974, kurz nach der Ankunft der meisten Bergleute in der BRD, ließ der koreanische Geheimdienst eine sechsköpfige Spitzeltruppe aufbauen. Chef dieser Truppe ist der „Dolmetscher“ Bong Yong Lee, der als „Dolmetscher“ übrigens kaum ein Wort deutsch spricht. Einer dieser Spitzel hat inzwischen ausgepackt. Als ehemaliger

Angestellter beim Nachrichtendienst der südkoreanischen Marine schien er für die Spitzelaufgabe offensichtlich geeignet. Seine Aufgabe war es, die Besucher eines südkoreanischen Wohnheims zu notieren, die Autokennzeichen festzuhalten. Bespitzelt wurde auch der südkoreanische Pfarrer, der wiederholt gegen die Folter in Südkorea eintrat und die Freilassung der politischen Gefangenen forderte. Seine Gottesdienste werden regelmäßig besucht und Spitzel schreiben mit. Adressenlisten, Autokennzeichen, Berichte über die Gottesdienste und Abschriften der Predigten wurden regelmäßig an die südkoreanische Botschaft in Bonn geschickt!!!

Als die Südkoreaner im April diese Enthüllungen an die Öffentlichkeit brachten, um sich vor dem Terror des KCIA zu schützen, wurden wiederholt Provokationen gestartet: angeheuerte Spitzel begannen schon mehrfach auf dem Zechengelände Schlägereien, um so zu erreichen, daß bestimmte Leute entlassen werden,

was gleichbedeutend mit der Abschiebung nach Südkorea ist – dort droht den Betroffenen dann Kerker oder sogar der Tod. Einzelne Südkoreaner sind wiederholt bedroht worden: „Wenn du nach Korea zurückkehrst, kannst du etwas erleben“ oder deutlicher „Dich werden wir mit dem Messer totstechen“ („WELT am Sonntag“ 18. 5.).

Die Abschiebung droht mittlerweile dem Ex-Agenten, der die ganze Sache platzen ließ. Zusammen mit einem der Spitzel-Provokateure hat hat die Zechenleitung der Ruhrkohle ihn entlassen – während dem einen in Südkorea Lob und Ehre winkt, droht dem anderen der Tod. Diese Abschiebung muß verhindert werden.

Operationsbasis für die Spitzelaktivitäten ist die südkoreanische Botschaft in der BRD. Bereits 1967 hatte der KCIA über die Botschaft in der BRD 17 Südkoreaner mit Gewalt verschleppt. Ständig wieder werden sie hier bedroht, da der Geheimdienst seine Machenschaften unter stillschweigender Duldung der Bundesregierung betreibt. Als die Duisburger Bergleute sich beim Bonner Auswärtigen Amt beschwerten, erhielten sie zur Antwort: „Wir haben zwar hin und wieder etwas von Zwischenfällen gehört, aber speziell von Bergleuten nicht.“ („Stern“ 25/75).

„Zu Recht fordern die Südkoreaner:

Schluß mit den Spitzel-Machenschaften des KCIA in der BRD! Ausweisung aller Spitzel! Keine Abschiebung des entlassenen Bergmanns!

KB/Gruppe Bremen

Des Rätsels Lösung – ein Leserbrief –

Hamburg, 25.5.1975

Liebe Arbeiterkampfredaktion!

Als regelmäßige AK-Leser waren wir davon begeistert, daß im AK nun auch die detektivischen Qualitäten der Leser gefördert werden. Daß dies gerade mit dem Leitartikel gemacht wurde (Ho Tshi Minhs Testament verwirklicht!) gewährleistet sicher, daß sich viele Leser daran beteiligen konnten.

Es ist uns gelungen, das Rätsel zu lösen. (Lösung: Fortsetzung von S.1 auf S.4; Fortsetzung von S.4 auf S.3; Fortsetzung von S.3 auf S.2; Fortsetzung von S.2 (wobei auf dieser Seite für den Kasten „Wie es im befreiten Vietnam aussieht“ die senkrechten Begrenzungen fehlen) auf S.18).

An weiteren Rätseln werden wir uns aber mit nicht allzu großer Freude beteiligen.

Mit solidarischen Grüßen
RF Zwei AK-Leser

Folter in Südkorea

Wie in allen faschistischen Staaten, so ist auch in Südkorea die Folter in den Gefängnissen Bestandteil der politischen Unterdrückung. Immer wieder hat das Pak-Regime dies abgestritten, aber in den letzten Monaten sind zunehmend Beweise hierfür an die Öffentlichkeit gedrungen.

So berichtete der evangelische Pfarrer Schneiss nach einem Besuch Südkoreas:

„...Es seien Pfarrer verhaftet worden, die in den Slums von Seoul arbeiten, weil sie nach Ansicht der Behörden damit dasselbe tun, wie die Kommunisten (...). Bei den Verhören seien dem Herausgeber einer christlichen Zeitung beide Beine gebrochen worden. Ein junges Mädchen sei gestorben, nachdem man ihre Gebärmutter mit mechanischen und chemischen Mitteln zerstört habe, um den Aufenthaltsort ihres Freundes zu erfahren“ („Frankfurter Rundschau“, 20.5.74).

Ehemalige südkoreanische Abgeordnete berichteten auf einer Pressekonferenz in Tokio, daß sie bei den Verhören „rückwärts aufgehängt, geschlagen, gequält und mit dem Tode bedroht“ wurden („Horizont“, 13/75).

Der amerikanische Pfarrer James Sinnot, der nach 14 Jahren „Missionstätigkeit“ in Südkorea wegen „regierungsfeindlicher Tätigkeit“ des Landes verwiesen wurde, berichtete ebenfalls auf einer Pressekonferenz in Tokio, daß politische Häftlinge in Südkorea gefoltert werden, um „Geständnisse“ zu erzwingen. Er sagte: „Die Häftlinge hätten bei Verhören stundenlang in der Hocke sitzen müssen und seien mit der Spitze von Regenschirmen mißtraktiert worden. Man habe sie am Schlafen gehindert und sie auch mit Wasser oder Elektroschocks zu Schulbekenntnissen bewegen wollen“ („Horizont“ 21/75).



Wer in den Slums von Seoul (unser Bild) den Bewohnern helfen will, gilt als „Kommunist“ und damit als „Krimineller“.



Das Volk in Nordkorea muß wachsam bleiben!

Die Auseinandersetzung um die Tageszeitung „Republica“

Als sich die Arbeiter der Tageszeitung „Republica“ gegen die Umwandlung ihrer Zeitung vom antifaschistischen Blatt zum Organ der sozialdemokratischen P.S. zur Wehr setzten, den Rücktritt ihres sozialdemokratischen Herausgebers Raul Rego verlangten und „Republica“ auf eigene Faust herausbrachten, entfesselte die P.S. eine gewaltige antikomunistische Hetzkampagne und forderte ultimativ den Abbruch des revolutionär-demokratischen Prozesses in Portugal. Während sich die Arbeiter anderer portugiesischer Zeitungen in ihrer überwältigenden Mehrheit mit dem Kampf ihrer Kollegen von „Republica“ solidarisierten, machte sich die Presse des kapitalistischen Auslands hochoberflächlich die P.S.-Darstellung der Vorgänge zu eigen (siehe AK Nr. 62).

P.S. drängt auf Anwendung des Pressegesetzes

An diesen Konflikt hängte die P.S.-Führung grundsätzlich die Frage der „Pressefreiheit“ auf und verlangte massiv die Einhaltung des Pressegesetzes, über dessen Anwendung sie vor allem darauf abzielte, die Kontrolle der Arbeiter auch über andere Presseorgane zu brechen; über diese Frage suchte sie weiter den rechten Flügel des M.F.A. zu mobilisieren; und schließlich provozierte sie eine offene Machtprobe, indem Soares den Verbleib seiner Partei in der Provisorischen Regierung davon abhängig machte, daß die Auseinandersetzung um „Republica“ zugunsten der Sozialdemokraten entschieden würde.

Das Pressegesetz – noch zu Spínolas Zeiten entworfen, aber erst kürzlich in Kraft getreten – ist im Vergleich zu entsprechenden Regelungen westeuropäischer Länder immer noch sehr fortschrittlich. Es räumt gewählten Redaktionsvertretungen einen bestimmenden Einfluß auf die politische Linie der Zeitungen ein, sieht aber ein Mitspracherecht dabei durch die Drucker, Setzer und andere Arbeiter der Presseorgane nicht vor. Soweit das Gesetz.

In der Realität sieht es aber so aus, daß die rasche Entwicklung des Prozesses in Portugal, ähnlich wie beim Anti-Streikgesetz, das Pressegesetz praktisch schon bei seiner Verkündung überholt hat: In nahezu allen großen Tageszeitungen üben sämtliche Arbeiter über die von ihnen geschaffenen Arbeiterkommissionen eine wirksame Kontrolle über ihre Zeitung aus. Der Angriff der Sozialdemokraten richtete sich daher nicht nur gegen die Arbeiter von „Republica“, sondern ganz allgemein gegen die Kontrolle der Arbeiter über die Zeitungen. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang auch, daß auf der P.S.-Demonstration „für die Pressefreiheit“ vom 22. Mai auch Ausgaben der Tageszeitungen „O Século“ und „Diário de Notícias“ verbrannt wurden, die Soares als „Hetzblätter im Dienste einer totalitären Ideologie“ bezeichnet hatte.

Das Soares-Ultimatum: abgeschmettert!

Mit dem „Fall Republica“ als Aufhänger begründete Soares dann am 23. Mai das Ultimatum, das die P.S. dem Revolutionsrat stellte: Die Sozialdemokraten stellten ihre Mitwirkung in der Provisorischen Regierung ein und würden sie erst wieder aufnehmen, wenn der „Fall Republica“ zufriedenstellend gelöst sei. Doch nicht nur das: zugleich verlangten die Sozialdemokraten „die Achtung des Pluralismus und der politischen Demokratie“ in allen Nachrichtenorganen, in den Gewerkschaften, lokalen Verwaltungen und öffentlichen Unternehmen und im Staatsapparat. Kurz und bündig: Soares forderte ultimativ den Abbruch des revolutionär-demokratischen Prozesses und die Zurücknahme wesentlicher Errungenschaften, die sich das portugiesische Volk seit dem 25. April 1974 erkämpft hatte.

Dieser Erpressung gab das M.F.A. allerdings nicht nach. Es weigerte sich, in der Auseinandersetzung um „Republica“ eine Lösung im Sinne der P.S. herbeizuführen, zunächst mit der ausweichenden Begründung, es handle sich hier um einen „Arbeitskonflikt“, der ein solches Eingreifen überhaupt nicht rechtfertige. Nachdem die Soares-Erpressung da-

mit abgeschmettert war, nahmen die P.S.-Minister sang- und klanglos wieder an den Kabinettsitzungen teil. Sie stellten jedoch zugleich ein weiteres Ultimatum: falls „Republica“ bis zum 7. Juni nicht wieder in der früheren Form erscheinen könne, würde sich die P.S. endgültig aus der Regierung zurückziehen.

Das Verhalten des M.F.A. in der Auseinandersetzung

Der Revolutionsrat beschloß am 6. Juni, „Republica“ könne wieder erscheinen, sobald die Geschäftsführung dies bei den militärischen Einheiten beantrage, die auf ihr Ersuchen das Verlagsgebäude versiegelt hatten (d.h. bei COPCON). Der Beschluß des Revolutionsrates schloß gleichermaßen Ausschlüsse aus Direktion und Verwaltung wie die Entlassung von Arbeitern aus. Weiter heißt es in dem Beschluß: „Der Revolutionsrat erkennt an, daß der Text des Pressegesetzes der gegenwärtigen Phase der portugiesischen Revolution nicht angemessen ist. Er empfiehlt daher der Regierung, über das Ministerium für soziale Kommunikation schon jetzt die Überprüfung dieses Gesetzes einzuleiten.“ („O Século“, 7.6.).

Trotz des Beschlusses, die Absetzung von Rego und Consorten vorerst nicht zuzulassen, bedeutete diese Stellungnahme des Revolutionsrates und die Art und Weise, wie sein Beschluß in die Praxis umgesetzt wurde, eine wichtige Unterstützung der Arbeiter von „Republica“ durch das M.F.A.: einmal trat es den von der Geschäftsführung des Blattes angeordneten Entlassungen von „Rädelsführern“ entgegen; vor allem aber erkannte es die Berechtigung einer der Hauptforderungen der Arbeiter an, nämlich nach der Aufhebung des Pressegesetzes. Damit war zugleich der P.S. eine wichtige Waffe aus der Hand geschlagen worden: hatten die Sozialdemokraten bislang immer darauf gedrungen, daß das „revolutionäre Gesetz“ angewandt werden sollte, so wurde ihnen nun ausdrücklich bestätigt, daß dieses Gesetz längst überholt war! Die P.S. mußte hiermit eine schwere Niederlage einstecken und ließ ihr zweites Ultimatum schlicht unter den Tisch fallen (auch über den 7. Juni hinaus arbeiteten die PS-Minister weiter in der Regierung mit).

Für den 16. Juni war dann die Wiedereröffnung der Zeitung vorgesehen, die allerdings nicht ganz nach dem Geschmack der sozialdemokratischen

die allerdings nicht ganz nach dem Geschmack der sozialdemokratischen Herausgeber des Blattes verlief: das COPCON übergab sowohl Vertretern der Redaktion als auch der Arbeiterkommission Schlüssel zu den Verlagsräumen, den die ersten „trotzig“ nicht annahmen. Zudem wurde Rego zur Lohnfortzahlung auch für die Dauer des Nichterscheinens des Blattes verpflichtet.

Die Ankündigung einer Änderung des Pressegesetzes umreißt die Lösungsvorstellung des M.F.A. (zugunsten der Arbeiterklasse) für diese Auseinandersetzung.

Ein COPCON-Kommunique, das eine Antwort auf ein wildes antikomunistisches Pamphlet der sozialdemokratischen „Republica“-Redakteure darstellt, verweist eindeutig auf eine Stellungnahme zugunsten der Arbeiter der Zeitung. Darin heißt es: „Wenn sich die Journalisten von ‚Republica‘ mit dem portugiesischen Volk identifizieren, dann nehmen sie mißbräuchlich etwas für sich in Anspruch, was ihnen nicht zusteht. Sie sprechen vielmehr im Namen einer Minderheit von Beschäftigten eines Betriebes, die um jeden Preis ihre bürgerlichen Klasseninteressen verteidigen will, was sie in Widerspruch zu den Interessen der Arbeiterklasse bringt.“

Die Feinde der Meinungsfreiheit sind diejenigen, die die öffentliche Meinung mißachten, indem sie die Informationen ganz im Sinne ihrer parteiischen Interessen verfälschen oder auswählen, die sie über die Interessen der Arbeiterklasse stellen. ... Der Kampf der Arbeiter von ‚Republica‘ wurde von jenen aufgenommen, die vermeiden wollen, daß sich ein traditionell antifaschistisches und unabhängiges Blatt immer mehr einer Parteilinie anschließt. ... Wenn man nun von ‚einigen Dissidenten‘ (gemeint die Arbeiter – AK) spricht und sie als eine Minderheit hinstellen

will, so müssen wir dem entgegenhalten, daß diese ‚Dissidenten‘ alle nichtprivilegierten Arbeiter des Betriebes sind und daß sie die überwältigende Mehrheit darstellen.“ („O Século“, 19.6.75).

Helmut Schmidt als „Verteidiger der Pressefreiheit“ in Portugal

Der BRD-Imperialismus suchte, auf die portugiesische Regierung Druck auszuüben, um sie zum Nachgeben gegenüber den P.S.-Forderungen zu zwingen. So führte Helmut Schmidt bei der Brüsseler Tagung der Regierungschefs der NATO-Staaten ein längeres Gespräch mit Ministerpräsident Vasco Gonçalves, in dem er ihm eindringlich klarzulegen suchte, daß die BRD-Imperialisten wegen der „Gefahren für eine demokratische Entwicklung in Portugal“ äußerst besorgt seien. Dreh- und Angelpunkt der Vorhaltungen Schmidts bildete der „Fall Republica“ (Gonçalves weigerte sich, näher darauf einzugehen, da es sich um einen „reinen Arbeitskonflikt“ handele), und auch ein Hinweis darauf, daß die Vergabe von BRD- bzw. EG-Krediten an Portugal natürlich an gewisse politische Vorleistungen gebunden sei, durfte nicht fehlen.

Zu dieser massiven und direkten Drohung kam weiter eine recht einheitliche Darstellung der Auseinandersetzung um die Zeitung in der westeuropäischen bürgerlichen Presse hinzu, in der der „Fall Republica“ als „zentrale Frage“ gekennzeichnet wurde, an der sich ermesen lasse, welche Entwicklung Portugal nehmen werde und wie die Imperialisten darauf reagieren müßten. Dies entspricht ziemlich genau der P.S.-Darstellung des Konflikts; so heißt es etwa in einer Stellungnahme der portugiesischen Sozialdemokraten vom 18. Juni: „Der Fall ‚Republica‘ ist ein Testfall für die Durchführbarkeit des politischen Projektes des M.F.A., d.h. eines eigenen portugiesischen Sozialismus, der unter Achtung der Freiheiten verwirklicht wird. Und dies nicht nur für uns, sondern für Millionen fortschrittlicher Menschen in aller Welt – Sozialisten, Kommunisten oder Gewerkschafter –, für Männer und Frauen, für die ‚Republica‘ zu einem Symbol der Freiheit geworden ist. Wenn diese Freiheit verlorengeht, setzt die Revolution ihre fruchtbarsten Grundlagen aufs Spiel.“ („O Século“, 19.6.).

Die sozialistische „Notausgabe“

Die sozialistische „Notausgabe“ der Zeitung

Mit der klaren Orientierung, eine Wiedereröffnung des Blattes nur unter Ausschluß der Arbeiter zuzulassen, die sich ihrer sozialdemokratischen Linie widersetzt hatten, gaben die sozialdemokratischen Redakteure des Blattes ein „Jornal do Caso Republica“ (Zeitung des Falles Republica) heraus, das zum ersten Male am 29. Mai erschien. Das achtseitige Blatt enthielt Artikelüberschriften wie „Marx ja, Marques nein!“ (Alvaro Belo Marques war von den Arbeitern der „Republica“ zum Interimsdirektor gewählt worden), „Wie die freie Information geknebelt wird – Etappen des am 19. Mai vollzogenen Handstreichs“ und „Santiago Carrillo (Generalsekretär der spanischen KP) ist auf der Seite von ‚Republica‘“. Die Zeitung wurde von prominenten P.S.-Mitgliedern verkauft, und zwar vor allem in den gutbürgerlichen Stadtteilen Lissabons.

Allerdings mußte das Blatt jeweils an wechselnden Orten gedruckt werden, weil sich nacheinander die Arbeiter der Druckereien Teles e Silva, Peres, Manuel A. Pacheco, des „Jornal do Comércio“, von „O Setubalense“ und der „Gazeta do Sul“ weigerten, den Arbeitern von „Republica“ in den Rücken zu fallen. Die Arbeiter der Zeitung „O Setubalense“ beispielsweise erwischte eines vormittags in ihrer Druckerei aus Lissabon angeordnete sozialdemokratische „Republica“-Redakteure, die die Nacht über mit zwei ebenfalls herbeigekarrten Arbeitern das P.S.-Beihilfsblatt angefertigt hatten. Auf einer rasch einberufenen Vollversammlung wurde beschlossen, das Erscheinen des Blattes zu verhindern („O Século“, 29.5.).

Nachdem die Zeitung dann einige Tage lang bei der „Gazeta do Sul“ in

Montijo hergestellt worden war, beschloß eine Versammlung von Delegierten der Druckergewerkschaft und der Arbeiterkommissionen dieser Branche, eine Delegation nach Montijo zu entsenden, um die dortigen Druckereiarbeiter zu solidarischem Verhalten zu bewegen. Nach ausführlicher Diskussion beschlossen auch die Arbeiter der „Gazeta do Sul“, das Erscheinen des Blattes zu verhindern („O Século“, 14.6.). Offensichtlich weil es in Portugal immer schwieriger wurde, Arbeiter zu finden, die zum Drucken des P.S.-Beihilfsblattes bereit waren, erschien das „Jornal do Caso Republica“ am 23. Juni dann, in Frankreich gedruckt und nach Portugal eingeflogen, als Beilage der Zeitung „Le Quotidien de Paris“.

Die Arbeiter von „Republica“ setzen ihren Kampf entschlossen fort

Die Kampfbereitschaft der Arbeiter von „Republica“ blieb während der ganzen Zeit ungebrochen, was sich u.a. darin zeigte, daß sich auf einer Vollversammlung 146 der 153 Arbeiter für die Fortsetzung ihres Kampfes aussprachen und Arbeiter, die von der Geschäftsführung einzeln geködert werden sollten, diese an die Arbeiterkommission verwiesen („O Século“, 30.5.). In einem von 153 Arbeitern der „Republica“ unterschriebenen Komunique (abgedruckt in „Le Monde“, 25.6.) heißt es: „Jetzt ist der richtige Augenblick gekommen, unsere Informationspolitik vollständig umzustellen und ein Nachrichtenwesen zu schaffen, das in den Händen der Arbeiter und unabhängig von allen Mächtschaften und Bindungen an Parteien ist. (...) Es war vorauszu sehen, daß portugiesische Bourgeois, die vor dem 25. April auf der Seite der Ausgebeuteten und Armen standen – zumindestens mit poetischen Gefühlen, wenn sie sangen und kämpften, um sich ihre künftige Kundschaft zu sichern – hiervon immer mehr abrücken. Heutzutage spielen sie sich als Chefs auf und benehmen sich autoritär. Vor dem 25. April waren sie Antifaschisten. Autoritär treten sie seit dem 11. März auf und nehmen unrechtmäßig die Nachrichtenorgane in Beschlag, um so noch besser ihre Ideologie der herrschenden Klassen den Ausgebeuteten einzupflanzen. ... Deshalb wollen wir nicht länger Zeitungen machen, deren Inhalt von denen bestimmt wird, die den derzeitigen revolutionären Prozeß nicht begleiten wollen.“

gleiten wollen.

(...) Wir sind weiterhin der Auffassung, daß das Nachrichtenwesen nicht in eine spontaneistische Konzeption von der Revolution verfallen darf. Es genügt nicht, daß bei konkreten Kampfsituationen, wie z.B. beim Kampf um ‚Republica‘, Arbeiterkommissionen gegründet werden, die dann wieder auseinanderfallen. Die Arbeiterkommissionen müssen zu einer dauerhaften und einheitlichen Basisorganisation unter Führung der Avantgarde des Proletariats werden, die sich im Kampf gebildet hat und die das Vorgehen der Gewerkschaften und der Organisationen und Parteien im Informationswesen entscheidend prägt.“

Politische Bewertung

Obleich die Auseinandersetzungen um die „Republica“ noch keineswegs abgeschlossen sind und neue, überraschende Entwicklungen auftreten können (wenn auch das endgültige Ergebnis sich langsam abzeichnen beginnt), ist es möglich, eine vorläufige politische Auswertung vorzunehmen:

Die Arbeiter:

Vor Beginn ihres Kampfes standen die Arbeiter vor folgender Situation: tagtäglich produzierten sie eine Zeitung, deren politischer Inhalt sich z.T. offen, z.T. demagogisch verkleistert gegen ihre unmittelbaren und Klasseninteressen richtete. Fortschrittliche Redakteure der Zeitung resignierten, statt zu kämpfen und suchten sich in anderen Redaktionen neue Arbeitsplätze, eine Reihe von Redakteuren wurde von P.S.-Leuten „herausgedrängt“, „Friedliche“ Interventionen (z.B. Konsultationen, Beschwerden, Gespräche) der Arbeiter beim Herausgeber des Blattes (und

P.S.-Führer), Raul Rego, führten zu nichts. Die zunehmend reaktionäre Ausrichtung des Blattes war begleitet von einem z.T. „dramatischen“ Sinken der Auflage (vergl. AK 62), von der die Arbeiter zu Recht eine Gefährdung ihrer Arbeitsplätze erwarteten.

In dieser Situation besetzten die Arbeiter Verlag und Verwaltung, entließen Raul Rego, ernannten einen neuen Chefredakteur ihres Vertrauens und forderten Kontrolle der Zeitung durch eine gemischte Kommission aus Arbeitern, Verlagsangestellten und Redakteuren (wobei die letzteren in der Minderheit waren – entsprechend ihres Anteils an der Belegschaft). Hiermit paßten die Arbeiter die Lage der „Republica“ der Mehrheit der portugiesischen Tageszeitungen an; (außer bei „Republica“ hatten die Arbeiter nur noch bei zwei anderen Tageszeitungen keinen Einfluß auf die politische Linie ihres Blattes; beim Rechts-Blatt „Jornal Novo“ und beim von PPD-Boß Balsemao herausgegebenen „Expresso“).

Mit diesem Schritt (Besetzung etc.) haben die „Republica“-Arbeiter bewußt das in Kraft bestehende Presse-Gesetz gebrochen.

In ihren Erklärungen und Resolutionen haben die „Republica“-Arbeiter den dreifältigen Charakter ihres Kampfes immer wieder betont: die ökonomische Seite (Erhaltung der Arbeitsplätze), die politische Seite (Einflußnahme auf den Inhalt der Zeitung) und die gesetzgeberische, staatliche Seite (Änderung des bestehenden Pressegesetzes zugunsten einer inhaltlichen Kontrolle der Presse durch die Arbeiter).

Die Konterrevolution:

Die P.S. reagierte mit unglaublicher Demagogie und Hetze auf die Besetzung des Verlages. Sie forderte das M.F.A. zur „Einhaltung seiner eigenen Gesetze“ auf, demzufolge zum – notfalls militärischem – Eingreifen gegen die Arbeiter, zur „Befreiung“ des Verlags-Gebäudes, zur Bestrafung der „Rädelsführer“. Gleichzeitig heizten die P.S.-Führer mit dem neuen „Material“ ihre hysterische Antikomunisten-Kampagne weiter an, behaupteten, daß die revisionistische PCP mit ihren Kadern den Verlag „unterwandert“ hätten, um „eine der letzten freien Stimmen in Portugal“ zum Schweigen zu bringen. Die „Republica“-Besetzung sei ein „Anschlag auf die Pressefreiheit“ und Meinungsfreiheit (die „Freiheit“ einer Handvoll großkapitalistischer Verleger, ihre Meinung und die ihrer Klasse tagtäglich zu verbreiten).

Seit den Wahlen verfolgte die strategische Konzeption der P.S. das Ziel, eine reale Machtverschiebung im Staatsapparat, in Verwaltungen, Gewerkschaften, den öffentlichen Medien etc. zu ihren Gunsten (und damit zugunsten der Bourgeoisie) zu erzwingen. Im Rahmen dieser Strategie forderten die P.S.-Führer vom M.F.A. nicht nur die „Befreiung“ der „Republica“, sondern die strikte Anwendung des gültigen Pressegesetzes überhaupt; mit anderen Worten: die allgemeine Zurückdrängung des Einflusses der Arbeiter auf die politische Linie ihrer Zeitungen.

Die P.S.-Führer entwickelten eine enorme Aktivität und Aggressivität in ihrer Kampagne, mobilisierten ständig ihre Anhänger zu Protest-Demonstrationen, Verlags-Belagerungen etc., die einen ständig reaktionäreren und deutlich konterrevolutionären Charakter bekamen. Aufgehetzte P.S.-Anhänger drohten, die Arbeiter zu lynchen, griffen Soldaten an, verbrannten ihnen nicht genehme Zeitungen (Ausgaben von „O Século“ und „Diário de Notícias“).

Unterstützt wurde die P.S.-Kampagne und speziell die militant-reaktionären Aktionen im Inland von den Faschisten und offiziell von der CDS (Christdemokraten), der PPD (Rechts-Liberale), der PPM (Monarchisten) und natürlich von den „linken“ Provokateuren (MRPP und AOC); im Ausland trommelte die gesamte kapitalistische Presse – nahezu gleichgeschaltet – für Herrn Soares. Dies betrifft unterschiedslos sowohl die offenen reaktionäre, die liberale, die sozialdemokratische und sozialistische und – last not least – auch die Gewerkschaftspresse. Aufgrund dieses politischen Drucks hielt es offenbar auch einige europäische Linke für „klug“, öffentlich für die P.S.-Führung (und gegen die Arbeiter) Stellung zu beziehen: Dies betrifft sowohl einige revisionistische Parteien – (die KPen Italiens und Spaniens), aber auch z.B. solche Linken wie PdUP/il Manifesto (Italien) und PSU (Frankreich). – Imperialistische

Politiker stellten portugiesische Minister etc. auf Konferenzen u.ä. „zur Rede“ in Sachen „Pressefreiheit“, drohten mit Sanktionen...

Die Linken:

Gegenüber dieser aggressiven Offensive der in- und ausländischen Konterrevolution war die Reaktion der portugiesischen Linken ausgesprochen „lahm“. Zwar haben alle Gruppen und Parteien der reformistischen und revolutionären Linken für die Arbeiter und z.T. auch sehr scharf gegen Soares & Co. Stellung genommen. Im wesentlichen blieben diese Proteste aber auf dem Papier. Es hat u.W. keine Massenmobilisierung gegen die konterrevolutionären Manöver der P.S.-Führer und ihres Anhangs gegeben. Hier zeigt sich ein wesentlich qualitativer Unterschied gegenüber früheren Manövern der Konterrevolution, die samt und sonders von den Massenaktionen der Arbeiter und ihrer Organisationen erstickt wurde. Statt zur Masseninitiative überzugehen, hat die portugiesische Linke mehr oder weniger hoffnungsvoll (und gebannt) auf die Reaktionen des M.F.A. „gestarrt“.

Dies ist zweifellos ein Zeichen der Schwäche der Linken und der Arbeiterklasse. Umgekehrt bestätigt dies der in- und ausländischen Konterrevolution die Richtigkeit ihrer Taktik, den „Sozialisten“ Soares zum Führer der gesamten Reaktion aufzubauen, der seine Manöver hinter einer demagogischen Nebelwand „freiheitlicher“ Parolen entwickeln kann.

Die Revisionisten (PCP) haben von vorn herein versucht, dem Konflikt mit der Konterrevolution opportunistisch aus dem Wege zu gehen. Sie behaupteten, daß die Auseinandersetzung um die „Republica“ (und das Pressegesetz) ein „reiner Arbeitskonflikt“ sei, bei dem sich die politischen Parteien tunlichst nicht einmischen sollten. Diese Haltung änderten sie auch dann nicht, als die P.S.-Führung zweimal „drohte“, die Regierung zu verlassen, wenn die Auseinandersetzung nicht zu ihren Gunsten entschieden werden würde. Die PCP-Führung behauptete, Soares würde diesen „Arbeitskonflikt“ „künstlich hochspielen“. Damit leugnete die PCP, daß es sich hierbei um einen realen Machtkampf zwischen Arbeiterklasse und Reaktion handelte und trug so zur Desorientierung und Demobilisierung der portugiesischen Klassenkräfte bei. – Wie auch schon bei früheren Fällen (z.B. 1. Mai), bewirkte die Konterrevolution die Mobilisierung der portugiesischen Klassenkräfte bei. – Wie auch schon bei früheren Fällen (z.B. 1. Mai), bewies auch der Fall „Republica“, daß die PCP vor den Attacken der Reaktion zurückweicht, sofern diese im demagogischen Mäntelchen der sozialdemokratischen „Freiheits“parole einherschreiten.

Andererseits belegt diese Haltung der PCP, die auf eine Vermeidung der Konfrontation orientiert ist, die spezielle Unsinnigkeit und Demagogie der P.S.-Führer, daß die PCP den „Republica“-Konflikt eingefädelt hätte. Sofern die PCP-Führung überhaupt Einfluß auf die „Republica“-Arbeiter hatte, nutzte sie ihn ausschließlich zur „Mäßigung“ der Arbeiter und einer schnellen Beilegung des Konfliktes.

Das M.F.A.:

Auffällig ist, daß in diesem Fall absolut keine öffentliche pro-Soares-Stellungnahme aus Kreisen des MFA abgegeben oder bekannt wurde. Dies bedeutet zwar keineswegs, daß die PS-Führung über keine Sympathisanten innerhalb des MFA verfügt, zeigt aber dennoch deren augenblickliche Schwäche.

Im wesentlichen folgten die offiziellen Verlautbarungen zu Beginn der Auseinandersetzung der Stellungnahme der Revisionisten („reiner Arbeitskonflikt“). Diese Stellungnahmen waren begleitet von „Beschwichtigungsversuchen gegenüber beiden streitenden „Parteien“ und Lösungsversuchen, die es beiden Seiten recht machen wollten. Eine positive Ausnahme bilden dabei die Stellungnahme des COPCON, die eindeutig zugunsten der Arbeiter ausfielen und das demagogische Vorgehen von Soares & Co. bloßlegten. Einige demagogische Stimmen aus dem M.F.A. versuchten, den Konflikt als „Gezänk zwischen den Parteien“ (gemeint PSP und PCP) darzustellen. Die schwankende und neutralistische Haltung des M.F.A. zu Beginn des Konfliktes zeigt noch einmal ausdrücklich, daß das M.F.A. in seiner Gesamtheit von verschiedenen Klassenkräften (u.a. auch von der in- und ausländischen Reaktion) nach wie vor beeinflusbar ist, oder anders ausgedrückt: daß in ihm – auch nach dem 11. März – verschiedene Klassenkräfte wirksam sind.

Erst unter dem Eindruck der un-nachgiebigen Haltung der „Republica“-Arbeiter und der aktiven Solidarität aller Drucker (und der meisten Redaktionen) im ganzen Land, veränderte sich die Haltung des M.F.A. schrittweise zugunsten der Arbeiter: Es erfolgte das ausdrückliche Verbot an Raul Rego, keine Arbeiter („Räufelführer“) zu entlassen, oder sonstige Repressionen gegen die Arbeiter vorzunehmen. Etwas später ging die Weisung an die P.S.-Führer, auch in der Zeit des Nichterscheinens der Zeitung die Druckarbeiter weiterhin zu entlohnen. Schließlich erfolgte die Schlüsselübergabe an die Arbeiterkommission und der Schutz der Arbeiter im Verlag vor „aufgebrachten“ Reaktionen. Zu guter letzt verabschiedete der „Revolutionsrat“ eine Aufforderung an die Regierung, das Pressegesetz den portugiesischen Gegebenheiten anzupassen (also die Kontrolle durch die Arbeiter juristisch abzusichern), was – sollte die Regierung dem nachkommen – eine besondere

Kontrolle durch die Arbeiter juristisch abzusichern), was – sollte die Regierung dem nachkommen – eine besondere herbe Schlappe für die P.S.-Führer darstellt. Andererseits hat das M.F.A. die provokatorischen Aufmärsche der Reaktionäre und die Belagerung des Verlagsgebäudes nicht gestoppt und den Arbeitern offenbar auch nicht gestattet, die „Republica“ – zusammen mit vertrauenswürdigen Redakteuren – selbständig herauszugeben. Noch ist der Kampf um die „Republica“ – und die Pressefreiheit in Portugal überhaupt – nicht entschieden.

(Zum Thema „Pressefreiheit“ siehe auch Artikel Seite 47).

Portugal/Spanien-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

Portugal:

Kampf um die Azoren

Portugiesische Reaktion und US-Imperialismus gehen auf den Azoren zum Angriff über

Mitglieder, Vitor Cruz, ist hoher Verwaltungsfunktionär beim US-Konsulat in Ponta Delgada (Expresso, 11.1.75).

Sowohl F.L.A. als auch M.A.P.A. sind „Gruppen örtlicher Kapitalisten mit starker Unterstützung durch die in den USA lebenden Emigranten, bei denen sie eine intensive antidemokratische und antipatriotische Kampagne entwickeln.“ (Vida Mundial, 19.6.). Ihre soziale Basis suchen beide Organisationen unter den Kleinbauern, wobei sie sich geschickt die herrschende Unzufriedenheit über gestiegene Preise für Viehfutter etc. zunutze machen, um diese Schichten demagogisch gegen den revolutionären Prozeß aufzuwiegeln.

Die reaktionäre Demonstration vom 6. Juni

Den ersten Höhepunkt der Aktivitäten dieser beiden Organisationen bildete eine reaktionäre Demonstration, die am 6. Juni in Ponta Delgada (auf der Insel São Miguel) stattfand und ursprünglich als Protestdemonstration gegen die Preispolitik der Regierung für Milch, Fleisch, Düngemittel usw. angekündigt worden war. Dazu hatten zwar offiziell F.L.A. und M.A.P.A. aufgerufen, doch war der Plan von mehreren Großgrundbesitzern im örtlichen P.P.D.-Büro ausgeheckt worden, und C.D.S. und P.P.D. unterstützten mehr oder weniger unverborgen die Demonstration. Dabei wurden Parolen gerufen wie: „Nieder mit den Gewerkschaften!“, „Unabhängigkeit!“, „Nein zum M.F.A.“ („Esquerda Socialista“, 11.6.). Weiter stürmten die Reaktionäre das Gebäude der Regionalverwaltung, den regionalen Sender des staatlichen Rundfunks und den Flughafen von Ponta Delgada, warfen Sprengkörper in das örtliche M.D.P.-Büro und machten Jagd auf bekannte Antifaschisten.

Das alles geschah im Einverständnis mit dem Militärgouverneur der Azoren, General Altino de Magalhães, der immer mit den konterrevolutionären Kräften paktiert hatte. Die Demonstration wurde am selben Tage, an dem eine NATO-Flotte den Hafen von Ponta Delgada anließ, durchgeführt! Nicht zufällig auch waren bei der Demonstration mehrere Leute zu sehen, die Transparente mit der Aufschrift „NATO, rette die Azoren!“ trugen („O Século“, 10.6.). Während der Zivilgouverneur des Distrikts, ein M.D.P.-Mitglied, zum Rücktritt gezwungen wurde, hatten die Reaktionäre praktisch die gesamte Insel in der Hand; auf den Inseln Terceira und Faial fanden allerdings GegenDemonstrationen demokratischer Kräfte statt.

Bei diesem massiven Vorgehen der Reaktionäre fiel die Antwort des M.F.A. bislang eher schwächlich aus: Von einer verbalen Verurteilung der Vorgänge abgesehen,

wurden lediglich 30 bekannte Reaktionäre verhaftet (von denen einige inzwischen wieder auf freien Fuß gesetzt wurden), und von einer Ablösung des Militärgouverneurs ist bislang nichts bekannt geworden. Allerdings gibt es Anzeichen dafür, daß auf den Azoren stationierte fortschrittliche Soldaten und Offiziere eine Antnazifizierung in den militärischen Einheiten und vor allem die Bildung von COPCON-Einheiten auch auf den Azoren fordern.

Demonstration auf den Azoren als Teil einer reaktionären Offensive

Die reaktionäre Demonstration von Ponta Delgada bildet nur einen Teil einer groß angelegten reaktionären Offensive, die zugleich auf dem portugiesischen Festland und in Angola entfaltet wurde. Zeitlich darauf abgestimmt umfaßte sie folgende Anschläge:

- das faschistische „Portugiesische Befreiungsheer“ (Exército de Libertação Português, E.L.P.) verübte vom 1. bis 6. Juni drei Bombenanschläge in Lissabon, u. a. gegen eine Filiale der staatlichen und von den Angestellten kontrollierten Bank „Borges & Irmão“;
- in Bragança entwickelte sich aus einer Demonstration „für die Unterstützung der örtlichen Verwaltung“ eine Jagd auf Antifaschisten;
- eine faschistische Organisation, die sich als „Demokratische Streitkräfte“ (Forças Armadas Democráticas, F.A.D.) bezeichnet, verbreitete massenhaft Flugblätter, in denen das M.F.A. des Verrats an seinem Programm bezichtigt wurde und das portugiesische Volk zur „Befreiung unseres geliebten Vaterlandes“ aufgefordert wurde;
- am 6. Juni lief zugleich das Ultimatum ab, das die P.S. im „Fall Republica“ gestellt hatte (siehe Artikel in diesem AK);

Ultimatum ab, das die P.S. im „Fall Republica“ gestellt hatte (siehe Artikel in diesem AK);

- und vor allem intensivierte der Imperialismus seine Angriffe gegen das angolische Volk.

In einer Erklärung des M.E.S. zu den Vorgängen auf den Azoren, in der besonders das Zusammenfallen mit dieser allgemeinen Eskalation reaktionärer Aktivitäten unterstrichen wird, heißt es: „In dieser Situation, in der die Regierung nicht regiert und in der ein Zögern nicht mehr möglich ist, wenn nicht die Konterrevolution siegen soll, können nur die Arbeiter und die revolutionären Soldaten, Matrosen und Offiziere mit ihrer Wachsamkeit und Organisation eine angemessene Antwort auf die Manöver der Reaktion geben, die von der Sozialdemokratie angeführt wird, und den revolutionären Prozeß weiter vorantreiben“ (Esquerda Socialista, 11.6.).

Portugal/Spanien-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

Vor diesem Hintergrund ist es

vor diesem Hintergrund ist es auch zu sehen, daß auf den Azoren auch nicht entfernt eine Entnazifizierung wie auf dem portugiesischen Festland durchgeführt wurden, daß dort keine COPCON-Einheiten gebildet wurden, daß die Reaktion über wesentlich größere propagandistische Möglichkeiten verfügt als in Portugal selber. So kann auch das Ergebnis der Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung in den drei Inseln nicht verwundern: die P.P.D. erreichte zwischen 54,8 und 67,6 %, die P.S. zwischen 22,9 und 30,3 %, die P.C. zwischen 1,5 und 2,3 % und der M.E.S. – der als einzige Organisation der revolutionären Linken auftrat – bloß 0,7 bzw. 1,2 %. Wozu noch anzumerken ist, daß als P.P.D.-Spitzenkandidat dort Dr. Mota Amaral agierte – jener Mota Amaral, der in der faschistischen Nationalversammlung nicht einmal (wie viele heutige P.P.D.-Größen) dem sogenannten „liberalen Flügel“ der faschistischen Einheitspartei angehört hatte und namentlich durch seinen Einsatz für die Verschärfung der Pressezensur hervorgetreten war!

F.L.A. und M.A.P.A. die azoreanischen „Unabhängigkeitsbewegungen“

Die für sie günstige Situation auf den Azoren nutzten die portugiesischen Reaktionäre und die US-Imperialisten, um seit Mitte 1974 zwei separatistische Organisationen aufzubauen, die sich zu reaktionären Massenbewegungen entwickeln sollen: die F.L.A. (Frente de Libertação dos Açores = Befreiungsfront für die Azoren) und die M.A.P.A. (Movimento de Auto-Determinação do Povo Açoreano = Bewegung für die Selbstbestimmung des azoreanischen Volkes). Die M.A.P.A. trat schon im vergangenen Jahr durch die Veröffentlichung mehrerer Pamphlete hervor, in denen sie sich für enge Beziehungen zu den USA aussprach, den Zusammenbruch des faschistischen Regimes in Spanien „befürchtete“ und vor Alphabetisierungskampagnen warnte (Republica, 26.9.74); eines ihrer führenden

ANZEIGE

YENİ SESİMİZ
LA VOZ NUEVA
Die neue Stimme

Diese Zeitung will die Stimme der ausländischen Arbeiter in der Bundesrepublik sein.
Die Zeitung erscheint in Spanisch, Türkisch und Deutsch.
Lest die Zeitung und gebt sie weiter. Wichtiger noch: schreibt uns und schickt Berichte. Kritisiert und macht Vorschläge.

DIE NEUE STIMME erscheint alle zwei Monate und kostet DM 0,50

Adresse: Ch. Pötter, 2 Hamburg 60, Schinkelstraße 1

O COMPANHEIRO

Eine Zeitung, die von fortschrittlichen Portugiesen und Deutschen, von portugiesischen Arbeitern in der BRD gemacht wird.
Sie berichtet über den revolutionären Prozeß in Portugal und über Probleme portugiesischer Arbeiter in Westdeutschland.
Wir bitten alle Genossen, die Kontakte zu portugiesischen Arbeitern haben, diese Zeitung zu verbreiten.
Kritik und Mitarbeit sind erwünscht.

RESTITUIR AO POVO
O QUE AO POVO PERTENCE



O COMPANHEIRO
erscheint monatlich,
Preis 0,50 DM

Mozambik ist unabhängig!

Endgültiger Sieg über die portugiesische Kolonialherrschaft

Am 25.6.1975 wurde offiziell die Unabhängigkeit Mozambiks von Portugal vollzogen. Entsprechend der führenden Rolle, die die „Front für die Befreiung Mozambiques“, FRELIMO, im Kampf gegen die portugiesische Kolonialherrschaft gespielt hatte, sowie ihrer breiten Verankerung in der schwarzen Bevölkerung entsprechend wurde ihrem Präsidenten Samora Machel, dem zukünftigen Ministerpräsidenten, ein triumphaler Empfang bereitet, als er kurz vor dem 25. eine Rundreise durch das Land unternahm. In Lourenco Marques, der Hauptstadt, die zukünftig Can Phumo (nach einem afrikanischen Häuptling der vorkolonialen Zeit) heißen soll, empfingen ihn 30.000 begeisterte Menschen.

Damit endeten „500 Jahre Bestialität – eine Geschichte der Erniedrigung, der Sklaverei, der Massaker, Demütigung, Ausbeutung und Unterdrückung“ (S. Machel, lt. „Süddeutsche Zeitung“ vom 25. 6.). Damit endete gleichzeitig die erste Etappe im Kampf um den Sozialismus, der Kampf für die endgültige Befreiung vom kolonialen Joch und für die nationale Unabhängigkeit.

Ebenso konsequent wie die FRELIMO diesen Kampf geführt hat, setzt sie sich nun zum „Hauptziel reaktionäre Kräfte, Kolonialismus und Imperialismus in Mozambik zu zerstören“, um einen sozialistischen Staat zu schaffen, in dem der „militante Internationalismus die grundlegende Konstante der Innen- und Außenpolitik“ sein wird (S. Machel, „SZ“ vom 26. 6.).

Als erster Beweis dieser internationalistischen Haltung wurden zwar sämtliche sozialistischen Staaten zu den Unabhängigkeitsfeierlichkeiten eingeladen und wegen ihrer Unterstützung des Befreiungskampfes herzlich empfangen. Dagegen wurden die USA, Frankreich und die BRD als Hauptfeinde dieses Kampfes wegen ihrer direkten Unterstützung für den

starke Kräfte, die den Befreiungskampf hauptsächlich als Kampf gegen „die Weißen“ (also klassenspezifisch) begriffen, die die bewaffneten Aktionen der politischen Arbeit überordneten (also die Massenarbeit wie politische Aufklärung, Wiederaufbau in den befreiten Gebieten, Alphabetisierung etc. geringschätzten). Solche Tendenzen treten in nahezu allen nationalen Befreiungsbewegungen auf. Sie gefährden einerseits den Sieg im nationalen Befreiungskampf und sind andererseits anfällig für neokolonialistische imperialistische Manöver.

Die Überwindung dieser Tendenzen wurde weitgehend abgeschlossen mit dem 2. Kongreß der FRELIMO 1968, auf dem die politische Linie konkretisiert wurde:

- Der Kampf der FRELIMO ist ein Teil des Kampfes um die Befreiung der Völker von Unterdrückung und Ausbeutung, des Kampfes gegen den Imperialismus.

- Der bewaffnete Kampf ist ein politischer Krieg, getragen vom Volk, kommandiert von der politischen Leitung der FRELIMO.

- In allen befreiten Gebieten wird ein Neuaufbau begonnen. Anstelle der alten Verwaltung tritt ein Räteystem; die kolonialistischen Strukturen in der Landwirtschaft werden zerstört, die Landwirtschaft wird nach den Bedürfnissen des Volkes aufgebaut, das Genossenschaftssystem wird entwickelt. Die FRELIMO führt Alphabetisierung, politische Schulung und den Aufbau eines Gesundheitssystems durch.

Außerdem wurde auf dem 2. Kongreß jede Form des Rassismus zurückgewiesen und die Möglichkeit der Arbeit weißer Revolutionäre in der FRELIMO bestätigt.

Damit war das Fundament der weiteren Erfolge der FRELIMO gelegt; die hinterhältige Ermordung des ersten Präsidenten der FRELIMO,

E. Mondlane, durch portugiesische PIDE-Agenten im Februar '69 konnte längst nicht mehr die erhoffte Orientierungslosigkeit bewirken.

Auf dieser Grundlage gelang es der FRELIMO bis zum Sturz des portugiesischen Faschismus im April 74 mehr als ein Drittel des Landes zu kontrollieren und in großen Gebieten die Macht der Kolonialisten auf die städtischen Zentren und Militärstützpunkte zu beschränken. Dies alles trotz der ständig steigenden portugiesischen Kriegsmaschinerie, finanziert von allen Nato-Ländern, die bis zum Flächenbombardement mit Napalm und chemischen Stoffen ging und ganze Landstriche zur „verbrannten Erde“ machte. Dies alles trotz des Einsatzes mehrerer Divisionen faschistischer Truppen aus der „Republik Südafrika“ in Mozambik!

In gewisser Weise erleichtert wurden die Erfolge der FRELIMO durch einen zunehmenden Zerfallsprozeß der Kolonialarmee, die sich zum Großteil aus Mozambikanern zusammensetzte. Massenweise Desertationen, aber auch faktische „Waffenstillstände“ mit der FRELIMO waren nicht selten!

Spinola gescheitert!

Nach dem Sturz des Faschismus in Portugal (April 74) verstärkte FRELIMO zunächst seine militärische Offensive, um in die sich abzeichnenden Verhandlungen aus größtmöglicher Stärkeposition einzutreten. FRELIMO ging in die Verhandlungen am 5./6. Juni 74 mit eindeutigen Forderungen: vollständige nationale Unabhängigkeit; Anerkennung der FRELIMO als einzig legitime Vertreterin des Volkes.

Dagegen hatte sich General Spinola und mit ihm das portugiesische Großkapital allerlei Mätzchen ausgedacht,

um Mozambik im sogenannten „lusitanischen Völkerbund“ indirekt unter portugiesischer Vorherrschaft zu halten. Spinolas Forderungen waren: nach einem Jahr „Übergangszeit“, in dem verschiedene Marionettenparteien aufgebaut und von FRELIMO anerkannt werden sollten, sollten Wahlen stattfinden und das Volk über die weitere Zugehörigkeit zur „portugiesischen Völkergemeinschaft“ entscheiden. FRELIMO charakterisierte diese „Vorschläge“ als blanke Zynismus: ein Volk, das zehn Jahre unter der Führung einer Partei um seine Unabhängigkeit kämpft, braucht weder neue „gleichberechtigte“ Parteien, noch ein Referendum, um seinen Willen zu artikulieren.

So platzten die Verhandlungen, der bewaffnete Kampf wurde fortgesetzt, bis im September die Bedingungen der FRELIMO von Portugal weitestgehend akzeptiert wurden. Die September-Verhandlungen führten schließlich zur Bildung einer Übergangsregierung (drei Portugiesen, neun FRELIMO-Mitglieder), und zur Festlegung der Unabhängigkeit auf den 25. Juni 1975. Dies war in erster Linie Ausdruck der Stärke der FRELIMO und wurde begünstigt durch die Linksentwicklung in Portugal – speziell in der Armee.

Reaktionärer Putschversuch

Der (vorerst) letzte Versuch, das Ruder im Sinne der Imperialisten und Großgrundbesitzer herumzuwerfen, wurde im September von der faschistischen Organisation FICO unternommen. Nach rhodesischem Vorbild sollte eine „weiße“ Regierung blutig erzwungen werden. Die schwerbewaffneten faschistischen Horden drangen in die „schwarzen“ Viertel von Lourenco Marques ein und mordeten wahllos. Gleichzeitig besetz-

ten sie strategisch wichtige Punkte, wie Flughafen, Radiostationen etc. Die Hoffnung der Faschisten, einen Bürgerkrieg auslösen zu können, zerbrach sich jedoch binnen weniger Tage. Massendemonstrationen für FRELIMO, Betriebsbesetzungen zur Verhinderung faschistischer Sabotageakte und das relativ loyale Verhalten der portugiesischen Truppen zur FRELIMO ließen die Faschisten die Aussichtslosigkeit ihrer Lage erkennen und schließlich zur Aufgabe bewegen.

Obwohl 400 schwarze Mozambikaner ermordet worden waren, kam es zu keinen wahllosen Racheakten gegen die Weißen – ein hoher Beweis für die politische Reife des Volkes, das die Provokation der Faschisten durchschaut hatte!

Dieser Sieg des Volkes war für alle Reaktionäre das Zeichen, daß sie ausgespielt hatten – 20.000 Weiße verließen das Land. Wenn dies auch kurzfristig schwere ökonomische Schäden anrichtet, so war das doch gleichzeitig der Abzug eines wesentlichen Potentials der Konterrevolution!

In einer der nächsten Ausgaben unserer Zeitung werden wir uns mit der ökonomischen Situation Mozambiks befassen. Mit Möglichkeiten und Anstrengungen, die vom Kolonialismus erzeugte Armut und Abhängigkeit zu überwinden. Hierin fällt auch das Verhältnis zu Südafrika, das einige Tausend von Mozambikanern in seinen Goldminen beschäftigt. Außerdem wollen wir die Zukunft des bekannten Cabora-Bassa Staudammes analysieren, der mit beträchtlicher westdeutscher Beteiligung in Mozambique gebaut wird, um das faschistische Südafrika mit Strom zu versorgen.

Afrika-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

ihre direkten Unterstützung für den portugiesischen Kolonialismus ausdrücklich nicht eingeladen, was sich wohlwollend von der „Diplomatie“ gewisser sozialistischer Staaten abhob. Außerdem erklärte die FRELIMO, sie werde keine diplomatischen Beziehungen zu Chile, Spanien und Rhodesien aufnehmen.

Mit großem Elan geht nun die FRELIMO daran, das Erbe der portugiesischen Kolonialherrschaft – Alphabetismus, fehlende medizinische Versorgung der Bevölkerung, Unterentwicklung, bzw. Monokultur in der Landwirtschaft, totale Unterentwicklung in der Industrie, sowie eine jährliche Inflationsrate von ca. 30 % und Auslandsschulden von rund 640 Mio. Dollar – zu bewältigen. „Vorrang muß die Entwicklung von Landwirtschaft und Viehzucht, sowie eine effektive Nutzung unserer Bodenschätze haben. Die Landwirtschaft wird die Basis unserer Entwicklung sein, die Industrie ihr galvanisierender Faktor“ (S. Machel, „FAZ“ vom 25.6.75).

Ein langer Weg bis zum Sieg

Genau 13 Jahre vor der Unabhängigkeit Mozambiks – am 25.6.1962 – wurde die FRELIMO gegründet. Sie rekrutierte sich aus drei Emigrantenorganisationen, die in Tansania und Sambia gearbeitet hatten. Die gemeinsame Plattform sah die Vorbereitung des bewaffneten Kampfes gegen die portugiesischen Kolonialisten vor. Das war einerseits ein gewaltiger Schritt vorwärts – andererseits eine wenig konkrete Plattform, die noch allen möglichen Strömungen Raum ließ.

Nach zwei Jahren Agitation in Mozambik und der Ausbildung einiger Kämpfer in Algerien wurden 1964 die ersten bewaffneten Aktionen gegen portugiesische Militärposten durchgeführt – mit 250 Militanten begann FRELIMO den bewaffneten Kampf! Die Kolonialisten antworteten mit blindwütiger Repression, töteten tausende Mozambikaner, nur weil sie in Gebieten wohnten, in denen bewaffnete Aktionen stattfanden. Später wurde die Bevölkerung in „Wehrdörfern“ zusammengepfercht, in der Hoffnung, sie so kontrollieren und von der FRELIMO isolieren zu können.

Trotz dieser schärfsten Repression waren die Truppen der FRELIMO 1967 auf 8.000 Militante angewachsen; ihre reale Stärke ungleich höher wegen der vielfältigen Teilnahme der „Zivilbevölkerung“ am Befreiungskampf.

Gleichzeitig wurden in der FRELIMO die entscheidenden Auseinandersetzungen um die politische Linie geführt, die FRELIMO zur reifen marxistischen Kaderorganisation entwickelten. In der FRELIMO gab es

Schon während der Jahre des Volksbefreiungskampfes versuchte die FRELIMO in den befreiten Gebieten die Grundlagen für ein neues Leben zu schaffen.

Während unter der portugiesischen Kolonialherrschaft nur etwa 5 % der Bevölkerung ärztlich versorgt wurden, bzw. lesen und schreiben lernen konnten, wurde von der FRELIMO ein allgemeines Krankenversorgungssystem eingerichtet, das Pflegepersonal bildete FRELIMO selbst aus. Alphabetisierungskampagnen wurden durchgeführt – in den ersten vier Jahren lernten mehr Kinder lesen und schreiben als in den 500 Jahren portugiesischer Kolonialherrschaft zusammen. Neben Lesen und Schreiben wurde in den Schulen die politische Linie der FRELIMO gelehrt.

Auf dem Agrarsektor wurde damit begonnen, die Monokultur aufzulösen und eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln aus eigenem Anbau zu gewährleisten.

Um die Stammeskonflikte abzubauen, versuchte die FRELIMO, die einzelnen Stämme zu vermischen. Es wurde ein Räteystem errichtet. Jede Basisgemeinschaft war direkt mit der FRELIMO verbunden und konnte so an der Gestaltung der Politik teilhaben.



Portugal: Politischer Aktionsplan des M.F.A.

Nach einwöchiger intensiver Beratung und politischer Auseinandersetzung veröffentlichte der Revolutionsrat als höchstes Gremium des MFA (Streitkräftebewegung) am 21. Juni seinen „Politischen Aktionsplan“ („Plano de Accao Politica do M.F.A.“). Dieser Aktionsplan hat offenbar die Funktion, den im M.F.A. zwischen seinen verschiedenen politischen Tendenzen neu gefundenen Konsens (Kompromiß) festzuschreiben und bekanntzumachen. Diese politische Neubestimmung ist notwendig geworden, nachdem der Märzputsch der Reaktion niedergeschlagen wurde und eine deutliche Linkswendung im M.F.A. zur Folge hatte, nach Bekanntwerden der Wahlergebnisse zur Verfassunggebenden Versammlung und angesichts der Offensive der um den „Sozialisten“-Führer gescharten bürgerlichen Kräfte (vergl. z.B. Artikel zur „Republica“ in dieser Ausgabe).

Wir entnehmen dem Wortlaut des „Aktionsplan“ dem „Jornal do Comercio“ (23.6.), aus dem wir die wesentlichsten Passagen im Wortlaut wiedergeben und nachträglich kurz erläutern:

1.1. Das M.F.A. ist die überparteiliche Befreiungsbewegung des portugiesischen Volkes, die die nationale Unabhängigkeit als ihr grundlegendes Ziel bestimmt. Das M.F.A. erkennt an, daß ein Prozeß der inneren Entkolonialisierung, die nur über den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft zu erreichen ist, zu dieser nationalen Unabhängigkeit führt.

1.2. Die sozialistische Gesellschaft als zu erreichendes Endziel wird als klassenlose Gesellschaft verstanden, die durch die Kollektivierung der Produktionsmittel erreicht wird, wobei alle Formen der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ausgeremert werden, und in der alle Individuen gleiche Bildungs- und Arbeitschancen haben, ohne Ansehen von Geburt, Geschlecht, religiösem Bekenntnis oder Ideologie. Der Weg des Übergangs von der gegenwärtigen Gesellschaft zur sozialistischen Gesellschaft durchläuft notwendigerweise mehrere Phasen, deren erste die in der konstitutionellen Plattform (gemeint ist der vor den Wahlen zur

des Übergangs von der gegenwärtigen Gesellschaft zur sozialistischen Gesellschaft durchläuft notwendigerweise mehrere Phasen, deren erste die in der konstitutionellen Plattform (gemeint ist der vor den Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung geschlossene Pakt M.F.A./Parteien - AK) festgelegte Übergangsperiode umfaßt, und deren Etappen durch die sozio-ökonomische und politische Entwicklung des portugiesischen Volkes bestimmt werden. Das M.F.A. hat schon definiert, daß diese Etappe pluralistisch sein wird.

1.3. Pluralismus bedeutet freien Ausdruck und freie Diskussion von Meinungen sowie Erfahrungen beim Aufbau der neuen Gesellschaft, im offenen und ständigen Dialog mit dem gesamten portugiesischen Volk. Der sozialistische Pluralismus bedeutet die Koexistenz, in Theorie und Praxis, verschiedener Formen und Auffassungen vom Aufbau der sozialistischen Gesellschaft. Daher lehnt das M.F.A. die Einführung des Sozialismus in gewaltsamer oder diktatorischer Form ab. Der Parteienpluralismus, wie er in der konstitutionellen Plattform festgelegt ist, schließt die Anerkennung der Existenz verschiedener politischer Parteien und Meinungsströmungen ein, auch wenn sie nicht für sozialistische Forderungen eintreten. Er läßt daher eine Position zu, deren Kritik nützlich und konstruktiv sein kann, sofern sich ihre Aktion nicht dem Aufbau der sozialistischen Gesellschaft auf demokratischem Wege widersetzt. Das M.F.A. hat die natürliche Unterstützung der Parteien, die in ihrem Programm und in ihrer politischen Praxis ein wirkliches Interesse an der Übernahme und Verwirklichung der sachlichen Maßnahmen zeigen, die der Weg des Übergangs zum Sozialismus erfordert, und mit ihnen wird es die erforderlichen Bündnisse und Koalitionen eingehen.

1.4. Während des Wegs des Übergangs zum Sozialismus haben die politischen Parteien eine sehr wertvolle Rolle zu spielen, nicht nur durch ihre pädagogische Aktion bei der Bewußtmachung und Mobilisierung der Massen, sondern auch als Transmissionsriemen des Volkswillens, der in verschiedener Form, auch auf dem Wege von Wahlen, gehört wird. Es ist jedoch erforderlich, daß die Wahlen, die während der Übergangsperiode stattfinden, sich bewußt in der revolutionären Prozeß integrieren, und es wird nicht zugelassen, daß sie ein Hemmnis dafür bilden.

1.5. Im Einklang mit seiner ausdrücklichen Berufung als Befreiungsbewegung will das M.F.A., daß das

portugiesische Volk an seiner eigenen Revolution teilnimmt, und wird daher alle einheitlichen Basisorganisationen unterstützen und Verbindungen zu ihnen herstellen, deren Ziele sich in der Verwirklichung und Verteidigung des Programms des M.F.A. zum Aufbau der sozialistischen Gesellschaft einreihen. Diese Volksorganisationen werden die Vorstufe eines experimentellen Systems der direkten Demokratie bilden, über das eine aktive Beteiligung des gesamten portugiesischen Volkes an der öffentlichen Verwaltung und am nationalen politischen Leben in Verbindung mit den lokalen und regionalen Organen der zentralen Macht erreicht werden kann. Weiter bieten sie den Vorteil, von der Basis her durch ihre Einheit bei der Verwirklichung gemeinsamer Ziele das Zusammenkommen der Bemühungen der verschiedenen Parteien zu fördern. Nicht zugelassen werden jedoch bewaffnete zivile Organisationen, seien sie partiell oder nicht; dagegen können die Volksorganisationen auf Initiative des M.F.A. selbst und unter seiner Kontrolle in nationalen Notlagen Aufgaben der Selbstverteidigung lebenswichtiger Objekte übernehmen.

1.6. Das M.F.A. bekräftigt erneut seine Entschlossenheit, die mit den politischen Parteien Portugals frei vereinbarte konstitutionelle Plattform vollständig zu erfüllen und ihre Erfüllung zu veranlassen: weiter bekräftigt es feierlich, daß es alle Haltungen entlarven und gegen sie vorgehen wird, die erklärtermaßen oder in verschleierte Form den unterzeichneten Pakt in Frage stellen.

1.7. In Einklang mit den festgelegten Prinzipien betrachtet es das M.F.A. als seine Pflicht, öffentlich zum Ausdruck zu bringen, daß die einzige Aufgabe der verfassunggebenden Versammlung die patriotische Aufgabe ist, die Politische Verfassung der Portugiesischen Nation auszuarbeiten, und daß ihr jegliche andere Form offizieller Einmischung in das politische oder administrative Leben der Nation untersagt ist.

Weiter werden im Aktionsplan auf ökonomischen Gebiet gefordert: einige nicht näher definierte „Sofort-„offizieller Einmischung in das politische oder administrative Leben der Nation untersagt ist.“

Weiter werden im Aktionsplan auf ökonomischen Gebiet gefordert: einige nicht näher definierte „Sofortmaßnahmen“, eine „Strategie der ökonomischen Entwicklung“, namentlich im Hinblick auf „Fragen der Zahlungsbilanz, der Arbeitslosigkeit und der ökonomischen Unabhängigkeit“; und: „Die zukünftige Konfiguration des politisch-ökonomischen Systems, einschließlich Diskussion der folgenden Punkte:

- organisierte Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter;
- lokale Mobilisierung für die Entwicklung
- Organisation des Planungssystems.

Das Wirtschaftskabinett, die vier Minister ohne Geschäftsbereich und der Revolutionsrat sollen bis Ende Juli diese Punkte diskutieren und die Grundlagen für die Ausarbeitung eines Dreijahresplans (76 bis 78) schaffen. Dazu heißt es dann: „Die Diskussion dieser Themen und der punktuellen Sofortmaßnahmen wird einen Test für die politische Gangbarkeit der gegenwärtigen Koalition und ihre Fähigkeit zum einheitlichen Marsch auf die wirklichen Ziele des Sozialismus darstellen.“

Zur Provisorischen Regierung wird u.a. erklärt:

„Das M.F.A. ist der Auffassung, daß das portugiesische Volk, in seiner überwältigenden Mehrheit durch die politischen Parteien vertreten, die die gegenwärtige Koalition bilden, ein Recht darauf hat, von diesen Parteien zu fordern, daß sie ihrer historischen Pflicht genügen, wenn nicht die gegenwärtige Koalition angesichts der objektiven Erfordernisse des Landes als unangemessen betrachtet werden soll. Daher ist das M.F.A. der Auffassung, daß die Diskussion der Strategie der ökonomischen Entwicklung und des ökonomischen Modells der Gesellschaft, die von der Provisorischen Regierung sofort aufgenommen und gegen Ende Juli abgeschlossen werden soll, einen äußerst bedeutenden Testfall darstellt, auf dessen Lösung das portugiesische Volk Anspruch hat.“

Dieser „Aktionsplan“ ist zweifellos ein Kompromiß-Papier zwischen sozialistischen, bürgerlich-demokratischen und militaristischen Positionen innerhalb des M.F.A. Dieser „Aktionsplan“ ist Ausdruck des derzeitigen politischen Standortes der Streitkräftebewegung, sagt aber gleichzeitig recht wenig zu den weiteren Schritten im Konkreten. Dazu wurden noch weitere Papiere innerhalb des Revolutionsrates verabschiedet, allerdings (noch) nicht veröffentlicht. Gespro-

chen wurde in diesem Zusammenhang von einem „10-Punkte-Programm“ („Le Monde“, 18.6.), das offenbar in Auseinandersetzung mit drei verschiedenen Vorschlagspaketen (von der PCP, der PRP-BR und dem MES, wobei offenbar die Vorstellungen der letztgenannten Organisation sich weitgehend durchsetzen konnten) entwickelt wurde. Wir werden zu einem späteren Zeitpunkt hierauf eingehen.

Im vorliegenden Papier definiert sich das M.F.A. als „überparteiliche Befreiungsbewegung“, die es natürlich – Definition hin, Definition her – nicht ist. Darüberhinaus bringt das Papier keine Andeutungen auf eine (spätere) Umwandlung der portugiesischen Armee in Richtung auf ein „Volksheer“, wie es von den meisten revolutionären Organisationen gefordert wird. Im Gegenteil: das Papier grenzt sich ausdrücklich von der (u.a. von PRP-BR) erhobenen Forderung nach „bewaffneten zivilen Organisationen“ (Milizen, Volksbewaffnung) ab und sieht eine solche Entwicklung nur für Ausnahme-Situationen („nationalen Notlagen“) und auf „Initiative“ und unter „Kontrolle“ durch das M.F.A. vor. Gleichzeitig fehlt jeder Hinweis im Papier, daß diese Position gegebenenfalls bloß als „Übergangsregelung“ begriffen werden würden. – In diesem Komplex haben sich offenbar vor allem die fortschrittlich-militaristischen Tendenzen durchgesetzt, deren Ziel nicht der Sozialismus, sondern eine anti-imperialistische Militärdiktatur (nach peruanischem Vorbild) ist.

Als politisches Ziel des M.F.A. gibt das Papier die „innere Entkolonialisierung“ an (worunter das M.F.A. im allgemeinen die Brechung der Macht des Kapitals, Grundbesitzes und Kleurs versteht), weiter den „Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft“ und die Erhaltung der „nationalen Unabhängigkeit“. Der letzte Punkt taucht gegen Schluß des Papiers noch einmal als Forderung nach „ökonomischer Unabhängigkeit“ auf und läßt sich als Absage ökonomischer Interventions-Bemühungen seitens des Imperialismus (u.a. BRD, USA etc.) interpretieren.

Unter „sozialistischer Gesellschaft“ definiert das Papier eine „klassenlose Gesellschaft“, die durch „Kollektivierung der Produktionsmittel“ erreicht werden soll (gegen Schluß des Papiers taucht die präzisere Forderung nach „organisierter Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter“ auf). Die „sozialistische Gesellschaft“ erfordert die Abschaffung „aller Formen der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen“, „gleiche Bildungs- und Arbeitschancen“ usw. – Mit diesen Zielvorstellungen grenzt sich das M.F.A. deutlich von der sozialdemokratischen Programmatik im allgemeinen und den konkreten Vorstellungen der PSP des Herrn Soares (und natürlich auch von den politischen Vorstellungen der PPD) ziemlich scharf ab.

In der Präzisierung der Zielvorstellungen scheinen sich vor allem die sozialistischen und revolutionären Tendenzen innerhalb des M.F.A. durchgesetzt zu haben. Diese Zielvorstellungen gehen über die bisherigen programmatischen Vorstellungen des M.F.A. weit hinaus. Gleichzeitig bergen sie die Gefahr in sich, die portugiesischen Revolutionäre völlig „zufrieden“ zu stellen, da solche Zielvorstellungen eben nicht die konkreten Schritte für die nächste Zukunft ersetzen.

Der „Übergang zum Sozialismus“ – so das Papier – durchlaufe „mehrere Phasen“, wobei man sich derzeit in der ersten Phase befände, die „pluralistisch“ sei. Der ausdrückliche „Pluralismus“-Hinweis (wie auch die Absage an einen „Sozialismus in gewaltsamer oder diktatorischer Form“) – zum ersten ein Zugeständnis an bürgerlich-demokratische Kräfte, zum zweiten aber auch eine Absage an die militaristische Tendenz im M.F.A., die den „Parteienpluralismus“ lieber heute als morgen beseitigt sieht – wird im Papier jedoch deutlich eingegrenzt und hebt sich damit von herkömmlichen parlamentarischen Vorstellungen ab.

Zum einen spricht das Papier vom „sozialistischen Pluralismus“ als Form des „freien Ausdrucks und freier Diskussion von Meinungen sowie Erfahrungen beim Aufbau einer neuen Gesellschaft“ und einer „Koexistenz verschiedener Formen und Auffassungen vom Aufbau der sozialistischen Gesellschaft“. Zum zweiten spricht das Papier vom „Parteienplu-

„Heck“enschützen der CDU in Spanien

Bruno Heck, außenpolitischer Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion und Werner Marx, CDU-Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung hielten sich vom 8. bis 11. Juni in Madrid zum Zweck politischer Gespräche mit oppositionellen Gruppen des Franco-Regimes auf. Werner Marx hatte am 1. Juni gegenüber der Presse geäußert, es müsse versucht werden, „Spanien näher an die NATO heranzuführen“, um seine Stützpunktleistungen für die NATO zu honorieren.

Da die Aufnahme offen faschistischer Länder in die NATO zumindest bisher wegen des Widerstandes der Länder wie Norwegen, Dänemark, Island etwas problematisch ist, stellte Marx in Spanien Veränderungen fest, „die immer mehr auf eine demokratische Entwicklung hindeuteten“, dazu gehöre die Bildung von sogenannten Assoziationen als Vorläufer künftiger politischer Parteien.“ (FR. 2.6.75).

Daß diese Assoziation mit zum sich angeblich demokratisch entwickelnden Spanien gezählt werden, wirft ein bezeichnendes Licht auf die westdeutschen Christdemokraten, allerdings nicht nur auf sie. „Prominente“ Vertreter dieser Assoziationen gehören zu den regelmäßigen Empfängern auch von Besuchern der SPD/FDP-Regierung! So konferierte H.D. Genscher Anfang April in Madrid mit Leuten wie Areilza, Ordoñez, Silva, sowie dem Falangisten Cantarero, die allesamt Würdenträger des faschistischen Spanien sind oder dies bis vor kurzem waren.

Die politischen Assoziationen wurden Anfang dieses Jahres von der spanischen Regierung mit großem Trommelwirbel zugelassen und als „demokratischer Fortschritt“ zu verkaufen versucht. Es gibt einige „geringfügige“ Beschränkungen für die Zulassung einer solchen Assoziation:

► Das politische Programm eines solchen Gebildes darf sich nur in der Ideologie der „nationalen Bewegung“, d.h. der faschistischen Ideologie bewegen;

die Zulassung einer solchen Assoziation:

► Das politische Programm eines solchen Gebildes darf sich nur in der Ideologie der „nationalen Bewegung“, d.h. der faschistischen Ideologie bewegen;

► die Aufsichtsbehörde des Rats der „Nationalen Bewegung“, der überwiegend aus alten Falangisten besteht, entscheidet, ob eine Assoziation zugelassen wird, oder nicht und ob sie den gewählten Namen führen darf; (übrigens war bis vor kurzem der Generalsekretär und Minister der „Nationalen Bewegung“ ein Herr namens Herrero Tejedor, bis dahin Chefankläger (!) beim Obersten Gericht – zuständig für Todesurteile, etc. Dieser Herr wurde Mitte Juni nun durch einen Verkehrsunfall ins Jenseits befördert. An seiner Stelle wurde José Solis, Altfalangist und Leiter der faschistischen Syndikate von 1951 bis 1969 ernannt).

► wenn der „Nationale Rat“ der Meinung ist, daß eine Assoziation sich nicht an ihr Programm hält, kann er sie wieder verbieten.

► besitzt eine Assoziation nun die Zustimmung von höchster Stelle

Franco und Giscard: Komplizen!

Wenn es darum ging, die Repression gegen die Basken (die beiderseits der französisch-spanischen Grenze leben) zu „koordinieren“, klappte die Zusammenarbeit zwischen französischer und frankistischem Regime immer gut. Unter der Giscard-Regierung wird diese „Tradition“ fortgesetzt. So wurden laut „Le Monde“ vom 2. Juni im südfranzösischen Biaritz spanier von spanischen Polizisten kontrolliert, als diese zum Kino wollten. Ein weiteres Beispiel zeigt die gute Zusammenarbeit von französischer und spanischer Polizei:

Die ETA hatte der französischen Polizei den Fall eines angeblichen Antiquitätenhändlers, in Wahrheit Polizist aus Barcelona gemeldet und auf zwei Wagen von sog. „Antiquitätenhändlern“ hingewiesen. Die französische Polizei besichtigte die Autos von außen, machte sich aber die Mühe einer Durchsuchung erst spät abends: sie fand mehrere hundert Geschosse und eine Maschinengewehrpatrone. Die französischen Polizisten konnten „leider“ ihren spanischen Kollegen nicht mehr verhören, da sie ihn im Laufe des Nachmittags schon selber zur Grenze geführt hatten ...

Frankreich-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

dann muß sie erstmal 25.000 Unterschriften sammeln, die auf mindestens 15 der 51 spanischen Provinzen verteilt sein müssen und zwar im Verhältnis zur Einwohnerzahl dieser Provinzen.

► Erst wenn diese Bedingung erfüllt ist, wird die endgültige Genehmigung zur Gründung einer Assoziation vom „Nationalen Rat“ erteilt.

Bis heute ist noch keine Assoziation so weit vorgedrungen. Hingegen wurde beispielsweise der Gründungsversuch des ehemaligen Informationsministers und heutigen Botschafters Spaniens in London, Frago Iribarne, von den Falange-Chefs wegen „Linkstendenzen“ verboten...

Heute sind insgesamt 17 dieser regime-konformen Assoziationen im Rennen, von denen drei schon den Hürdenlauf weitgehend geschafft haben: die „Reforma Social Española“ (RSE) mit dem Falangisten Cantarero del Castillo an der Spitze, der sich heute als „Sozialist“ definiert; die „Union Democrática Española“ (UDE), angeführt vom faschistischen ehemaligen Minister Muñoz Silva und die „Union Nacional Española“ (UNE).

Was nun die beiden westdeutschen Christdemokraten betrifft, so halten sie diese Assoziationen für „angemessene Möglichkeiten“ der derzeitigen politischen Entwicklung Spaniens („FAZ“, 11.6.75). Hingegen äußerten sich beide Abgeordneten „kritisch“ gegenüber dem bekanntesten Christdemokraten Spaniens, Ruiz Gimenez (Führer einer der christdemokratischen Gruppierungen), weil er „zu links“ sei wegen seiner Bereitschaft in gewissem Umfang mit der spanischen revisionistischen KP zusammenzuarbeiten (!). „Die spanischen Christdemokraten sind uns die Nächsten, aber nicht die einzigen“ – so die beiden Abgeordneten („FAZ“, 11.6.75). Tatsächlich wird immer deutlicher, daß den westdeutschen CDU-Größen die offenen Faschisten Spaniens durchaus lieber sind und „näher“ stehen, als selbst ihre christ„demokratischen“ Kumpane.

So führten die beiden CDU-Politiker Gespräche mit den Christdemokraten, die immer deutlicher, daß den westdeutschen CDU-Größen die offenen Faschisten Spaniens durchaus lieber sind und „näher“ stehen, als selbst ihre christ„demokratischen“ Kumpane.

So führten die beiden CDU-Politiker Gespräche mit den Christdemokraten wie auch mit führenden Vertretern der „UDE“-Assoziation! Auch Vertreter der sozialdemokratischen Partei Spaniens (PSOE) fanden sich durchaus bereit, die Gelegenheit zu einem klärenden Gespräch zu nutzen. Zum westdeutschen Besucherduo vermerkte die spanische Wochenzeitung „Guardia“, daß Heck ein enger Freund des Falange-Ministers Solis ist und auf Einladung der offiziellen faschistischen „Gewerkschaftsorganisation seine Ferien in Spanien verbracht habe.

Gründung der „Demokratischen Plattform“

Am 12. Juni, also unmittelbar nach der Abreise der beiden CDULer, verkündeten insgesamt 16 spanische Oppositionsgruppen und -parteien ihren Zusammenschluß in einer „Demokratischen Plattform“ (auch „Demokratische Konvergenz“). Die wichtigsten Gruppen sind die „Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens“ (PSOE) – Mitglied der Sozialdemokratischen „II. Internationale“, deren Chef, Felipe Gonzalez, sich bei Willy Brandt vor kurzem Rat holte; dann fünf christlich-demokratische Gruppen (zwei mit den jeweiligen Führern Ruiz-Gimenez und Gil Robles und eine katalanische, eine valencianische und eine baskische Gruppierung), die Carlistische Partei (Monarchisten), die rechts-sozialdemokratische USDE, die „Gewerkschaft“ der „Sozialistischen“ Partei UGT, die „Baskische Arbeitssolidarität“ (STV), die Sozialdemokratische Partei Galiziens.

Nach bisher von diesen Organisationen selbst nicht bestätigten Meldungen, sollen sich die beiden revolutionären Organisationen MCE (Movimiento Comunista de Espana) und ORT (Organización Revolucionaria de Trabajadores) diesem Bündnis angeschlossen haben. Es ist ganz offensichtlich, daß sich hier ein rechts von der „Demokratischen Junta“ angesiedeltes Parteienbündnis (wenn man von den revolutionären Gruppen einmal absieht) zusammengeschlossen hat, das sich als Alternative gegenüber jener versteht. (In der „Demokratischen Junta“, die im Juli 74 gegründet wurde, ist die spani-

„Heck“enschützen der CDU in Spanien

Fortsetzung von Seite 13

sche KP die stärkste Kraft).

Da uns bisher ein Programm dieses Parteienbündnisses nicht bekannt ist, können wir nicht sagen, inwiefern sich dieses Bündnis unmittelbar gegen die „Demokratische Junta“ richtet, oder unter bestimmten Bedingungen zu einer Zusammenarbeit bereit ist. Es gibt z.B. die Äußerung des christdemokratischen Führers Ruiz Gimenez gegenüber westdeutschen Journalisten, daß man die Kommunistische Partei Spaniens „nicht aus dem politischen Prozeß ausschalten“ und damit „auf die Barrikaden“ treiben dürfe. Er äußerte die Meinung, daß die einzelnen Kräfte der Opposition bis zu einem demokratischen Wechsel zusammenarbeiten müßten. Das bedeutet allerdings „keineswegs eine Volksfrontpolitik, wie offensichtlich die Abgeordneten Heck und Marx bei ihrem Besuch die Haltung seiner christdemokratischen Partei interpretiert hätten“ („FAZ“, 13.6.75).

Ruiz Gimenez kritisierte die bei-

schisten treffen – zweifellos mit der Rückendeckung des BRD – und US-Imperialismus – konkrete Vorbereitungen für einen Einsatz der Armee im Baskenland.

Von jeder „Liberalisierung und Demokratisierung“ sollen die Kerne der militanten Arbeiterbewegung zerschlagen und vernichtet werden, gegebenenfalls auch militärisch. Das Ziel ist, der spanischen Arbeiterklasse eine empfindliche Niederlage beizubringen, um danach eventuell das Experiment einer bürgerlichen „Demokratie mit Augenmaß“ zu wagen.

Die polizeiliche Repression und der entfesselte Terror faschistischer Banden hat im Baskenland ein Ausmaß erreicht, das jeden Vergleich mit allen früheren Ausnahmezuständen (insgesamt fünf) im Baskenland weit übertrifft. Doch die spanischen Faschisten wollen offenbar aufs Ganze gehen.

Die spanische reaktionäre Tageszeitung „ABC“ vom 22. Mai meldete, daß die oberste Führung der Guardia Civil (der wichtigsten Polizei-Einheit

Anzeige

MFA, POVO



POVO, MFA

die Internationale Sondernummer

Armee und Revolution

2. Auflage, 5001-8000
12 Seiten Großformat, 0,50 DM.
mit farbigem Großformat-Poster

erhältlich im: Arbeiterbuch
2 Hamburg 13
Grindelhof 45

zu bestellen bei: J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

den CDUler auch noch wegen ihrer offenbar frei erfundenen Äußerung, sie hätten in der spanischen christdemokratischen Opposition „Enttäuschung und Trotz“ gegenüber dem Widerstand einiger NATO-Länder gegen die Annäherung Spaniens an die NATO festgestellt. Tatsächlich seien die spanischen Christdemokraten – so Ruiz Gimenez – vielmehr der Meinung, daß Spanien derzeit nicht in den Pakt „freier demokratischer“ Länder gehöre und ein solcher Schritt das Faschisten-Regime bloß stärke. Spanische Christdemokraten, die solche Äußerungen machen, sind „unserer“ CDU „zu links“! Kein Wunder also, daß diese Partei ihre Partner ohne Skrupel in den offen mit dem faschistischen Regime kollaborierenden Assoziationen sucht...

Immerhin begrüßte der außenpolitische Sprecher der CDU, Marx, die Gründung der „Demokratischen Plattform“ insbesondere im Hinblick auf ihre Alternativrolle gegenüber der „von den Kommunisten beherrschten Demokratischen Junta“. Dieser Schritt sei notwendig gewesen „um den demokratisch besonnenen Kräften die Möglichkeit zu geben, eine die spanischen Verhältnisse in Betracht ziehende Entwicklung demokratischer Strukturen zu ermöglichen“ („FAZ“, 21.6.75). Heck und Marx begründeten das Eintreten der CDU für einen „Übergang mit Augenmaß und ohne Überschreitung der Reizschwelle“, wie sie sich ausdrückten, damit, daß im Falle einer „Polarisierung“ der politischen Kräfte, nach einer „Auflockerung“ des Regimes damit zu rechnen sei, daß die Armee „von rechts“ eingreife und damit eine weitere „schädliche Polarisierung“ eintreten würde. Nach Ansicht dieser Herren besteht also der beste Schutz vor dem Faschismus in der weitestgehenden Erhaltung des Faschismus. Eine wahrhaft sehr volksnahe Logik.

Eingreifen der Armee?

Das Bild vom sich schon jetzt aktiv „demokratisierenden“ Spanien, das sämtliche Parteien der BRD zeichnen, steht im krassen Widerspruch zur Wirklichkeit. Die spanischen Fa-

Spaniens) von einem General des Landheeres übernommen worden ist, der nun alle Verfügungskompetenzen über diese Polizeieinheit besitzt.

Am 19. Juni drohte der spanische Armeeminister Coloma Gallegos offen mit einem Einsatz der Armee im Baskenland zur „Unterstützung der Polizei bei der Bekämpfung regimefeindlicher Aktivitäten im Baskenland“ („NZZ“, 20.6.75). In einer Rede zum 38. Jahrestag der Eroberung Bilbaos durch die Franco-Truppen im spanischen Bürgerkrieg sagte der General, die Polizei versuche derzeit mit „Mut und Hingabe“ den Frieden aufrechtzuerhalten, was ihr den Dank aller sichere. „Die Streitkräfte erkennen dies an und sind darauf vorbereitet, die Aktionen der Polizei auf eine entsprechende Order hin fortzusetzen oder zu intensivieren“, sagte er wörtlich („NZZ“, 20.6.75).

Auch die Rede des großartigen „Öffnungs“-Strategen Arias Navarro vor dem Ständeparlament am 24. Juni war ein Keulenschlag für alle, die auf eine etwaige „Entspannung“ des Faschismus vor Liquidierung der bewußtesten politischen Opposition spekulierten. Arias setzte in seiner Rede „Terroristen“ mit solchen Politikern gleich, die für eine baldige Ernennung des Bourbonenprinzen Juan Carlos zum König und eine „frühzeitige“ Absetzung Francos eintraten (was der frühere Informationsminister Cabanillas tat.) Diese Politiker wollten nur „ihre angeblichen demokratischen Freiheiten“ auf den Trümmern des Regimes errichten. Arias kündigte ein „Sondergesetz zur Bekämpfung des Kommunismus“, an. Ein „Sondergesetz zur Bekämpfung des Kommunismus“, das von Faschisten angekündigt wird, kann nur noch chilenische Zustände bedeuten. Alles deutet darauf hin, daß der spanischen Arbeiterklasse noch schwerere Kämpfe, d.h. auch breitere bewaffnete Auseinandersetzungen bevorstehen. Dabei können die spanischen Faschisten der Hilfe insbesondere des US- und BRD-Imperialismus gewiß sein.

Portugal/Spanien-Kommission
KB-Gruppe Hamburg

Für das Recht auf Selbstbestimmung der West-Sahara!

Am 23. 5. 75 kündigte Spanien an, es werde seine Truppen so bald wie möglich aus seiner afrikanischen Kolonie West-Sahara abziehen. Die Ursachen dieser plötzlichen Rückzugserklärung sind wohl in den zunehmenden innenpolitischen Schwierigkeiten in Spanien selbst und in dem wachsenden Widerstand der Bevölkerung in West-Sahara zu suchen. Nicht ohne Grund benötigte Spanien zuletzt 50.000 Soldaten, um die Unterdrückung der nur 80.000 Saharawis zu sichern, die in diesem Land leben, das mit 266.000 qkm Fläche größer ist als die BRD. Ein Aufwand, den sich Spanien sicher auch ökonomisch nicht länger leisten kann!

Dennoch bedeutet die Ankündigung Spaniens lange noch nicht die Freiheit und Unabhängigkeit der West-Sahara. Die Imperialisten, insbesondere das US- und BRD-Kapital, haben ein sehr starkes Interesse an diesem Land, weil es dort riesige Phosphatvorkommen gibt. Phosphat ist Grundstoff für die Düngemittelproduktion sowie für verschiedene andere chemische Produkte. Die Vorkommen in der West-Sahara sind nach dem gegenwärtigen Preis ca. 100 Mrd. (!) Dollar wert.

Das BRD-Kapital hat sich Einfluß gesichert, indem Krupp 1970 mit einem Regierungskredit ein 100 km langes Förderband zum Transport des Phosphats an den Atlantik baute.

Bereits in dem offiziellen Kommuniqué, das die spanische Regierung zum Abzug seiner Truppen abgab, sind die Schwierigkeiten angedeutet, die die Saharawis bis zur Erreichung der vollständigen Freiheit zu überwinden haben: Es müßten die „legitimen Ansprüche der an diesem Gebiet interessierten Länder“ geprüft werden („Le Monde“, 26.5.75).

Da sich anscheinend die Imperialisten nicht direkt militärisch in der West-Sahara engagieren wollen, haben sie die Nachfolge in der Unterdrückung der Saharawis zwei Staaten übertragen, die stark unter ihrem Einfluß stehen.

1. Marokko, nördlicher Nachbar der West-Sahara, weitgehend unter dem Einfluß der USA, und
2. der südliche Nachbar Mauretanien, noch stark abhängig von seinem ehemaligen Kolonialherrn Frankreich.

Insbesondere Marokko entwickelt seit Monaten eine üble Kriegshetze gegen die West-Sahara, verbrämt mit an-

geblich historisch und ethnisch begründeten Territorialansprüchen. Zur völkerrechtlichen Absicherung seiner Ansprüche hat Marokko die UNO und den Internationalen Gerichtshof in Den Haag angerufen. Eine Entscheidung steht noch aus.

Algerien unterstützt die Unabhängigkeitsbestrebungen der Saharawis

Im Gegensatz zu Marokko und Mauretanien hat der dritte, östliche Nachbar der West-Sahara, Algerien, bisher die Unabhängigkeitsbestrebungen der Saharawis sowie ihre Befreiungsbewegung „Frente Polisario“ unterstützt. Damit hält es sich an seine bisherigen außenpolitischen Prinzipien, keine Territorialansprüche zu stellen und die Dekolonisation sowie das Recht der Völker auf Selbstbestimmung zu unterstützen. Wegen dieser fortschrittlichen Haltung wird Algerien von Marokko der „Komplizenschaft mit Spanien“ bezichtigt, obwohl beide Staaten gemeinsam mit Mauretanien im Juli 1973 eine Erklärung abgegeben haben, die das „uneingeschränkte Festhalten am Prinzip der Selbstbestimmung“ der West-Sahara bekräftigte (nach „Le Monde“ vom 6. und 7.6.75).

Nach letzten Meldungen haben sich nun Spanien, Marokko, Mauretanien und Algerien auf ein gemeinsames Treffen geeinigt, bei dem über das weitere Schicksal der West-Sahara entschieden werden soll. Falls keine Lösung gefunden wird, will Spanien die weitere Verantwortung der UNO übertragen („Le Monde“, 13.6.75). In den letzten Wochen hat eine UNO-Delegation sowie Generalsekretär Waldheim persönlich eine Rundreise durch die betroffenen Länder gemacht. Insbesondere in den Flüchtlingslagern in Algerien, in denen über 10.000 Saharawis leben, die durch die faschistische Kolonialherrschaft Spaniens aus ihrer Heimat vertrieben wurden, konnte sie sich von dem Freiheitswillen der Saharawis überzeugen. Sie wurde mit Transparenten empfangen wie „Recht auf Selbstbestimmung“, „Wir wollen die vollständige Unabhängigkeit“ und „Frente Polisario ist der einzige rechtmäßige Repräsentant des Volkes der West-Sahara“.

Während dieser Rundreise hatten Journalisten Gelegenheit, einen Stütz-



punkt der „Frente Polisario“ zu besuchen. Zuerst wurden ihnen acht spanische Offiziere und sieben spanische Soldaten vorgeführt, die seit dem 10.5.75 auf ihren Austausch mit Gefangenen der Befreiungsbewegung warten. Außerdem konnten die Journalisten mit einem führenden Genossen der Befreiungsbewegung sprechen. Zur Frage einer Volksabstimmung, ob die Saharawis unter marokkanische Verwaltung kommen wollen oder nicht, sagte er: „Man fragt einen Menschen nicht, ob er frei sein will, genauso wenig befragt man ein Volk über seine Freiheit. Das sind fundamentale Grundsätze. Dennoch veranlaßt unser Vertrauen in die internationalen Organisationen uns, eine Volksabstimmung zu akzeptieren, wenn auch zu bestimmten Bedingungen“ („Le Monde“ v. 3.6.). Diese sind: „Abzug der spanischen Truppen und Verwaltung, Einsetzen von Mitgliedern der Befreiungsbewegung in die Verwaltungspositionen und Rückkehr aller Flüchtlinge unter Aufsicht einer Kontrollkommission mit Beteiligung der FRENTE POLISARIO, um die Einschleusung vor allem marokkanischer Provokateure zu verhindern. Gleichzeitig betonte der Genosse aber auch, daß es nicht legitim ist, international über die Zukunft der West-Sahara zu verhandeln, ohne daß Vertreter der Saharawis selbst anwesend sind.“

Zu den Annahmedrohungen Marokkos sagte er: „Marokko ist stark und unser Volk ist noch schwach. Wir besitzen Reichtümer. Wenn sich die Marokkaner dieser bemächtigen, werden sie mit dem Blut unseres Volkes besudelt sein. Sie werden die Verantwortung vor der Geschichte zu tragen haben und uns nicht hindern können, ihnen Widerstand zu leisten“ („Le Monde“ vom 3.6.75).

Afrika-Kommission
KB-Gruppe Hamburg

Aktionsplan des M.F.A.

Fortsetzung von Seite 15

ralismus“ unter Einschluß von „Parteien und Meinungsströmungen“, die „nicht für sozialistische Forderungen eintreten“. Auch diese werden anerkannt, sofern ihre „Kritik nützlich und konstruktiv“ ist und ihre Praxis sich „nicht dem Aufbau der sozialistischen Gesellschaft auf demokratischen Weg widersetzt“. Dieser letzte Hinweis muß offenbar als deutliche Drohung an die Adresse reaktionärer und „konservativer“ Vorstellungen verstanden werden.

Den hier deutlich werdenden Zugeständnissen an bürgerlich-parlamentarische Tendenzen, dürfen allerdings wiederum auch keine übermäßige Bedeutung beigemessen werden, da die ökonomischen Grundlagen der Bourgeoisie derzeit planmäßig und zügig zerstört werden und zwar einmal durch die schnelle Enteignung und Verstaatlichung industrieller Betriebe (derzeit sind etwa 70% der Betriebe verstaatlicht) und zum Zweiten durch die jetzt begonnene und schnell vorangetriebene Landreform (Enteignung von Großgrundbesitz).

Das Papier teilt gleichzeitig noch drei herbe Ohrfeigen an Soares und andere bürgerliche Kräfte aus: Zum einen (Punkt 1.4) werden parlamentarische Wahlen in ihrer Bedeutung stark relativiert und nur als eine Form (von verschiedenen) des Volkswillens gekennzeichnet. Zudem wird betont, daß Wahlen („die während der Übergangsperiode stattfinden“) sich in den „revolutionären Prozeß integrieren“ müssen und kein „Hemmnis“ dafür bilden dürfen.

Dieser Punkt richtet sich – im Rahmen der aktuellen Auseinandersetzung – direkt gegen Soares (und die PPD-Führer), der gerade das gute Abschneiden seiner Partei bei den letzten Wahlen als Legitimation benutzt für eine Verschiebung des politischen Spektrums in Portugal zugunsten seiner Vorstellungen (was einem Machtzuwachs für die Bourgeoisie

gleichkommt). Auf der gleichen Ebene liegt eine zweite „Ohrfeige“ für Herrn Soares: Punkt 1.7. begrenzt noch einmal unmißverständlich die Funktion der Verfassungsgebenden Versammlung (in der PSP und PPD eine Zweidrittel-Mehrheit haben) und „untersagt“ ihr „jegliche andere Form offizieller Einmischung in das politische oder administrative Leben der Nation“.

Als eine dritte „Ohrfeige“ muß der letzte von uns zitierte Absatz verstanden werden. Während Soares & Co. (wie alle bürgerlichen Politiker) aus dem Wahlergebnis seiner Partei bisher das Recht für sich selbst ableitete, „im Namen von fast 40% der Portugiesen“ alles mögliche für sich und seine Hintermänner (die Bourgeoisie!) einzuklagen, dreht das M.F.A. nun das Spieß um und leitet daraus die Pflicht ab, eine Politik auf Basis der „objektiven Erfordernisse des Landes“ zu entwickeln, also entsprechend der Bedürfnisse der „über großen Mehrheit“ des Volks. – Gleichzeitig droht der M.F.A. – leicht verhüllt – mit Auflösung oder Veränderung der Provisorischen Regierung, falls diese nicht ihren Aufgaben nachkommt. Das M.F.A. spricht von einem „Test“ oder „Testfall“ für die Provisorische Regierung im Zusammenhang der Lösung der nächsten Aufgaben (Entwicklung eines ökonomischen Modells und des 3-Jahres-Plans) und der Entwicklung ihrer „Fähigkeit zum einheitlichen Marsch auf die wirklichen Ziele des Sozialismus“.

Ein wichtiger Punkt des Papiers (1.5.) bezieht sich auf die Zusammenarbeit der Streikkräftebewegung mit den „einheitlichen Basisorganen“, also den Arbeiter-Räten, Bewohner-Kommissionen, Dorfräten etc. Das Papier bezeichnet sie – ziemlich allgemein – als „Vorstufe eines experimentellen Systems der direkten Demokratie“ und visiert ihre „aktive Beteiligung“ z.B. an der „öffentlichen Verwaltung“ und „in Verbindung mit den lokalen und regionalen Or-

ganen der zentralen Macht“ an. Dieser Punkt – obgleich insgesamt sehr allgemein und vage formuliert – war vor allem besonderes Anliegen der linken Kräfte innerhalb des M.F.A. Die Tatsache, daß das M.F.A. die Zusammenarbeit mit den tatsächlich bestehenden „Basisorganen“ sucht, deutet darauf hin, daß sich die Vorstellungen der revolutionären Organisation MES in diesem Punkt wesentlich durchgesetzt haben (demgegenüber forderte die revisionistische PCP den Neuaufbau sogenannter „Komitees zur Verteidigung der Revolution“, die im wesentlichen durch die Führer der Gewerkschaft und Beamte kommunaler und staatlicher Sektoren – unter Einschluß des M.F.A. – gebildet werden sollten; die PRP-BR forderte den Aufbau sog. „Revolutionärräten“ aus Arbeitern, Soldaten etc. mit weitgehendem Exekutiv-Funktionen – z.B. der Leitung bewaffneter Milizen – bei gleichzeitiger Auflösung der portugiesischen Armee, und das alles als Sofortmaßnahmen).

Insgesamt wird man künftig darauf zu achten haben, wie sich die Zusammenarbeit von M.F.A. und „Basisorganen“ in der Praxis entwickelt; ob es also den Arbeitern, Bauern etc. gelingt, die politische Willensbildung innerhalb des M.F.A. zu beeinflussen und umgekehrt das M.F.A. den „Basisorganisationen“ tatsächlich reale politische Macht zugestehen (und abtritt), oder aber, ob diese Entwicklung stärker in Richtung auf eine „Spielweise“ für „demokratische Romantiker“ geht oder sogar, ob die „Basisorgane“ zu „volksnahen“ Gremien mit der Funktion eines verlängerten Arms des M.F.A. degenerieren.

Letztlich wird diese Entscheidung fallen müssen und die Arbeiter (und die revolutionäre Linke) können diesen Prozeß nur durch die machtvolle Entfaltung ihrer Klassenkräfte in ihrem Sinn beeinflussen.

Portugal/Spanien-Kommission
KB-Gruppe Hamburg

Frankreich

Der Kampf der Druckarbeiter vom „Parisien Libéré“

Seit dem 3. März führen die französischen Druckerkollegen einen immer schärfer werdenden Kampf gegen 400 Entlassungen bei der Tageszeitung „Parisien Libéré“.

Der „Parisien Libéré“ ist mit 800.000 - 1 Mio. Auflage die drittgrößte französische Tageszeitung (nach „L'Aurore“ und „Le Figaro“) und die erste, was reaktionäre und faschistoide Hetze betrifft. (Der Redakteur Roland Faure ist zum Beispiel ein großer Bewunderer des inzwischen verstorbenen portugiesischen Faschisten Salazar). Den Herausgeber Amaury kann man ohne weiteres als französische Ausgabe des westdeutschen Faschistenfreundes Springer bezeichnen.

Der Konflikt entzündete sich an der Entscheidung von Amaury, nunmehr seine über 20 Provinzausgaben nicht mehr in Paris drucken zu lassen, sondern aus kostensparenden Gründen in der Provinz. Im Klartext sollte die kapitalistische Umstrukturierung 400 Entlassungen in Paris bedeuten. Als Antwort darauf halten die 600 Druckarbeiter die Pariser Druckerei seit dem 7. Mai besetzt.

Die Auseinandersetzung wurde verschärft, als Amaury die Produktion der Zeitung nach Belgien verlegen wollte, um dadurch die Arbeiter in die Knie zu zwingen. Diesen Versuchen erteilten die Druckarbeiter aber in einer bisher nicht gekannten Militanz die gebührende Antwort. Selbst als der französische Innenminister Poniatowski für den 17. Juni die „Räumung“ der besetzten Druckerei durch die berüchtigte Spezial-Polizeinheit CRS androhte, richteten sich die Arbeiter auf den bevorstehenden Angriff ein, indem sie die Druckerei von innen verbarrikadierten. Am Vorabend fand eine Solidaritätsdemonstration in Paris statt, an der sich über 50.000 Arbeiter, auch aus Belgien beteiligten. Die Druckarbeiter der übrigen Pariser Zeitungen schlossen sich in Solidaritätsstreiks an.

Während die Drucker den Kampf um ihr Recht auf Arbeit führen, hat die kombinierte Hetze von Amaury und Regierung bereits maßlose Töne angenommen. So wurden die kämpfenden Arbeiter von der gesamten bürgerlichen Presse als „Faschisten“ bezeichnet – weil sie den Kapitalisten ihre Freiheit raubten. (Siehe den Kasten „Ein Beispiel der bürgerlichen Hetze gegen die kämpfenden Druckarbeiter“). Natürlich fehlten seitens der bürgerlichen Macht auch nicht Hinweise auf die Auseinandersetzung um die Tageszeitung „Repubblica“ in Portugal. Darüberhinaus geht es dem Staat auch darum, mit dem FFTL (Druckergewerkschaft der revisionistischen CGT) abzurechnen. Die FFTL ist die bestorganisierte Gewerkschaft Frankreichs, und die Gewerkschaft, die innerhalb ihrer Branche einen beispiellosen Einfluß hat: Die FFTL kontrolliert in der Druckbranche z.B. auch die Einstellungen. Der Kampf der Arbeiter vom „Parisien Libéré“ hat immer mehr auch eine politische Stoßrichtung gegen die faschistische Presse entwickelt.

tion wurde organisiert unter der Parole „Nieder mit den faschistischen Zeitungen“. Schließlich probierte er es in Nordfrankreich, in Béthune. Auch dort passierte ihm das Gleiche.

Für die Zeit bis zum 9. Juni versuchte Amaury dann, den „Parisien Libéré“ in belgischen Druckereien durch Streikbrecher drucken zu lassen. Daraufhin besetzten die 600 Drucker und Setzer die beiden Pariser Druckereibetriebe. Aus Solidarität mit ihren Druckerkollegen weigerten sich die Postangestellten, die Postexemplare der Streikbrecher-Ausgaben zu sortieren und zu verschicken.

Auf einer Vollversammlung der CFDT-Gewerkschaft wurde beschlossen, daß die Zeitungsausgaben von Amaury nicht mehr aussortiert werden, und daß bei Sanktionen gestreikt werden soll. Das Postministerium hat schon zugesprochen: Mehrere gewerkschaftlich organisierte Postler sind entlassen worden. Als Protest wurden in zahlreichen Postämtern in ganz Frankreich Streiks und Arbeitsniederlegungen durchgeführt. Die Kollegen des Pariser Zeitungsvertriebs weigerten sich, die Piraten-Ausgaben des „Parisien Libéré“ auszuliefern, die Eisenbahner schlossen sich an. Daraufhin heuerte Amaury eine private Lieferwagenfirma an, die sich bereit erklärte, mit eigenen Lastwagen die gedruckten Zeitungen von Belgien nach Paris zu schaffen; allerdings nie ohne Polizeieskorte. Belgien nach Paris zu schaffen; allerdings nie ohne Polizeieskorte. Am Morgen des 22. Mai stoppte trotzdem ein „Rodeo“ einen ersten Lastwagen nahe der belgischen Grenze und zerstreute 18.000 Exemplare des „Parisien Libéré“.

Zwei Stunden später wurde ein zweiter Lastwagen gestoppt und die Zeitungsladung auf einen Müllplatz gekippt. (11.000 Zeitungen!) Als in der Nähe der Renault-Werke in Boulogne-Billancourt Polizisten ankamen, die Drucker festnehmen wollten, nachdem sie gerade einen Lieferwagen vom „Parisien“ auseinandergenommen hatten, kamen die Renault-Arbeiter zu Hilfe und befreiten ihre Kollegen der Druckbranche! Auch die Kollegen der halbamtlichen Nachrichtenagentur AFP erklärten sich durch einen mehrstündigen Streik mit den Druckern solidarisch.

Diese breite Klassensolidarität ist deshalb wichtig zu unterstreichen, weil die Drucker im allgemeinen in Frankreich (auch von den übrigen Arbeitern) als eine Art „Arbeiteraristokratie“ betrachtet werden. (Die Drucker haben – dank ihres Kampfes und ihrer hohen gewerkschaftlichen Organisation – sie geben durchschnittlich 10% ihres Lohnes (!) der FFTL – zum Beispiel mit sechs Wochen die längste Urlaubszeit, und sie verdienen meistens auch mehr).

Aktive und militante Solidarität der belgischen Drucker

Mittlerweile bekam Amaury auch Schwierigkeiten mit den belgischen Kollegen. In Nivelles z.B. vernichteten die Kollegen 17.000 Exemplare seiner Zeitung, und zahlreiches Material wurde „produktionsunfähig“ gemacht. Danach wurde der Betrieb besetzt. Eine belgische Zeitung schilderte die Aktion:

„Gegen 23 Uhr kamen etwa 70 Mitglieder des CSC (offensichtlich die belgische Druckergewerkschaft, AK) von Nivelles, Mons und Namur aus dem Zentrum der Stadt, wo sie an einer Versammlung teilgenommen hatten, zur Druckerei Havaux und nahmen sie im Sturm. Es kam zu Auseinandersetzungen und Schlägereien.“

Nachdem sie zur Ablenkung einen Scheinangriff auf den Haupteingang des Gebäudes gestartet hatten, fielen die Angreifer im Hof ein und schalteten so die Wachposten der Druckerei aus.

Mit Hilfe von Schraubenziehern widmeten sie sich sogleich den Reifen sämtlicher Fahrzeuge, die sich im Umkreis befanden: Lieferwagen der Zeitung, Polizeifahrzeuge und zivile Polizei-PKWs. Durch Steinwürfe wurden die Fenster des Gebäudes eingeworfen, dann drangen die Angreifer in die Hallen ein, in denen die Rotation untergebracht ist, die sie sofort anhielten. Papierrollen wurden zerrissen, Farbe wurde über die Anlagen und den Boden rohen wurden zerrissen, Farbe wurde über die Anlagen und den Boden gegossen, wo auch die Zeitungen verstreut worden waren.

Die 17.000 Exemplare, die bereits versandfertig gestapelt waren, wurden auf den Hof geworfen und dort mit Füßen und Farbe „zu Makulatur verarbeitet“. Die Ladung

Zu einer heftigen Schlägerei kam es zwischen den Demonstranten und einem französischen Fahrer, dem der negative Charakter dieser „Solidaritätsaktion“ auf die Nerven ging (!), und die Ordnungskräfte deswegen erneut einschreiten mußten.

Die Gewerkschafter schritten danach zu einer passiven Besetzung des Betriebes, nachdem sie zuvor sämtliche Telefonleitungen gekappt hatten. Die Druckerei in Nivelles war dadurch von den anderen Firmen, die mit dem Druck des „Parisien Libéré“ beschäftigt waren, abgeschnitten.

Gegen 2 Uhr traf die Polizei-Verstärkung aus Brüssel ein, was die Demonstranten veranlaßte, sich im Inneren des Betriebes zu verbarrikadieren. Sie besetzten alle Ausgänge und die Ordnungskräfte versuchten mehrmals deren Öffnung zu erzwingen. Die Vereinbarungen, die zwischen den Arbeitern und der Direktion getroffen wurden, bestimmten, daß die Druckerei Havaux den Druck des „Parisien Libéré“ nach dreitägigem Erscheinen einstellt, sei es in der Nacht zum 3. oder 4. Juni. Außerdem wird seitens der Firma keinerlei Schaden an Gütern oder Personen, die der Druckerei gehören bzw. mit ihr zusammenhängen, geltend gemacht werden können.“ (Nach „Révolution“ vom 13.6.) Bravo, kann man da nur sagen!

Mit Räumungskriegstruppe CRS

Mit Bürgerkriegstruppe CRS, Wertschutz, Tränengas und Hunden gegen die Arbeiter – bisher vergeblich!

Für den 27. Mai riefen die Pariser Druckarbeiter, die CGT und

Der Hintergrund: Scharfe Rationalisierung im Druck und Pressebereich

Seit Beginn des letzten Jahres gehen die französischen Druck- und Pressekapitalisten daran, sich für den verschärften Konkurrenzkampf zu rüsten. Die Expansion der Produktion ist mit einer scharfen Konzentrations- und Rationalisierungswelle verbunden, wie im VI. Wirtschaftsplan der französischen Regierung festgeschrieben. (In diesem Plan ist die schrittweise Demontage der grafischen Industrien vorgesehen.) Die Zahl der Entlassungen im Druckbereich stieg daher in der letzten Zeit rapide an. Bei einer anderen Tageszeitung, dem „France-Soir“, sind 250 Entlassungen, bei „Le Figaro“ 180 Entlassungen angekündigt worden. Dabei setzen die Kapitalisten besonders auf das Mittel der Dezentralisierung. Ein französischer Genosse schrieb dazu im DRUCKARBEITER 6/74 (Branchenzeitschrift des KOMMUNISTISCHEN BUNDES):

„Die Löhne in der Druckindustrie sind in der Provinz um 30% geringer als in Paris. Und da es sich meistens um weniger qualifizierte Arbeitsplätze handelt und noch dazu kommt, daß allgemein das „soziale Klima“ in der Provinz etwas ruhiger ist als in Paris, ist es verständlich, daß die Unternehmer verstärkt darangehen, ihre Produktion in die Provinz zu verlegen. Dies zeigt deutlich, daß die Unternehmer gar nicht daran denken, die Produktion zu drosseln, sondern viel eher so vorgehen: Ein Betrieb schließt in Paris, ein neuer wird in der Provinz eröffnet. In Paris Arbeitslose und in der Provinz wird eingestellt. Die Dezentralisierung ist ein hervorragender Vorwand, um Entlassungen durchzuführen.“

Der Kampf der Drucker und die Klassensolidarität

Als die Entscheidung Amaurys bekannt wurde, in Absprache mit der Regierung den Aufbau zweier neuer Druckereien in der Provinz zu betreiben und gleichzeitig ca. 400 Druckarbeiter der Pariser Betriebe zu entlassen, organisierten die Pariser Drucker zunächst den „Streik des Arbeitseifers“. Das heißt, sie reduzierten die Tagesauflage auf 400.000 und ließen sie mit erheblicher Verspätung rausgehen. Amaury versuchte seinerseits sein Glück in der Provinz und klapperte die Druckereien ab. Die erste „Piraten-Druckerei“ war in Rouen (Norman-

die). Es geschah wie folgt: Die Filme für die Zeitung wurden in Brüssel gemacht, dann mit Flugzeug nach Paris transportiert, um schließlich unter Polizeischutz nach Rouen gefahren zu werden ... Pech für Amaury: Die Drucker hatten sich dazu etwas einfallen lassen. Sie organisierten auf der Autobahn Paris-Rouen „Rodeos“. Mit gemischten Mannschaften von Druckern von „Le Monde“, „Le Figaro“, oder „L'Aurore“ und natürlich vom „Parisien“ wurde hinter den Lieferwagen her gefahren, diese bei entsprechender Gelegenheit gestoppt, die Lieferwagen etwas „zurechtgemacht“ und das für Amaurys Zeitung notwendige Material entwendet bzw. vernichtet. Die „Rodeos“ umfaßten aber nicht nur die „Verfolgungsfahrten“ der mit Polizeieskorten chauffierten Zeitungen, sondern es wurden zum Beispiel auch sogenannte „Aufklärungsgruppen“ gebildet, die Kontrolltouren bei den Zeitungskiosken machen. In der letzten Zeit konnte man in Paris viele „Parisien“ in der Seine rumschwimmen sehen ... Nach drei Tagen entsprechender militanter Arbeit seitens der Kollegen mußte Amaury das Weite suchen. Er versuchte es als nächstes in Dieppe (normannische Küste). Auch dort klappte es nicht. Eine Demonstra-



Die besetzte Druckerei vom Parisien Libéré



„Hunde werden den kämpfenden Arbeitern entgegengeschickt.“

eines Lieferwagens erlitt dasselbe Schicksal, nachdem die Demonstranten dessen Rückfenster eingeschlagen hatten und ins Innere eingedrungen waren.

CFDT zu einem eintägigen Solidaritätsstreik aller Druck- und Pressebetriebe auf, dem sich die überwiegende Mehrheit der Belegschaften und die Kollegen der Nachrichtenagentur AFP anschlossen. Danach wurde eine neue Stufe der Mobilisierung erreicht. In der Nacht vom 26. zum 27. Mai waren alle Tageszeitungs-Druckereien besetzt, und die Kollegen hielten sich bereit, bei den „Rodeos“ mitzumachen.

Seit Anfang Juni ließ Amaury seine Zeitung in Saint-Ouen (Pariser Umgebung) und Chartres (zwischen Paris und Rouen) drucken. Dort hat er Druckereien im Eilverfahren montieren lassen – mit Hilfe von westdeutschen Technikern. Tag und Nacht blieben dort Polizeimannschaften und CRS stationiert, die jeden Passanten und jedes Auto systematisch kontrollierten. Nachts stand die Druckerei in Chartres unter Scheinwerferlicht, und zusätzlich zu den Bullen kamen dann noch Wachhunde...

Amaury und der französische Staat versuchten, ein seit 1944 erkämpftes Recht der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften in der Druckindustrie – nämlich das Recht über die Ausbildung, Zuteilung und Versetzung von Druckarbeitern zu entscheiden – außer Kraft zu setzen. Tatsächlich plante Amaury in den neuen Druckereien, die am 9. Juni ihre Produktion aufnehmen sollten, keine Arbeiter einzustellen, die Mitglied kämpferischer Gewerkschaften sind.

Fortsetzung Seite 16

Der Kampf der Druckarbeiter vom „Parisien Libere“

Fortsetzung von Seite 15

Die Streikbrecher, die sich für diese dreckige „Gelben-Arbeit“ hergegeben hatten, waren Mitglieder der klerikal-faschistischen CFT und der sozialdemokratischen Gewerkschaft Force Ouvrière („Arbeiter-schaft“ ...) Bergeron, der Führer dieser gelben Gewerkschaft, ist Mitglied der PS von Mitterrand! Die „Süddeutsche Zeitung“ schrieb dazu:

„Die sozialdemokratisch orientierte Gewerkschaft Force Ouvrière lehnt die Druckerstreiks als „alt-modisch“ ab und bezeichnet sie als „auf die Dauer gefährlich für den Fortbestand der politischen Meinungspresse“.“ („SZ“ vom 10.6.75)

Und „Le Monde“ rechtfertigte den Streikbruch wie folgt (12.6.): „Wenn die F.O. sich bereit erklärt hat, für die neu eingerichteten Druckereien Personal zu beschaffen, so geschah das ausschließlich, um ihren Anhängern zu ermöglichen, Arbeit zu finden, was ihr bisher verweigert worden ist infolge des Einstellungsmonopols...“

Auch am Tag des Generalstreiks der Drucker erschienen die sozialdemokratischen Zeitungen weiter. Demagogisch behaupteten die Sozialdemokraten durch ihr Sprachrohr Bergeron (Mitterrand schweigt sehr in letzter Zeit), sie würden das „Recht auf Arbeit“ (gemeint ist das Recht auf Arbeit von Streikbrechern für Amaury) verteidigen. Einer der Chef-Ideologen der PS, Jean Daniel (Chefredakteur vom „Nouvel Observateur“), interpretierte die Schwierigkeiten der PS: „Wenn auch die Konflikte von der République und vom Parisien nichts gemeinsames haben, ist es doch schwer, eine uneingeschränkte (?) und schattenlose (?) Solidarität zu pflegen.“

Aus Protest gegen diese Provokation rief die CGT zu einer Solidaritätsdemonstration für den selben Abend in Paris auf. Tausende von Druckarbeitern, unter ihnen auch die belgischen Kollegen der Druckerei Havaux, beteiligten sich unter Parolen wie: „Amaury Faschist – Bergeron Verräter“, „Wir wollen Genuß und von werden sie haben.“

Am Morgen des 5. Juni ergriffen die Arbeiter erneut die Initiative und demonstrierten vor dem „Bullenbetrieb“ (usine-flic) in Chartres. Die Regierung kündigte an, daß sie den 400 Entlassungen zustimme, und von daher am Mittwoch, den 11. Juni die Räume des Pariser Betriebes per Polizeigewalt evakuieren lassen würde.



Nach einer Aktion der Drucker: Parisien Libere auf der Straße

Am Montag, den 9.5. wurde daraufhin ein weiterer Streik aller Arbeiter im Druck- und Pressebereich von Paris durchgeführt. „Es gab keine Tageszeitungen in Paris, die drei großen bereits ausgedruckten Magazine L'Express, Le Point und Nouvel Observateur waren nicht ausgeliefert worden. Auch das in Paris erscheinende amerikanische Blatt „International Herald Tribune“ war nicht erhältlich, und bei der Nachrichtenagentur AFP standen 24 Stunden lang die Ticker still.“ („FR“ vom 10.6.75) In der Nacht von Montag auf Dienstag wurden die Arbeiter mobilisiert, nach Saint-Quen zu kommen. In diesem Ort hatte Amaury seine zweite Druckerei aufgebaut. Dort wollte er mit Hilfe der „gelben“

gekauften „Force Ouvrière“-Mannschaft den „Parisien“ drucken. Um 8 Uhr morgens kam es dann zu einer harten Konfrontation mit den von der Regierung geschickten Polizeitruppen, die die Blockade auseinanderknüpfen wollten. Dabei wurden mehrere Arbeiter verletzt. Trotzdem wichen die sehr entschlossenen und kämpferischen Arbeiter nicht zurück. Mit Parolen wie: „Amaury Faschist“, „Wir werden den Faschismus nicht zulassen!“ leisteten sie den Bullen entschiedenen Widerstand. Daraufhin waren diese gezwungen, sich bis in die Türen der neuen Druckerei zurückzuziehen. (Nach „Révolution“ Nr. 98, 13.6.75).

Gegen die drohende Räumung des Pariser Betriebes bereiteten sich die Drucker durch Verbarrikadieren des Betriebes vor. Sie erklärten, daß sie „passiven Widerstand“ beim Eingreifen der Polizei leisten würden.



„11 Juni: Der besetzte PARISIEN LIBERE organisiert sich gegen einen möglichen Polizeiangriff – Barrikade vor der Druckerei in der Rue d'Enghien“

Am Dienstagnachmittag umstellten starke CRS-Kräfte die besetzte Barrikade vor der Druckerei in der Rue d'Enghien.

Am Dienstagnachmittag umstellten starke CRS-Kräfte die besetzten Druckereien. (Siehe dazu das nebenstehende Flugblatt des „Kampfkollektivs der Druckarbeiter“.) Die Druckersektion der CGT forderte für den Fall der Stür-

Arbeiter: „Für Freiheit der Gewerkschaften!“

Strategie der Spannung

Einen Tag nach dieser Großdemonstration wurden zwei Bombenattentate ausgeübt: Eins verletzte den Chefredakteur der Nachrichtenagentur AFP, Bernard Joseph Cabanes so schwer, daß er wenige Tage später verstarb. Die zweite Bombe galt dem Generalsekretär der „gelben“ Gewerkschaft Force Ouvrière, André Bergeron, der jedoch unverletzt blieb.

Diese beiden Attentate, die von den Gewerkschaften CGT und CFDT, sowie von den linken Organisationen und der PCF scharf verurteilt wurden, trugen eindeutig das Markenzeichen einer faschistischen Provokation. Sie stellten den bisherigen Höhepunkt in der Kampagne der Bourgeoisie gegen den Kampf der Drucker dar. Sie zeigten den entschlossenen Willen der Bourgeoisie, in diesem Kampf nicht nachzugeben. Was die Bombe angeht, die Cabanes tötete, waren sich die bürgerliche Presse in Frankreich und in der BRD einig, das

ken gekommen. Man müsse feststellen, daß Gewaltanwendung Gewalt nach sich ziehe. „Seit einer gewissen Zeit hat die Gewerkschaft des Druckereigewerbes die Tat provoziert.“ („FAZ“, 14.6.75)

Und Bergeron zog nach: „Die systematische Verleumdungs- und Haßkampagne mußte schließlich auf Akte dieser Art hinauslaufen. Letzten Endes werden sie Demokratie und Freiheit in Frage stellen.“ („FAZ“, 14.6.75)

Wenn die französische Bourgeoisie auch alles tut, um die Bomben den klassenbewußten Arbeitern und den Organisationen CGT und CFDT anzulasten, so ließ sich doch nicht ganz das Vorgehen von einem agent provocateur verbergen:

1. Cabanes war Chefredakteur eben jener Nachrichtenagentur, deren Belegschaft durch mehrere Streiks ihre Solidarität mit den kämpfenden Druckarbeitern bekundet hatte. Nach dem Tode Cabanes wurde ein gewisser Marcellin dessen Nachfolger. Marcellin war mehrere Jahre Innenminister in der gaullistischen Ära (!). Welchen Auftrag er für die Bourgeoisie zu erfüllen hat, verdeutlichte „Le Monde“: „Es gibt keine unfehlbaren Methoden (Attentate zu verhindern). Aber es gibt Mittel. Sicher ist, daß man – sobald man in eine Periode der Gewalt eintritt – perfekt und lückenlos informiert sein muß. Es ist notwendig, in die subversiven Kreise einzudringen.“ (18.6.75)

2. Das Faschistenblatt „Minute“ behauptete in seiner letzten Ausgabe, daß die Druckergewerkschaft das Klima für die Bombenanschläge geschaffen habe. In diesem Zusammenhang veröffentlichten diese Ratten die Namen zweier linker Gewerkschaftsfunktionäre. Der Versuch, zwei Gewerkschafter zum Abschluß freizugeben, scheiterte aber an der Aufmerksamkeit der Drucker und Setzer des Blattes: Diese hatten die zwei Namen aus dem Satz genommen.

Auf Seiten Amaurys: Die Rotzfahne der „KPD/AO“

Auf Seiten Amaurys: Die Rotzfahne der „KPD/AO“

In ihrer Zeitung Nr. 24 ging die „KPD/AO“ unter der Überschrift „Parisien Libéré – revisionistische CTG-Führer eifern Cunhal nach!“ auf den Kampf der Druckarbeiter ein. In Übereinstimmung mit der reaktionären Presse sorgte sie sich, daß nun auch in Frankreich die „portugiesische Krankheit“ drohe. So „hat doch die CGT vor allem im Verlagsbereich und in der Druckindustrie eine Monopolstellung.“ Und diese nutzte sie natürlich „...um ihre politische Machtstellung im Auftrag des sowjetischen Sozialimperialismus auszuweiten.“

Als hätten diese Vögel sich gerade mit ihrem maßgeblichen Bündnispartner gegen den Sozialimperialismus, dem Herrn Innenminister Poniatowski abgesprochen, der da im Zusammenhang mit den Bomben sagte: „Ich denke nicht, daß die Druckergewerkschaft für diese beiden schrecklichen Attentate verantwortlich zeichnet. Aber sie hat ein Klima der Gewalt geschaffen, daß diese Attentate zwangshervorgebracht hat.“ („Le Monde“, 17.6.75).

Dazu die Superrechts-„linken“ der „KPD/AO“:

„Auch wenn man nicht weiß, wer die Bombenattentate unmittelbar ausführte, sind die französischen Revisionisten für die Schaffung eines Klimas des individuellen Terrors verantwortlich.“

In trauter Übereinstimmung mit dem Faschisten Amaury („Rote Milizen der Druckergewerkschaft üben aktiven Terrorismus aus“) heißt es weiter in der Rotzfahne: „Seit einem Vierteljahr haben Schlägerbanden der CGT-Führung Transporteure und Vertriebsarbeiter von „Parisien Libéré“ auf offener Straße zusammengeschlagen und sind auch für zahlreiche Morddrohungen verantwortlich.“

Bei so viel tiefer Übereinstimmung mit der Konterrevolution können wir der „KPD/AO“ raten, dies einmal den französischen Druckern zu erzählen. Dort können sich diese Leute das abholen, was sie verdienen: Eine tüchtige Abreibung und warme Ohren dazu!

Frankreich-Kommission/
KB Gruppe Frankfurt und
Druck-Komitee
KB Gruppe Hamburg

Flugblatt des Kampfkollektivs der Verlagsarbeiter

„Die Arbeiter des ‚Parisien‘ widersetzen sich heute nicht nur ihrem Unternehmer, sondern den Unternehmern insgesamt; sie widersetzen sich der Macht, die nach PTT (staatliche Post) und Renault der Arbeiterklasse insgesamt eine neue Niederlage beibringen will. Sie widersetzen sich

• den Repressionen der Polizei: Knüppelinsätze in Saint-Quen, zahlreiche Anklagen;

• den Faschisten, SAC und anderen CDR (1), die eine Kampagne über Verleumdungen gestartet haben (Plakate, Flugblätter) um den Vertrieb des Streikbrecher-„Parisien“ zu sichern;

• dem Werkschutz, bewaffnet und mit Bluthunden, die den Zutritt zum Werk Saint-Quen unterbinden;

• der Zwangsräumung ihres Betriebes in der Rue d'Enghien, die für Mittwoch Vormittag angekündigt wurde.

DIE SOLIDARITÄT MIT DEN STREIKENDEN DES ‚PARISIEN‘ IST SACHE ALLER ARBEITER!

• Arbeiter: kauft nicht, sondern boykottiert den ‚Parisien Libéré‘, der von Streikbrechern gedruckt ist,

• Buchhändler: weigert Euch, den ‚Parisien‘ zu verkaufen.

• Popularisieren wir den Boykott, entlarven wir Amaury und seine faschistischen Methoden.“

11. Juni 1975

(aus Révolution Nr. 98)

(1) SAC und CDR sind Polizeitruppen, die unter de Gaulle aufgebaut wurden.

(2) SAC und CDR sind Polizeitruppen, die unter de Gaulle aufgebaut wurden.

Ein Beispiel der bürgerlichen Hetze gegen die kämpfenden Druckarbeiter aus einer gaullistischen Provinzzeitung

„Letzen Donnerstag war Herr Dubois (Kioskinhaber) Opfer eines Kommandos, das ihm zahlreiche Zeitungen geklaut hat, um sie zu vernichten... Diese faschistischen Schläge reihen sich ein in das, was man wohl als „Ermordung des Parisien Libéré“ bezeichnen muß. Seine Agonie dauert schon seit zwei Monaten...“

Der Parisien Libéré erscheint nicht mehr, und setzt die Zukunft von Hunderten Lohnabhängigen aufs Spiel. Aber trotzdem heißt das „Verteidigung des Arbeitsplatzes“. Dialektik ist schön... Die Gewerkschaft kennt nur Gewalt: Angriffe und Attacken auf Lieferanten und Kioskinhaber, Zeitungsklau und Vernichtung.

Donnerstag wurde ein Lieferwagen des Betriebes Holländers in Ressonsur-Matz umstellt, die Zeitungen wurden vernichtet. In der Nacht vom Freitag auf Samstag konnte ein Kommando, das das gleiche vorhatte, auf der Autobahn durch das Eingreifen der Gendarmerie daran gehindert werden.

Am 8. Mai sind 9.500 „Oise-Matin“ (Provinzausgabe von Amaury) in Paris geklaut worden.

So herrscht jede Nacht, jeden Tag die degradierendste Unsicherheit für den Staat, in der Hauptstadt, in den Städten, auf den Straßen.

Es wird gefährlicher, Zeitungen zu verkaufen, die nicht der Druckergewerkschaft passen, als sie zu schreiben. Heute geht es darum, den „Parisien Libéré“ zu ermorden... Was kommt danach dran? Vielleicht die Republik?

(Aus der gaullistischen Provinzzeitung vom 18.5.75 – „Liberté-Dimanche“)

(Die Gleichsetzung von kämpfenden Arbeitern mit Faschisten ist im übrigen vom Innenminister Poniatowski persönlich eingeleitet worden; vor einiger Zeit bezeichnete er die PCF als eine „faschistische Partei“!)

Le Parisien

LE PREMIER QUOTIDIEN FRANÇAIS

mung der Betriebe durch die Polizei die Arbeiter des gesamten französischen Verlags- und Pressebereichs auf... die Arbeit sofort niederzulegen... und sich unverzüglich zur Rue D'Enghien und der Rue des Petites Ecuries (dort liegen die Parisien-Druckereien, AK) zu begeben.“ („Le Monde“, 12.6.75)

Weiter riefen CGT und CFDT zu einer Großdemonstration am 12. Juni, „gegen die Übergriffe der Polizei und gegen das abgekartete Spiel der F.O.“ („Le Monde“, 12.6.75) auf. Die revisionistische PC hat in dem Druckerkampf stärker zu alten Tönen zurückgegriffen. Im Pariser Rathaus gab es seit langer Zeit erstmals wieder Handgemenge zwischen Abgeordneten der Rechten und PC-Abgeordneten. In den Zellen der PC sind die Alarmsysteme der Algerien-Kriegszeit (als die faschistische OAS Terrorexpeditionen organisierte) wieder eingeführt worden. Sonntags verteilten die Verkäufer der revisionistischen Zeitung „Humanité-Dimanche“ massenhaft Flugblätter, wo die Bevölkerung aufgerufen wurde, den Betrieb auch am Wochenende zu verteidigen.

Die Pariser Polizei hat daraufhin erst einen Rückzieher gemacht: Die Polizeigewerkschaften und Verleger baten den Innenminister Poniatowski darum, daß sie nicht in ein solches Unternehmen hineingezogen werden wollen. („Welt“ vom 13.6.)

Zu der angekündigten Großdemonstration kamen über 50.000 Menschen unter diesen Parolen zusammen: „Nein der Repression, Nein den polizeilichen Gewaltmaßnahmen, Nein der Unternehmermilizen.“ „Amaury Faschist – Bergeron Arbeiterverräter.“ „Gegen die zunehmende Einschüchterung und Gewaltanwendung durch Staat und

Sehr schnell war denn auch Innenminister Poniatowski mit einer Erklärung bei der Hand. Das Attentat sei wahrscheinlich von der Lin-



AUF DER DEMONSTRATION VOM 12. JUNI
"NEIN ZU DEN HUNDEN UND DEN GEKAUFTEN TYPEN VON AMAURY"

Wahlen in Italien: Großer Sieg der Linken

Am 15. Juni wurde in Italien in 15 von 20 „Regionen“ (etwa den Bundesländern der BRD vergleichbar), in 86 von 95 „Provinzen“ (Verwaltungseinheiten innerhalb der „Regionen“) und in 6.345 Städten und Orten („Kommunen“) gewählt.

Die Wahlen brachten deutliche Gewinne für die „Kommunistische“ (PCI) und „Sozialistische“ Partei (PSI) und Verluste der Christdemokraten (DC). So haben erstmals bei den Kommunalwahlen Städte wie Turin (Fiat-Werke) und Florenz linke Mehrheiten. In Mailand halten sich die Sitze der linken Parteien (PCI, PSI und PDUP) mit denen der Rechten jetzt genau die Waage (je 40). Sensationell ist das Ergebnis der Kommunalwahlen in Neapel zu nennen, wo die PCI 8 % zugewann und damit stärkste Partei wurde. Ebenso sensationell das Ergebnis aus Rom, wo allerdings keine Kommunalwahlen stattfanden; dort gewann die PCI bei den Regionalwahlen rund 10 % dazu und wurde stärkste Partei.

In Bologna, Ferrara, Modena und Livorno, wo die PCI schon bisher stärkste Partei war, gewann sie diesmal bei den Kommunalwahlen die absolute Mehrheit der Sitze. Beachtung verdient auch ein Wahlergebnis aus dem Süden: Bei den Provinzialwahlen wurde Cagliari (Sardinien) die erste Provinz des „Mezzogiorno“ (Süditalien; Sizilien und Sardinien) mit einer Mehrheit für PCI und PSI (16 von 30 Sitzen)! Das ist, zusammen mit dem Ergebnis der Kommunalwahlen in Neapel, der deutlichste Ausdruck, daß auch im traditionellen „schwarzen“ Mezzogiorno die Vorherrschaft der DC nicht mehr uneingeschränkt gilt. Als besonders wichtig wird allgemein das Ergebnis der Regionalwahlen angesehen. Mit 35,3 % (- 2,6 % gegenüber den Regionalwahlen 1970) liegt die DC dabei insgesamt nur noch sehr knapp über der PCI, die 33,4 % erhielt (+ 5,5 %).

Aufgeschlüsselt nach Nord-, Süd- und Mittelitalien gewann die PCI im Norden 6,5 % dazu, in Mittelitalien 5,3 % und im Süden nur 4 %. In Mittelitalien liegt die PCI mit 39,5 % deutlich vor der DC (30,8 %). Im Süden behauptet dagegen die DC mit 39,0 % immer noch klar ihre Vormachtstellung (PCI: 27,3 %). Im Einzelnen konnten die linken Parteien in den drei mittelitalienischen „roten Regionen“ Emilia-Romagna, Toscana und Umbrien ihre Mehrheiten ausbauen. Diese drei Regionen hatten bereits (als einzige in Italien) linke Regionalregierungen.

In Emilia-Romagna konnte die PCI mit 48,3 % diesmal sogar die absolute Mehrheit der Sitze im Regionalparlament gewinnen.

In drei Regionen halten sich nach diesen Wahlen PCI/PSI (in einem Fall zusammen mit der PDUP) genau die Waage mit den Rechten: In Piemont, Ligurien und Marken. In diesen drei Regionen, sowie auch in Latium, wurde die PCI zur stärksten Partei - d.h.



sie ist nun in sieben (vorher drei) Regionen stärkste Partei.

Das Regierungsmonopol der DC wankt

Nach dem Bekanntwerden des Wahlergebnisses strömten in Rom über 200 000 Menschen auf die Straßen, um den Erfolg der Linken stürmisch zu feiern. Ganz anders reagierte das Großkapital: An der Börse plumpsten die Aktienkurse um rund 8 % - der stärkste Fall seit 1960 !!

In einem ersten Kommentar schrieb der großbürgerliche Mailänder „Corriere della Sera“:

„Der Sieg der PCI stellt eine Wende in der politischen Geschichte unseres Landes dar. So breit, so allgemein von Nord bis Süd, war er nicht vorauszu sehen.“

Diese Wende war bereits vor einem Jahr, beim von der DC als Machtsprobe gewollten Referendum über das Scheidungsgesetz, am 12. Mai '74, sichtbar geworden: 59,1 % stimmten mit NEIN, d.h. gegen die DC und die mit ihnen verbündeten Neofaschisten (MSI). Wenig später bekräftigten die Regionalwahlen auf Sardinien (16.6.74) diese Tendenz: die DC verlor 6,3 %, die PCI gewann 7,1 % dazu.

Damit zeichnet sich, auf Regierungsebene, die dritte Wende in der Nachkriegsgeschichte Italiens ab: Nach dem Sturz des Faschismus und damit zeichnet sich, auf Regierungsebene, die dritte Wende in der Nachkriegsgeschichte Italiens ab: Nach dem Sturz des Faschismus wurden zunächst Allparteienregierungen unter Einschluss von PCI und PSI gebildet. 1947/48 wurde diese Phase mit einer scharfen antikommunistischen Wende beendet - es begann die Zeit der im Wesentlichen auf die DC und die Sozialdemokraten (PSDI - eine extrem antikommunistische, pro-imperialistische Partei) gestützten Rechtsregierungen. Anfang der 60er Jahre hatten die

rechtsbürgerlichen Parteien soweit an Vertrauen verloren, daß Ende 1963 die neue Formel der „Mitte-Links-Regierungen“ (centro-sinistra) entwickelt wurde, d.h. die Einbeziehung der PSI in die Regierung. Heute zeichnet sich ab, daß auch die Formel des „Mitte-Links“ mehr und mehr unhaltbar wird. Als konkrete Alternative bestehen linke Koalitionsregierungen (PCI/PSI) in den „roten Regionen“ Mittelitaliens und in zahlreichen Städten. Als vorerst theoretische Alternative propagieren die revisionistischen PCI-Führer den „historischen Kompromiß“, d.h. das Anknüpfen an die 1947/48 beendete Phase der „nationalen“ Allparteien-Regierungen, das Zusammengehen von PCI und DC. Diesem Angebot steht die DC-Führung, geschart um den rechtsextremen Parteichef Fanfani, vorerst noch scharf ablehnend gegenüber. Offensichtlich ist jedoch, daß der Trend der Wahlen immer stärker zu einer Form von Regierungsbeteiligungen der PCI bei der Verwaltung des bürgerlichen Staates geht, und daß sich dies auf vielen Ebenen auch schon durchgesetzt hat. Alle Versuche der Bourgeoisie, diese Entwicklung zu blockieren, sind in den letzten Jahren gescheitert.

Obwohl sich in dieser Zeit die PCI-Führung immer weiter nach rechts entwickelt hat, hat die italienische Bourgeoisie bisher geögert, sich auf der höchsten Regierungsebene der von den Revisionisten beflissenen angebotenen Dienste zu bedienen, um die „nationale Krise“ zu lösen.

Obwohl sich in dieser Zeit die PCI-Führung immer weiter nach rechts entwickelt hat, hat die italienische Bourgeoisie bisher geögert, sich auf der höchsten Regierungsebene der von den Revisionisten beflissenen angebotenen Dienste zu bedienen, um die „nationale Krise“ zu lösen.

Nach den jüngsten Wahlen wird diese Position noch schwieriger zu halten sein. Teile der Bourgeoisie scheinen mehr und mehr bereit zu sein, sich mit einer Regierungsbetei-

ligung der Revisionisten abzufinden und darin noch das geringere Übel zu sehen - in einer Situation, die durch Produktionsrückgang, zunehmende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, eine Inflationsrate von mehr als 20 % und durch entsprechende Unruhe und Proteste der Werktätigen gekennzeichnet ist.

Wahlkampf im Zeichen des Polizeistaates

Sieben Genossen wurden während des Wahlkampfes von Faschisten und Polizei ermordet - blutigster Ausdruck des Klimas, in dem diese Wahlen von der Bourgeoisie vorbereitet wurden:

Am 16. April wurde Claudio Varalli in Mailand während einer Demonstration von einem Faschisten erschossen. Claudio war 17 Jahre alt und hatte in der Schüler- und Studentenbewegung gekämpft.

Am 17. April wurde in Mailand Gianni Zibecchi von den Rädern eines Polizei-Jeeps zermalmt, als die Polizei brutal in eine demonstrierende Menge fuhr, die gegen den Mord an Claudio Varalli protestierte. Gianni war 26 Jahre alt, in der Studentenbewegung aktiv.

Ebenfalls am 17. April wurde in Turin Tonino Micciche von einem Faschisten, Angestellter einer Privatpolizei, erschossen. Tonino war 23 Jahre alt, Arbeiter bei Fiat und führender Genosse der kommunistischen Organisation Lotta Continua.

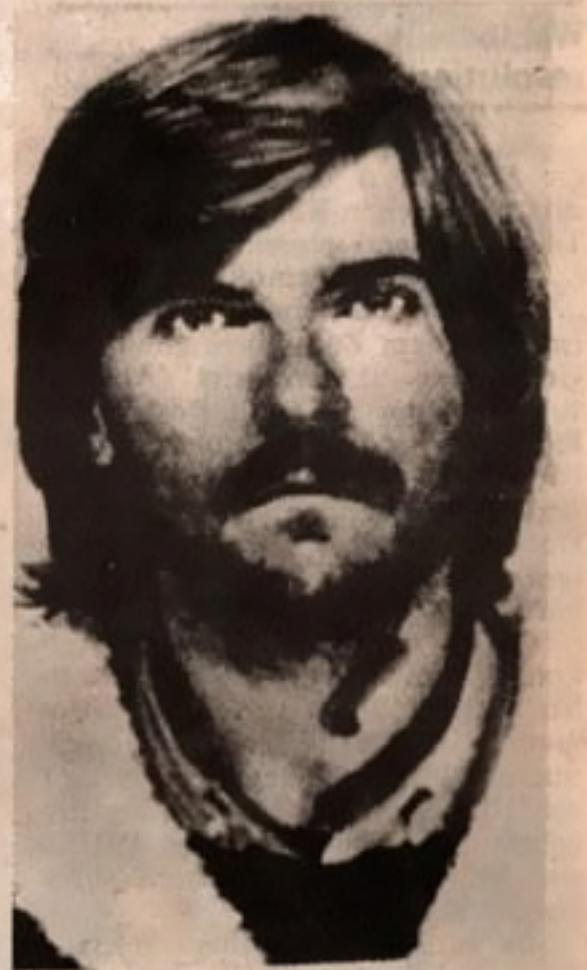
Am 18. April wurde Rudolfo Bosschi in Florenz auf dem Heimweg von einer Demonstration von einem Bullen in Zivil, Mitglied einer speziellen „Antiterror-Truppe“ der Polizei, „versehentlich“ erschossen. Rudolfo

Kleber der neofaschistischen Partei MSI abgerissen hatte!

Am 13. Juni wurde Alceste Campanile von Faschisten ermordet. Seine Leiche wurde an einer Straße in der Nähe von Reggio Emilia mit Schüssen in Nacken und Herz gefunden. Alceste war 22 Jahre alt, Genosse von Lotta Continua.

Während des Wahlkampfes wurde im Eiltempo ein neues „Gesetz zur Öffentlichen Ordnung“ durchgepeitscht, das die Vollmachten der Polizei beträchtlich erweitert (siehe AK 61). Einen wesentlichen Beitrag zum Durchpeitschen des Polizei-Gesetzes noch vor den Wahlen vom 15. Juni leisteten die Revisionisten: Sie lehnten zwar das Gesetz im Parlament ab, diffamierten aber zugleich jeden öffentlichen Protest gegen dieses Gesetz als „einseitig“ und „schlecht informiert“, da das Gesetz zwar „Zweideutigkeiten“ enthalte, (daher die Ablehnung der PCI im Parlament) aber doch andererseits auch „antifaschistische (!!) Züge“ habe.

In Praktizierung des neuen Polizei-Gesetzes wiederholte der bürgerliche Staat - in viel größerem Maßstab allerdings - die „Recht und Ordnung“-Kampagne vom Parla-



Alceste Campanile, Genosse von Lotta Continua, am 13. Juni von den Faschisten ermordet

Alceste Campanile, Genosse von Lotta Continua, am 13. Juni von den Faschisten ermordet

mentswahlkampf des Frühjahrs 1972. Damals war, unter bis heute ungeklärten Umständen, der linke Verleger Feltrinelli bei einer Explosion ums Leben gekommen.

Daran schlossen sich während des gesamten Wahlkampfes spektakuläre Schläge der Polizei gegen die „Roten Brigaden“ (entspricht etwa der



Während einer Wahlkundgebung des DC-Führers Fanfani in Bologna: Plakate der DC werden von Antifaschisten beseitigt

Parteien	Unterschied gegenüber den Regionalwahlen 1970		Regionalwahlen 1975	
	%	Sitze	%	Sitze
D.C.	35,3	277	- 2,6	- 10
P.C.I.	33,4	247	+ 5,5	+ 47
P.S.I.	12	82	+ 1,8	+ 15
P.S.D.I.	5,6	36	- 1,4	- 5
P.R.I.	3,2	19	+ 0,3	+ 1
P.L.I.	2,5	11	- 2,2	- 16
M.S.I.	6,4	40	+ 0,5	+ 6
P.D.U.P.	1,4	8		8
e Dem. prol.				
P.S.I.U.P.				16
Manifesto				
Sonstige	0,2		- 0,1	

war 27 Jahre alt, Mitglied der PCI.

Am 16. Mai wurde Gennaro Costantino in Neapel von einem Polizei-Jeep überfahren, als die Polizei eine Demonstration von Arbeitslosen angriff. Gennaro war Rentner, Vater von sechs Kindern, Mitglied der PCI seit 1945.

Am 25. Mai wurde in Mailand Alberto Brasili während eines abendlichen Spaziergangs mit seiner Verlobten Lucia von Faschisten mit Messern überfallen und ermordet; Lucia wurde schwer verletzt, Alberto war Arbeiter und Abendhochschüler, 19 Jahre alt. Er war nicht Mitglied einer politischen Organisation. „Grund“ für seine Ermordung soll gewesen sein, daß er einen Wahl-

„Baader-Meinhof-Gruppe“) an, von denen ganz plötzlich ein „Schlupfwinkel“ nach dem anderen entdeckt wurde.

Pünktlich zum Wahlkampf vor dem 15. Juni regten sich aufs Neue „Rote Brigaden“ und ähnliche Gruppen wie vor allem die „NAP“ („Bewaffnete Proletarische Kerne“), und es häuften sich bemerkenswert die „Erfolge“ der Polizei beim Festnehmen von „Terroristen“ und Aufspüren von „Schlupfwinkeln“. In bisher nicht gekannter Weise wurde die Hexenjagd auf „NAP“ und „Rote Brigaden“ dazu benutzt, massenhaft

Wahlen in Italien

Fortsetzung von Seite 17

Büros und Wohnungen von Angehörigen der revolutionären Linken zu „durchsuchen“ – angeblich auf der Suche nach „Waffen und Sprengstoff“. Von diesen Polizei-Schnüffeleien waren außer Lotta Continua u.a. auch die PDUP und Avanguardia Operaia betroffen, die zu den Wahlen kandidierten.

Die ungeheure Absurdität der Polizeiübergriffe gegen die Linke wurde beispielhaft deutlich nach der Ermordung des Genossen Alceste Campanile von Lotta Continua: Unter dem zynischen Vorwand, „Untersuchungen in alle Richtungen“ zu führen, wurden wieder einmal Büros und Wohnungen der Linke durchsucht, während die Faschisten ungeschoren blieben!!

Die Situation in Italien ist dadurch gekennzeichnet, daß auf der einen Seite die Rechte immer schwächer und die PCI immer stärker wird; zugleich nimmt jedoch der Polizei-Terror und der Angriff auf die demokratischen Rechte des Volkes immer offeneren und breiteren Charakter an, ohne daß die PCI die Massen dagegen mobilisiert; vielmehr tritt sie jedem demokratischen Protest, wie im Fall des Kampfes gegen das Polizei-Gesetz, mit übelster Demagogie entgegen.

Wahlbeteiligung der revolutionären Linken

An den Wahlen beteiligte sich die PDUP („il manifesto“) vielerorts mit eigenen Kandidaten – zum Teil auf einer gemeinsamen Liste („Proletarische Demokratie“) mit „Avanguardia Operaia“. Die PDUP ist aus einem Zusammenschluß der Gruppe um „il manifesto“ (Abspaltung von der PCI) mit Resten der PSIUP (aufgelöste linkssozialistische Partei, deren Mehrheit in die PCI eintrat) entstanden. „Avanguardia Operaia“ ist eine aus der Studentenbewegung hervorgegangene kommunistische Organisation.

PDUP bzw. „Proletarische Demokratie“ kamen bei den Regionalwahlen auf 1,4 % (rund 418.000 Stimmen). Sie kandidierten allerdings nur in 10 von 15 Regionen; in diesen 10 Regionen ergibt sich ein Ergebnis von 1,84 % (– die PSIUP war bei den Regionalwahlen 1970 auf 3,2 % gekommen).

Da es in Italien keine 5 %-Klausel gibt, bekamen PDUP-„Proletarische Demokratie“ je einen Abgeordneten in die Regional-Parlamente von Emilia-Romagna, Marken, Latium, Toscana, Kampanien und Kalibrien sowie zwei in der Lombardei.

Das wohl bemerkenswerteste Ergebnis erreichte die PDUP bzw. PD in Latium, Toscana, Kampanien und Kalibrien sowie zwei in der Lombardei.

Das wohl bemerkenswerteste Ergebnis erreichte die PDUP bzw. PD bei den Kommunalwahlen in Mailand: 3,1 % und drei Abgeordnete im Stadtrat. Bei den Kommunalwahlen in Bergamo kamen sie auf 4,3 % und zwei Stadträte. Mit einem Abgeordneten ist die PDUP bzw. PD jetzt u.a. auch in den Stadträten von Turin (1,3 %), Venedig (2,5 %), Verona (2,6 %), Florenz (1,9 %), Arezzo (3,1 %), Neapel (1,5 %), Palermo auf Sizilien (1,4 %) und Cagliari auf Sardinien (2,5 %) vertreten.

Lotta Continua lehnte eine Beteiligung an dem Wahlbündnis von PDUP und AO ab und hielt an seiner bisherigen Taktik fest, die Wahl der PCI zu empfehlen. Dies wird damit begründet, der DC auch auf der Wahlbene eine Niederlage beizubringen und die PCI „an die Regierung zu zwingen“. Und zwar unter dem Aspekt, „daß die Garantien, die die revisionistischen Führer anbieten können, um die Bewegung unter Kontrolle zu halten, zwar nicht zu unterschätzen sind, aber sich als immer ungewisser darstellen“ (dies und die folgenden Zitate aus der Resolution des comitato nazionale, das Führungsgremium von Lotta Continua; abgedruckt in „Lotta Continua“ vom 22. Mai.)

Lotta Continua ist überzeugt, „daß jeder Regime-Wechsel im Westen nichts anderes ist als die Bedingung für die Freisetzung neuer, enormer revolutionärer Kräfte und der unvermeidliche Übergang zu einer Situation, in der die Konfrontation von Reaktion und Revolution sich auf einem höheren und reiferen Niveau stellt, so daß die direkte Machfrage auf die Tagesordnung gesetzt wird.“

Das ist die grundsätzliche Lehre, die wir seinerzeit aus der chileni-

schen Erfahrung gezogen haben und die sich bis heute bekräftigt und bereichert aus der Entwicklung des portugiesischen Prozesses ergibt, aus den Hypothesen über die voraussichtliche Entwicklung Spaniens nach Franco – wobei selbst die Situation in Griechenland nur scheinbar eine Ausnahme bildet.“

Während wir dieser Einschätzung weitgehend zustimmen, ist uns allerdings nicht einleuchtend, warum sich daraus zu diesen Wahlen die taktische Entscheidung der Wahlempfehlung für die PCI, statt eigener Kandidatur, ergab. Da es in Italien keine 5 %-Klausel gibt, das Argument der Stimmenzersplitterung also weitgehend gegenstandslos ist, scheint es uns durchaus nützlich, sich in einer solchen Situation schon heute an einzelnen Wahlen zu beteiligen, um auch Stadträte etc. als Tribüne des Klassenkampfes zu nutzen.

Gerade im Sinne der Strategie, „die PCI an die Regierung zu zwingen“, würden wir Abgeordnete der revolutionären Linken für ein zusätzliches „Druckmittel“ halten. Beispiele dafür sehen wir im Wahlergebnis der Region Marken und des Mailänder Stadtrates, wo sich die Abgeordneten von PCI, PSI und PDUP-PD einerseits und Rechtsparteien andererseits die Waage halten – wo also den Abgeordneten der PDUP-PD eine recht entscheidende Bedeutung zukommt; die Möglichkeiten, hier alle bürgerlichen Parteien (einschließlich der Revisionisten) in Schwierigkeiten zu bringen, scheinen uns günstiger, als wenn diese Sitze einfach an die PCI gefallen wären.

In diesem Sinn hatten wir auch vor den Wahlen mit zwei Genossen des comitato nazionale von Lotta Continua diskutiert, die sich zu unserer antifaschistischen Großkundgebung am 8. Mai in Hamburg aufhielten – ohne Übereinstimmung zu erreichen.

Die Argumentation der Genossen von Lotta Continua ist (lt. Resolution des comitato nazionale): Die Arbeiterklasse will die DC aus der Regierung vertreiben und eine Linksregierung bilden, deren Kern nur die PCI sein kann. Darauf beruhe das „drastische Mißverhältnis“ zwischen dem erreichten Einfluß der revolutionären Linken in den Klassenkämpfen und ihrer weit geringeren Bedeutung bei den Wahlen. Deshalb sei die Wahlempfehlung für die PCI derzeit „eine wichtige Gelegenheit, um die wirkliche Einheit der Klassenbewegung auf dem Boden des Arbeiterprogramms zu stärken“.

Wir halten dieses Argument nicht für überzeugend. Offenbar ist diese Entscheidung, insbesondere angesichts der schändlichen Rolle der Revisionisten bei der Durchpeitschung

Wir halten dieses Argument nicht für überzeugend. Offenbar ist diese Entscheidung, insbesondere angesichts der schändlichen Rolle der Revisionisten bei der Durchpeitschung des Polizei-Gesetzes, auch innerhalb von Lotta Continua umstritten gewesen.

PDUP und AO nutzten die Wahlentscheidung von LC, um den Genossen Opportunismus und Nachtrabpolitik gegenüber den Revisionisten vorzuwerfen. Das scheint uns freilich etwas demagogisch. So hat z.B. „il manifesto“, Tageszeitung der PDUP, während der Durchpeitschung des Polizei-Gesetzes praktisch bis zur letzten Minute die absurde Illusion verbreitet, PCI und PSI würden das Gesetz noch zu Fall bringen.

Gegenüber den militanten antifaschistischen Aktionen im April (nach der Ermordung mehrerer Genossen – siehe oben) nahm die PDUP – und teilweise auch AO – eine recht zurückweichende Haltung ein. Anläßlich der Auseinandersetzungen in Portugal um die Zwischenfälle am 1. Mai und um die sozialdemokratische Zeitung „Repubblica“ nahm „il manifesto“ ziemlich offen für die PS von Soares Partei.

Wir meinen, daß die Frage der Wahlbeteiligung bzw. Wahlempfehlung und ihre Einordnung in eine revolutionäre Strategie und Taktik weiterhin ein Diskussionspunkt der Linken sein wird – wobei sich diese Frage allerdings für uns auf dem Hintergrund entwickelter Klassenkämpfe und realer Möglichkeiten, auch Parlamente etc. zum Vortreiben dieser Klassenkämpfe zu nutzen, anders stellt als in einer relativ unentwickelten Situation wie z.B. noch in der BRD; hier halten wir gegenwärtig eine Wahlbeteiligung (wie sie von KBW, „KPD“ und „KPD/ML“ vorzuziehen wurde) für eine schändliche Kraftprobe und Vergeudung von Kräften.

England: Berichtigung zum letzten Artikel

Leider ist der England-Artikel in der letzten Ausgabe des AK zum EG-Referendum („Schwere Niederlage für die englische Arbeiterbewegung“) aufgrund eines Mißverständnisses nicht durch die politische Endkontrolle der Redaktion gelaufen, sodaß einige politisch-ideologische Mängel dieses Artikels erst nach Abdruck seitens der Redaktion kritisiert wurden. Wir geben im Folgenden kurz die in einer Debatte mit der Redaktion vereinbarten Kritikpunkte wieder:

1. wird im Artikel zur Frage der Bedeutung des EG-Referendums und darüberhinaus der Bedeutung des Kampfes gegen den EG-Beitritt Englands für die englische Arbeiterklasse ein falscher Standpunkt vertreten.

Wir schrieben: „...Zweitens liegt es natürlich überhaupt nicht im Interesse der Arbeiter dieses imperialistischen Staat gegen die Eingliederung in ein übernationales imperialistisches Staatsgefüge zu verteidigen. Das liegt bestenfalls im Interesse der kleinen und mittleren Industrie, die von den Monopolen erdrückt wird! Im Interesse der Arbeiter liegt es ausschließlich, den Imperialismus mit der Perspektive des Sozialismus zu bekämpfen.“

Wäre das tatsächlich richtig, dann wäre es allerdings von keinerlei Interesse für die englische Arbeiterklasse, wie das Referendum ausfiel, wie überhaupt die Auseinandersetzung um die EG-Mitgliedschaft ausging, denn die Frage des Sozialismus stand ja dabei nicht auf der Tagesordnung. Anläßlich des Referendums nicht, und auch sowieso bei dem gegenwärtigen Stand der Klassenaussensetzung nicht.

Es ist aber eben nicht so, daß es für die englischen Arbeiter egal ist, daß sie ihren Kampf zukünftig in einem EG-Land führen müssen und es nicht möglich war – wie in Norwegen – England durch eine Volksabstimmung erst einmal aus der EG rauszuhalten. Es ist deshalb nicht egal, weil die Mitgliedschaft Englands in der imperialistischen EG die Kampfbedingungen der englischen Arbeiter und Angestellten wesentlich verschlechtern wird. (Weshalb wir ja auch von einer „schweren Niederlage“ gesprochen haben). Das Referendum-Ergebnis ist für die englischen und europäischen Imperialisten sozusagen ein Startsignal, ihre wirtschaftlichen und politischen Angriffe zu verstärken und noch verbliebene demokratische Rechte (z.B. Streik, persönliche Freiheiten usw.)

stehen sozusagen ein Startsignal, ihre wirtschaftlichen und politischen Angriffe zu verstärken und noch verbliebene demokratische Rechte (z.B. Streik, persönliche Freiheiten usw.)

Faschisten morden weiter

Zusätzlich zu den im Artikel zu den italienischen Wahlen erwähnten Genossen gehen die faschistischen Morden weiter.

Am 17. Juni feierten Tausende von Einwohnern Neapels das Wahlergebnis mit einem Auto-Umzug. Vor einem Büro der neofaschistischen Partei MSI wurden plötzlich von Jugendlichen mehrere Brandflaschen auf die Autos geworfen. Eine junge Frau, Iolanda Paladino, erlitt schwerste Brandverletzungen. Unter grausamen Schmerzen starb sie schließlich am 21. Juni.

Einer der Mörder konnte festgenommen werden – er ist eingeschriebenes Mitglied der MSI. Ein hoher MSI-Führer wird die Verteidigung übernehmen.

Iolanda Paladino war 21 Jahre alt, politisch offenbar nicht organisiert, wenn auch aus einer sozialistischen Familie.

Am 18. Juni wurde Calogero Morreale von Unbekannten an einer Landstraße erschossen. Calogero Morreale war 35 Jahre alt, Kommunalrat der Sozialistischen Partei in Roccamena (Provinz Palermo auf Sizilien), außerdem Delegierter des Bauernverbandes.

Der Mord an Calogero Morreale trug den Stempel der Mafia. Die linke Kommunalverwaltung hatte sich offenbar vor allem durch ihren Kampf gegen die (traditionell mit Mafia und DC verflochtenen) Bauspekulation die Wut dieser Kräfte zugezogen.

in England dem europäischen Niveau anzugleichen, also abzubauen usw.

So betrachtet – und es gehörte eigentlich noch nie zur politischen Linie des KB, die Bedeutung der Kampfbedingungen der Arbeiterklasse gering zu schätzen – ging es beim Referendum also sehr wohl darum, für den Austritt Englands aus der EG zu kämpfen, wenn man so will also „diesen imperialistischen englischen Staat gegen die Eingliederung in ein übernationales imperialistisches Staatsgefüge zu verteidigen“ – und zwar im eigenen Interesse der Arbeiterklasse!

Aus keinem anderen Grund kämpfen wir ja auch hier in der BRD gegen den Abbau demokratischer Rechte (z.B. gegen Antikommunismus-Beschluß in Gewerkschaft und Öffentlichem Dienst), obwohl diese Forderungen mit Sozialismus noch nicht viel zu tun haben und auch nicht viel am kapitalistisch-imperialistischen Charakter des Staates ändern.

2. ist im Artikel ein gewisser Schematismus in der Behandlung und politischen Einordnung der Labour-„Linken“ festzustellen. Sehr pauschal wird die in England relativ starke linke Labour-Bewegung, die gegen den EG-Beitritt auftrat, auf das Schema „Spiel mit verteilten Rollen“ reduziert, folglich diese Haltung ausschließlich als demagogisch gewertet, und nicht auch als Ausdruck des Drucks der Anti-EG-Kräfte aus der Arbeiterbewegung und einer Differenzierung innerhalb der Labour-Party.

Gerade aber wenn wir festgestellt haben, daß in England der Kampf gegen die EG eine wichtige Aufgabe ist, sind natürlich die anti-EG eingestellten Teile der Labour-Party und darüberhinaus der Gewerkschaftsbewegung, die sich wesentlich auf die politisch-ideologischen Positionen der Labour-„Linken“ beruft, die natürlichen Bündnispartner für diese aktuelle Auseinandersetzung mit der Bourgeoisie.

Die wütenden Angriffe der Bourgeoisie auf die Labour-Linken beweisen auch, daß deren anti-EG-Haltung über das, was die Bourgeoisie im Rahmen des „Spiels mit verteilten Rollen“ für vertretbar hält, hinausgeht. Schließlich handelt es sich bei der Mitgliedschaft Englands in der EG um eine strategische Position für die englischen Imperialisten im Konkurrenzkampf gegen die europäischen Staaten.

Chemiekomitee, KB/Gruppe Hamburg

Chemiekomitee, KB/Gruppe Hamburg

„Friedliche Koexistenz“?

Der Botschafter der VR China in Santiago de Chile, Hsu Chung-fu, traf Mitte Juni mit dem Faschistenführer Pinochet zu einem mehrstündigen Gespräch über „beide Länder interessierende Fragen“ („FAZ“ v. 21.6.) zusammen. Pinochet und Hsu Chung-fu sprachen sich für engere freundschaftliche Beziehungen zwischen China und Chile aus und bezeichneten die Unterhaltung offiziell als „herzlich“ und „sehr nützlich“ („FAZ“ v. 21.6.).

Wohlthuend von dieser Haltung sticht die der portugiesischen Regierung ab, die die diplomatischen Beziehungen zu Chile jetzt abgebrochen hat. Portugal trägt somit dazu bei, die faschistische Diktatur mehr zu isolieren.

Damit ist Portugal bisher das einzige NATO-Land, das diesen Schritt unternommen hat (innerhalb Westeuropas hat sonst nur Schweden keine diplomatischen Beziehungen zur Junta. Die revisionistischen Länder (bis auf Rumänien) haben die diplomatischen Beziehungen zur Faschisten-Junta sofort nach dem Putsch im September 1973 abgebrochen).

Chemiekomitee, KB Gruppe Hamburg

Evangelische Kirche Chile – Faschistenbrutstätte

Mitte Juni hat sich die Spaltung der evangelisch-lutherischen Kirche in Chile (einem „Auslandsabteiler“ der westdeutschen evangelisch-lutherischen Kirche) vollzogen. Damit sind von den neun Gemeinden acht aus dem alten Kirchenverband ausgeschert. Sieben davon haben sich bereits zu einer konstituierenden Synode in La Union getroffen. Zu den sieben Gemeinden gehören insgesamt 20.000 Mitglieder.

Anlaß für die Spaltung der Kirche war die humanistische Arbeit von Bischof Helmut Frenz, dem zuständigen Bischof, mit seinen vier Mitarbeitern. Ihnen wurde von den ausgetretenen acht Gemeinden „Mißbrauch der Ämter zu politischen Zwecken“ vorgeworfen. Frenz hatte im „Komitee für Zusammenarbeit und Frieden“ politische Verfolgung des Juntaterrors betreut. Wegen seines Engagements war ihm die Nansen-Medaille der UNO verliehen worden.

Wie in vielen südamerikanischen und südafrikanischen Staaten ist auch in Chile die „deutsche Kolonie“ eine Brutstätte faschistischer Ideologie und „Kultur“. Nicht selten sind ihre Mitglieder als stramme Nazis nach dem Mai 1945 ausgewandert. Eine Vorsitzende der faschistischen Partei „Vaterland und Freiheit“ in Chile war z.B. eine gewisse Lotte Wagner... Als Burschenschaftler und aktiver Boykottführer zur Zeit Allendes trat ein Dr. Harry Westermeyer auf... Es würde nicht verwundern, wenn auch in der „deutschen Kolonie“ Chiles der „Sieg-Heil“-Gruß zum Alltag gehörte, wie aus Namibia („Deutsch-Afrika“ bei diesen Leuten) berichtet wurde.

Als erste „Amtshandlung“ haben die sauberen Christen eine Petition an die Militärregierung gerichtet, in der die Ausweisung von Bischof Helmut Frenz und seinen Mitarbeitern und die Auflösung der alten evangelischen Landeskirche gefordert wurde.

Die evangelische Kirche Deutschlands (EKD) hat vorerst Frenz und seinen Pfarrern ihre „Verbundenheit“ ausgesprochen. Wir sind gespannt, ob die evangelische Kirche zu diesem Wort steht, oder, wie zu erwarten, die Faschistengemeinde weiter finanziell unterstützt, um bald eine „Vereinigung“ herbeizuführen.

Schließlich bestand die Tätigkeit der (west)deutschen Kirchen (vor allem der evangelischen) im Ausland schon immer darin, unter dem Deckmantel von „Missionsarbeit“, „Christenbetreuung im Ausland“ etc. einen Boden für die verstärkte Einflußnahme des (west)deutschen Imperialismus zu bereiten.

Chemiekomitee, KB-Gruppe Hamburg

Neuester Versuch der Junta, ihr Image aufzupolieren:

Ende Juni wird in Chile eine Kommission der UNO erwartet, die sich über die Zustände in chilenischen Gefängnissen informieren will. Dazu traf die Junta spezielle Vorbereitungen. Denn sie ist angesichts ihrer immer verheerender werdenden wirtschaftlichen Lage darum bemüht, nach außen respektabler zu erscheinen, als kreditwürdiger Partner, um dicke Wirtschaftshilfen zu kassieren. Daher hat sie nunmehr alle gefangenen Frauen aus dem KZ „Tres Alamos“ in das Dorf Pirque, in der Nähe von Santiago, in ein Haus mit swimming-pool (!) und freundlichen Zimmern gebracht, wo sie auch noch schnell von den Foltermalen kuriert werden sollen, um für die Kommission ein erfreulicher Anblick zu sein.

Auf die Berichte der UNO-Kommission kann man nur gespannt sein!

Westberliner Genossen

Geheimprozeß gegen 13 MIR-Genossen in Chile: Der Prozess 84-74

Innerhalb kürzester Zeit soll das endgültige Urteil im Prozeß „84-74“, in dem 13 Genossen, größtenteils führende Mitglieder des MIR, angeklagt sind, verhängt werden. Bisher, wohl auch wegen des Drucks der internationalen Solidarität, ist die Urteilsprechung mehrmals verschoben worden. Die Gorillas warten nun wohl auf den Moment, in dem die internationale Solidarität abflaut, um dann ihre Terrorurteile verhängen zu können:

Lebenslänglich und Verbannung. (Bei letzterem Urteil werden die Gefangenen in der Regel nach kurzer Zeit ermordet aufgefunden!)

Anwälten wurde das Recht verweigert, mit ihren Mandanten Kontakt aufzunehmen.

Obwohl den Genossen gesagt wurde, daß ein Prozeß gegen sie geführt würde, wurde ihnen das Recht verweigert, sich mit ihnen in Verbindung zu setzen.

Am 31.1.75 wurden die „Ermittlungen“ abgeschlossen. Bis zu diesem Zeitpunkt blieben die Genossen in der Kriegsakademie FACH. Anstatt sie danach in ein Gefängnis zu verlegen, in dem sie Kontakt mit ihren Anwälten aufnehmen hätten können, wurden sie ins Dienstgebäude des

unter Aufsicht eines Offiziers der FACH, seine Frau besuchen durfte. Er verbrachte 6 Monate mit verbundenen Augen und mit Handschellen, Tag und Nacht. Desweiteren wurde er erpreßt, daß man seine Frau und seinen Sohn festnehmen würde. Am 2.2.75 wurde er in ein Gebäude in Apoquindo, unter der Leitung von Kommandant Ceballos, gebracht. Anfang März mußte er sich einer neuen Operation unterziehen und wurde vorzeitig, ohne jegliche medizinische Versorgung entlassen. Dies hatte eine schwere Infektion zur Folge, an der er immer noch leidet. Seiner Familie wurde verweigert, ihn von einem Privatarzt behandeln zu lassen oder ihm Antibiotika zu geben.

Am 12.3. wurde er in das berühmte Folterzentrum „Tres Alamos“ gebracht, wohin sonst niemals Angeklagte kommen. Mitte April wurde er dann in die „Penitenciaría“ verlegt.

Roberto Moreno Burgos

Mitglied der Politischen Kommission des MIR. Volkswirt, 37 Jahre, verheiratet, 3 Kinder. Er wurde am 28.3.74 verhaftet. Gegen ihn wurden 25 Jahre Haft beantragt. Grund: Aktivist in einer verbotenen Organisation und illegaler Vereinigung (Art. 4, Buchstabe C,D,F, Gesetz 12.927) und Gebrauch von gefälschten Dokumenten (Art. 193-196 des Strafgesetzes). Er wurde in die Kriegsakademie FACH gebracht, wo er aufs schwerste geprügelt und mit Elektro-

11.3.75 Überführung in die „Penitenciaría“.

Patricio Rivas Herrera

Mitglied des ZK des MIR, Student, 21 Jahre. Auf offener Straße am 1.6.74 verhaftet. Für ihn wurden 18 Jahre beantragt. Grund: Aktivist, verbotene Vereinigung, Zugehörigkeit zu einer verbotenen Organisation (gleiche Gesetzesartikel wie oben). Er wurde durch eine Kugel am Bein verletzt und in die Kriegsakademie gebracht. Dort wurde er 2 Tage gefoltert und danach in ein Gebäude der DINA gebracht. Dort hängte man ihn 18 Stunden lang auf und entfernte ihm die Fingernägel. Von den Prügeleien hat er gebrochene Wirbelknochen und einen Wirbelsäulenbruch. Seine Hände sind gelähmt und er kann sich kaum noch bewegen. Er wurde wieder in die Kriegsakademie gebracht und hat sechs Monate lang verbundene Augen gehabt. Am 2.2.75 wurde er nach Apoquindo, unter Kommandant Ceballos, verlegt. Am 12.3.75 wurde er ins Krankenhaus der FACH überwiesen.

Julio Carrasco Pirad

Mitglied des ZK des MIR, Volkswirt, 28 Jahre, verheiratet, 2 Kinder. Er wurde auf offener Straße verhaftet. Als Strafe wurden 25 Jahre beantragt. Grund: Bildung von bewaffneten Gruppen, Waffenbesitz und Tragen von Waffen (Art. 8,9 und II des Gesetzes 17.798) und Benutzung gefälschter Dokumente (Gesetz wie oben). Er hat Einschußwunden an den Beinen. Während er am Boden

Bildung von bewaffneten Gruppen, Waffenbesitz und Tragen von Waffen (gleiches Gesetz wie oben). Die Verhöre erfolgten durch die DINA. Er verbrachte vier Monate mit verbundenen Augen und mit Handschellen. Am 2.2.1975 Verlegung nach Apoquindo, am 11.3.1975 nach „Penitenciaría“.

Aldo Flores Duran

Student, 23 Jahre. Am 31.10.74 auf offener Straße verhaftet. Schußwunde am Arm, den er nicht mehr benutzen kann. Für ihn wurden 35 Jahre beantragt, aus den gleichen Gründen wie oben. Er wurde im Krankenhaus der FACH operiert. Verbundene Augen, ohne Kontakt. Verlegung nach Apoquindo am 2.2.75.

Renato Aranda Loyaza

Mitglied des ZK des MIR. 37 Jahre alt, seit 30.3.74 verhaftet. Ohne Kontakt, verbundene Augen. Für ihn wurden fünf Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Verbannung beantragt. Grund: Aktivist und Benutzung gefälschter Papiere. Er wurde aufs schwerste gefoltert, außerdem Anwendung von Elektroschocks, wodurch er einen Darmverschluss erlitt. Er konnte sich nie einer ärztlichen Behandlung unterziehen, obwohl er dringend operiert werden mußte. Seine Familie konnte ihn erst im Januar 1975 sehen. Am 31.1.1975 wurde er in die „Penitenciaría“ gebracht.

Ricardo Ruz Zanartu

Mitglied des ZK des MIR. Lehrer für Philosophie, 30 Jahre, verheiratet, zwei Kinder. Er wurde am 30.3.74 auf offener Straße verhaftet. Der Strafantrag lautet auf 18 Jahre. Grund: Verbotene Vereinigung und Benutzung gefälschter Dokumente. Er wurde in die Kriegsakademie gebracht, wo er gefoltert und mit Elektroschocks behandelt wurde. Er wurde auch von der DINA verhört, wo man ihm durch die Folter Brandmale auf der Brust zufügte. Er mußte lange Zeit mit verbundenen Augen, stehend und mit Handschellen, verbringen. Am 17.1.1975 brachte man ihn nach Colina, am 12.3.75 nach



Verhaftungsaktion der Junta

Die Ermittlungen für diesen – insbesondere gegen den MIR gerichteten – Prozeß begannen bereits am 2.9.1974. Hauptanklage des faschistischen Staates ist, daß der MIR unter der Führung der Angeklagten eine ausschließlich bewaffnete (= kriminelle) Organisation ist, ohne politische Zielsetzung.

In Wirklichkeit sollte natürlich sowohl der MIR und seine Sympathisanten wie auch die gesamte Widerstandsbewegung gegen die Faschisten-Herrschaft eingeschüchtert werden.

Die Verhaftungen waren willkürlich

Die Verhaftungen waren willkürlich

Die Verhaftungen der einzelnen Genossen waren illegal und völlig willkürlich. Sie erfolgten auf offener Straße, in der Wohnung oder am Arbeitsplatz und wurden von Mitgliedern des Geheimdienstes der bewaffneten Streitkräfte (FACH) in Zivil durchgeführt. Während der Festnahmen kam es zu heftigen Schießereien, als sich die Genossen gegen ihre Verfolger, die man bis heute nicht identifizieren konnte, zur Wehr setzten. Viele von ihnen erlitten schwere Schußverletzungen.

Sie wurden zunächst an verschiedene Militäreinheiten verschleppt. Über den genauen Aufenthaltsort war lange Zeit nichts bekannt. So waren sie der absoluten Willkür dieser Mörderbande ausgeliefert. Auch internationalen Organisationen, die während dieser Zeit das Land besuchten, war jede Kontaktaufnahme mit ihnen verboten.

Schließlich gelang es, die Aufenthaltsorte der Genossen aufzufindig zu machen, wo sie den brutalsten Foltermethoden, physischer und psychischer Art und Demütigungen ausgesetzt waren. Sie wurden gezwungen, regungslos und mit verbundenen Augen in ihrer Zelle zu verharren.

Die Namen der Folterzentren lauten wie folgt:

- Kriegsakademie der FACH Santiago, Condes 12803
- Zentraler Geheimdienst (DINA), der über verschiedene Folterzentren verfügt, deren genauer Ort unbekannt ist
- Luftstützpunkt von Colina
- Luftstützpunkt von Cerillos
- Luftstützpunkt „El Bosque“

Geheimdienstes der FACH, unter Leitung des berühmten Kommandanten Ceballos, gebracht. Drei von den Genossen wurden in die „Penitenciaría“ (Zuchthaus) und einer nach Colina verlegt.

Für letztere Gruppe war von neuem jegliche Kontaktaufnahme mit der Außenwelt unmöglich. Auf heftigen Druck von Seiten von Familienmitgliedern wurden sie dann in ein anderes Gebäude der SIFA (Geheimdienst der FACH) gebracht.

Am 8. Mai hatte man das Endurteil für den Prozeß erarbeitet, und die Gruppe wurde am 11.5. wieder in die „Penitenciaría“ eingeliefert, außer einem Mitglied der politischen Kommission des MIR und einem Mitglied des ZK. Es wurde ihnen mitgeteilt, daß das Kriegsgericht in den ersten Apriltagen zusammentreffen würde.

mission des MIR und einem Mitglied des ZK. Es wurde ihnen mitgeteilt, daß das Kriegsgericht in den ersten Apriltagen zusammentreffen würde. Bis jetzt haben nur die Genossen, die in der „Penitenciaría“ sind, mit ihren Anwälten Kontakt aufnehmen können.

Trotz des Wunsches der Junta, den Prozeß möglichst im Geheimen stattfinden zu lassen, um den Genossen nicht die Möglichkeit zu geben, ihn in eine „politische Tribüne“ zu verwandeln, ist es dem Widerstand gelungen, an Dokumente von diesem Prozeß zu gelangen, die sich jetzt im Büro für chilenische politische Gefangene befinden (OPRECH).

Anhand der Dokumente geben wir nachstehend einen kurzen Überblick über die angeklagten MIR-Genossen:

Arturo Villabla Araujo:

Mitglied der Politischen Kommission des MIR, Ingenieur, 30 Jahre, verheiratet, 1 Kind. Er wurde am 29.3.74 auf offener Straße verhaftet. Gegen ihn wurde lebenslänglich beantragt. Die Anklage lautet: Bildung von bewaffneten Gruppen und Waffenherstellung (Artikel 8/10 des Gesetzes) und Besitz illegaler Papiere (Art. 193-196 des Strafgesetzes). Er erlitt Schußverletzungen am Rücken, 2 Kugeln gingen durch den Kopf, eine in den Magen. Er wurde im Krankenhaus der FACH operiert, wobei ihm die Hälfte des Darms entfernt wurde. Im gleichen Krankenhaus wurde er mit Elektroschocks gefoltert. Danach wurde er in die Kriegsakademie der FACH transportiert, wo er in einem unterirdischen Gang einige Tage stehend verbringen mußte, bis er bewußtlos zusammenbrach, da er ja gerade erst operiert war. Danach wurde er systematisch weiter gefoltert. Bis Juli hatte seine Familie keinerlei Kontakt zu ihm, bis ihn dann,



Arbeiterdemonstration vor dem 11.9.1973: „Für ein sozialistisches Chile“

schocks gefoltert wurde. Er hatte die ganze Zeit über verbundene Augen. Bis zum 1.1.75 war er völlig isoliert und wurde danach in die „Penitenciaría“ verlegt.

Luis Betamal Jara

Mitglied des ZK des MIR, 37 Jahre, 4 Jahre Medizinstudium, verheiratet, 1 Sohn. Er wurde am 28.3.74 in seiner Wohnung verhaftet. Für ihn wurden 18 Jahre beantragt. Grund: Verbotene Vereinigung (Art. 4, Buchstabe C des Gesetzes 12.927) und Gebrauch gefälschter Dokumente (Art. 193-196 des Strafgesetzes). Er wurde in die Kriegsakademie gebracht, wo er aufs schwerste gefoltert wurde. Elektroschocks, verbundene Augen. Isoliert bis 31.1.75.

Sergio Santos Senoret

Mitglied des ZK des MIR, 31 Jahre, verheiratet, 1 Kind, Student für Rechnungswesen. Er wurde am 1.6.74 auf offener Straße verhaftet. Für ihn wurden 15 Jahre beantragt. Grund: Bildung bewaffneter Gruppen und Herstellung von Waffen. Er wurde ins Krankenhaus der FACH gebracht, wo er mit Elektroschocks gefoltert wurde. Danach brachte man ihn in die Kriegsakademie, wo er in einem unterirdischen Gang 5 Tage aufrecht stehend, ohne Essen und Wasser, verbringen mußte. Danach hängte man ihn 5 Tage an den Armen auf, und schlug ihn dabei heftig auf die Ohren. Inzwischen ist sein Gehör fast völlig zerstört. Er hat ständig verbundene Augen und trägt Tag und Nacht Handschellen. 9 Monate ohne jeden Kontakt. Am 2.2.75 wurde er ins Gebäude der SIFA in Apoquino, unter Kommandant Ceballos, gebracht. Am

fast verblutete, wurde er gefoltert. Im Krankenhaus der FACH wurde er dann operiert und blieb bis November im Rollstuhl. Ein Bein ist verkrüppelt, er benutzt jetzt Krücken. Er war bis Februar völlig isoliert. 6 Monate verbrachte er in Einzelhaft mit verbundenen Augen in der Zelle. Er wurde am 2.2.75 dann nach Apoquindo, unter Kommandant Ceballos, gebracht. Am 11.3.75 verlegte man ihn in die „Penitenciaría“.

Francisco Pizarro Meniconni

Mitglied des MIR, 29 Jahre, Bauingenieur. Er wurde am 4.6.74 an seinem Arbeitsplatz verhaftet und in die Kriegsakademie überführt, wo er mit Elektroschocks gefoltert wurde. Für ihn wurden fünf Jahre Verbannung beantragt wegen Verstoßes gegen Art. 4 des Gesetzes 12.927 – illegale Vereinigung. Er wurde auf ein heißes Eisen gelegt, unter Vortäuschung einer Hinrichtung, bei Verhören war er nackt. Er mußte vier Tage aufrecht, ohne Essen und Wasser, verbringen. Sechs Monate verbundene Augen. Seine Familie erfuhr erst dreieinhalb Monate später von seiner Verhaftung. Am 2.2.1975 wurde er nach Apoquindo, unter Ceballos, gebracht. Am 12.3.1975 Verlegung in die „Penitenciaría“.

Mario Espinosa Mendez

Mitglied des ZK des MIR. Student, 27 Jahre. Er wurde am 31.9.1974 auf offener Straße verhaftet und in die Kriegsakademie gebracht. Dort wurde er aufgehängt, geprügelt und fünf Tage ohne Essen und Wasser gelassen. Die Staatsanwaltschaft beantragte für ihn 30 Jahre. Grund:

„Tres Alamos“. Auch dort kann er keinen Kontakt mit seinem Anwalt aufnehmen.

Die Namen der beiden anderen Genossen sind:

G. Canihuante

Einzelheiten über diesen Genossen sind leider nicht bekannt.

Juan Olivares

32 Jahre alt, verheiratet, vier Kinder. Von Beruf Elektromechaniker. Bis 1972 Führer der Mechaniker-Gewerkschaft. Von 1972 bis September 1973 Nationaler Gewerkschaftsführer der CUT (Dachverband der chilenischen Gewerkschaften). Mitglied des MIR.

Die für ihn beantragte Strafe ist nicht bekannt.

Juan Olivares ist nach dem Putsch vom 11. September 1973 in Chile geblieben. Er arbeitete aktiv an der Neuorganisation der Arbeiterklasse und des Widerstandes, bis er von der Diktatur gefangen genommen wurde. Trotz der Folterungen, der Kerkerhaft und der unmenschlichen Bedingungen, denen die Angeklagten dieses Prozesses insgesamt unterliegen, blieb auch der Genosse Olivares immer ein Beispiel des revolutionären Arbeiters. Das wird u.a. auch an seiner Verteidigungsschrift vor dem Gericht der FACH deutlich, die inzwischen auch dem Widerstand vorliegt (siehe dazu Kurzbericht Seite 21 „Juan Olivares vor Gericht“).

Freiheit für die Genossen des Prozesses 84-74!

KB/Gruppe Westberlin und Chemiekomitee/KB Gruppe Hamburg

LUTAR, CRIAR PODER POPULAR



„Lutar, criar, poder popular!“ — dieser Ruf der portugiesischen Revolutionäre ertönte auch auf der Hamburger Veranstaltung immer wieder

Mit 4000 bis 5000 Teilnehmern fand am 13. Juni in Hamburg die erste Portugal-Veranstaltung der Hamburger Ortsgruppe des KOMMUNISTISCHEN BUNDES statt.

Als Gäste waren zwei Genossen der Nationalen Politischen Kommission des MES (Bewegung der Sozialistischen Linken) sowie ein Mitglied des revolutionären Flügels des MFA (Bewegung der Streitkräfte) und ein Mitglied eines Lissabonner Soldatenrats gekommen.

Die Veranstaltung stand unter den zentralen Parolen „Portugal darf nicht das Chile Europas werden“ und „Lutar, criar poder popular!“ („Kämpfen und die Volksmacht schaffen!“).

Zu Beginn der Veranstaltung wurde eine Grußadresse der „Junta der revolutionären Koordinierung“ (bestehend aus dem chilenischen MIR, der argentinischen PRT-ERP, der bolivianischen ELN und den uruguayischen MLN-Tupamaros) verlesen. Darin hieß es u.a.:

„Portugal bedeutet heute für die Völker der Welt die Hoffnung, daß die scharfe Krise des Kapitalismus, die auf der ganzen Welt zu spüren ist, auch Europa trifft, so wie es bereits in Spanien mit der Verschärfung des anti-francistischen Kampfes der Fall ist ... Der revolutionäre Kampf der Völker gegen Imperialismus und Kapitalismus wird die Arbeiter Lateinamerikas, Afrikas und Europas immer mehr zusammenschließen.“

Danach sprach ein Führer der verbotenen bolivianischen Bergarbeitergewerkschaft, der — anhand eigener Erfahrungen — die portugiesischen Genossen eindringlich zu größter Wachsamkeit gegenüber den Faschisten ermahnte.

Die portugiesische Revolution verteidigen, ehe es zu spät ist

Die Rede des KB legte den Schwerpunkt auf die Entwicklung konkreter Solidarität mit der portugiesischen revolutionär-demokratischen Entwicklung.

Gerade wegen der ständigen Gefährdung durch den westdeutschen Imperialismus, der sich insbesondere durch die SPD-Regierung in Bonn und über seine „Sozialistische Internationale“ ständig in Portugal einmischt, besteht für die westdeutsche Linke die besondere Notwendigkeit, diese Manöver zu entlarven und zu bekämpfen.

Die antiimperialistische Bewegung muß aus Chile auch die Lehre ziehen, daß sie die Aufgabe hat, die

portugiesische Demokratie offensiv zu verteidigen und zu unterstützen, und nicht mit ihrer Solidarität zu warten, bis die Faschisten wieder einmal ein Blutbad angerichtet haben.

Von der demokratischen Revolution zum Aufbau der Volksmacht

Der Sprecher des MES erläuterte den portugiesischen Prozeß, wie er sich seit dem 25. April 74 entwickelt hat.

Er stellte den Weg vom Militärputsch, der zunächst lediglich das Ziel hatte, den Faschismus abzuschaffen, also lediglich die Form der kapitalistischen Ausbeutung zu verändern, bis zur gegenwärtigen Phase des — wie er ausführte — Übergangs zur sozialistischen Revolution dar. In dieser Phase des portugiesischen Prozesses sei das vorrangige Ziel, das vom Proletariat der Städte und des Landes unterstützt wird: den Aufbau der Volksmacht.

„Unsere Revolution besteht aus zwei Grundkomponenten, die stets gegenwärtig waren und die sich gegenseitig beeinflussen haben:

Die Volksmassen, die seit dem 28. September 74 eine klare anti-kapitalistische Stoßrichtung entwickelten auf der einen Seite — und auf der anderen Seite die Bewegung der Streitkräfte, die durch verschiedene Entwicklungsstadien hindurchging und sich schließlich auf die Seite der Arbeiter und des Sozialismus stellte.“

Danach erläuterte der Genosse des MFA die politische Entwicklung innerhalb der Bewegung der Streitkräfte. Er führte aus, daß das MFA keineswegs, wie die bürgerlichen Zeitungsschmierer (und ihre „ML“-Adepten) uns glauben machen wollen, im Schlepptau der Revisionisten sei, sondern eine eigenständige Kraft, in der unterschiedliche politische Tendenzen vertreten seien, deren Mehrheit allerdings sich den Aufbau des Sozialismus in Portugal zu ihrem Ziel gemacht habe.

Besonderen Beifall erhielt der Genosse des Soldatenrats, der an konkreten Beispielen anschaulich schilderte, wie sich die Demokratisierung der portugiesischen Armee vollzieht.

Insbesondere der Abbau von Privilegien der Offiziere und die allmähliche Abschaffung des Klassensystems in den Kasernen durch den Kampf der Soldaten erhielt

den Beifall vieler Kollegen und Genossen, die Vergleichsmöglichkeiten aus ihrer Bundeswehrzeit hatten.

Nach der Pause beantwortete ein Genosse des MES Fragen der Veranstaltungsteilnehmer.

Er hob dabei hervor, daß es genau dieselben Fragen waren, die heute das gesamte portugiesische Volk bewegen, die auf jeder Versammlung, in jeder Kneipe, in jedem Betrieb diskutiert werden.

Es waren Fragen zur portugiesischen Außenpolitik, zur Entkolonialisierung, zur Gewerkschaftsbewegung, zur ökonomischen Situation, zur Frauenbewegung, zur Bewaffnung des Volkes, Fragen, die darauf zielten, zu erfahren, wie die nächsten Schritte der portugiesischen Revolutionäre sein müssen und wie der Aufbau des Sozialismus in Portugal vonstatten gehen wird.

Auf der Veranstaltung wurde

trotz des Eintrittspreises von einer Mark pro Person außerdem eine Sammlung durchgeführt, um die relativ hohen Kosten der Veranstaltung zu decken. Die Sammlung erbrachte etwa 16.000 Mark (die genaue Zählung liegt noch nicht vor). Der Überschuß wird an die PAIGC, die Befreiungsbewegung von Ginea-Bissau und den Kapverdischen Inseln gegeben. Ein Abschlag von 5.000 Mark wurde bereits über die „Amílcar-Cabral-Ge-



GROSSE PORTUGAL - VERANSTALTUNG MIT DEM MES



Die portugiesischen Genossen

sellschaft" an die PAIGC überwiesen. Es soll in den Hunger-Gebieten der Kapverden eingesetzt werden.

Zusammenarbeit verstärken

Mit dieser Veranstaltung wurde ein Schritt zum Aufbau einer Solidaritätsbewegung mit dem Kampf des portugiesischen Volkes in Westdeutschland gemacht.

Darüberhinaus war die Veranstaltung ein erster Schritt zur Entwicklung einer konkreten Zusammenarbeit zwischen dem KOMMUNISTISCHEN BUND und dem MES.

In einer Reihe von Diskussionen mit den Genossen des MES in den folgenden Tagen, in denen sich sehr viele politische Übereinstimmungen zeigten, haben wir vereinbart, diese Zusammenarbeit weiterzuführen.

viele politische Übereinstimmungen zeigten, haben wir vereinbart, diese Zusammenarbeit weiterzuführen.

In Anbetracht der Tatsache, daß die portugiesische Arbeiterklasse noch wenig Gelegenheit hatte, Erfahrungen mit der Sozialdemokratie

zu sammeln und daher die Sozialdemokraten mit ihrer Politik der fortschrittlichen Worte und reaktionären Taten eine tödliche Gefahr für die portugiesische Revolution bilden können, haben wir mit den Genossen des MES vereinbart, eine Artikelserie für die Zeitung des MES, „Esquerda Socialista“, zu schreiben.

Sie soll am Beispiel der BRD aufzeigen, welche Politik die Sozialdemokraten machen, wenn sie an der Regierung sind.

Die Rolle der SPD bei der Faschisierung und Militarisierung von Staat und Gesellschaft, ihre Politik in den Gewerkschaften, in den Betrieben und – nicht zuletzt – auch die Zustände in den gewerkschaftseigenen Betrieben – sowie die sozialdemokratisch geführte imperialistische Außenpolitik der BRD soll darin dargestellt werden.

zialdemokratisch geführte imperialistische Außenpolitik der BRD soll darin dargestellt werden.

Portugal/Spanien-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

KEINE UNTERSTÜTZUNG VON SOARES
DURCH STEUERGELDER
AUS DER BRD!

CAETANO SPINOLA - SOARES ?



Chile und Argentinien:

Gemeinsame Verfolgung der Linken

Nachdem zwischen den Regierungen Chiles und Argentiniens die „Heilige Liga gegen den Kommunismus“ (Santa Liga contra el Comunismo) gegründet wurde, klappt die Zusammenarbeit dieser beiden Länder immer besser. Auch Uruguay hat „brüderliche Hilfe“ angeboten, die hauptsächlich darin besteht, Mitglieder der Revolutionären Linken zu verfolgen und untereinander auszuliefern.

Erste Resultate dieser fruchtbaren Zusammenarbeit:

▷ William Bauside, Mitglied des MIR, nahm in Chile ein Flugzeug nach Buenos Aires. Unterwegs wurde das Flugzeug aufgrund eines „technischen Schadens“ nach Montevideo/Uruguay umgeleitet. Dort warteten bereits Agenten des DINA (chilenischer Geheimdienst) auf den Genossen und entführten ihn nach Chile, wo er in einem Folterhaus verschwand. Er

wurde das letzte Mal in der berühmten „Villa Grimaldi“ gesehen. Er hatte 20 kg an Gewicht verloren und war halbtot.

▷ Ein führendes Mitglied des MIR wurde in Buenos Aires verschleppt. Es fehlt von ihm jede Spur.

▷ Fünf Mitglieder der revolutionären Organisation Tupamaros aus Uruguay wurden Anfang Februar aus Buenos Aires (Argentinien) entführt. Man fand ihre Leichen zwei Tage später in Uruguay!

Was passiert, wenn die Junta Gefangene freiläßt?

Ein weiterer Beweis dafür, daß die Junta-Gorillas zu immer brutaleren Mitteln der Verfolgung und Unterdrückung greifen, ist die neue Methode der „Freilassung“ von Gefangenen.

▷ Ricardo Pardex und

▷ Igor Cantillana

wurden freigelassen, um dann – von den Henkern der Junta zu Hause aufgespürt und ermordet zu werden!

▷ Victor Toro (MIR-Mitglied), momentan noch eingekerkert im KZ „Tres Alamos“, wurde seine Freilassung zugesichert. Er soll das gleiche Schicksal erleiden wie die beiden anderen Genossen.

Es häufen sich die Fälle, wo die Junta auf ihre Art die Freilassung von Gefangenen umgeht, die aufgrund massiven Drucks (entweder von Familienangehörigen oder durch internationale Organisationen) freigelassen werden müßten. Insbesondere diejenigen Gefangenen, die durch die Folter bereits total verstümmelt sind, werden ermordet. Ihre Leichen werden an verschiedenen Orten, oft in Flüssen oder auf Feldern gefunden!

Westberliner Genossen

Juan Olivares vor Gericht

Aus der Verteidigungsschrift des MIR-Genossen Juan Olivares (Prozeß „84-74“) „An die Herren des Gerichts“:

Der MIR-Genosse bekennt sich in der Verteidigungsschrift zum MIR und zu seinen revolutionären Aufgaben, die er als Führer des CUT wahrgenommen hat. U.a. führt er aus: „daß die Geschichte der Gesellschaft die Geschichte des Klassenkampfes“ und seines und der Arbeiter Ziel in der aktiven Parteilinie war und ist, „daß die Ausbeutung des Menschen durch Menschen ganz aufhört.“

„Als einige Zeit vor dem 11. September Einheiten des Heeres Fabriken, Landgüter und Schulen überfallen“ und die „Bedingungen für eine Instaurierung (Errichtung) der Militärregierung vorbereitet“ hätten, sei die Bourgeoisie zum offenen Klassenkampf übergegangen. Die Arbeiter, Studenten und Intellektuellen, so Olivares, waren zu der Zeit „eine echte Gefahr“, nicht nur für den Privatbesitz, sondern auch für das ganze Unterdrückungssystem als solches.“

Was unter der Allende-Regierung erreicht worden wäre, habe die Junta sofort zu Fall gebracht. Schwer sei es für die Arbeiter gewesen, mit ansehen zu müssen, wie „nach dem 11. September ... die Macht des Geldes und des Reichtums (sich) wieder festsetzte; wie Landgüter und Fabriken wieder zurückgegeben wurden; wie die Angaben über die Arbeitslosigkeit schon auf 10 % stiegen; wie sich unsere Löhne um 50 % reduzieren ... wie unsere gewerkschaftlichen Organisationen nicht mehr frei funktionieren dürfen und wie unsere Führer festgenommen werden ... Heute geht es sogar so weit, daß uns das Recht zu arbeiten genommen wird.“

In einer solchen Situation sei „es die elementarste Pflicht eines Führers der Arbeiter und eines aktiven Mitgliedes einer Partei wie des MIR ... dafür zu kämpfen, daß die Arbeiter organisiert werden, ihre Lebensbedingungen zu verteidigen.“

Es gelte, „eine breite politische Front zu bilden, die für die Wiedererlangung der demokratischen Freiheiten kämpft“, wobei in dieser Front „das Proletariat seine Oberherrschaft sichern“ müsse und dieses Ziel nur mit einer „revolutionären Volksarmee“ erreiche.

Am Schluß seiner „Verteidigungsrede“ heißt es:

„Herren des Gerichts: ich erkläre mich schuldig, ein bewußter Arbeiter zu sein, der sich zum MIR bekennt, und der, wie tausende, um die Erlangung einer Welt der Freiheit kämpft, in der der Mensch sein eigenes Schicksal schmiedet, es brüderlich macht, und sich in den Architekten seiner Geschichte verwandelt.“

Bis zu diesem Moment ist unsere Gesellschaft immer nur interpretiert worden, was wir aber wollen, ist sie radikal zu verändern.“

22. April 1975

37.000 DM Spenden für den Aufbau Südvietnams übergeben!

Besuch in der Botschaft der Republik Südvietnam in Berlin/DDR

Am 16. Juni ist ein Mitglied des Leitenden Gremiums des KOMMUNISTISCHEN BUNDES zur neuereinigten Botschaft der Republik Südvietnam nach Berlin (Hauptstadt der DDR) gefahren, um dort das von den Gruppen der Hamburger „Aktionseinheit“ und den KB-Gruppen gesammelte Geld für den Aufbau des befreiten Südvietnam zu übergeben.

Insgesamt konnten den vietnamesischen Genossen 37.000 DM übergeben werden (siehe auch die nebenstehend abgedruckte Quittung) – diese Summe setzt sich zusammen aus dem Spendenergebnis vom Volksfest der Hamburger Aktionseinheit am 1. Mai (DM 28.896,77) und Einzelspenden, die auf die Konten

union dem vietnamesischen Volk zukommen ließen – und auch jetzt noch zukommen lassen.

Mit Entschiedenheit wies der Genosse die Qualifizierung der Sowjetunion als „Sozialimperialismus“ zurück – und betonte die Notwendigkeit (trotz der grundlegenden politisch-ideologischen Differenzen zwischen der KPDSU und der KP Chinas) gegen den US-Imperialismus (und den Imperialismus insgesamt) einheitlich vorzugehen! Den Führer der vietnamesischen Revolution Ho Tsch Minh zitierend, erklärte der Genosse die Haltung der vietnamesischen Kommunisten zu den Differenzen zwischen der KPDSU und der KP Chinas: „Unsere Partei leistet ihr Bestes, um wirksam beizu-

Botschaft der Republik Südvietnam in der Deutschen Demokratischen Republik	
Kommunistischen Bund c/o Y. Reents 2 Hamburg 13 Rutschebahn 35	110 Berlin-Pankow, Fliesenstraße 94 Tele: 11-2128 Berlin, den 16. Juni 1975
Die Botschaft der Republik Südvietnam in der Deutschen Demokratischen Republik dankt Ihnen recht herzlich für die ihr übermittelte Spende in Höhe von 37.000 DM (Siebenunddreißig Tausend.) Diese Summe wird für den Wiederaufbau unseres Landes verwendet werden.	
Botschaft der Republik Südvietnam in der Deutschen Demokratischen Republik 110 Berlin Fliesenstraße 94	Ta Van Nguyen Attaché der Botschaft

des KB bzw. der ARBEITERHILFE eingezahlt wurden.

Der KB-Vertreter hat die Spende dem Attaché der Botschaft, Genosse Ta Van Nguyen, mit den besten Wünschen übergeben und versichert, daß die Solidaritätsarbeit mit dem vietnamesischen Volk und der vietnamesischen Revolution fortgesetzt und noch intensiviert werden wird.

Der vietnamesische Genosse bedankte sich (auch im Namen des Botschafters) sehr herzlich und hob den hohen Stellenwert der internationalen Solidarität und der materiellen Hilfe für den endgültigen Sieg seines Volkes und den jetzt anstehenden Wiederaufbau des Landes hervor.

In einem mehrstündigen, freundschaftlichen Gespräch berichtete Genosse Ta Van Nguyen von der aktuellen Situation im Norden und Süden Vietnams und erläuterte die kurz- und langfristigen Aufgaben an der politisch-ideologischen, militärischen und wirtschaftlichen Front.

Wir verzichten darauf, diesen Gesprächsteil wiederzugeben, weil die Aussagen des Genossen Gegenstand der Artikel zu Vietnam in dieser Ausgabe des AK (und auch früherer Berichterstattungen) sind.

Weitgehende Übereinstimmung ergab eine Diskussion über die Widersprüche zwischen der KP Chinas und der KPDSU (bzw. VR-China – Sowjetunion): Beide Länder werden von den vietnamesischen Genossen als Verbündete der um Befreiung vom Imperialismus kämpfenden Völker der Welt – und namentlich als Verbündete der vietnamesischen Revolution – angesehen. Genosse Ta Van Nguyen würdigte in diesem Zusammenhang ausdrücklich die große Hilfe, die sowohl die VR China als auch die Sowjet-

tragen zur Wiederherstellung der Einheit zwischen den Bruderparteien

tragen zur Wiederherstellung der Einheit zwischen den Bruderparteien auf der Basis des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus in einer Weise, die den Forderungen des Herzens und der Vernunft entspricht“ („Das Testament des Präsidenten Ho Chi Minh“, vom 10.5.1969).

Die vietnamesischen Kommunisten kritisierten zwar nicht öffentlich die eine oder andere Partei, nahmen jedoch jede Gelegenheit wahr, in zweiseitigen Gesprächen mit führenden Vertretern der KP Chinas und der KPDSU ihren Standpunkt darzulegen.

In Bezug auf die „Europäische Gemeinschaft“ und die NATO ist die Haltung der vietnamesischen Kommunisten völlig klar: Es dürfe, so erklärte Genosse Ta Van Nguyen, von Kommunisten und Antimperialisten niemals eine Politik betrieben werden, die den Imperialismus stärkt. Alle Anstrengungen müßten vielmehr darauf gerichtet werden, das Kräfteverhältnis Schritt für Schritt zugunsten der Arbeiterklasse und der revolutionären Kräfte zu verändern – um schließlich die imperialistische Herrschaft völlig zu liquidieren.

Am Schluß des Besuches wurde von vietnamesischen Genossen versprochen, daß der KB ständig mit den neuesten Informationen über die Entwicklung in Vietnam versorgt werden wird (offizielle Erklärungen der Revolutionsregierung von Südvietnam, Berichte und Analysen vom Aufbau des Landes etc.; ferner Film- und Bildmaterial).

Ein Genosse des Leitenden Gremiums des KOMMUNISTISCHEN BUNDES

GEW-Hamburg:

Niederlage im Kampf

Am Donnerstag, dem 22. Mai 1975, fand in der Alsterdorfer Sporthalle die „letzte Hauptversammlung“ des Hamburger Landesverbandes der GEW statt. Über 3.600 von knapp 10.000 Mitgliedern waren gekommen, um darüber zu entscheiden, ob sich der Hamburger Landesverband dem Abbau innergewerkschaftlicher Demokratie durch die Mainzer und Kölner Beschlüsse der Bundes-GEW (vgl. u.a. AK 47, 48, 58) unterwerfen soll oder nicht. Der Landesvorstand der GEW hatte ein Jahr lang versucht, diese Entscheidung der Mitglieder zu verhindern, da er nicht sicher sein konnte, die notwendige 2/3-Mehrheit für die Mainzer Beschlüsse zu erhalten. Diese Hauptversammlung mußte daher erst durch gerichtliche Klagen von über 200 GEW-Mitgliedern erzwungen werden.

Auf der Hauptversammlung vom 22.5. zeigte sich dann, daß nur etwa die Hälfte der anwesenden GEW-Mitglieder bereit war, den Vorstandskurs *bedingungslos und ohne Abstriche* zu unterstützen. Bei der Abstimmung des Vorstandsantrags auf unmittelbare Gültigkeit aller Bundesbeschlüsse der GEW („Abhängigkeitsklausel“) stimmten lediglich 1.979 von 3.627 (entspricht 55 %) mit dem Vorstand.

Ein späterer Antrag, Satzungsänderungen, die die Einführung einer Landesvertreterversammlung betreffen, nur mit einfacher Mehrheit vorzunehmen, fand nicht einmal die Unterstützung der Hälfte der Anwesenden. Wenn die Gewerkschaftsführer ihre Ziele auf dieser Hauptversammlung erreichen wollten, mußten sie sich daher auf taktisches Lavieren einlassen.

Das Ziel dieser Taktikerei war die Spaltung der Gruppe von 1.644 Kollegen, die dem Vorstandsantrag zur „Abhängigkeitsklausel“ nicht zugestimmt hatte. Zählen konnte der Vorstand bei diesem Spaltungsmanöver auf die „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer“ (ASL) und die DKP. In enger Absprache zumindestens mit Teilen des GEW-Landesvorstands brachte die ASL einen „Alternativantrag“ zum Vorstandsantrag ein. Die ASL-Fassung der Abhängigkeitsklausel besagt zwar im Kern dasselbe wie der Vorstandsantrag (nämlich Anerkennung der Mainzer und Kölner Bundessatzung), ist aber in der Formulierung „freundlicher“ und gestattet den Hamburger GEW-Mitgliedern wenigstens noch, auch in Zukunft über GEW-Bundesschlüsse zu diskutieren, wenn auch nicht, sie abzulehnen.

Dieser Antrag war für den Vorstand grundsätzlich akzeptabel und durchkreuzte seine Pläne in keinem wesentlichen Punkt. Das hinderte den Vorstand natürlich nicht daran, erst einmal kräftig gegen den ASL-Antrag zu trommeln. Aber bereits vor der Hauptversammlung signalisierten die Gewerkschaftsführer, daß sie bereit waren, beim Scheitern ihres Antrags auf den ASL-Antrag die Gewerkschaftsführer, daß sie bereit waren, beim Scheitern ihres Antrags auf den ASL-Antrag einzuschwenken:

Vorstands- und ASL-Antrag wurden nicht alternativ zur Abstimmung gestellt, sondern nacheinander. Außerdem heißt es in dem vierseitigen Einladungsschreiben zur Hauptversammlung deutlich: „Auf dieser HV sind ... die Zugehörigkeit der GEW Hamburg zur GEW Bundesorganisation und zum DGB zu klären ... aus der Sicht des Vorstandes streben alle (!!) gewichtigen Anträge diese Ziele an, wenn auch auf unterschiedliche Weise.“

Etwas mehr als die Hälfte der Kollegen (850), die vorher gegen die Abhängigkeitsklausel des Vorstands gestimmt hatten, war auf der Hauptversammlung bereit auf dieses Manöver einzugehen: Vorstandsblock und ASL/DKP verabschiedeten mit 2.627 Ja-Stimmen bei 759 Nein-Stimmen und 26 Enthaltungen eine „gemäßigte“ Abhängigkeitsklausel.

Allerdings demonstrierte der Vorstand auch hier wieder seine tatsächliche Macht – er empfahl nur die Annahme des ersten Teils des ASL-Antrags und die Ablehnung des zweiten Teils. Gerade diesen zweiten Teil hatten die Sozialdemokraten aber als großen Fortschritt angepriesen: während der Vorstandsantrag Änderungen der Hamburger GEW-Satzung in Zukunft unmittelbar durch die Bundes-GEW vorsah, wollte der ASL-Antrag solche Änderungen noch durch die Landesvertreterversammlungen abgesegnet wissen. Ohne die Vorstandsunterstützung wurde dieser Teil des ASL-Antrags abgeschmettert – für die Sozialdemokraten hat sich ihr Geschäft mit dem Vorstand also nicht ausgezahlt.

Wir betrachten es als einen Erfolg der Linken in der GEW, daß immerhin 785 Mitglieder jeder Form der Abhängigkeitsklausel die Zustimmung verweigert und damit ihre strikte Ablehnung der neuen Bundessatzung (Unvereinbarkeitsbeschlüsse, Vorstandsdiiktatur etc.) zum Ausdruck gebracht haben. Nur diesem Potential von demokratischen und kommunistischen GEW-Mitgliedern ist es überhaupt zu verdanken, daß der Hamburger Landesvorstand zumindestens zu taktischen Winkeln gezwungen war und daß er dabei auch an politischem Prestige verloren hat.

Einschränkend ist festzustellen, daß nur die Hälfte dieser Kollegen (knapp 400) gleichzeitig für die Beibehaltung der Hauptversammlung als oberstem Beschlußorgan des Hamburger Landesverbandes stimmten. Damit wurde die Hauptversammlung mit großer Stimmenmehrheit abgeschafft.

Letztlich hat sich der GEW-Vorstand nur mit Unterstützung der opportunistischen Kräfte durchsetzen können: die Bindung an GEW-Bundesschlüsse wurde – wenn auch verklausuliert – eingeführt und die Hauptversammlung wurde durch eine Landesvertreterversammlung ersetzt. Die innergewerkschaftliche Demokratie in der Hamburger GEW ist eindeutig abgebaut und die Kompetenzen der Gewerkschaftsführer, ihre reaktionäre Politik im Verband durchzusetzen, sind beträchtlich erweitert worden. Dennoch war diese Hauptversammlung politisch für den Vorstand kein voller Erfolg und für die Linken keine vernichtende Niederlage.

Die Stellung der Linken in anderen Landesverbänden ...

Auch in anderen Landesverbänden der GEW hat sich die Gewerkschaftsführung mit ihrem in Mainz und Köln eingeschlagenen Kurs durchsetzen können, so bislang in Nordrhein-Westfalen, Bremen, Niedersachsen, Hessen.

Wie in Hamburg, so waren es auch in anderen Landesverbänden der GEW, die Linken, die die Gewerkschaftsführung mit ihrem in Mainz und Köln eingeschlagenen Kurs durchsetzen konnten, so bislang in Nordrhein-Westfalen, Bremen, Niedersachsen, Hessen.

Wie in Hamburg, so waren es auch in anderen Landesverbänden „linke“ Sozialdemokraten und vor allem die DKP, die sich in den entscheidenden Abstimmungen für die Gewerkschaftsführer in die Bresche schlugen und ihnen dadurch erst die notwendigen 2/3-Mehrheiten verschafften, die ohne sie nicht zustande gekommen wären!

Daß dies so ist, hängt in erster Linie nicht von der Politik der Linken ab, sondern entspricht dem objektiven Kräfteverhältnis und dem Stand der Auseinandersetzungen. Im allgemeinen ist die DKP – die mittlerweile keinerlei eigene Politik in der GEW mehr macht – noch nicht so weit isoliert, daß sie nicht „wenigstens“ diese traurige Rolle noch spielen könnte.

Eine andere Frage ist, wie weit die Politik der Linken (die Revisionisten natürlich nicht mitgerechnet) überhaupt dazu beigetragen hat, mehr Kollegen für eine konsequente demokratische Politik zu gewinnen, ihren Zusammenschluß zu festigen und den Einfluß der Opportunisten zu brechen. Dabei liegen aus den verschiedenen Landesverbänden unterschiedliche Erfahrungen vor.

Am beschämendsten für die Linke ist das Ergebnis in Bremen: Bei der Verabschiedung der neuen Satzung im Dezember gab es keine Gegenstimmen. Zugunsten der Chimäre „Einheitsgewerkschaft“ und zum Teil mit der Parole „Zentralisierung ist gut und nicht schlecht“ auf den Lippen verzichteten die Linken in der Bremer GEW auf jede Opposition gegen die vom Vorstand betriebenen Satzungsänderungen.

Die Folgen dieser Politik zeigten sich bei den Wahlen der Delegierten für die bremische Landesvertreterversammlung: die Rechten setzten sich voll durch und stellen

eine deutliche Mehrheit in der LVV. Die Linken dagegen, die in Bremen einmal so stark waren, daß die rechte Vorstandsmafia den Kreisverband Bremen Stadt spaltete, um einen Rest ihres Einflusses zu wahren, gingen bei den Wahlen sang- und klanglos unter. (vgl. AK 61, 62).

Mit ihrer Zustimmung zu den antidemokratischen Satzungsänderungen der Gewerkschaftsführer haben die demokratischen Kollegen in der Bremer GEW *kampflös* Positionen geräumt und stehen jetzt praktisch vor dem Nullpunkt: die fortschrittlichen Kollegen haben keine Orientierung und sind taktisch den geschickt operierenden Rechten nicht gewachsen.

Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich im Hessischen Landesverband der GEW ab. Dort war es den demokratischen und kommunistischen Delegierten sogar möglich, eine Sperrminorität gegen die Mainzer und Kölner Beschlüsse zusammen zu bekommen, allerdings verzichteten sie darauf, diese Minorität auch einzusetzen. Lediglich 39 Kollegen enthielten sich der Stimme – niemand stimmte gegen die Satzungsänderungen. Einigen dieser Kollegen scheint mittlerweile zu dämmern, welche Fehler sie da gemacht haben.

So schreibt ein Frankfurter Delegierter im Bezirks-Info 4 der GEW-Frankfurt: „Viele Kollegen reagierten ... mit Fatalismus und Apathie gegenüber ihren Vorständen. In Gießen (dort fand die entscheidende Landesvertreterversammlung der hessischen GEW statt – Anm. AK) führte diese Orientierung zu einer typischen Vorweg-Resignation ... Mehr als 80 Delegierte haben die „Erklärung zur Satzungsentscheidung“ unterschrieben. Wenn diese 80 alle ihre „innere Ablehnung“ konsequent in „Enthaltung“ artikuliert hätten, dann hätte es in Gießen eine Sperrminorität gegeben.“

Zu sehr haben sich in vielfältiger Weise die „Linken“ den Kopf Frsters zerbrochen, sein Risiko zu ihrem eigenen gemacht, anstatt ihren Willen zu artikulieren und ihre eigene Macht der nur vermuteten des Bundes- und Landesvorstands entgegenzustellen.“

Es ist bezeichnend, daß diese Haltung am stärksten in denjenigen Landesverbänden vertreten ist, wo früher der KBW den größten Einfluß unter den Linken hatte.

... und in Hamburg

... und in Hamburg

Vor allem in Bremen und Hessen hat sich die demokratische Opposition zum größten Teil *kampflös* dem Vorstandsdiiktat gebeugt oder zumindest wenig Anstrengungen gegen die reaktionären Satzungsänderungen unternommen. Das Fehlen eines kämpferischen Widerstandes erlaubte es den GEW-Führern in diesen Landesverbänden, auf jede Taktikerei zu verzichten. Die „Kompromißbereitschaft“ der demokratischen Kräfte gegenüber den Vorständen zahlte sich in keinem Fall aus – die Gewerkschaftsführung konnte sich ohne jeden Abstrich durchsetzen und zudem den Mitgliedern die politische Bedeutungslosigkeit der Linken demonstrieren. Wenn auch in Hamburg das juristische Endergebnis der „Satzungsaueinanderstimmungen“ letztendlich das gleiche wie in den angeführten Landesverbänden ist, so hat es in der Hamburger GEW dagegen eine **Niederlage im Kampf** gegeben. Der GEW-Vorstand mußte einen Prestigeverlust hinnehmen, die Springer-Zeitung „Hamburger Abendblatt“ bescheinigte ihm, daß sein Sieg nur mit Hilfe der DKP möglich war (23.5.) und der Selbstbehauptungswille der Linken ist nicht gebrochen.

Der Grund dafür ist unserer Meinung nach zu sehen, daß in der Hamburger GEW seit dem Mainzer Kongreß viele Kollegen konsequent für die Ablehnung der Mainzer Beschlüsse eingetreten sind und sich auch nicht im Verlaufe der sich zuspitzenden Auseinandersetzungen (Ausschlußdrohungen von seiten des Vorstandes) haben einschüchtern lassen.

Angesichts des Kräfteverhältnisses und der Rolle der opportunistischen Kräfte in der GEW war wohl eine Niederlage letztlich unvermeidlich. Die konsequent demokratischen Kollegen in der Hamburger GEW haben deswe-

gen aber nicht auf eine eigenständige Politik und auf die prinzipielle und unmißverständliche Verteidigung der innergewerkschaftlichen Demokratie verzichtet. Wir meinen, daß sich dies in Zukunft auszahlen wird:

Die Linken werden weiterhin – allerdings unter erschwerten Bedingungen – den Kampf darum fortführen, daß die Gewerkschaft von den Mitgliedern bestimmt wird. Dabei werden sie an die bisherige Politik anknüpfen können, ohne von „null“ wieder neu beginnen zu müssen. Sie verfügen über einen ganzen Sack voll Erfahrungen und Argumenten gegenüber den noch schwankenden Kollegen. Gerade das Zusammenspiel zwischen dem Vorstand und der scheinliberalen „Opposition“ von ASL und DKP gibt den Linken wiederum gute Möglichkeiten zur Propaganda. Darüberhinaus ist ein Potential von rund 800 Kollegen, die die Mainzer und Kölner Beschlüsse ablehnen, und mit denen weitergearbeitet werden kann, nicht zu unterschätzen. Was aber das wichtigste ist: Die Linken haben sich nicht das Kreuz brechen lassen. Auf dieser Basis können Tendenzen zur Resignation, die sicher nicht ausbleiben werden, erheblich besser überwunden werden.

„Selbstkritik“ des KBW: Wieder einmal schmierz und verlogen

Zu den GEW-Mitgliedern, die den ASL-Antrag ablehnten, gehörten auch die Mitglieder und Sympathisanten des KBW. Der Abschaffung der Hauptversammlung stimmten diese Kollegen allerdings begeistert zu. 14 Tage früher waren sie sogar noch für die Abhängigkeitsklausel eingetreten (weil „Zentralisierung ja gut ist“).

In einem Artikel in der „KVZ“ 21 „erklärt“ der KBW diesen Kurswechsel. Demnach herrschte im KBW (bzw. in seiner „Massenorganisation“ GUV) die Meinung vor, „Satzungsfragen als hinderlich für die eigentliche (!) gewerkschaftliche Arbeit anzusehen. Die Auffassung wurde vertreten, Satzungsfragen seien „ausgereizt“. Die Herren vom KBW merken offenbar gar nicht, mit welchem Zynismus sie hier über Mitgliederdemokratie in einer Gewerkschaft reden. Innergewerkschaftliche Demokratie ist für sie offenbar etwas, wofür man eintritt, wenn es gerade „in“ ist, aber nicht etwas, wofür man als Kommunist mit ganzer Kraft kämpft. Darüberhinaus ist diese „Selbstkritik“ überaus verlogen, denn hier wird so getan, als ob der KBW keine Meinung zur „Satzungsfrage“ vertreten habe. In Wahrheit aber hat er die Position des Vorstandes bis Mitte Mai inhaltlich *aktiv unterstützt*, da

vertreten habe. In Wahrheit aber hat er die Position des Vorstandes bis Mitte Mai inhaltlich *aktiv unterstützt*, da die „Zentralisierung“ der GEW ihre „Kampfkraft“ erhöhe. Erst der Massenausschluß von 63 GEW-Mitgliedern – darunter eine größere Zahl von KBW-Anhängern – durch den Hauptvorstand am 3. Mai ließ den KBWern wohl dämmern, daß „Zentralisierung“ (der Vorstandsbeschlüsse!) nicht nur „gut“ ist. Erst als es ihnen selbst an den Kragen ging, wurde für diese Herren die Frage innergewerkschaftlicher Demokratie zu einer wichtigen Frage. Hier zeigt sich nicht nur völliges Unverständnis für den Kampf um demokratische Rechte, sondern auch das Fehlen einer politischen Linie und das spontaneistische Hinterherhinken hinter den Ereignissen.

Wie wenig der KBW aus seinem Fehler gelernt hat, zeigt sich in seiner Darstellung der Hauptversammlungsfrage in dem „KVZ“-Artikel. Dem Kommunistischen Bund, der für die Beibehaltung der Hauptversammlung eintrat, wirft der KBW vor: diese Linie sei geprägt von dem Wunsch, „Freiräume der Gewerkschaftsbasis gegenüber den Vorstandsgriffen auszugrenzen, statt die GEW zur Kampfororganisation zu machen.“ Es ist nur als übelste Demagogie zu bezeichnen, wenn der KBW hier das demokratische Recht der GEW-Mitglieder, auf einer Mitgliederversammlung selbst über die Politik ihrer Gewerkschaft zu entscheiden, als „Freiraum“ diffamiert. Offenbar macht die Abschaffung solcher „Freiräume“ – hier der Hauptversammlung – durch die Gewerkschaftsführung aus der GEW eine „Kampfororganisation“. Auf der Hauptversammlung hätten die Herren vom KBW daher auch am liebsten zwar den in der Bundessatzung verankerten „Unvereinbarkeitsbeschuß“ abgelehnt, aber ansonsten der neuen Bundessatzung zugestimmt.

Als besondere Schweinerei hat sich der KBW in seinem „KVZ“-Artikel die Lüge ausgedacht, der KBW „lehnte eine einheitliche GEW-Bundesorganisation generell ab“. Der KBW ist sich nicht zu schade, die von der Gewerkschaftsführung gegen die Kommunisten erhobenen Vorwürfe, sie wollten die Gewerkschaft spalten, voll inhaltlich zu wiederholen und zu unterstützen. Lächerlich ist es, wenn der KBW, der in der Hamburger GEW völlig abgewirtschaftet hat, uns vorwirft, unser Eintreten für die Beibehaltung der HV habe keine „Massenbasis“ gehabt. Gerade aufgrund seiner Politik in der „Satzungsfrage“ beläuft sich die Anhängerschaft des KBW in der Hamburger GEW zur Zeit auf nur noch 40 bis 60 GEW-Mitglieder. Da muß es schon berauschend sein, die „Massenbasis“ zu spüren, die sich einem „aufschließt“, wenn man gemeinsam mit den Gewerkschaftsführern und den Opportunisten abstimmt.

„Satzungsfrage“ erledigt?

Der Kommunistische Bund hat sich unmittelbar nach dem Mainzer Kongreß für eine Ablehnung der Satzungsänderungen durch die Mitgliedschaft ausgesprochen und den Kampf darum auch innerhalb der GEW geführt. Wohl keine andere linke Organisation hat seit über einem Jahr in Artikeln, Flugblättern etc. so breit darüber informiert und die Verteidigung der innergewerkschaftlichen Demokratie propagiert. Aufgrund dieser Arbeit konnte unser Einfluß in der GEW (zwar nicht sensationell, aber immerhin!) gestärkt werden, während man beim KBW nur von einem Bankrott sprechen kann. „KPD“ und „KPD/ML“ sind trotz zeitweiser intensiver Bemühungen (vor allem der „KPD“) stets eine absolute Randerscheinung geblieben.

Allerdings müssen wir selbstkritisch sagen, daß wir die Auseinandersetzung mit der allzu schnellen „Kompromißbereitschaft“ und liberalen Tendenzen fortschrittlicher GEW-Kollegen in Fachgruppen, an den Dienststellen und unter den Vertrauensleuten vielfach nicht offensiv genug und nicht prinzipiell genug geführt haben. So werden an der Tatsache, daß von den Gegnern der Abhängigkeitsklausel nur die Hälfte auch für die Beibehaltung der HV stimmten, Mängel unserer Arbeit sichtbar.

Viele Kollegen atmen jetzt auf, den „schlimmen Satzungsstreit endlich hinter sich“ zu haben. Teilweise heißt es auch, die Linken hätten sich lieber mehr um bildungspolitische Fragen und nicht so sehr um gewerkschaftsinterne Auseinandersetzungen kümmern sollen. Wir lehnen diese Gegenüberstellung ab. Tatsache ist, daß der Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie noch nicht energisch genug geführt worden ist. Jede Kritik, die die Bedeutung dieses Kampfes herabmindert, kann unserer Meinung nach nicht glaubhaft für sich in Anspruch nehmen, eine progressive Bildungspolitik in der GEW durchzusetzen. Mit aller Kraft wird der Vorstand auch in Zukunft versuchen, noch verbliebene Möglichkeiten, den Mitgliederwillen in der GEW zur Geltung zu bringen, zu liquidieren, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse scharf zu praktizieren etc. Daher darf nicht ein Zentimeter an Demokratie von den Linken *kampflös* geräumt werden, und es muß z.B. darum gekämpft werden, in die LVV möglichst fortschrittliche Delegierte zu wählen.

Gleichzeitig aber wird es die Aufgabe der demokratischen Kräfte in der GEW sein, ihre Kritik und ihren Widerstand gegen die Unterstützung der GEW-Führung für die katastrophale Bildungspolitik des Staates zu verstärken. Wenn der Hamburger GEW-Vorstand z.B. die Aktivitäten von Eltern (Schulstreiks und Demonstrationen) gegen die Sparpolitik des Senats als „verzweifelte Reaktionen“ diffamiert und gleichzeitig alle Mitglieder davor warnt, „in irgendeiner Weise Maßnahmen von Eltern, die als ungesetzlich zu betrachten sind, zu initiieren oder zu unterstützen“ („Vertrauensleute-Info“ 12/75), so ist es ein Skandal, daß in der GEW diese Provokation des Vorstandes nicht heftig zurückgewiesen wurde. Hier haben die fortschrittlichen GEW-Mitglieder allerdings noch einiges nachzuholen. ●

Bündnis-Kommission des KB, Gruppe Hamburg

Bremen:

Drohendes Berufsverbot gegen Physik-Professor Jens Scheer

Der Kernphysiker Prof. Dr. Jens Scheer, Sympathisant der Gruppe „KPD“, ist Hochschullehrer und Wissenschaftler an der Universität Bremen. Er ist Beamter auf Lebenszeit und als solcher jetzt von der Entlassung aus politischen Gründen bedroht. Jens Scheer ist in der Öffentlichkeit insbesondere wegen seiner Untersuchungen über die Gefahren, die von Kernkraftwerken ausgehen, bekannt geworden. Er unterstützt Bürgerinitiativen die gegen Kernkraftwerke kämpfen und fertigt Gutachten für sie an. Gemeinsam mit Studenten und weiteren Wissenschaftlern der Bremer Uni untersucht er, welchen Belastungen und Gefahren Industriearbeiter durch Schadstoffe am Arbeitsplatz ausgesetzt sind sowie welche Schadstoffbelastungen für das Industriegebiet Unterweser bestehen bzw. durch den Bau des Kernkraftwerkes Esensham noch hinzukommen.

Die ersten Angriffe gegen J. Scheer hatte der Bremer Bildungssenator Moritz Thape wegen angeblicher Beteiligung an der „gewaltsamen Sprengung“ einer RCDS-Veranstaltung bereits im Oktober '73 gestartet. Damals hatte Jens Scheer ein Disziplinarverfahren bekommen und war zu einer Geldstrafe von 600 DM verurteilt worden. — Im Mai '74 soll er dann angeblich „illegal“ ein Plakat der Gruppe „KPD“ geklebt haben, was den „Verdacht eines Dienstvergehens rechtfertigt“ (so Thape in einem Brief an J. Scheer), weil „sich ein Beamter durch sein gesamtes Verhalten zu der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen und für deren Erhaltung eintreten“ muß (ebenda). Der Rektor der Bremer Uni, Prof. Steinberg, weigerte sich bisher zweimal, der

Aufforderung von Bildungssenator Thape nachzukommen und ein Disziplinarverfahren gegen Jens Scheer einzuleiten. Als höherer Dienstvorgesetzter übernahm Thape das deshalb selbst und veranlaßte ein „Vermittlungsverfahren“.

Seit Jens Scheer im Februar '75 für das Konrektorat an der Uni kandidiert hat und sich aus diesem Anlaß ausdrücklich zu einer „revolutionären Haltung“ bekannte (woran man angesichts der Vaterlandsverteidigungspolitik der „KPD“ inzwischen seine Zweifel haben muß, haben sich die Reaktionen innerhalb und außerhalb der Universität auf ihn eingeschossen. Die bürgerliche Presse kündigt sogar schon seine baldige Entlassung an. So schreibt die „Hamburger Morgenpost“ (Ausgabe Bremen), vom 29.4.75, in aller Offenheit: „In eingeweichten Kreisen geht man davon aus, daß Scheer nach dem Semesterschluß, jedoch vor der Bremer Bürgerschaftswahl (Sept. 75, Red.) aus dem Staatsdienst entlassen wird. Einerseits ist dann die Mehrzahl der Studenten nicht in Bremen, sodaß keine größeren Demonstrationen zu erwarten wären, andererseits könnte der Senat ein Zeichen setzen, daß er an der Universität hart durchgreifen will.“

In der Tat: nach der bundesweiten intensiven Hetzkampagne gegen die Bremer Uni als „rote Kadernieder“ (F.J. Strauß), „rote Hochschullehrerschaft ein „Verbrecherhaufen“ sei (CDU-Bürgerschaftsabgeordneter Fischer, am 12.12.74, in der Bremer Bürgerschaft), von denen „mindestens 40... als Sympathisanten der Baader-Meinhof-Gruppe bezeichnet werden müssen“ (CDU-Abgeordneter Cassens, an gleicher Stelle), bemüht sich die SPD nach Kräften, nun die „Solidarität der Demokraten“ zu beweisen und für alle verhetzten Wähler deutlich zu machen, daß auch sie in der Lage ist, mit dem „roten Spuk“ aufzuräumen. Außerdem muß die SPD in Bremen damit rechnen, nach den Bürgerschaftswahlen auf die FDP als Koalitionspartner angewiesen zu sein, die von der ganzen „Reform“-Universität nichts hält.

Jens Scheer, der politisch an der Uni weitgehend isoliert ist, muß dem Bildungssenat hier als geeignetes Objekt erscheinen, wo doch zu erwarten ist, daß weder die linken Sozialdemokraten noch die Anhänger der DKP an der Uni für einen „Chaoten“ auf die Barrikaden steigen würden.

Bis zur zweiten Hälfte des Sommersemesters hat dann auch, abgesehen von einigen Versuchen des KSV (Studentenverband der „KPD“), keine der hochschulpolitischen Organisationen an der Bremer Uni ernsthafte Schritte unternommen, um den Kampf gegen dieses drohende Berufsverbot aufzunehmen. Erst gegen Ende dieses Sommersemesters wurde zum Zwecke der Beratung von Kampfmaßnahmen eine Vollversammlung der Studenten der Universität einberufen. Die Vollversammlung beschloß neben einer Kundgebung vor der Bremer Bürgerschaft den Lehrbetrieb im Wintersemester 75/76 nicht wieder aufzunehmen, falls Jens Scheer in den Semesterferien entlassen wird. In den Wochen zuvor waren von verschiedenen Studienbereichen, Gremien und Lehrveranstaltungen Solidaritätsresolutionen und Protesterklärungen beschlossen worden. Von über 100 Hochschullehrern wurde eine Resolution veröffentlicht, die sich gegen das drohende Berufsverbot als „verfassungswidrig“ wendet und der sich auch Rektor Steinberg anschloß. Am 18.6. wurde die beschlossene Kundgebung von der Bürgerschaft abgehalten, die gleichzeitig gegen ein neues reaktionäres Fachhochschulgesetz gerichtet war. Es beteiligten sich jedoch lediglich ca. 200 Studenten und eine Reihe von Hochschullehrern. Ein der DKP nahestehender Hochschullehrer würdigte die wissenschaftliche Arbeit von Jens Scheer weil sie den Interessen der Arbeiterklasse dient und gegen das Großkapital gerichtet ist, wobei er sich allerdings zunächst von den politischen Standpunkten („KPD“-Theorien) Jens Scheers scharf abgrenzte.

Die geringe Beteiligung an der Kundgebung zeigt, daß die Bedeutung dieses drohenden Berufsverbotes nur wenigen bewußt ist.

Die Entlassung von Jens Scheer wäre eine der ersten politischen Entlassungen eines Beamten auf Lebenszeit in der BRD! Etwas vergleichbares gibt es in keinem anderen westeuropäischen Land außer dem faschistischen Franco-Spanien! Vergleichbares gab es allerdings auch bei uns schon, nämlich im faschistischen Hitler-Deutschland! Mit diesem Berufsverbot gegen einen Beamten soll ein Präzedenzfall geschaffen werden, der nicht nur eine massive Drohung gegen alle Beamten darstellt, die das Recht der freien Meinungsäußerung und freie politischen Betätigung in Anspruch nehmen, sondern der eine Ermunterung für die Reaktion darstellt, nun auch unter Berufsbeamten hemmungslos kommunistenja zu betreiben. Nach dem im Eilverfahren geänderten Verteidigerrecht würde mit dem Berufsverbot gegen Jens Scheer auch in diesem Bereich eine „Rechts“lage geschaffen, die von faschistischer Gesetzgebung kaum noch zu unterscheiden ist!

Lassen wir es nicht so weit kommen! Kampf dem drohenden Berufsverbot gegen Prof. Jens Scheer! Für freie politische Betätigung in Ausbildung und Beruf!

KB/Gruppe Bremen — Hochschulgruppe —

Niedersachsen:

365 Lehrer arbeitslos!

Zum 1. August 1975 kündigte die niedersächsische Landesregierung an, daß 365 Referendarbewerber nicht in die Studienseminare (Vorbereitungszeit für Lehrer an den Schulen) aufgenommen werden. Logischerweise soll der Rest dann mehr arbeiten: Eine Staatssekretärskonferenz der Länder legte einen Entwurf zur Lehrerarbeitszeit vor, nach der diese in der ganzen BRD um durchschnittlich 1 — 2 Std. pro Woche verlängert werden soll.

Überfüllte Klassen — arbeitslose Lehrer

Die 365 abgewiesenen Bewerber sitzen nach ihrer Ausbildung auf der Straße — ohne Arbeitslosengeld, als Sozialhilfeempfänger. Es geht ihnen nicht besser als den Schulabgängern, die keine Lehrstelle und keinen Arbeitsplatz finden. Diese Arbeitslosigkeit von ausgebildeten Lehrern wird nicht ab-, sondern zunehmen. Für das nächste Jahr werden schon 2.500 — 4.000 Nichteinstellungen erwartet. In anderen Bundesländern ist die Entwicklung schon weiter fortgeschritten. Werden die Bewerber nach drei Jahren nicht eingestellt, verliert ihre erste Staatsprüfung ihre Gültigkeit: Ihr gesamtes Studium war für die Katz!

Dabei sind Lehrer Mangelware: An den Schulen Hannovers fallen zwischen 10 und 60 % (!) der Unterrichtsstunden aus. Für die kommenden Jahre wird der durchschnittliche Unterrichtsausfall auf 30 — 50 % ansteigen. Die fehlenden Lehrer jedoch sitzen vor der Tür.



Dabei muß man sich immer vor Augen halten, daß sich der Leistungsdruck und die politische Disziplinierung sowohl der Lehrer als auch der Schüler ständig vergrößert. Dahin gehört einmal das Thema der Berufsverbote: Beim letzten Einstellungstermin (1.2.) wurden alle Kandidaten „überprüft“, was oft erhebliche Einstellungsverzögerungen mit sich

Kampf von Schülern, Studenten und Lehrern — Sabotage der GEW-Führung

In Anbetracht dieser unverschämten Angriffe des Staates traten viele fortschrittliche Lehrer und Lehrstudenten für aktive Protest- und Kampfmaßnahmen ein. Als erstes mo-

bilisierte die GEW-Hochschulgruppe an der Technischen Universität zu einer Veranstaltung am 9.6. Eine breitere Mobilisierung besonders unter der Schüler- und Elternschaft wurde allerdings von der Mehrheit des GEW-Kreisvorstandes (SPD) sabotiert: Wie stünde die GEW da, wenn sie zu einer Veranstaltung an der Uni mobilisierte, wo es von Kommunisten nur so wimmelte! Die GEW-Linke ließ sich natürlich nicht stören und mobilisierte dann doch einigermaßen über den Uni-Rahmen hinaus. Immerhin kamen 700 Besucher.

Besonders positiv ist hervorzuheben, daß in vielen Diskussionsbeiträgen versucht wurde, auf die Lage der arbeitslosen Jugend und der Lehrlinge einzugehen. Doch die politischen Angriffe kamen auf der Veranstaltung zu kurz — dank DKP, Jusos und KBW. Zwar gelang es noch, in die Abschlusssession eine Passage über Berufsverbote einzufügen, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse im DGB wollten die Opportunisten aber keinesfalls erwähnt wissen.

Trotz dieser Mängel kann man die Veranstaltung einen Erfolg nennen. Sie mobilisierte breit zum Besuch der DGB-Jugenddemo am 14.6. in Hannover, an der rund 10.000 Menschen teilnahmen.

Erste Erfolge und Illusionen

Es ist sicher als Teilerfolg zu sehen, daß bald nach diesen Aktionen die Schulbürokratie erklärte (nach Aufforderung durch alle drei Landtagsfraktionen!), die nichteingestellten Lehrer könnten schrittweise eingestellt werden. Schrittweise heißt hier: bis zum 1. Dezember. Was am nächsten Einstellungstermin los ist, ist natürlich auch klar: Es werden dann eben noch mehr Lehrer zurückgewiesen.

Zur Auseinandersetzung in der GEW Niedersachsen

Braunschweiger Vertreterversammlung 7.—10.4.

Auf der Vertreterversammlung legte der GV (Geschäftsführender Vorstand) nur folgenden Dringlichkeitsantrag vor:

„Dringlichkeitsantrag 5: § 1 dieser Satzung der GEW Niedersachsen wird um folgende Ziffer 3 erweitert:

„Die Satzung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Bundesorganisation) gilt unmittelbar für den Landesverband Niedersachsen mit allen Gliederungen... Sie hat Vorrang vor dieser Satzung...“

Das ist die Abhängigkeitsklausel, die durch Anerkennung der Mainzer und Kölner Bundessatzung den Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie in der GEW perfekt macht.

Die Übernahme der Bundessatzung (samt Unvereinbarkeitsbeschlüssen und diktatorischer Vorstandsvollmacht) fand eine breite Mehrheit von 258 Ja-, und 18 Nein-Stimmen und 14 Enthaltungen. Es war gelungen, die Gewerkschaftslinks, die sich das Erreichen einer 1/3 Sperrminorität zum Ziel gesetzt hatte, an die Wand zu drängen. Entscheidend dürfte besonders das unverblühte Ultimatum Fristers gewesen sein, im Falle der Nichtannahme den ganzen Landesverband auszuschließen.

So besannen sich viele „linke“ Delegierte — von denen viele anderes erwartet hatten — auf ihr „Gewiss-

sen“, vergaßen die Beschlüsse der Gremien, die sie vertreten sollten und stimmten zu. Der Schwachsinn, der hier vor allem von DKP-Kollegen kam, ist hier schon aus anderen Landesverbänden bekannt:

„Für eine schlagkräftigere Bundes-GEW“ (schlagkräftig gegen die Mitgliedschaft?), „die Einheit der Gewerkschaft nicht aufs Spiel setzen“ (wer setzt sie aufs Spiel? Der Vorstand mit seinem Ultimatum oder die Mitglieder?).

Sowas als „fortschrittlich“ zu verkaufen, gelingt wahrscheinlich nur den politischen Selbstmördern der DKP.

Das Vorgehen der Gewerkschaftslinks

Die Satzungsänderung in Braunschweig war satzungswidrig. Nach der gültigen Landessatzung heißt es nämlich, daß Anträge auf Satzungsänderung drei Monate vor Beschlussfassung eingereicht werden müssen. Dies eben deswegen, um eine breite Diskussion solch wichtiger Beschlüsse zu ermöglichen. Tatsächlich erfuhren Mitglieder und Delegierte erst vier Tage vor Beschlussfassung von der genauen Satzungsänderung! So ist nicht nur ein undemokratischer Beschluß gefaßt worden, sondern die gesamte

Wir müssen klar machen: Gewonnen ist damit noch gar nichts. Nach den Sommerferien muß das Ziel heißen: Schulvollversammlungen zu der Verschlechterung der Ausbildungssituation — Kampfmaßnahmen und Aktionseinheit aller Betroffenen. ●

Kommunistischer Bund/Gruppe Hannover

Beschlußfassung war undemokratisch und gleich eher politischem Bandentum.

Daher beschloß die Fachgruppe Hochschulen, gegen dieses Vorgehen zu klagen. Einmal mit einer Beschwerde an die Landesschiedskommission und, falls diese erwartungsgemäß abschlägig beschieden wird, mit einer Klage vor Gericht. Die Beschwerde wurde umfangreich begründet und wird als Unterschriftensammlung in der gesamten GEW verbreitet werden.

Schon von Anfang an wurde das zunächst einheitliche Vorgehen der Fachgruppe Hochschulen vom Kreisvorstand wütend bekämpft. Anträge und Beschwerden einzelner Fachgruppen bedürfen laut Satzung nur der Kenntnisnahme durch den Vorstand, der sie dann verbreiten muß. Das hinderte die Mehrheit des Kreisvorstandes nicht, die Verbreitung zweimal abzulehnen. Es bedurfte erst des eindeutigen Votums der Kreismitgliederversammlung, um die Verbreitung durchzusetzen. Trotzdem wurde sie immer noch verzögert, so daß heute sicher nicht alle Mitglieder die Beschwerde haben.

Schon diese zu erwartenden Schwierigkeiten haben die DKP-Mitglieder der Fachgruppe Hoch-

Fortsetzung Seite 24

... GEW Niedersachsen

Fortsetzung von Seite 23

schulen zum Abspringen veranlaßt. Allerdings war es sowieso schon verwunderlich, daß anfangs alle politischen Fraktionen der Fachgruppe für Beschwerde und Klage stimmten! Jetzt hört man von unseren Revisionisten: Die Beschwerde werde man schon unterstützen, doch vor Gericht gegen „die Gewerkschaft“ klagen, das sei „gewerkschaftsschädigend“. Dagegen ist zu sagen: Der Vorstand ist nicht „die Gewerkschaft“, sondern viel eher eine gewerkschaftsfeindliche Clique, die alles tut, um aktive gewerkschaftliche Arbeit zu behindern, die bei der Durchsetzung ihres Kapitulationskurses auch vor massiven Gewerkschaftsspaltungen nicht zurückschreckt. „Die Gewerkschaft“ sind wir und nichts sollte uns hindern, eine relativ demokratische Satzung mit allen Mitteln zu verteidigen!

Da die Verbreitung der Beschwerde vom Vorstand sabotiert wird, bemüht sich der linke Teil der Fachgruppe Hochschulen, Kontakte zu anderen GEW-Einheiten zu knüpfen. Dies ist wichtig, besonders da die Fachgruppe sich möglicherweise unter den Angriffen des Vorstandes weiter polarisiert (noch unterstützt der KBW die Klage!).

Hetzkampagne und Ausschlüsse zu erwarten!

Der Landesvorstand hat intern über die Beschwerde beraten und

schon festgestellt, daß juristisch für ihn nichts zu machen sei. Weshalb hat er dann noch nicht seinen Beschluß veröffentlicht und die Satzungsänderung für ungültig erklärt? Ganz einfach: es deutet sich an, daß eine zielgerichtete Hetzkampagne gegen die Beschwerdeführer entfacht werden soll. Musterargumentation: Bisher wollten wir euch nicht rauskanten, aber dies bringt das Faß zum Überlaufen! Es wird so argumentiert, daß sich die Mehrheiten auf einer neuerlichen Vertreterversammlung sowieso nicht ändern würden.

Über die Mehrheiten ist noch nicht das letzte Wort gesprochen worden. Auch wenn es nicht so aussieht, daß die DKP-Delegierten das nächste Mal gegen die neue Satzung stimmen werden, ist es notwendig, möglichst intensiv in den Betriebs- und Fachgruppen zu diskutieren und den Delegierten

Letzte Meldung:

Auf der Kreismitgliederversammlung Hannover-Stadt am 24. Juni stimmten zwei Drittel der ca. 150 anwesenden Gewerkschafter gegen die Braunschweiger Beschlüsse und unterzeichneten die Beschwerde der GEW-Fachgruppe Hochschulen!

ten auf die Finger zu klopfen. Wenn es gelingen sollte, daß über diese Diskussion die GEW-Linke klarer und geschlossener vorgeht, ist schon viel erreicht, selbst wenn die Satzungsänderung durchkommen sollte.

KB/Gruppe Hannover

Zwei Nachträge zum 10. DGB-Kongreß

1) Oskar der „Kleinverdiener“

Laut „Handelsblatt“ vom 2. Juni 1975 hat der alte und neue DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter kurz vor dem DGB-Kongreß seine „Einkommensverhältnisse“ offengelegt. Unseres Wissens sind diese vor den

Auch dies ist ein Aspekt, der mit das verständlich macht, was auf dem DGB-Kongreß fehlte: ein wirkliches Anpacken der Sorgen und Nöte der Arbeitermassen.

Bei diesen Führern? !!

Verteidigen sie doch nichts weiter als die Interessen einer ganz

SE, Hamburg:

Sozialdemokraten schützen Gewerkschaftsfeinde vor Ausschluß!

Während heute, nach den Betriebsratswahlen, in vielen Betrieben Ausschlußverfahren gegen Kandidaten von linken oppositionellen Listen eingeleitet werden, tun sich höchst aufschlußreiche Dinge bei den SE-Fahrzeugwerken, Hamburg.

Dort kandidierte eine sog. „Unabhängige Liste“, die aus leitenden Angestellten (z.T. CDU-Mitglieder) bestand, eine offen gewerkschaftsfeindliche Angelegenheit also. Sie erhielten bei der Wahl eine gebührende Abfuhr und sollten ausgeschlossen werden (zumindest gab es solche Gerüchte)! Daraufhin schrieb ein führender Sozialdemokrat aus der VK-Leitung einen interessanten Brief an die Hamburger Ortsverwaltung:

„... Vom Kollegen Müller wurden wir unterrichtet, daß die OV aus „grundsätzlichen“ Erwägungen den den Ausschluß der Kollegen Gustav Fischhaber und Hans Burkhardt aus unserer Organisation betreiben muß, und dazu die Stellungnahme des Vorstands der Vertrauensleute erwartet. Aus folgenden Überlegungen empfiehlt der Vorstand des VK, den Ausschluß nicht zu vollziehen: 1. Von den Initiatoren der gegnerischen Liste sind unter Verwendung falscher Argumente neben den beiden Kandidaten auch noch weitere IGM-Mitglieder zur Unterschrift unter dieser Liste veranlaßt worden. Es wurde der Eindruck erweckt, es handele sich nur um eine „Ergänzungsliste“ zur IGM-Liste beider Angestellten.

2. Ein Teil der Unterzeichner wurde von den Initiatoren unter dem Druck der beruflichen Abhängigkeit (?!) zur Unterschrift veranlaßt. Bei unseren Aufklärungsgesprächen mit den beiden Kandidaten wurde deutlich, daß der Druck auf diese beiden von den Mitgliedern des Top-

Ausschluß nicht zu vollziehen: 1. Von den Initiatoren der gegnerischen Liste sind unter Verwendung falscher Argumente neben den beiden Kandidaten auch noch weitere IGM-Mitglieder zur Unterschrift unter dieser Liste veranlaßt worden. Es wurde der Eindruck erweckt, es handele sich nur um eine „Ergänzungsliste“ zur IGM-Liste beider Angestellten.

2. Ein Teil der Unterzeichner wurde von den Initiatoren unter dem Druck der beruflichen Abhängigkeit (?!) zur Unterschrift veranlaßt. Bei unseren Aufklärungsgesprächen mit den beiden Kandidaten wurde deutlich, daß der Druck auf diese beiden von den Mitgliedern des Top-

IG-Drupa-Führer geht bei George Meany in die Lehre

Leonhardt Mahlein, Vorsitzender der IG Druck und Papier, stattete vor kurzem dem Gewerkschaftsführer der amerikanischen AFL/CIO, George Meany, einen Besuch ab.

Überzeugt und angetan von den „Erfolgen“ amerikanischer Gewerkschaftspolitik berichtete Mahlein im Zentralorgan der IG Drupa vom 24. über seine Studienreise und kam zu dem Schluß, daß Meany und Co. höchst „unideologische und pragmatische Politik“ betreiben.

Beeindruckt hat Mahlein offensichtlich auch Meany's Rezept gegen die Entlassungen (Autoindustrie 24% Arbeitslosigkeit) und die wachsende Verelendung der amerikanischen Arbeiterklasse (22 Mio. Amerikaner sind Analphabeten, 12 Mio. leben in Slums etc.). Es besteht in der radikalen Zerschlagung jeglicher Ansätze klassenkämpferischer Politik in den Gewerkschaften, in Massenausschlüssen und gerichtlicher Verfolgung kämpferischer Gewerkschafter.

Auf der anderen Seite versprechen Meany und Co., nach Kräften die Interessen der Kollegen zu vertreten unter dem Motto:

„Was für Amerika gut ist, ist auch für die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften gut!“

Dieser Zynismus also, mit dem Meany gegenüber den Arbeitern auftritt und unverhohlen die faschistischen Angriffe der Imperialisten in Amerika und in der ganzen Welt unterstützt, das ist die „unideologische und pragmatische“ Politik, die Mahlein so beeindruckt.

Dieser Kniefall westdeutscher Gewerkschaftsführer vor dem völligen Zerfall der gewerkschaftlichen Interessenvertretung der US-amerikanischen Arbeiterklasse, vor dem Überwechseln in das Lager Rockefeller und des CIA, muß uns eine klare Aufforderung sein, den antifaschistischen Kampf in den Gewerkschaften zu verstärken und die Gewerkschaften wieder zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse zu machen.

Managements ausgeübt wurde und sie wegen ihrer „beinahe leitenden“ Stellung besonders abhängig waren. (es handelt sich um astreine leitende Angestellte!!!, die Red.)

3. Nachteilige Folgen aus dieser Toleranz (gemeint ist der Nichtausschluß, d.Red.) sind für die Organisation nicht zu befürchten. Es wird von beiden nicht gewerkschaftsschädigend diskutiert (!!!). Ihr sowieso nicht sehr großer Einfluß auf die Belegschaft ist durch die Fehlleistung noch verringert. Der Ausschluß dagegen würde – insbesondere nach dem Wahlsieg, der von der Belegschaft selbstbewußt als Zeichen unserer Stärke gewertet wird – als kleinlich und bürokratisch angesehen werden (!!!). Wir bitten euch, unserer Stellungnahme zu folgen und wegen dieser erstmaligen Fehlleistung (!) keinen Ausschluß herbeizuführen. (Auszug aus dem Brief an die OV vom 17.4. 1975).

Man bedenke, daß es sich hierbei um leitende Angestellte handelt, von denen einer CDU-Vorsitzender ist und vergleiche dies mit der Kampagne gegen linke oppositionelle Gewerkschafter! Es wird wohl deutlich, wie hier mit dem Argument der Stärke der IGM und der Schwäche der Rechten, schützend die Hand über diese Vögel gehalten wird und diese weiter ihre gewerkschaftsfeindliche und spalterische Politik eben auch in der gewerkschaftlichen Organisation treiben können. Zu bemerken ist lediglich noch, daß der o.a. Brief glücklicherweise nicht die Meinung des gesamten VK's widerspiegelt, sondern in einer „Nacht- und Nebelaktion“ von einem führenden rechten Sozialdemokraten durchgezogen wurde.

Genossen von SE und Metallkomitee KB/Gruppe Hamburg

Kampagne gegen linke oppositionelle Gewerkschafter! Es wird wohl deutlich, wie hier mit dem Argument der Stärke der IGM und der Schwäche der Rechten, schützend die Hand über diese Vögel gehalten wird und diese weiter ihre gewerkschaftsfeindliche und spalterische Politik eben auch in der gewerkschaftlichen Organisation treiben können. Zu bemerken ist lediglich noch, daß der o.a. Brief glücklicherweise nicht die Meinung des gesamten VK's widerspiegelt, sondern in einer „Nacht- und Nebelaktion“ von einem führenden rechten Sozialdemokraten durchgezogen wurde.

Genossen von SE und Metallkomitee KB/Gruppe Hamburg

SE, Hamburg:

Kurzarbeit und verschärfte Arbeits-hetze!

Seit 9 (neun!) Monaten wird im größten Teil der Produktion im Betrieb Still Esslingen (SE) in Hamburg kurzgearbeitet – bis zum Herbst '75 ist weiterhin Kurzarbeit angemeldet. Trotz der Kurzarbeit wird aber fast genausoviel produziert wie vorher!

Zusätzlich zur Kurzarbeit wurden bis jetzt über 140 Kollegen entlassen. Wenn man die Dunkelziffer der „Abgänge“ durch Selbstkündigung, Pensionierung mitrechnet, kommt man auf eine Zahl von über 200 ausgeschiedenen Kollegen.

Damit nicht genug, die SE-Kapitalisten senkten in fast allen Abteilungen die Akkordsätze (im Schnitt um über 50%) und investierten verstärkt im Maschinenpark etc. Um was für Investitionen es sich handelt, macht ein Beispiel deutlich: Im Stahlbau in der Jarrestraße wurde eine zentrale Gasleitung für die Schweißer und Schlosser installiert, womit das Schleppen der Gasflaschen wegfällt. Dieser technische Fortschritt wurde schnellstens zur Senkung der Akkordzeiten benutzt.

Der jüngste Fall in dieser Strategie wurde erst kürzlich bekannt: Mit Beginn der neuen Fahrzeugserie 1442 sollen am Montageband 2 – das bisher mit 12 Mann besetzt war – acht Kollegen eingespart werden! Die Begründung dafür, daß in Zukunft vier Kollegen das Band allein schmeißen sollen, lautet auf „Vereinfachung der Arbeit“ – es seien weniger Arbeitsgänge erforderlich. Dies ist in diesem Ausmaß (Reduzierung um 2/3) schlicht und ergreifend eine Lüge!

An diesen Beispielen wird einmal mehr deutlich, wie stark die Kapitalisten Gasterien in die Schweißer und Schlosser installiert, womit das Schleppen der Gasflaschen wegfällt. Dieser technische Fortschritt wurde schnellstens zur Senkung der Akkordzeiten benutzt.

Der jüngste Fall in dieser Strategie wurde erst kürzlich bekannt: Mit Beginn der neuen Fahrzeugserie 1442 sollen am Montageband 2 – das bisher mit 12 Mann besetzt war – acht Kollegen eingespart werden! Die Begründung dafür, daß in Zukunft vier Kollegen das Band allein schmeißen sollen, lautet auf „Vereinfachung der Arbeit“ – es seien weniger Arbeitsgänge erforderlich. Dies ist in diesem Ausmaß (Reduzierung um 2/3) schlicht und ergreifend eine Lüge!

An diesen Beispielen wird einmal mehr deutlich, wie stark die Kapitalisten die derzeitige „Flaute“ der Betriebe, zur Erhöhung der Arbeitsintensität und -produktivität auszunutzen. So ist es dann auch nicht erstaunlich, daß SE „trotz Kurzarbeit“ das Geschäftsjahr 1974 „mit einem kleinen (?) Gewinn“ abschloß.

Im Gegensatz zu vielen anderen Betrieben, in denen die Kapitalisten eine ähnliche Strategie verfolgen, bildet SE jedoch eine kleine Ausnahme in Bezug auf die Abwehrbereitschaft der Kollegen.

So wurde aufgrund eines „Sparbeschlusses“ der Geschäftsleitung – der die Streichung oder radikale Kürzung des Essensgeldzuschusses, des Kaltverpflegungszuschusses und des Fahrgeldzuschusses vorsah – spontan eine Protestresolution von den Kollegen verabschiedet. Sie wurde von 600 Kollegen unterschrieben.

Gegen die Nichtbezahlung von Arbeitskarten im Wert von rund 20.000 DM wurde die Geschäftsleitung von den betroffenen Kollegen erfolgreich verklagt. Sie wurde zur Zahlung der Summe verdonnert.

Einen beachtlichen Erfolg erreichten sich Kollegen einer Abteilung am 24.6.: Aufgrund der sengenden Hitze in der Abteilung, die direkt unter dem Dach liegt („Brutkasten“), wurde gegen 11.00 Uhr morgens die Arbeit niedergelegt und gefordert, daß umgehend eine Zwischendecke gezogen und eine Berieselungsanlage auf dem Dach installiert wird. Diese Forderungen sind nicht neu, sie werden bereits seit längerer Zeit gestellt. Diesmal kam jedoch die Geschäftsleitung schon sehr schnell angetapert und sicherte die sofortige Beseitigung dieser Zustände zu. Einen Tag später war die Berieselungsanlage in Betrieb und auch die Zwischendecke soll demnächst gezogen werden! Nach vier Stunden wurde der Streik – erfolgreich – beendet.

Angesichts dieser durchaus vorhandenen Kampfbereitschaft von Teilen der Kollegenschaft muß es das Ziel der fortschrittlichen Kräfte im Betrieb sein, auch die Notwendigkeit der Abwehr der scheinbar gerechtfertigten Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitssetze etc. wie am Montageband 2 klarzumachen und die Kollegen gegen diese „untergründigen“ Maßnahmen zu mobilisieren.

Genossen von SE und Metallkomitee KB/Gruppe Hamburg

Zwei Nachträge zum 10. DGB-Kongreß

1) Oskar der „Kleinverdiener“

Laut „Handelsblatt“ vom 2. Juni 1975 hat der alte und neue DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter kurz vor dem DGB-Kongreß seine „Einkommensverhältnisse“ offengelegt. Unseres Wissens sind diese vor den Gewerkschaftsmitgliedern bisher nicht veröffentlicht worden. Wir wollen ein Stück dazu beitragen. Die Angaben des „Handelsblatt“ scheinen uns glaubhaft (das betrifft allerdings nur den Zusatz, daß alle Angaben das Minimum dessen darstellen, was Vetter erhält, da sie a) unter Angabe des Finanzamts und der Steuernummer von Vetter erfolgten und b) unseres Wissens keine Richtigstellung oder Dementis seitens der DGB-Führung existieren.

Vetter will mit den Angaben beweisen, daß er kein „Großverdiener“ ist:

- er bezieht im Monat 5165 DM brutto DGB-Gehalt. Bei 13 Monatsgehältern ergibt das 67.030 DM im Jahr;
- die Tantiemen aus 6 Aufsichtsratsposten ergeben 69.691 DM; zusammen macht das: 136.721 DM im Jahr.

Davon führt Vetter:

- 20.500 DM an die „Stiftung Mitbestimmung“ ab;
- 11.685 DM entfallen auf Abzüge für Werbungskosten und Sonderausgaben;
- 40.797 DM sind Einkommen- und Kirchensteuer.

Dem „Kleinverdiener“ Vetter bleiben dann noch 63.766 DM netto – das macht die stolze Summe von monatlich 5315 DM für den Herrn Gewerkschaftsführer.

Was in dieser Aufstellung nicht berücksichtigt ist: Spesenabrechnungen und die Möglichkeit, die „Mitbestimmungsspende“ von der Steuer abzusetzen etc.

Wie dem auch im Einzelnen sei: wenn Vetter meint, er gehöre nicht zu den Großverdienern, so hat er nur insofern recht, wenn er unter Großverdienern Kapitalisten versteht. Er nenne uns aber einmal einen vergleichbaren Verdienst eines normalen Arbeiters und Angestellten – der muß nämlich etwa 4 Monate arbeiten, um auf Vetter's Monatsverdienst zu kommen. Der DGB-Boß weiß schon, warum er sein Gehalt nicht an die große Glocke hängt, schließlich gehört er zu den Privilegierten, zu denen, die mit ihrem Einkommen weit über dem der werktätigen Massen liegen.

Auch dies ist ein Aspekt, der mit das verständlich macht, was auf dem DGB-Kongreß fehlte: ein wirkliches Anpacken der Sorgen und Nöte der Arbeitermassen.

Bei diesen Führern? !!

Verteidigen sie doch nichts weiter, als „die Interessen einer ganz geringfügigen Schicht von privilegierten Arbeitern und Kleinbürgern, die ihre privilegierte Stellung, ihr „Recht“ auf Brocken vom Tische der Bourgeoisie verteidigen, auf Brocken von Profitten, die „ihre“ nationale Bourgeoisie durch die Ausplünderung fremder Nationen, durch die Vorteile ihrer Großmachtstellung usw. einstreicht.“ (Lenin, Sozialismus und Krieg).

2) Ein Bravo der DDR!

Im Artikel zum DGB-Kongreß in ARBEITERKAMPF 62 haben wir die unverschämte Provokation des DGB-Vorsitzenden Vetter und der meisten Delegierten gegenüber der DDR dargestellt: auf den Protest der DDR, daß ihr Vertreter von den BRD-Gewerkschaftsführern im Teilnehmerverzeichnis unter der Rubrik „Inland“ geführt wurde, reagierten die DGB-Führer nach bestem antikomunistischem und reaktionärem Muster: sie strichen den DDR-Vertreter von der Liste und schmissen ihn damit praktisch raus, während sich Vertreter „gelber“ Gewerkschaften (Histradut, AFL/CIO von US-Gangster George Meany) und Kapitalistenvertreter ungestört auf dem Kongreß tummelten. Entsprechend der „Alleinvertretungsthese“ des BRD-Imperialismus hatten die DGB-Führer den DDR-Gewerkschaftsbund FDGB schon gar nicht eingeladen.

Die DDR hat nun reagiert: zu den Recklinghäuser Ruhrfestspielen, die vom DGB veranstaltet werden und nach dem Zweiten Weltkrieg tatsächlich ein wenig mit Arbeiterkultur zu tun hatten, hat sie sämtliche Ensembles zurückgezogen. Besonders hart getroffen von diesem Boykott sind die Vorstellungen, die mit dem weltberühmten Berliner Ensemble vom Brecht-Theater (Berlin/DDR) geplant waren – sie waren ausverkauft. Die DDR begründete den Boykott mit dem feindseligen Auftreten von Oskar Vetter und der unfreundlichen Haltung gegenüber dem FDGB.

Bravo, können wir da nur sagen.

KB/Gruppe Bremen

Bröschek-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Der PVC-Arbeiter hat seine Schuldigkeit getan – Er ist krank und muß gehen...

Nach diesem Motto versucht derzeit die Troisdorfer Dynamit-Nobel AG, in Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern, die Krankenstatistik ihrer PVC-geschädigten Arbeiter zu bereinigen. (Siehe auch AK 58/59) So im Fall des türkischen Arbeiters Moustikoglou, nachdem er sich in mehrjähriger Arbeit im Fußboden-Betrieb von Dynamit-Nobel (gehört übrigens zum Flick-Konzern) schwere, wahrscheinlich krebserzeugende Vergiftungen durch ausströmendes Vinylchloridgas aus dem PVC hergestellt wird, zugezogen hatte, lehnte das Bonner Arbeitsamt jetzt eine Verlängerung der

Damit reiht sich der Fall des türkischen PVC-Arbeiters in die „normale“ Behandlung PVC-Vergifteter ein, und die sieht beispielsweise so aus:

Der Arbeiter Helmut D., 35 Jahre alt, verheiratet, Vater zweier Kinder, erhielt aufgrund seiner VC-Erkrankung 1972 zur Überbrückung eine einmalige Zahlung von 800,- DM aus der „Paul-Müller-Stiftung“ der Dynamit-Nobel AG. Dann wurde ihm eine Rente bezahlt, die auf Zeit ausgesetzt wurde und Ende 1974 auslief! Seine Frau arbeitet heute, um den Lebensunterhalt zu verdienen. So gut er kann, besorgt Helmut D. den Haushalt.

delanfalle kamen immer öfter. Die Haut veränderte sich am Hals, an den Händen und an den Füßen. Bei der Untersuchung in der Universität stellten sie Schaden an Leber, Milz und Nieren fest. Alles schriftlich. Im Rentenbescheid steht aber nur etwas von den Händen und von Hautveränderungen. Zwanzig Prozent bekomme ich, nur zwanzig Prozent. Was soll ich jetzt machen? 31 Jahre bin ich alt und kann nicht mehr arbeiten.“ („Extra-Dienst“, 31.1.75).

Dies sind keine Einzelfälle, sondern nur die Spitze des Eisbergs: So gab der juristische Vertreter, Rechtsanwalt Filitz, der „Interessengemeinschaft der VC-Geschädigten“, in der sich über 100 erkrankte Arbeiter, davon die Hälfte Griechen und Türken, zusammengeschlossen haben, gegenüber der „FAZ“ vom 25.5.75 an:

Im Fußbodenbetrieb der Dynamit-Nobel AG sei im vergangenen Jahr die Hälfte (!) der Beschäftigten ausgetauscht worden. Das sei zwar günstig für die Krankenstatistik, aber solche Strategie habe schwere Folgen für die Arbeiter, die wegen der Krankheitsverdachts kaum eine andere Arbeit finden. Bei der Entlassung von ausländischen Arbeitern spiele sich, so Filitz, eine neue Praxis ein, die der Firma umständliche und wenig aussichtsreiche Kündigungsschutzverfahren erspare:

Das Arbeitsamt entziehe VC-krankheitsverdächtigen Ausländern die Arbeitserlaubnis mit der Begründung, deutsche oder den Deutschen gleichgestellte Arbeiter (aus EG-Staaten) stünden zur Verfügung. Ausländer ohne Arbeitserlaubnis müßten mit der Heimreise rechnen – in ihrer Heimat wüßten die Ärzte aber mit der VC-Krankheit nicht Bescheid.

PVC droht Contergan-Dimensionen anzunehmen

Das „freie Unternehmertum“ hat die Freiheit, für seinen Profit die Gesundheit und das Leben der Arbeiter zu vernichten – und der Staat leistet in jeder Weise Schützenhilfe. So konnte man z.B. im „Umwelt ABC“ des hessischen Umweltministeriums aus dem Jahr 1972 lesen, daß PVC weitverbreitet sei, unter anderem „durch seine billige und umweltfreundliche Herstellung“. Und das, nachdem schon '69 und '71 zwei durch VC erkrankte Arbeiter in der Bonner Universitätsklinik an den krebserzeugenden Folgen des Gases gestorben waren!

Augenblicklich sind in Europa ca. 30.000 Arbeiter in der PVC-Produktion beschäftigt, davon 8.000 in der BRD. Die Herstellerwerke sind: Chemische-Werke Huels AG, Marl; Deutsche Solvay GmbH, Werk Köln; Wacker-Chemie GmbH, Werk Köln und Werke Burghausen; Hoechst AG, Werk Knappsack und Werk Gendorf; BASF Ludwigshafen; Lonza Werke, Waldshut; Dynamit-Nobel AG, Troisdorf.

Zur Zeit sind nach Angabe der Berufsgenossenschaft allein in Nordrhein-Westfalen 203 VC-Erkrankte bekannt, davon 146 aus der Herstellung von PVC und 57 aus der Weiterverarbeitung. Lediglich 57 wurden bisher als Berufskrankheit anerkannt.

Offiziell starben bisher nur drei VC-Kranke, 38, 39 und 43 Jahre alt, an Leberkrebs. Die Dunkelziffer dieser heimtückischen Krankheit liegt aber sehr viel höher. Daß sich die Krankmeldungen bisher noch hauptsächlich auf Troisdorf und Dynamit-Nobel beschränken, liegt an der extremen Profitgier der Flick-Kapitalisten. So wußte der „Stern“ (13/74) zu berichten, daß 1968 die Dynamit-Nobel AG auf Beschwerden von Anwohnern über den unzumutbaren Lärm und Gestank, der aus den PVC-Hallen drang, dadurch reagierte, daß sie die Hallenfenster zumauern ließ! Die Gewerbeaufsicht war damit einverstanden. Drinnen stieg der VC-Geruch ins Unerträgliche. Einige Kollegen schimpften: „Das sind ja die reinsten Gaskammern“. Zwei Jahre später mußten die ersten PVC-Arbeiter mit zum Teil schweren Vergiftungserscheinungen zum Arzt. Von den rund 150 Arbeitern, die direkt an den PVC-Auto-klaven (Druckbehältern) arbeiteten, war bis 1972 jeder dritte erkrankt. Erst die Veröffentlichungen einer Ärztegruppe um Professor Veltmann, der 1972 den ersten Alarm auslöste, haben zu umfangreichen Reihenuntersuchungen an Dynamit-Nobel-Arbeitern geführt. In den anderen PVC-Werken würde man wahrscheinlich zu ähnlichen Ergebnissen kommen. PVC droht Contergan-Dimensionen anzunehmen.

Ärzte wie Veltmann gibt es jedoch nicht viele.

Ein Beispiel für die andere Sorte von Ärzten ist ein Dr. Weber, seines Zeichens staatlicher Gewerbearzt aus Düsseldorf, der auf einer Versammlung der „Interessengemeinschaft der VC-Geschädigten“ keinerlei Aussagen über die Gefährdung der Arbeiter in PVC-Betrieben machen wollte. Sein Rezept: „Wer Angst hat, muß sehen, daß er da weg kommt.“ (lt. „UZ“, 23.4.75).

Und diesem Schwein obliegt auch noch die arbeitsmedizinische Produktionsüberwachung! Noch schlimmer, wenn man bedenkt, daß im Schnitt auf 15.000 Betriebe mit über 300.000 Arbeitern in der BRD nur ein staatlicher Gewerbearzt kommt – und wenn der auch noch Dr. Weber heißt ...

Nachdem in Troisdorf sogar schon von Kindern VC-kranker Arbeiter berichtet wurde, die mit verkürzten Fingern zur Welt kamen („FAZ“ vom 25.5.75), haben jetzt erst die staatlichen Aufsichtsbehörden reagiert! Der hohe „MAK-Wert“ für Vinylchlorid (VC), der die maximal zulässige Konzentration dieses Gases am Arbeitsplatz angibt, ist gestrichen worden. Stattdessen ist jetzt eine „Technische Richtkonzentration“ (TRK) angegeben, die allerdings lediglich das Risiko einer Erkrankung vermindert.

1970 wurde der „MAK-Wert“ erstmals von 500 ppm auf 100 ppm herabgesetzt (100 ppm heißt 100 Teile Vinylchlorid auf 1 Mill. Teile Luft). Dieser Wert war in den USA schon 1961 (!) vorgeschrieben. Der neue „TRK-Wert“ ist für Neuanlagen jetzt auf 5 ppm gesenkt worden, in den USA liegt er allerdings zur Zeit bei 1 ppm!

HBV-Flensburg: DKP-Funktionär denunziert linken Kollegen bei der Gewerkschaftsführung

Der Kollege K.T., der auf einer Mitgliederversammlung der HBV seinen Ausschlussantrag überreicht bekam und auch gleich unter Androhung der Polizei rausgeschmissen wurde, bekam jetzt die Begründung für seinen Ausschluss von der Kreis-Jugend-Ausschuss (KJA)-Vorsitzenden Mittelst:

„...daß der Kollege T. in der Vergangenheit in der Jugendgruppe klar zu erkennen gab, daß er weder bereit ist, die Satzung für sich als verbindlich anzuerkennen, noch in sonstiger Weise gewerkschaftliche Solidarität zu üben. Es kam vielmehr in der Vergangenheit immer klarer zum Ausdruck, daß er die demokratisch gewählten Funktionsträger der Gewerkschaft ablehnt, diese als Erfüllungshelfen des Kapitals pauschal abqualifiziert...“ und „Die Aussagen des Kollegen...zeigen eindeutig, daß er sich mit den Zielen und mit Organisationsgruppen des Kommunistischen Bundes identifiziert.“

Doch damit nicht genug! Um auch noch alle anderen fortschrittlichen Kollegen der Jugendgruppe ausschlußreif zu machen, griff der DKP-Funktionär und Mitglied der HBV-Ortsverwaltung, Althüser, der Gewerkschaftsführung hilfreich unter die Arme – mit einer „eidesstattlichen Erklärung“! Er zitierte darin aus verschiedenen Flugblät-

Ausnahmen bis 20 ppm bleiben bis 1976 zugelassen, ab dann dürfen 10 ppm nicht mehr überschritten werden. Abgesehen davon, daß selbst diese niedrigeren Werte eine Erkrankung keineswegs ausschließen, bleibt außerdem offen, wer denn die Einhaltung der Werte kontrolliert.

Nach Angaben der „Interessengemeinschaft der VC-Geschädigten“, wurden z.B. die Messungen bei Dynamit Nobel nur 5 bis 30 Minuten lang durchgeführt, so daß sie nach Angaben von Fachleuten „keinerlei Aussagewert“ haben. Hinzu kommt, was 23 Kollegen des Betriebes in einer eidesstattlichen Versicherung bekannt machten:

„Wir, die Unterzeichner, arbeiten seit Jahren im PVC-Betrieb. Wir versichern eidesstattlich: Bei der Überprüfung des Gewerbeaufsichtsamtes wurden im PVC-Betrieb auf Anwendung der Betriebsleitung während der Überprüfung Reparaturarbeiten ausgeführt statt produziert.“

Der Anwalt der „Interessengemeinschaft der VC-Geschädigten“ hat inzwischen im Auftrag von 40 Erkrankten Strafanzeige „gegen unbekannt“ (?) wegen fahrlässiger (?) Körperverletzung gestellt. Damit sollen die zivilrechtlichen Schadensersatzansprüche der VC-Erkrankten durchgesetzt werden. Weiter wird, ähnlich der „Contergan-Stiftung“, eine „Stiftung VC-Geschädigte“ angestrebt. Ausdrücklich lehnt Filitz als Anwalt der „Interessengemeinschaft“ es ab, über diesen Rahmen hinauszugehen. Insbesondere wandte sich Filitz gegen die Aktivitäten der DKP und anderer linker Organisationen: „Die Argumentation muß verschärft werden und weg von kommunistischer Polemik“. Logisch, daß Filitz den Kampf der Arbeiter auf den Kampf um Rentenansprüche beschränken will, anstatt gleichzeitig Schritte zu unternehmen, die ganze Ausbeuterbande zum Teufel zu jagen – er ist schließlich seit 15 Jahren CDU-Mitglied!

Chemie-Komitee, KB/Gruppe Hamburg



Mischvorgang der PVC-Weiterverarbeitung

Arbeitserlaubnis für den 39-jährigen ab. Das bedeutet, daß das Arbeitsamt und Dynamit-Nobel den PVC-Vergifteten zur Abschiebung in die Türkei durch die Ausländerbehörde freigegeben hatten, einschließlich seiner Frau, die zur Zeit ihr zweites Kind erwartet. Die „Interessengemeinschaft der Vinylchlorid(VC)-Geschädigten“ legte über ihren Rechtsanwalt Widerspruch gegen die Entscheidung des Arbeitsamtes ein. Dennoch hätte die Familie Moustikoglou sofort abgeschoben werden können, da der Widerspruch keine aufschiebende Wirkung hat.

Zwei weitere Fälle:

1. Der türkische Arbeiter Goenuel S., 32 Jahre alt. PVC-Schäden: Vergrößerte Milz, arterielle Minderdurchblutung der Hände, verminderte Zahl der Blutplättchen. Er wurde daraufhin von der Landesversicherungsanstalt zu 60% erwerbsunfähig eingestuft und erhält nur eine verminderte Rente von 506 DM. Sechs Jahre, von 1968 bis 1974, war er in der PVC-Produktion von Dynamit-Nobel. Als Türke bekommt er noch nicht einmal zu seiner mickrigen Rente die „freiwilligen“ Frührentner-Beihilfen des Flick-



Hände eines PVC-Arbeiters: Zerstörte Knochen.

Lediglich die Veröffentlichungen dieses besonders brutalen Falles veranlaßte das Bonner Arbeitsamt, die Ausweisung zu vertagen, bis ein Attest vorliegt, das die VC-Erkrankung des türkischen Arbeiters bestätigt. Dann, so das Amt, sei erwiesen, daß es sich um einen Fall von „sozialer Härte“ handelt, und man könne im „Sinne des Arbeiters positiv entscheiden“.

Konkret heißt das, er kann dann krankgeschrieben die Bearbeitung seines Rentenanspruchs abwarten.

Konzerns, auf die nur westdeutsche Kollegen Anspruch erheben können. 2. Der griechische Arbeiter Dimitrios Z., 31 Jahre alt, verheiratet, zwei Kinder. Er arbeitete seit 1970 in der PVC-Produktion und ist jetzt Frührentner. Dimitrios Z. zu seiner Erkrankung:

„Zuerst waren es die Hände. Beide Mittelfinger wurden erst weiß, dann blau und immer breiter, da war keine Kraft mehr in den Fingern. Dann fing es in den Beinen an, ich konnte kaum noch stehen. Kopfschmerzen, Schwin-

In der verabschiedeten Resolution der Jugendgruppe heißt es:

„Es soll (seitens der Gewerkschaftsführung) versucht werden, eine andere Meinung als die sozialdemokratische der Gewerkschaftsführung zu verbriefen ... Hier soll be w u ß t versucht werden, zu spalten!“. Weiterhin heißt es in der Resolution:

„Wir protestieren gegen diese Methoden und fordern die Gewerkschaftsführer auf, den Ausschlussantrag gegen den Kollegen K.T. zurückzuziehen!“

So einfach ist es eben doch nicht, ohne Widerstand fortschrittliche Gewerkschaftsarbeit zu zerschlagen! ●

HBV-Branchenkomitee, KB/Gruppe Flensburg

HBV-Jugendgruppe Flensburg: Spaltung nichthingenommen!

Mit wüsten antikommunistischen Hetztiraden versucht die Gewerkschaftsführung, in der HBV-Jugendgruppe Flensburg zu landen. Höhepunkt war bisher der Ausschlussantrag gegen einen Kollegen und die Androhung, ihn mit Polizeigewalt aus einer gewerkschaftlichen Mitgliederversammlung rauszuholen. (Wir berichteten darüber in AK 62, S. 27).

Als nun der Kollege auf der Jugendgruppensitzung der HBV auftauchte, sahen die Rechten keine andere Möglichkeit, der Diskussion um den Ausschlussantrag zu entkommen, als die Sitzung kurzerhand zu schließen. Die Mehrheit der Jugendgruppe, die eigentlich über Schließungen von Sitzungen zu bestimmen hätte, tagte anschließend in einer Kneipe weiter.

SIEMENS will Arbeiterinnen entlassen

Ende 73 ließ die Hamburger Geschäftsleitung der Firma Siemens durch ihre Inspektoren das Gerücht verbreiten, daß im Fernmeldebereich bald nichts mehr zu tun sei. Auf einer Betriebsversammlung im Dezember 73 sprach man dann auch schon bereits davon, daß die Belegschaft in den nächsten Jahren auf 50 % reduziert werden müsse und daß Entlassungen in der nächsten Zeit anstünden. Ab Januar 74 war dann auch Einstellungsstopp und es gab eine ganze Reihe „natürlicher Abgänge“, ein Resultat der Panikmache. Gleichzeitig gab es für die Kollegen mehr zu tun als je zuvor. Überall wurden Überstunden und wenn erforderlich Nachschichten geklotzt, „natürlich“ alles mit Billigung des Betriebsrates.

So konnte die Geschäftsleitung auf der Betriebsversammlung im September 74 stolz vermerken, daß sie wieder den Umsatz steigern konnte, und der Betriebsrat fügte hinzu, daß Siemens den niedrigsten Personalstand seit 30.9.70 hat. Mit diesem Personalstand sei eine Produktivitätssteigerung von 9 % erreicht worden.

Offensichtlich war es dann aber doch mit dem großen Geschäft vorbei, und um den Profit bei weniger Aufträgen dennoch erhöhen zu können, ließ man sich wieder einen besonderen Trick einfallen. Die Arbeiterinnen wurden zu einer Montagebesprechung eingeladen, bei der ihnen in massiver Form deutlich gemacht wurde, daß es bald keine Arbeit mehr für sie im Fernmeldebereich geben würde. Da man aber alles tun wolle, um ihnen dennoch den Arbeitsplatz zu erhalten, bot man ihnen einen „Weiterbildungskursus“ im Bereich des Fernmeldesektors oder eine Umschulung zur Phono- und Stenotypistin an! In erster Linie hatte die Montagebesprechung wohl den Sinn, Angst um den Arbeitsplatz bei den Kolleginnen zu erzeugen. Offensichtlich um den Arbeitsplatz bei den Kolleginnen zu erzeugen. Offensichtlich mit vollem Erfolg: denn heute sind von ehemals 80 nur noch 63 Frauen da! Der andere Aspekt ist wohl der, daß die Firma den gesetzlichen Bestimmungen, Umschulungen anzubieten, hiermit nachkommen wollte. Allerdings ist es wohl nichts anderes als übelster Zynismus, wenn die Kapitalisten den Arbeiterinnen innerhalb des Bereiches, wo sie gerade rationalisiert werden sollen, einen Weiterbildungskursus anbieten. Nicht anders ist es bei der Umschulung zur Stenotypistin.

Anfang Juni dieses Jahres hat man 20 Frauen zum Test für eine „Umschulung zur kaufmännischen

Hilfskraft“ vorgeladen. Dabei wurden ihnen so schwere Fragen vorgelegt, daß es allen Frauen unmöglich war, diesen Test zu bestehen. Im August 74 hatten schon einige besorgte Kollegen zu diesen Maßnahmen der Firma im gewerkschaftlichen Vertrauenskörper Stellung genommen. Sie wiesen auf die Situation im Fernmeldebereich hin und zeigten auf, daß diese Umschulungsmaßnahmen keineswegs den Arbeitsplatz sichern würden. Statt auf die Argumente einzugehen, verteidigte der Betriebsrat die angebotenen Kurse und versuchte die besorgten Kollegen als Miesmacher, die nur destruktive Kritik üben könnten, hinzustellen. Als im November 74 schließlich die Presse bekanntgab, daß Siemens beabsichtigt, 6.000 Arbeiter und Arbeiterinnen im Bereich des Fernmeldewesens zu entlassen, gab der BR auf die Fragen der Kollegen die Antwort: „Die Presse versucht im Moment sowieso nur Panik zu machen, damit die kommende Tarifrunde mit niedrigen Abschlüssen endet. Ihr solltet nicht in das gleiche Horn stoßen!“ Wenn wir jetzt von der miesen Beschäftigungslage reden würden, bekämen die Kollegen Angst, und sie würden keine hohen Lohnforderungen mehr stellen. Bis April dieses Jahres dementierte der Betriebsrat fleißig alle Gerüchte, daß es zu Massenentlassungen kommen wird. Damit half er den Kapitalisten, daß diese in Ruhe ihren Profit durch noch schärfere Ausbeutung erhöhen konnte.

Nun aber möchte Siemens offensichtlich wieder den Personalstand etwas reduzieren und da mit Panikmache allein nichts mehr zu machen ist (wer kann denn noch freiwillig irgendwo anders hingehen) stehen die ersten Entlassungen an. Bis Ende Oktober sollen 20 Frauen gehen, bis Ende des Jahres noch weitere 10. Die Männer werden zum Teil in den Schiffsbau versetzt, denn dort ist gerade gewaltig was für die nächsten 2 Jahre zu tun. Es sollte die Aufgabe des Betriebsrates und der Vertrauensleute sein, die Kollegen darüber aufzuklären, daß es nicht „uns schlecht geht“, sondern daß die Firma Siemens mit diesen Rationalisierungsmaßnahmen versucht, im nächsten Jahr der fünfgrößten Elektrokonzern der Welt zu werden, und es sollte die Aufgabe des Betriebsrates und der Vertrauensleute sein, die Kollegen bei der Abwehr der geplanten Angriffe zu unterstützen.

Betriebszelle SIEMENS
KB/ Gruppe Hamburg

VW-Werk im Irak geplant

Die geplanten Massenentlassungen in den VW-Werken der BRD werden zur Zeit zügig durchgeführt. So sind seit Jahresanfang bisher 12.000 Arbeiter weniger beschäftigt. Über 5.000 sollen noch in diesem Jahr folgen. Anders sieht es dagegen in den Audi-NSU-Werken aus. Von den fast 7.000 Entlassungen sind bisher „erst“ 1.300 durchgeführt, der AUDI-Vorstand plant daher demnächst größere Massenentlassungen in einem Schub. Die VW-AUDI-Bosse haben sich hierfür offensichtlich ganz bewußt die Urlaubszeit ausgesucht, um einheitliche Protestaktionen der Arbeiter von AUDI/NSU zu verhindern.

Während die geplanten Entlassungen von 25.000 Arbeitern verwirklicht werden, verstärkt VW seine Auslandsaktivitäten. Nach dem Bekanntwerden des Ausbaus von VW do Brasil (vgl. AK 61) nehmen die Pläne für eine Montage-Werk in den USA konkretere Formen an: dem Besuch von VW-Boß Schmücker in den USA folgte jetzt Ende Juni eine Delegation von VW-Ingenieuren, die bei Chrysler in Detroit Montagewerke besichtigen und die Umstellung auf VW-Montage prüfen.

Die neueste bekanntgewordene Auslandsinvestition ist ein VW-Motorgewerk im Irak, das für 300 Millionen Dollar (!!) 1977/78 schlüsselfertig geliefert werden soll. In diesem Werk sollen in seiner Endstufe 50.000 Wagen täglich produziert werden. Zur Zeit strei-

ten sich noch das Wolfsburger Werk und VW do Brasil, wer das Werk aufstellen soll, beziehungsweise wer welchen Anteil am Aufbau hat.

Allerdings: „Es spricht... auch viel dafür, daß die brasilianische Tochter den Wolfsburgern mit dem Irak-Projekt kein Geschäft „wegschnappt“, sondern hier nur aufgrund des speziellen brasilianischen Hintergrundes zum Zuge kommt“ (FAZ, 16.6.75). Diese speziellen „brasilianischen Hintergründe“ liegen vor allem in den brasilianischen Hungerlöhnen und der „großzügigen“ Subventionierung eines derartigen Projektes durch die brasilianischen Faschisten.

Während die VW-Bosse in der Öffentlichkeit versuchen, den Eindruck zu erwecken, sie würden nur gezwungenermaßen entlassen, um den Konzern „gesund zu schrumpfen“, und damit die verbleibenden Arbeitsplätze zu sichern, erweist sich in Wahrheit, daß der geplante Abbau der Kapazitäten im Inland und der Kapitalexpert, sowie die Produktion in Billiglohnländern auf Kosten von Massenentlassungen in der BRD verstärkt wird.

Gerade mit dieser Demagogie haben sich die Kapitalisten bei kräftiger Unterstützung durch sozialdemokratische Betriebsräte und Gewerkschaftsführer bisher das Stillhalten der VW-Arbeiter erkauft.

KB/Gruppe Bremen

Demag-Kalletal

„Lieber jetzt hungern als im nächsten Jahr verhungern“

Am Mittwoch, dem 11. Juni, traten sieben IGM-Betriebsräte und -Vertrauensleute der Demag-Kunststofftechnik aus Kalletal (Ostwestfalen) in einen dreitägigen Hungerstreik vor dem Gebäude der Hauptverwaltung der Mannesmannwerke (MMW) in Düsseldorf, denen der Betrieb im Kalletal zu 90 % gehört. Durch diese Aktion, die mit einer Pressekonferenz der Betriebsräte am 14. Juni ihren (vorläufigen) Abschluß fand, sollte noch einmal drastisch und deutlich auf die verzweifelte Lage der Kalletaler Kollegen aufmerksam gemacht werden. (Hierzu siehe auch unsere Berichte in ARBEITERKAMPF Nr. 55, 56 u. 57). Zur Notwendigkeit dieser Maßnahme erklärte der Betriebsrat Belling: „... Seit Januar (d.J., AK) haben wir zehnmal demonstriert. Einmal sogar eine ganze Nacht hindurch. Aber kein Schwein hat sich für uns interessiert. Da haben wir gedacht, mit einem Hungerstreik kommen wir in die Öffentlichkeit...“

derswo entlassen werden. Solche Zusagen gibt es bis jetzt nicht.“ („UZ“, 13.6.75) An anderer Stelle berichtete Reichel davon („WR“, 9.6.), daß Kollegen, die eventuell doch umgesetzt werden würden, nicht nur in weit entfernte Betriebe müßten, sondern auch Einkommensverluste bis zu 1,50 DM pro Stunde zu erwarten hätten.

Gewissenloses Spiel

Genauso faul wie ihr „Arbeitsbeschaffungsprogramm“ sind die von den Konzernleitern vorgeschlagenen „intensiven Bemühungen“, einen Käufer für das Kalletaler Werk zu finden. Dabei ist allseits unbestritten, daß die Fabrik über moderne Produktionsanlagen und qualifizierte Arbeiter und Angestellte verfügt (außerdem schon mal „vorrationalisiert“). Zusätzlich würde die Landesregierung Nordrhein-Westfalens etliche Millionen aus

und „RF“ zur Genüge enthalten.) Beispielfaß soll dies an der Arbeit der „Bürgerinitiative zur Erhaltung der Arbeitsplätze in Kalletal-Extetal“ versucht werden, die vor rund drei Monaten von Betriebsratsmitgliedern von Demag-Kalletal und Betriebsratsmitgliedern aus Werken des benachbarten Extetals gegründet wurde, um eine gemeinsame Front gegen den Abbau von Arbeitsplätzen aufzubauen.

Die Arbeit der „Bürgerinitiative“

Die „Bürgerinitiative“ („BI“) führte am 2. Juni eine Veranstaltung durch, auf der der Stand der Auseinandersetzungen diskutiert und möglichst viele Arbeiter für die Mitarbeit in der „BI“ gewonnen werden sollten. Eingeladen waren Vertreter der IGM und des DGB, NRW-Ministerpräsident Kühn



Acht Betriebsräte der Fabrik vor dem Düsseldorfer Mannesmann-Hochhaus

Acht Betriebsräte der Fabrik vor dem Düsseldorfer Mannesmann-Hochhaus

In der Tat, denn bisher gab es lediglich eine regionale Berichterstattung über die Vorgänge in Kalletal. Sogar eine Betriebsbesetzung („...eine ganze Nacht hindurch...“) fand überregional so gut wie keine Beachtung. Aber trotz des anhaltenden Abwehrkampfes der Kollegen hat die Konzernleitung bisher nichts zugestanden. Die Lage in Kalletal ist heute eher noch schlechter als zu Jahresbeginn. Den Mannesmann-Demag-Herrscher geht es bei der Vernichtung von Demag-Kalletal um eine umfassende Rationalisierung ihrer zwei restlichen Kunststofftechnikwerke in Jünkerath und Nürnberg (ein Darmstädter Werk ist bereits stillgelegt). Der ausschließliche Zweck des Kaufs des Kalletaler Werkes 1969 vom Vorbesitzer Stübbe war also die Ausschaltung eines wichtigen Konkurrenten auf diesem Markt. Scheinheilig sicherte die Demag 1969 der Belegschaft eine Ausweitung der Beschäftigten auf fast das Doppelte zu. Tatsächlich ist seit jener Zeit die Zahl der Arbeiter und Angestellten auf die Hälfte gesunken (von 1.280 auf 580).

Zwischen Bodensee und Nordseestrand ...

Scheinheilig behauptete der Demag-Sprecher Ernst Schmücke am 11. Juni: „Nicht ein einziger Kalletaler ist von Arbeitslosigkeit bedroht“. Und der Konzern bot 66 Umsetzungen an und legte eine Liste von 500 offenen Stellen aus dem Mannesmann-Demag-Konzernbereich vor.

Doch dieses „Angebot“ ist reine Augenwischerei, abgesehen von dem Zynismus, der darin liegt, Arbeiter und Angestellte von einer Gegend in die andere („zwischen Bodensee und Nordseestrand“) verschoben zu wollen. Dazu K. Reichel, Bevollmächtigter der IGM-Detmold: „Es stimmt auch nicht, daß Mannesmann uns 600 neue Arbeitsplätze angeboten hat. Es waren nur 40 Planstellen für Diplomwirtschaftler, aber davon gibt es nur einen in Kalletal, und der hat außerdem die Aufgabe, das Werk stillzulegen. Und Umsetzungen in andere Demag- und Mannesmann-Betriebe werden von uns nur dann akzeptiert, wenn dafür keine anderen Kollegen in Nürnberg, Jünkerath, Dutsburg oder an-

dem „Struktur-Plan“ (Förderung der Industriensiedlung in strukturschwachen Gebieten) bei der Nicht-Schließung lockermachen. Daher kann es an Interessenten doch eigentlich nicht mangeln. Tatsache ist aber, daß die Demag Vorbehalte macht, was zukünftig produziert werden dürfte, damit ihr nicht die mit dem Kauf 1969 ausgeschaltete Konkurrenz erneut erwächst. So trat auch der Vorbesitzer Stübbe von seinen Rückkaufabsichten wieder zurück.

Wie kämpft die IGM?

Der Hungerstreik ist ohne Zweifel eine wichtige publikationswirksame Aktion gewesen.

Solidaritätsbekundungen waren bis zum Zeitpunkt des Hungerstreiks auf einzelne Jugendvertretungen des Konzerns beschränkt. Erst nach dem Hungerstreik lassen sich Solidarisierungsprozesse innerhalb des Konzerns absehen (inzwischen 29.000 Solidaritätsadressen).

Der Hungerstreik (zu dem die Kollegen extra Urlaub genommen hatten und der deshalb momentan noch nicht als eine neue Form des Arbeitskampfes entwickelt ist) wurde von der IGM organisatorisch und durch Pressemitteilungen unterstützt. Allerdings stand diese Art der Unterstützung auf der selben Ebene wie die Organisation von Busfahrten aus Kalletal zum Hauptsitz der Konzernleitung in Düsseldorf. Dies waren zwar publikumswirksame Aktionen – sie wurden aber seitens der IGM lediglich mit der Forderung nach erneuten Verkaufs-Verhandlungen verbunden.

Entschiedeneren Kampfformen, die die Schließung des Werkes auf jeden Fall verhindern sollen, trat die IGM bisher leider erfolgreich entgegen. So versuchte sie u.a., die Möglichkeiten eines Streiks, wie sie von einigen BR-Mitgliedern erwogen wurden, konsequent herunterzumachen. Dies anzumerken heißt nicht, die kämpferischen Aktionen der Kalletaler Kollegen geringzuschätzen, sondern ist notwendig, um von der realistischen Einsicht in den gegenwärtigen Bewußtseinsstand die bisher abgelassenen und die zukünftigen Aktionen richtig einschätzen zu können. (Beispiele für das Hochjuben der Kalletaler Aktionen sind in „KVZ“

- ▷ Vertreter der bürgerlichen Parteien
- ▷ ein Pfarrer
- ▷ die Direktion des örtlichen Arbeitsamtes und
- ▷ Kollegen der – ebenfalls von Stilllegung bedrohten – Erwitter Zementfabrik.

Ministerpräsident Kühn war in der Einladung gebeten worden, zu der „Sozialverpflichtung“ des Privateigentums, von der die NRW-Landesverfassung und das Bonner Grundgesetz schwafeln, Stellung zu nehmen. In der schriftlichen Ablehnung der Einladung durch die Staatskanzlei NRW stellte Kühn klar, daß es in „unserer marktwirtschaftlichen Ordnung“ allein dem Unternehmer überlassen ist, über Investitionen, Rationalisierung, Entlassungen, Werkschließungen usw. zu entscheiden und die Konstruktion eines Verfassungsbruches daher abwegig sei.

Der Ablauf der Veranstaltung:

1. Einleitendes Referat der „BI“, das der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende hielt, das über die Pläne der Kapitalisten berichtete.
2. Referat der Direktion des Detmolder Arbeitsamtes. Sie machte deutlich, daß bei der Schließung des Werkes Kalletal die Arbeitslosenquote im Bereich Lemgo auf 7,3%-7,4% steigen würde, bei einer Kurzarbeiterquote von schon 7% derzeit. Bei dieser Rechnung wären aber die Pendler aus den benachbarten Arbeitsamtsbezirken, die in Kalletal arbeiteten, noch nicht einmal erfasst. Im Arbeitsmarktbereich Lemgo stünden aber zur Zeit nur 19 offene Stellen im Bereich Metall und 28 offene Stellen im kaufmännischen Bereich zur Verfügung! Abgebaut werden könne in Zukunft daher höchstens die „saisonale Arbeitslosigkeit“ – und die beträfe nicht den Metallbereich!
3. Referat eines Kollegen der Erwitter Zementfabrik, dessen zusammengefaßter Inhalt nebenstehend wiedergegeben ist. Deutlich wurde, daß die Kalletalarbeiter viel vom Erwitter Kampf lernen können.
4. Diskussion unter folgender Fragestellung:
 - ▷ Wie können die Bürger Kalletals die Belegschaft von Demag-Stübbe unterstützen?
 - ▷ Welche Hilfsmaßnahmen sind von politischer Seite her notwendig und möglich?

BÜRGERINITIATIVE

ZUR ERHALTUNG DER ARBEITSPLÄTZE IN KALLETAL-EXTERTAL

KAMPF GEGEN DIE SCHLIEßUNG DES DEMAG-MANNESMANN ZWEIGWERKS IN KALLETAL - KALLDORF

- Friedrich Stübbe erbaute diesen Betrieb mit öffentlichen Geldern
- Beim Verkauf an den DEMAG-Konzern erhielt Stübbe 1969 ca. 80 Mill. DM

WIE GING ES WEITER?

- Die Belegschaft sollte von 1200 auf 2500 Mann erhöht werden
- Die Belegschaft ist inzwischen auf 500 Arbeitnehmer zusammengeschmolzen
- Nach den Plänen des Konzerns soll der Betrieb bis Ende 1975 geschlossen werden

HEUTE WISSEN WIR:

ES GING NICHT UM DIE SCHAFFUNG VON ARBEITSPLÄTZEN, DER BETRIEB WURDE GEHAFT, UM DIE KONKURRENZ AUSZUSCHALTEN!

DER GRUND FÜR DIE SCHLIEßUNG IST DIE ANGELICH SCHLECHTE GESCHÄFTSLAGE.

WIE SIEHT DIE WIRKLICHKEIT AUS?

UNTERNEHMERBILANZ	ARBEITNEHMERBILANZ
Mannesmann 1974	
- Umsatzerlösteigerung 37%	-- KURzarBEIT
- Gewinnsteigerung über 37%	-- ENTLASSUNGEN
- Erhöhung der Dividende von 10% (1973) auf 14%	-- WERNISCHLIEßUNG
Demag	-- VERLUST DER EXISTENZ
- Umsatz 1,6 Milliarden DM	
- Bilanzgewinn 22,4 Millionen DM	
- Erhöhung der Dividende von 10% (1973) auf 22,4%	
- Auftragsleistung 2,4 Mrd. DM (26% Steigerung gegenw. Vorj.)	
- Auftragsbestand 1,6 Mrd. DM (Steigerung um 52%)	

Schon durch diese Fragestellung der Veranstalter war klar, daß sich die Schaukämpfer der Gewerkschaft und SPD zu Wort melden würden. So stellte der DGB-Kreisvorsitzende Helmut Herrmann die Verkaufsverhandlungen mit einem ominösen amerikanischen Konzern, die vom Betriebsrat schon von Anfang an als Lüge gekennzeichnet worden war, wieder als „ernst zu nehmenden Versuch“ des Konzerns dar, das Werk zu verkaufen und Arbeitsplätze zu erhalten. „Leider“ hätte sich diese schöne Hoffnung zerschlagen. Diese Argumente lagen auf der gleichen Ebene wie das „Eingreifen“ des IGM-Vorsitzenden Loderer, von dem der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende in seinem Referat berichtet hatte. Höchstpersönlich sei der IGM-Vorsitzende (nicht als Mitglied des Demag-Aufsichtsrates, sondern „nur“ als Gewerkschaftsfunktionär) in Kalldorf gewesen und hätte sich von der Modernität der Anlage überzeugt. Selbst ihm wäre „unverständlich“, warum der Konzern so einen hochmodernen Betrieb schließen wolle. Loderer hätte dann versprochen, persönlich (!) auf Overbeck (Mannesmann-Vorstandsvorsitzender) einzuwirken, um den Rückkauf (!) durch den ehemaligen Besitzer Stübbe zu erreichen. Außerdem hätte er auf die „Fürsorgepflicht des Konzerns“ (ha,ha!) hingewiesen und daß es gelte, die Möglichkeiten zu prüfen, einen anderen Produktionsbereich des Demag-Konzerns nach Kalldorf zu verlagern.

An diesen Äußerungen zeigte sich beispielhaft die Vorgehensweise der Gewerkschaftsvertreter, übrigens gleichermaßen die ihrer Parteifreunde von der SPD. Die Kollegen wurden und werden ständig vertrieben mit dem Hinweis auf Verhandlungen und Kontaktaufnahmen auf „höchster Ebene“ (nach dem Motto: Janssen, IGM Bezirksleiter Münster, spricht mit seinem Freund Heinz Kühn, Heinz Kühn spricht mit Riemer usw. usw.).

Herausgekommen ist dabei für die um ihre Existenz kämpfenden Kollegen gar nichts! Bezeichnend für die Rolle dieser „Arbeitnehmervertreter“ ist z.B. auch die Tatsache, daß das Gerücht von „Verkaufsverhandlungen auf höchster Ebene“ sich just zwei Tage nach der Landtagswahl in NRW zerschlug! Zufall? Methode!!

Die Taktik von Gewerkschaftsvertretern und SPD-Politikern besteht eben darin, durch den Hinweis auf Verhandlungen jedwede selbständige Regung zu vermeiden, und da dies nicht mehr zuverlässig klappt, durch Verstrickungen zu untergraben, als illusionär darzustellen und wenn das auch nicht mehr hilft, als gewerkschaftsfeindlich zu diffamieren.

So „erfreuen“ sich einige BR-Mitglieder, die in der BI einen sinnvollen Ansatz für die Unterstützung ihres Existenzkampfes sehen (oder schon sahen?), ständiger Drohmänner durch den IGM-Beschlagnahmungen der zuständigen Verwaltungs-

stelle, Karl Reichel. Die IGM war nicht einmal bereit, innerhalb des Demag-Mannesmann-Konzerns umfassend über die Situation der Kalletaler Kollegen zu informieren. Sie stellte sich der von Kalletaler Kollegen geplanten Sitzung von Betriebsräten und Vertrauensleuten des Gesamtkonzerns entgegen.

Diesen „Arbeitervertretern“ kommt bei ihren Täuschungsmanövern zugute, daß das Vertrauen in die eigene Kraft, die Einsicht, sich selbständig organisieren zu müssen, sowie die Klarheit über die Rolle der bürgerlichen Parteien und der bürgerlichen Verfassungen bisher wenig entwickelt sind. Daß sie damit immer wieder Erfolg hat, zeigt die Tatsache, daß einige Mitglieder der BI und auch das Solidaritätskomitee in Bielefeld (das schon durch eine Reihe gut besuchter Veranstaltungen den Kampf in Kalldorf unterstützt hatte) noch einen Tag vor dem Hungerstreik nicht informiert wurden, obwohl die Betriebsratsmitglieder (die in der BI mitarbeiten) schon den „Tatort“ in Düsseldorf besichtigten. Der Kampf in Kalldorf hatte noch einen Tag vor dem Hungerstreik nicht informiert wurden, obwohl die Betriebsratsmitglieder (die in der BI mitarbeiten) schon den „Tatort“ in Düsseldorf besichtigten.

Anscheinend haben sich diese Kollegen nach ihrer Hungerstreik-Aktion noch mehr dem Druck der Gewerkschaftssekretäre gebeugt, da sie ankündigten, daß in Zukunft nur noch Aktionen über die IGM laufen würden. Der zaghafte Versuch der eigenständigen Organisation in der BI ist anscheinend so gut wie gescheitert.

Der IGM-Führung ist es damit gelungen, die Millimeter, die die Kollegen vom Weg der Verhandlungen und Verstrickungen abgegangen sind, zurückzuerobern. Als Beispiel lassen sich auch die Verhandlungen um einen Sozialplan anführen. Der Konzern hatte seinerseits einen provokativen Sozialplan vorgelegt, der weit hinter den Sozialplan bei den letzten Entlassungen zurückfiel. Dieser Sozialplan wurde auch kurz vor dem BR abgelehnt.

Der Eintritt in Neuverhandlungen um einen besseren Sozialplan ist jedoch schon Ausdruck eines politischen Rückschrittes. Wurde bisher immer gegen die Schließung des Werkes gekämpft, so werden jetzt seitens des Betriebsrates und der IGM die Verhandlungen mit der Alternative geführt: entweder Produktionsverlagerung oder Sozialplan.

Die Kollegen im Betrieb sind über nichts konkret informiert. Es geistern Ablösungssummen von 20.000 bis 30.000 DM durch die Luft.

Gegenüber dieser zurückweichlichen Haltung, die gezielt von der IGM erzwungen wurde, müssen die Kollegen von Demag-Kalletal an der Forderung „keine Schließung des Werkes Kalletal“ festhalten.

Betriebszelle CONZ-DEMAG, KB-Gruppe Hamburg und Göttinger Genossen

Erwitter Zementarbeiter bringen wichtige Erfahrungen

(Zusammenfassung aus dem Bericht eines Erwitter Zementarbeiters vor der Bürgerinitiative zur Erhaltung der Arbeitsplätze in Kalletal-Extertal)

Der Kollege wies darauf hin, daß die Erwitter Zement-Arbeiter zwar durch das Arbeitsgericht Recht bekommen hätten, daß aber diese Rechtsprechung nicht gleichbedeutend mit der Wiedereinstellung aller Arbeiter durch den Unternehmer sei und sie um die Einlösung dieses Rechts weiterkämpfen würden (ein Tag später, am 3. 6. wurde ja auch prompt die Reaktion Seibolds bekannt: Aussperrung von 100 Arbeitern).

Die Vorbereitung von Kampfmaßnahmen wäre schon lange vor den Kündigungen getroffen worden. Die planlose Kapazitätsausweitung (hohe Überstundenzahlen) und der Preisanstieg auf dem Zementmarkt hätten angekündigt, daß die Auswirkungen dieses Konkurrenzkampfes nur die Arbeiter treffen würden. Sie sollten entlassen werden. In einer aktiven gewerkschaftlichen Arbeit wären die Kollegen schon lange vorher darauf vorbereitet worden, u. a. durch gewerkschaftliche Bildungsarbeit. Diese hätte während des Streiks die Verarbeitung der konkreten Erfahrungen zum Inhalt gehabt und z. T. im Werk stattgefunden. Man hätte sich auf einen langfristigen Arbeitskampf eingerichtet und systematisch die Ansätze der Resignation in den eigenen Reihen bekämpft. Das Bewußtsein wäre verankert worden, daß es nicht mehr nur um das persönliche Schicksal jedes Einzelnen gehe, sondern daß es sich um einen exemplarischen Fall für alle Arbeiter in der BRD handle.

Eine wichtige Rolle spiele auch die selbständige Pressearbeit (um ungekürzt die eigenen Positionen bekannt zu machen). Die „Streikstimme“ wäre zuerst in einer Auflage von 4.000 Exemplaren erschienen, hätte bei der 2. Ausgabe auf 27.000 gesteigert werden müssen und würde jetzt in einer Auflage von 30.000 gedruckt.

Dort würden die unternehmerischen Willkürmaßnahmen dargestellt. Das Interesse in der Bevölkerung wäre zunächst ziemlich groß gewesen, aber mit der Intensivierung der Auseinandersetzungen hätte sich eine politische Polarisierung vollzogen. Auf diejenigen, die nur der „Sensationscharakter“ angesprochen hätte und die mit der zunehmend politischer werdenden Argumentation der Arbeiter nicht einverstanden wären, hätte man schnell verzichten müssen. Ebenso wichtig wären und seien öffentliche Diskussionen, verbunden mit Solidaritätssammlungen (z. B. der Verkauf von 15.000 Zementsäcken auf den Märkten der benachbarten Städte).

Die Einladungen zu anderen Werken, die Delegationen anderer Werke – all dies habe geholfen, diesen Konflikt bekannt zu machen und solidarische Unterstützung der Kollegen anderer Betriebe zu finden (in Solidaritätssammlungen kamen insgesamt 170.000 DM zusammen!).

Wesentlicher Bestandteil dieses Arbeitskampfes wäre der Versuch gewesen, die Frauen der Kollegen einzubeziehen, sie von der Notwendigkeit des Arbeitskampfes zu überzeugen. Dies gelänge neben der praktischen Einbeziehung (Verpflegung) hauptsächlich durch eigens für die Frauen durchgeführte Diskussions- und Schulungsveranstaltungen.

Der Kollege berichtete auch, es sei gelungen, die vom Unternehmer gerufene Polizei durch Diskussionen bisher von einem Eingriff abzuhalten. (Dies wird u. E. jedoch keine Garantie bei weiterer Zuspitzung der Auseinandersetzungen sein!).

Spendenaufwurf

Die Kalletaler Arbeiter und Angehörigen stehen mit ihren Aktionen zur Zeit im Kampf gegen die Rationalisierungs- und Entlassungswelle in Westdeutschland vorn. Dabei verdienen sie unsere volle Solidarität.

Spendenkonto: Kreissparkasse Lemgo 4/69 89 57

Umschulung – eine Falle für die Kollegen

Zu Beginn der sich entwickelnden Wirtschaftskrise und in deren weiteren Verlauf bot der Staat, das Arbeitsamt betroffenen Kollegen Umschulungsmaßnahmen an. Viele Kollegen, die der kapitalistischen Arbeitssetze nicht standgehalten hatten und körperliche Schäden davontrugen, und diejenigen, die aus der Sackgasse der sie bedrückenden Arbeitslosigkeit heraus wollten, griffen zu diesem „werten Angebot“. (Für den Kapitalistenstaat bietet sich natürlich ein politischer Schachzug an. Einerseits kann er sich vor der arbeitenden Bevölkerung als „sozialer Rechtsstaat“ aufspielen; andererseits verschleiert er aber durch Umschulungsmaßnahmen die tatsächliche hohe Zahl von Arbeitslosen.) Die Bedingungen einer Umschulung sind im ersten Moment sehr attraktiv: 80% vom letzten Nettolohn, Fahrgeld, Essenzuschuß. Wahrscheinlich ein Kuchen, der gut schmeckt. Aber Vorsicht – dieser Kuchen kommt aus der Bäckerei des kapitalistischen Staates und ist innen faul.

Die Ausbildung zum Bürokaufmann dauert insgesamt zwei Jahre. Der Umschüler erlernt theoretische Grundlagen in Bürowirtschaft, Wirtschaftslehre usw. und schließt das erste Jahr mit einer Prüfung ab. Mit bestandener Prüfung hat er die „anerkannte Qualifikation“ eines Büropraktikers (in der Praxis ein besserer Bleistiftanspitzer!) erlangt. Für diesen Beruf zahlt der Kapitalist 850,-DM brutto – wenn er überhaupt einstellt, denn Büropraktiker sind fast kaum gefragt.

Um in das zweite Ausbildungsjahr, das mit der Prüfung vor der Handelskammer endet (Kaufmannsgehilfenbrief), eingestuft zu werden, muß sich jeder Umschüler selber eine Praktikantenstelle für drei Tage in der Woche in einem anerkannten Ausbildungsbetrieb suchen. Findet er keinen Praktikantenplatz (kaufmännische Berufe stehen an zweiter Stelle der Arbeitslosigkeit), ist die Umschulungsmaßnahme für ihn zerbrochen. Das Arbeitsamt „beruhigt“: „Sie haben in solch einem Fall selbstverständlich Anspruch auf Arbeitslosengeld.“ Wie „sozial“ ist doch dieser Staat des Kapitals eingestellt, der Umschüler ohne Berufsperspektive, Arbeitslose produziert. Welche „soziale Errungenschaft“ ist auch diese Regelung für umgeschulte arbeitslose Kollegen: Bemessungsgrundlage für das Arbeitslosengeld ist nicht der frühere Verdienst vor der Umschulung (nehmen wir nur den relativ hohen Verdienst eines ehemaligen

Maurers), sondern das tarifliche Entgelt des zukünftigen Berufes. Für Bürokaufleute im ersten Berufsjahr entspricht das 1150,-DM brutto. Davon noch einmal 68% netto beträgt das Arbeitslosengeld. Ein Hungerlohn – ein realer Lohnabbau, die Rutschbahn in den Keller der kapitalistischen Gesellschaft.

Umschulkampf ist Klassenkampf

Umschulkampf ist Klassenkampf

Die Lernbedingungen an der Umschulungsstätte selber (Grone-Schule am Berliner Tor) sind überdies katastrophal.

Akuter Raumangel: der sich noch verschärft, weil die Schule 300 neue Schüler aufnahm, für die einfach der Platz fehlte.

Wanderklassen: Die Schule mietete Räume und Büros in den anliegenden Straßen, um der Situation Herr zu werden (was ihr aber nicht gelang!). Die Schüler werden als Wanderklassen in einem Umkreis von einem Kilometer um das Hauptgebäude (Heidenkampsweg 32) umhergejagt. Pausen gibt es nicht mehr zur Erholung, sondern um in den entfernten Klassenraum zu hetzen. Der Raumangel geht sogar so weit, daß der Deutschunterricht für eine Klasse in einem vollausgerüsteten Schreibmaschinenraum (!) stattfinden muß.

Kein Fachbezogener Unterricht: Großhandels- und Bürokaufleute werden zur gleichen Zeit in ein und denselben Deutschkurs verfrachtet, obwohl fachlich differenzierter Unterricht für die Prüfung notwendig ist.

Leserbrief:

Schwarzarbeit?

In einem großen Hamburger Kaufhaus kann man für 5,20DM pro Stunde schwarzarbeiten (Teppiche reinigen). Daß hauptsächlich ausländische Kolleginnen und Kollegen hier beschäftigt sind, wirft ein Bild auf die soziale Lage der Kollegen, denn sie bekommen in der Regel weniger Geld als ihre deutschen Kollegen. Innerhalb des Kaufhauses sind wir der totalen Rechtlosigkeit ausgesetzt, da wir keine Verträge haben.

Wenn z.B. ein Kollege vier Tage nicht erscheint, werden ihm 70 DM abgezogen. Bei vier Tagen würde er (die tägliche Arbeit dauert eineinhalb-

Leistungsdruck: hervorgerufen durch die verkürzte, zusammengestauchte Ausbildungszeit und die üblichen Bedingungen an der Schule lasten nach wie vor schwer auf den Schülern. Das erzeugt wiederum den Konkurrenzkampf, die Spaltung der Umschüler untereinander. Proteste wurden laut über die untragbare Situation, welche den geregelten Schulbetrieb aus dem Gleichgewicht zu werfen droht. Besonders die Klasse BG 1.11.74 hatte mit diesen Mißständen zu kämpfen.

Die Schulleitung ordnete darüber hinaus an, daß diese Klasse ab sofort am Nachmittag zum Unterricht zu erscheinen hätte. Die Schulleitung behauptete, jeden Winkel der Schule 12 Stunden und mehr voll auszunutzen zu wollen. Das war unannehmbar für die Kollegen: Der zugesicherte halbe Tag für Schularbeiten wäre weggefallen, der Tag zerrissen; erst am Abend wären die Kollegen zu Hause gewesen (teilweise Lübecker!).

Die Umschüler verlangten ein Gespräch mit der Schulleitung. Aber diese Bürokraten zeigten nur die kalte Schulter und lehnten ab; ja, sie beleidigten sogar die Schüler, es stünde im freien Ermessen der Schulleitung, aufgrund der ihr zustehenden Kompetenzen, die Umschüler derart zu behandeln. So ging es nicht weiter. Spontan marschierten die Kollegen zum Büro des Direktors und forderten die sofortige Rücknahme der Regelung. Sie hatten Erfolg, die Schulleitung führte den Unterricht wie gehabt am Morgen wieder ein.

Die Klasse hatte einen Teilerfolg errungen. Aber man war sich darüber einig, daß durch diesen Erfolg andere Klassen zusätzlich zu leiden hätten. Außerdem bestanden die unmöglichen Zustände weiterhin und verschlimmerten sich weiter. Es war notwendig, verstärkte Agitations- und Propagandarbeit unter den Schülern zu entwickeln. Einige fortschrittliche Schüler beschlossen, ein Flugblatt zur Aufklärung und Mobilisation gegen die Mißstände und ihre Urheber herauszugeben. Das Flugblatt erschien.

Ein Teil der Schüler der BG 1.11.74 geriet aus Angst vor Repressalien ins Schwanken und distanzierte sich von dem Flugblatt. Das nutzte die Schulleitung taktisch aus. Der Klassen-sprecher der BG 1.11.74 erhielt einen Brief von der Schulleitung, in dem er beschuldigt wurde, mit dem Flugblatt den Hausfriedensbruch „tangiert“ zu haben; ein sofortiges Hausverbot und die Androhung gerichtlicher Schritte gegen ihn wurden ausgesprochen. Ein harter Schlag für die Schüler insgesamt.

Die Schulleitung veröffentlichte den Rauschmiß an jedem schwarzen Brett als abschreckendes Beispiel für jeden, der es wagen sollte, Kritik an den weiterhin bestehenden üblen Verhältnissen zu üben. Eine angestregte gerichtliche Klärung dieses spektakulären Manövers der Schulleitung steht noch aus. Ungeachtet dessen muß der unterbrochene Kontakt zwischen gefeuertem Klassen Sprecher, Schülervertretung und Schülerschaft unbedingt wieder hergestellt werden.

Ein AK-Leser

Ein AK-Leser

Ein AK-Leser

Ein AK-Leser

Ein AK-Leser

Ein AK-Leser

Ein AK-Leser

Ein AK-Leser

Ein AK-Leser

Ein AK-Leser

Ein AK-Leser

Ein AK-Leser

Ein AK-Leser

Ein AK-Leser

Der DGB-Kongreß in Hamburg

— ein willkommener Anlaß, Arbeiterinnen und Angestellte an

Im „Jahr der Frau“ sah sich die DGB-Führung bemüht, im Rahmenprogramm eine kleine „Emanzipationsnummer“ aufzuführen zu lassen. Anlaß der „Demonstration“ von Hilde Pschunder und einigen Getreuen war, daß die weiblichen Delegierten mit 6,9 % auf der Delegiertenkonferenz extrem unterrepräsentiert waren; Frauen stellen 17,3 % der DGB-Mitglieder.

Hilde Pschunder ist von der Hamburger DGB-Mai-Kundgebung 75 als eine Frau bekannt, die sich nicht zu schade ist, gemeinsam mit „Sparschwein“ Apel und Klose auf einer Kundgebung zu sprechen.

Die „demonstrierenden“ Frauen hatten im abgeschirmten Kongreßgebäude einen Informationsstand mit Material der verschiedenen Gewerkschaften aufgebaut.

Auf einem Glanzdruck der IG-Bau-Steine-Erden (Hilde Pschunder ist Vorsitzende des Bundesfrauenausschusses dieser Gewerkschaft) waren dann so allgemeine wie richtige Forderungen wie „Gleiche oder gleichwertige Arbeitsleistung muß gleichviel wert sein; es darf keine Rolle spielen, ob ein Arbeitsplatz von einem Mann oder einer Frau eingenommen wird“ oder „Gleiche Ausbildungs-, Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten“ zu lesen, auch „Wir setzen uns dafür ein, daß Frauen mit Familienpflichten Einrichtungen, Dienste und Hilfen in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen, die es ihnen erleichtern, ihre beruflichen und familiären Pflichten zu erfüllen“.

Uns ist bisher nicht bekannt, daß Frau Pschunder ihre guten Beziehungen zu Apel und Klose genutzt hätte, um ihnen deutlich zu machen, daß die Sparmaßnahmen nicht im Interesse der Frauen sind, denn durch Schließung von Kindertagesstätten usw. werden die berufstätigen Frauen einer besonders schar-

fen Doppelbelastung ausgesetzt. Die IG-Metall hatte die alten Prospekte vom Jahr der Arbeitnehmerin aus dem Schrank gekramt. (Das ist eben der Vorteil solcher „allgemein gehaltenen“ Glanzdrucke: zeitlos gültig und vielseitig verwendbar!).

Bloß nicht konkret werden!

Es ist nicht neu, daß die Gewerkschaftsführung versucht, ihren Mitgliedern mit allgemeinen Sprüchen Aktivität vorzutäuschen. Kommen die Mitglieder aber mal auf die Idee, konkret zu werden, werden sie behindert; beharren sie trotzdem darauf, die Probleme konkret anzupacken, wird der Gewerkschaftsausschluß als letztes Mittel der Einschüchterung eingesetzt. Bei Beiersdorf wurde z.B. gegen die Betriebsratskandidaten der fortschrittlichen Liste „Alternative“, die vor und während des Betriebsratswahlkampfes konkrete Probleme der Kollegen zur Sprache gebracht hatten, Ausschlussverfahren aus der Gewerkschaft eingeleitet. (siehe dazu auch AK Nr. 61, Seite 31, Betriebsratswahlen Beiersdorf).

Auch wenn man ins Gewerkschaftshaus geht, bekommt man dort von den Angestellten der Gewerkschaftsführung nichtssagende Glanzprospekte in die Hand gedrückt; über die Lage der Frau am Arbeitsplatz ist man dort anscheinend nicht orientiert.

Zu dieser Art von Frauenarbeit schreibt denn auch die DGB-Führung anlässlich des Hamburger Bundeskongresses in der „Welt der Arbeit“ (Nr. 21, Seite 6, 23.5.75) sehr richtig: „Gewerkschaftliche Frauenarbeit in allen Einzelheiten darzustellen, ist schwer. Das meiste mußte in unermüdlicher, sich häufig wiederholender Kleinarbeit und auf unterschiedlichem Wege getan werden.

Ihre Erfolge sind oft nicht genau meßbar, wie z.B. bei dem Bemühen, bestimmte Einstellungen oder Verhaltensweisen gegenüber der Rolle der Frau in Wirtschaft und Gesellschaft zu verändern. Man hat meistens vergessen, wer die Probleme zuerst aufgegriffen hat, wenn diese Erfolge sich zu einer Zeit einstellen, in der ein allgemeines Interesse und ein politischer Druck für die betreffende Frage erreicht

verlangt. Menschliche Konflikte spielen eine große Rolle am Arbeitsplatz. Manche Mitarbeiter sind so stark mit privaten Problemen belastet, daß sie einfach nicht mehr ordentlich arbeiten können ...“ Frau Blumenberg wäre „glücklicher, wenn sie die weiblichen Angestellten im 1.300-Mann- bzw. Frau-Betrieb stärker für den beruflichen Aufstieg interessieren könnte“. Die alte Leiter: Frauen haben selbst schuld. Und die dritte: „Betriebsratsarbeit ist für Erika

„Mit besonderem Engagement verfolge ich seit 1966 die gemeinsamen Bemühungen von Bundestag, Bundesregierung und Tarifvertragsparteien, noch vorhandene, die Frauen diskriminierende Lohnbestimmungen aus den Tarifverträgen mit Frauenlohnabschlägen und Leichtlohngruppen (zu beseitigen)...“ „Sollten sich die Arbeitgeber, wie bisher gegen eine gerechte Bewertung der Frauenarbeit sträuben, müssen andere Schritte zur Durchsetzung dieses berechtigten Anspruchs gegangen werden“.

Dem DGB und Annemarie Renger ist dazu schon etwas eingefallen, eine besondere Provokation für alle berufstätigen Frauen:

„Sie suchen „eine mutige Frau“, die für die gleiche Arbeit weniger Lohn bekommt als ihr männlicher Kollege“, um „den Grundsatz ‚Gleicher Lohn für gleiche Arbeit‘ vor Gericht durchzusetzen. Bisher hat Frau Renger nur Briefe von Frauen bekommen, deren Arbeit sich bei näherer Prüfung als nicht völlig gleich mit der des Arbeitskollegen erwies“ („Hamburger Morgenpost“, 15.4.75).

Sicher ist auch Frau Renger das Ergebnis der neuesten Ermittlungen des „Statistischen Bundesamtes“ bekannt, das die „Morgenpost“ in einer winzigen Notiz am 20.3.75 veröffentlichte. Danach verdiente eine Industriearbeiterin 1974 im Durchschnitt 6,80 DM die Stunde, ein Industriearbeiter dagegen 9,55 DM.

Bekannt ist auch, daß Frauen vornehmlich mit Akkord- und Bandarbeit ihre Brötchen verdienen müssen, da die wenigsten von ihnen eine abgeschlossene Lehre haben oder in ihrem erlernten Beruf derzeit arbeitslos wären. Diese Arbeiten aber, die Frauen in der Industrie vorzugsweise vorbehalten sind, liegen in der Lohngruppe einige Stufen niedriger als die ihrer männlichen Kol-



Gern gesehene Frauen auf dem DGB-Kongreß — Bundestagspräsidentin Renger und Maria Weber (CDU)

werden könnte. Dies gilt z.B. für die Kindergärten und die soziale Sicherung der Frauen“. Die meßbaren Erfolge sind z.B. Einsparungen bei Kindertagesstätten!

Davon, wie sich die DGB-Führung die Arbeit von Betriebsrätinnen vorstellt, eine kleine Kostprobe: Interviews mit Betriebsrätinnen in „WdA“ 23.5.75, Seite 15: „Frau Derbacher: Es ist ein tagesfüllender Job, der in erster Linie seelsorgerische Dienste

broich so etwas wie Balletttanz ... Man muß den ganzen Tag auf den Zehenspitzen stehen und nicht müde werden.“

Verhöhnung der Frauen

Anlässlich des Bundeskongresses kam auch Bundestagspräsidentin Renger im DGB-Organ zu Wort: („WdA“ Nr. 22, -30.5.75, Seite 3)

Auf dem DGB-Kongreß unterrepräsentiert — Frauen

Auch wenn wir über den Finger gepfeilt sagen, daß die Gewerkschaftsführer sich auf dem DGB-Kongreß bemüht haben, „eine kleine Emanzipationsnummer“ einzulegen, ist über den berechtigten Anlaß einiger DGB-Frauen zum Protest kein Zweifel. Ganz im Gegenteil!

Sie selbst spürten die reaktionäre, frauenfeindliche Haltung der DGB-Führung am eigenen Leibe, indem ihre gutgemeinte Resolution mit Mißfallen aufgenommen wurde und Vertreterinnen aus ihren eigenen Reihen sich aktiv dieser Initiative in den Weg stellten. Diese Widersprüche und die eigentliche Problematik der gewerkschaftlichen Organisation von Frauen wollen wir in diesem Artikel aufzeigen.

Von den insgesamt 478 Delegierten waren 444 Kollegen und 34 (!) Kolleginnen. Das sind nur knapp 6,9%, obwohl von den gesamten DGB-Mitgliedern die Frauen 17% ausmachen!

Eine ähnliche Diskrepanz zeigt sich bei den Vertretern der ausländischen Kollegen: Von den 478 Delegierten waren ganze drei ausländische Kolleginnen!

In diesem Zusammenhang wollen wir noch kurz einen Überblick über die Altersstruktur der Delegierten geben:

bis zu 30 Jahren	12 Delegierte
bis zu 40 Jahren	60 Delegierte
bis zu 50 Jahren	191 Delegierte
bis zu 60 Jahren	190 Delegierte
über 60 Jahre	25 Delegierte

Von den Delegierten waren 102 Arbeiter, 335 Angestellte, 38 Beamte und drei Rentner.

Die grobe Diskrepanz zwischen dem Organisationsgrad der Frauen im DGB und ihrer Vertretung auf diesem Kongreß, nahmen einige DGB-Frauen zum Anlaß, eine Protest-Resolution vorzutragen zu lassen. In dieser Resolution, die von vielen schönen Worten begleitet war, gingen die Frauen davon aus, daß die rund 1,25 Millionen organisierten DGB-Frauen auf diesem Kongreß „absolut unterrepräsentiert“ seien, was zweifellos eine richtige Erkenntnis ist. Weiter erklärte sie: „Die von uns bejahte einheitliche Gewerkschaft von Männern und Frauen muß endlich begreifen, daß Frauen nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte in den Gewerkschaften haben ...“. Darüberhinaus sprachen sie von einer „Modalität der Wahl“, die so angelegt

ist, daß Männer bevorzugt werden.

Hiermit setzten sich die DGB-Frauen, die diese Resolution einbrachten, trotz ihrer vorsichtigen Worte erst mal in die Brennpunkte. Das hörte ein Großteil der DGB-Delegierten nicht gerne, was sich in Buh-Rufen und „Unruhe“ ausdrückte.

Die DGB-Frauen forderten weiter, die Frauen nicht nur als „Beitragszahler“ zu sehen, sondern sie entsprechend ihrer Mitgliederstärke in allen Gewerkschaftsbereichen zu beteiligen.

Vorurteil: Wo Männer reden, haben Frauen den Mund zu halten.



Vorurteil: Frauen gehören am besten ins Haus.



Postkarten der DGB-Frauen

Vorurteil: Frauen haben einen beschränkten Horizont.



Vorurteil: Frauen können keine Vorgesetzten sein.



Daß die DGB-Führer und Delegierte mit „Unruhe“ ihren Unmut äußerten, wenn die DGB-Frauen — zwar nur schwach — forderten, es müßten „entsprechende Impulse“ von diesem Kongreß ausgehen, die die Rechte der Frauen im DGB besser absichern, ist nur auf ihre reaktionäre Gesinnung zurückzuführen.

Die Wahrheit auch im eigenen Laden zu erkennen, ist besonders schwer!

Ob diese DGB-Delegierten diese Resolution nun nur als Schmuck zum Jahr der Frau oder gar aus naiven ehrlichen Gründen vorbrachten, sei dahingestellt.

Ihre 30 Frauen starke Demonstra-

schlug sich nicht gleich ein Mann in die Bresche, sondern man hat ja schließlich auch Gesinnungsgenossinnen, die ihr Handwerk ebenso gut verstehen und wo die ganze Angelegenheit auch noch mehr nach Anstand ausschaut. Karin Müller, Delegierte der Gewerkschaft HBV (Handel, Banken und Versicherungen) versuchte in übelster Weise, die Gründe für die geringe Frauenbeteiligung auf diesem Kongreß zu verdrehen. Das Motto ist altbekannt: Frauen haben selbst schuld. In ihrer ganzen demagogischen und verlogenen Argumentation enthüllte sie auch gleichzeitig ihre reaktionäre Maske:

„Wer soll denn das Mandat erhal-

ten, auf wichtigen gewerkschaftspolitischen Konferenzen zu sein? Nach meinem Selbstverständnis doch nur die Kollegin oder der Kollege, die nach Auffassung der Mitglieder am besten diese Funktion wahrnehmen können. Und das kann nur eine Sache und darf keine Personalentscheidung sein.“

Und jetzt die Hürde, über die jede Frau springen soll:

„Wer allerdings gewählt werden will, der muß Leistungen bringen, im Wettstreit mit anderen auch der Bessere sein wollen, Mut zeigen und einen Standpunkt vertreten können ...“

Sie selbst bescheinigte sich dann arrogant, daß sie selbst all diese Leistungen (!) vollbringe. Sie selbst möchte da nicht mit Frauen gleichgestellt werden, die „möglicherweise nur um des Proporz willen (!) Mandate erhalten“. Hört, hört!

Diese hochtönenden Worte schienen maßgeschneidert für die Herren im DGB, denn sie brachen zu immer neuen Hoch-Rufen aus. (Nicht einmal H. Schmidt oder gar Vetter erhielten so viel Beifall wie diese Bourgeoisietante.)

Der Beifall für K. Müller gipfelte in euphorischem Jubelgeschrei, als diese Dame zum letzten vernichtenden Schlag ausholte: „... wie lange will sich der DGB diesen Vorwurf eigentlich noch gefallen lassen“!!! An Originalität wurde diese Dame nur noch von Maria Weber (CDU-Frauenausschuß) übertroffen, die meinte, die Lösung gefunden zu haben: „Alle Frauen müßten mal acht Tage streiken“?!? Bringen es die Gewerkschaften doch nicht einmal fertig, bei viel aktuelleren Dingen, wie Rationalisierung und Entlassungen die Kollegen auf die Straße zu rufen.

Außerdem solle man sich doch mal fragen, was die Partei dieser Dame wohl zu diesem Vorschlag (so er ernstgemeint ist?) sagt? ? ?

Die eigene Verantwortung, daß nicht mal prozentual die Frauen gleichberechtigt auf diesem Kongreß vertreten sind, wird hier völlig verwischt. Schließlich findet man immer einen Grund. Hier haben die Frauen selbst schuld. Bei den ausländischen Kollegen sind es die mangelnden Sprachkenntnisse etc. etc. etc.

Eine Kollegin wie Gisela Kessler von der IG Druck und Papier hatte es sehr schwer, sich gegen diese Demagogie zu wehren. Sie wagte es, auch gesellschaftliche Ursachen für

die geringe Frauenbeteiligung anzusprechen. Z.B. sprach sie von der doppelt so hohen Frauenarbeitslosigkeit von der typischen Hausfrauenrolle und den bestehenden Leichtlohngruppen. Natürlich entsprach diese Wahrheit, auch wenn sie nur angeippt wurde, längst nicht so dem Geschmack des Kongresses.

Für eine verstärkte gewerkschaftliche Organisation der Frauen

Angesichts Hunderttausender weiblicher Arbeitskräfte, die in der Industrie tätig sind, ist die Einbeziehung der Frau in die Gewerkschaftsarbeit eine wichtige Aufgabe im Klassenkampf. Und das nicht erst im Jahr der Frau.

Aufgrund einer immer verfeinerten Produktion und aufgrund der Billigkeit ihrer Arbeitskraft sind immer mehr Frauen in die Produktion einbezogen worden.

Allgemein wird die Arbeitskraft der Frauen billiger als die der Männer bezahlt. Die hieraus folgende Lohnspaltung trifft besonders hart die weiblichen Arbeitskräfte. Aber auch die Arbeiter werden dadurch unter einen stärkeren Druck gesetzt. So werden wegen ihrer niedrigen Löhne die Frauen zu Konkurrenten, zu Lohndrückerinnen der Männer.

Diese Funktion der „Frauenlöhne“ hat eine jahrhundertalte Tradition und wird immer besonders deutlich in wirtschaftlichen Krisen des Kapitals. Immer fliegen die Frauen zuerst aus den Betrieben. So wurde von rückschrittlichen Kollegen bei VW sogar die Forderung laut, doch zuerst die „Zweitverdiener“ (Frauen) zu entlassen.

Zu sehen, daß hiermit nicht nur jeder Kollegin der Arbeitsplatz kampflös genommen wird, sondern sich die Kollegen ins eigene Fleisch schneiden, nämlich ihre vom Kapitalisten geplante Entlassung nur „aufgeschoben“ (bestenfalls) aber nicht „aufgehoben“ wird, ist für die Kollegen in ihrem Kampf gegen Entlassungen und Rationalisierung von entscheidender Bedeutung.

Auf der anderen Seite, in einzelnen Industrien, wo die Frauenarbeit eine bedeutende Rolle spielt (chemische Industrie und Textilindustrie) ist jede Bewegung für bessere Löhne, gegen Entlassungen und Rationalisierung etc. von vornherein unmöglich, weil sie an der Haltung

der Nase herumzuführen

legen. In den meisten Frauenbetrieben sind zudem sog. „analytische Arbeitsbewertungsverfahren“ mit Zustimmung der überwiegend sozialdemokratischen Betriebsräte von den Kapitalisten durchgesetzt worden. Danach wird nun auch „wissenschaftlich“ nachgewiesen, daß die Arbeiten, die die Masse der Frauen in der Produktion verrichten, weniger „wert“ sind, als die ihrer männlichen Kollegen.

Das Problem ist eben, daß die Frauenarbeit in dieser Gesellschaft schlechter bezahlt wird als Männerarbeit. Neben der Praxis, für „Frauenarbeit“ – oft nervenaufreibende Fummelarbeit – weniger zu bezahlen, leisten sich etliche Kapitalisten die Frechheit, Frauen auch bei gleicher Arbeit schlechter zu bezahlen, oft sind es dann nur unterschiedliche Stücke, die mit demselben Gerät auf dieselbe Art bearbeitet werden.

Grundsätzlich ist die Verfassungswidrigkeit von Frauenlöhnen auch schon gerichtlich festgelegt worden, nämlich 1955.

Dieses provokatorische Angebot einer Annemarie Renger wird aber voll unterstützt von der Argumentation der DGB-Führung, die auch eine „mutige Frau“ für einen Musterprozeß sucht. Leider kann man diesen Prozeß nicht führen, da es keine Frau gibt, die sich hierfür bereit erklären würden. Also gibt man Verantwortung an die Frauen wieder zurück und alles andere läßt man beim Alten.

Dabei gibt es im DGB doch massenhaft Frauen und vor allem von den DGB-Funktionärinnen selber, die so einen Prozeß führen könnten. Hinter dieser altbekannten Argumentation steht doch vielmehr, die Schuld an der schlechten Lage der Frauen, ihnen – den Frauen – selber in die Schuhe zu schieben.

Die Propagierung eines solchen

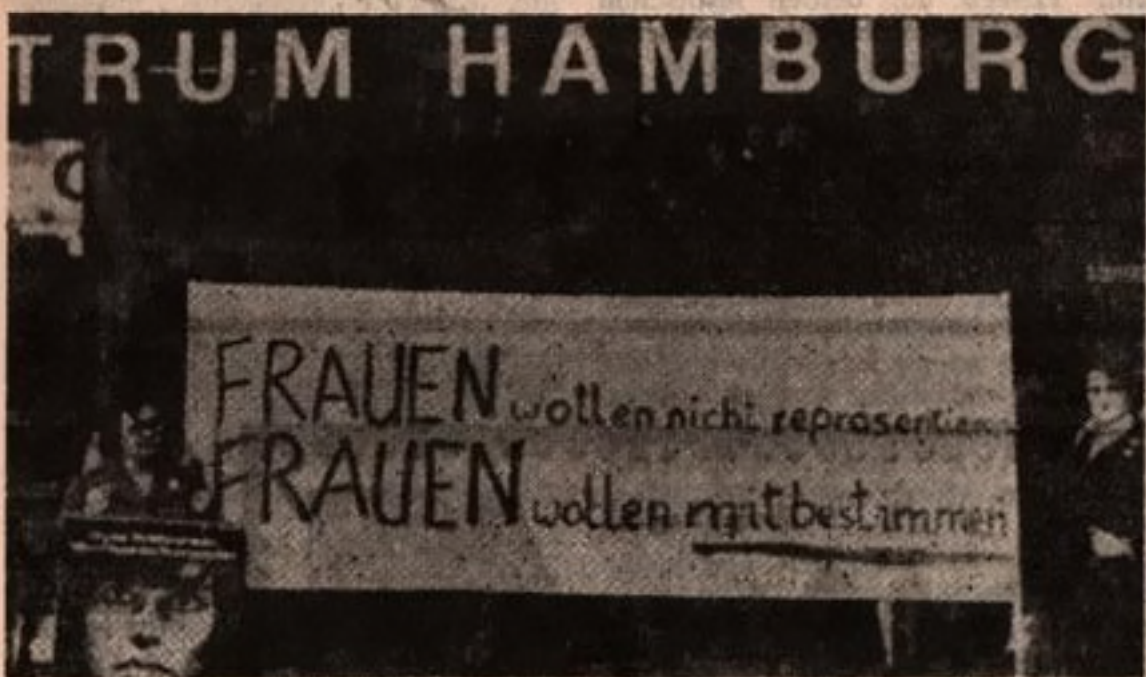
Prozesses bedeutet darüberhinaus auch, davon weg zu orientieren, das Problem der Leichtlohngruppen und damit der Lohnspaltung, unmittelbar im Betrieb anzupacken.

Es bedeutet auch, davon abzulenken, daß es Gewerkschaftsführer und rechte Betriebsräte waren, die den ungerechten Einstufungen jeweils zugestimmt haben.

Auch Maria Weber (im DGB-Vorstand zuständig für „Frauen und Bildung“, und Mitglied der CDU/CSU – ! –) hat für die Frauen eine besonders originelle Idee: In der „Hamburger Morgenpost“ vom 13. 5. 75 machte sie den Vorschlag: „Wenn alle Frauen in Beruf und Haushalt einmal acht Tage die Arbeit niederlegen würden, könnte jeder feststellen, wie wichtig die Frauen seien.“ Aber sie weiß auch: „Aus dem Streik wird wohl nichts.“ Ganz klar, daraus wird nichts angesichts der Hetze, die tagtäglich gegen Frauen in der Presse betrieben wird und dem reaktionären Frauenbild, das immer wieder im Kino, Fernsehen, Werbung, Schulbüchern und Kirche verbreitet wird. Auch dieser Vorschlag zeichnet sich, abgesehen davon, daß er mal wieder nicht ernst gemeint ist, dadurch aus, daß er abgehoben ist von der konkreten Situation der Frauen in Betrieb, Büro oder im Haus. Um konkrete Forderungen durchzusetzen, braucht man vielleicht auch etwas länger, und vielleicht wäre es auch sinnvoll, für die Durchsetzung einer Forderung die männlichen Kollegen in den Kampf mit einzubeziehen: In England haben kürzlich Arbeiter gemeinsam mit ihren Kolleginnen den Streik solange weitergeführt, bis der Kapitalist einsehen mußte, daß er die Frauen nicht mit einer niedrigeren Lohnhöhe abspesen konnte, wie er es ursprünglich wollte!

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

selbst Schuld?



Frauen-Demonstration während des DGB-Kongresses

der unorganisierten Kolleginnen scheitern kann, was die Geschichte schon oft bewiesen hat.

Gerade um die bestehende Konkurrenz und Lohnspaltung zwischen Männern und Frauen aufzuheben, und die Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ durchzusetzen, ist es im Interesse der Kollegen und Kolleginnen, letztere ebenso in die Gewerkschaft einzubeziehen.

An den Gewerkschaften selbst liegt es, in richtiger Würdigung dieser Notwendigkeit mit aller Energie an der Einreihung der Frauen in die gewerkschaftliche Organisation zu arbeiten.

Gewiß können wir nicht verkennen, welche Schwierigkeiten sich seitens der Arbeiterinnen der Lösung dieser Aufgabe entgegenstellen. Schüchternheit, stumpfsinnige Ergebnisse, Vorurteile vieler Art, Furcht vor den Kapitalisten, halten viele Frauen von der Organisation ab. Und mehr noch als diese genannten kulturellen Hindernisse, steht der Mangel an Zeit seitens der Kolleginnen ihrer Organisation entgegen. Denn die Frau arbeitet nicht nur ihre acht Stunden im Betrieb, sondern abends noch im Haushalt, sie muß eine doppelte Arbeitslast tragen.

Die schönen Worte und Appelle auch der oppositionellen Frauen im DGB stehen keinesfalls im Verhältnis zur Dringlichkeit und Bedeutung der zu vollbringenden Arbeit. Ist es doch der heutige DGB selbst, der zu den Frauen eine nicht gerade ansprechende und interessierte Haltung einnimmt.

Nicht nur auf diesem DGB-Kongreß in Hamburg hat sich die frauenfeindliche Haltung der DGB-Füh-

rer gezeigt, sondern wir wollen hier nur erinnern, daß trotz ständig steigender gewerkschaftlicher Organisation, auch und gerade der Frauen, die seit einem Jahrhundert existente Leichtlohngruppe noch besteht. Die Forderung unserer Kolleginnen und Kollegen vor hundert Jahren „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, ist heute nach wie vor aktuell.

Das jüngste Beispiel der frauenfeindlichen Haltung der DGB-Spitze ist ihr Standpunkt zum § 218. Nicht nur, daß der DGB einer halbherzigen Fristenregelung zustimmte, sondern von einer Mobilisierung der organisierten Frauen im DGB war nichts zu spüren. Ganz im Gegenteil. Den entflammenden Protest vieler Gewerkschaftskolleginnen versuchten offizielle DGB-Vertreter dadurch abzu blocken, daß sie verbal zwar Protest guthießen, jedoch keinen Schritt zur aktiven Mobilisierung der Frauen machten und gleichzeitig verkündeten, daß nach Entscheidung über die Fristenregelung die Proteste verstummen müßten.

Hier nicht konsequent für die ureigensten Rechte der Frauen einzutreten und dann noch groß den Mangel an Interesse der Frauen zu beklagen, ist geradezu verlogen.

Für die männlichen Kollegen und für unsere Genossen in den Betrieben steht die Aufgabe, in der Arbeiterin nicht in erster Linie ein „Sex-objekt“ zu sehen. Die Arbeiter müssen sich vielmehr gewöhnen, die Arbeiterin in erster Linie als Kollegin, als gleichwertige unentbehrliche Mitstreiterin im Klassenkampf zu akzeptieren und zu behandeln.

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Frauen in Chile



Im Mai 75 erschien eine Sondernummer der „Chile-Nachrichten“ – herausgegeben vom Westberliner Chile-Komitee – die sich speziell mit der Situation der Frauen in Chile beschäftigt:

Die Rolle der Frau im Widerstand und die Repression der faschistischen Junta.

Die Arbeit der Frauen zur Zeit Allendes, die ihren Ausdruck z. B. in den verschiedenen neu geschaffenen Organisationsformen fand. So in Elendsvierteln, in Fabriken, in Stadtteilen.

Die Broschüre ist für DM 2,50 im Hamburger „Arbeiterbuch“ erhältlich.

Der Folter standhalten

Da die Frauen in Chile im Widerstand gegen das faschistische Pinochet-Regime eine wichtige Rolle spielen und bereits zur Zeit Allendes aktiv für die Erhaltung und den Ausbau ihrer neu erworbenen Rechte gekämpft haben, ist es nur allzu klar, daß sich die Repression der chilenischen Gorillas stark gegen die Frauen richtet. In einem Interview, daß eine Genossin der französischen Zeitung „Liberation“ am 4. 3. 75 gab, wird deutlich, mit welchen bestialischen Methoden die Frauen in den Konzentrationslagern und Gefängnissen behandelt werden: „Ich wurde zur DINA (chilenische Gestapo – Anm. AK) gebracht, wo ich 18 Tage verbracht habe. Dort gab es zwei alte Baracken in sehr schlechtem Zustand. Wir waren 18 - 25 Frauen in einem Raum. . . . Wir wurden überwacht von sehr jungen und völlig sadistischen Männern. Sie kamen gegen 9 Uhr abends, um uns zu tanzen und singen zu lassen. Wenn wir uns weigerten, kriegten sie Wutanfälle und schlugen uns mit den Gewehrkolben. Sie sind besessen vom Sex. Sie holen nachts Frauen zwischen 18 und 22. . . . Es gibt auch noch eine andere DINA, die sauberer und besser ausgestattet ist. Dort gibt es ausgesprochen viel sexuelle Folterungen. Sie wählen diejenigen, die sie zum „Venda-Sex“ mitnehmen, hauptsächlich nach dem Alter aus. Ich habe in „Tres Alamos“ (Konzentrationslager – Anm. AK) Frauen wiedergetroffen, die zum „Venda-Sex“ gebracht wurden. Nachdem die Männer ihnen die Haare gewaschen und sie gebadet und parfümiert haben, setzten sie sie unter Strom und alle vergewaltigten sie oder sie sahen zu, wie ein riesiger Hund – Volodia genannt – sie vergewaltigt. Dann fragten sie, ob sie den Hund oder zehn von ihnen lieber wollen.“

Die Frauen verlieren ihre Haare büschelweise oder aber sie werden ganz weißhaarig. Sie haben riesige Ekzeme. Manchmal konnte ich mich überhaupt nicht bewegen oder zitterte ununterbrochen. Manchmal werden welche verrückt. . . .“

„Die Frauen helfen sich (allerdings) viel gegenseitig, sie ermutigen sich und beruhigen die Jüngeren nachts. . . . (sie geben) den Älteren Wasser und kümmern sich um die Unglücklicheren. . . .“

Sie glauben, sie können mit der Schwäche der Frauen spielen. . . . (aber) wenn du anfängst zu kollabieren, bist du schon verloren. Denn es gibt immer einen Vorgesetzten, der merkt, daß du was weißt. Sie werden dich foltern, bis sie alle Namen und Adressen, die du kennst, aus dir rausgeholt

haben. Auch bis sie dich getötet haben. . . .“

Alle Frauen, die ich in Tres Alamos wiedergetroffen habe, sind viel stärker aus der Folter rausgekommen. Du vergißt die Folter nicht, du denkst noch sehr, sehr lange daran.“

Neben diesem Interview ist ein weiterer Tatsachenbericht abgedruckt, von einer Genossin, die aufgrund der internationalen Solidarität in Freiheit ist.

Ein weiteres Interview wurde von der Zeitung „Chile Hoy“ mit einer Landarbeiterführerin im September 1973 gemacht, in dem die Bereitschaft zum Widerstand zum Ausdruck kommt:

„Ich bin Führerin in dem Kommunalen Rat und weiß ich kämpferisch bin, fordere und kämpfe ich mit den Genossen, und ich fordere und ordne an, daß die Frau das und ordne an, daß die Frau das selbe Recht wie der Mann haben muß: zu arbeiten gemeinsam mit ihrem Mann, zu kämpfen und zu streiten. Denn wir, die Frauen, sind es, die die Armut ertragen, die wir die Bedürfnisse kennen und die wir für unsere Kinder sorgen müssen. . . . Man muß mit mehr Kräften als jemals zuvor kämpfen. Und obwohl einige Genossen erschrocken sind, die Mehrheit von uns ist bereit, weiterzukämpfen für unsere Rechte. Wir haben sehr gelitten. Genossin! Uns kann eine Gruppe Militärs nicht einfach erschrecken, uns unterdrücken und foltern! Wir haben drei Kommunale Räte in der Zone und wir werden mit ihnen weiter voran kommen. Ich habe mehr Lust denn je zuvor, zu kämpfen, Genossin! Wir wissen, daß es Reaktionen sind, die versuchen, uns einzuschüchtern und die in den Radios und in den Zeitungen liegen, weil sie ihnen gehören, weil niemand sie ihnen weggenommen hat. . . . Wir haben wenig Ausbildung, allerdings sind wir weder ignorant noch dumm, wir haben unsere Ohren weit offen. Und was ich möchte ist, wenn meine Kinder groß sind, daß sie etwas anderes sind, und nicht was ich gewesen bin: ausgebeutet ohne Ausbildung. . . .“

Zum Abschluß ein Auszug eines Berichtes einer Chilenin über die Arbeit der Frauen für die Versorgung in den Elendsvierteln, denen sich mehrere Interviews mit Frauen aus diesen Elendsvierteln anschließen, aus denen deutlich wird, daß sie mit am kämpferischsten waren und es noch heute sind:

„Eines der klarsten Beispiele der Entwicklung und des qualitativen Sprunges, den die Frauen in dem Zeitraum von 1970 bis 73 (Unidad Popular-Regierung) machten, wie sie massiv an allen Aktivitäten und an allen Initiativen teilnahmen, die der chilenische Prozess hervorbrachte. Wenn wir von den verschiedenen Formen der Volksmacht sprechen, die sich in der Zeit in Chile herausbildeten – seien es die Komitees für Versorgung und Preiskontrolle (JAP), die Gesundheitsräte, die kommunalen Kommandos, die Volksläden, die Produktionskomitees, die Industrieketten (Cordones industriales), die Räte der Bauern und Landarbeiter usw., so waren die Frauen immer als ein Teil der Klasse unter gleichen Bedingungen beteiligt, indem sie viele Ansätze der Arbeitermacht diskutierten, planten, organisierten, kontrollierten und in die Praxis umsetzten. Es kam sogar so weit, daß sie Wachtposten für Wachsamkeitskomitees stellten, als es die politische Situation erforderte. . . .“

Das zeigt sich klar und deutlich, wie die chilenische Erfahrung zum qualitativen politischen Sprung in der Entwicklung der Frauen führte, die an den wesentlichen Entscheidungen nicht aufgrund ihres Geschlechtes, sondern als Teil der Klasse, die in Bewegung war, teilnahmen. . . .“

Vergleicht man diese Aktivitäten mit der Politik vor der Zeit Allendes, so wird deutlich, was mit den Frauen gemeinsam zu bewältigen ist. Früher wurden sie zwar auch z. B. in den Mütterzentren, Frauenzentren etc. organisiert, aber nur, um besser kochen, nähen, frisieren etc. zu lernen, zusammen mit besser gestellten Bourgeoisefrauen, um „Harmonie“ zwischen ihnen herzustellen.

Die Frauenfrage ist eine Klassenfrage

In Chile schuf die rechte Opposition gegen Allende die „Poder Femenino“, eine Organisation rechter und faschistischer Hausfrauen, berufstätiger Frauen und Geschäftsfrauen, die wegen ihres „Marsches der leeren Töpfe“ berüchtigt wurden. Ihr „Kampf“ hatte in keiner Weise emanzipatorische Inhalte, sondern lediglich den Sturz der Allende-Regierung, wozu ihre demagogischen Parolen „Rettet eure Kinder“ und „Die Frau leidet am meisten unter der Knappheit“ dienen sollten.

Um dem ganzen äußerlich etwas „proletarisches“ Anstrich zu geben, war man außerdem bemüht, zum Teil auch „Frauen aus dem Volk“ in diese Organisation zu integrieren. Einige Auszüge aus dem Interview mit dem führenden Mitglied der faschistischen Frauenorganisation, Lotte Wagner, gleichzeitig Vorsitzende der faschistischen Terrororganisation „Vaterland und Freiheit“, zeigen den Abgrund auf, der zwischen einer Bourgeoisefrau und einer proletarischen Frau liegt – ein Tatbestand, den gerade sehr viele westdeutsche Frauenorganisationen nur allzu gern vergessen!

„Man kann gar nicht sagen, wie unwahrscheinlich dankbar wir sein müssen, daß uns irgendwo wieder Freiheit geschenkt worden ist“ (gemeint ist der faschistische Putsch am 11. 9. 73!)

Ihre Aktivitäten zu Zeiten Allendes beschreibt Frau Wagner folgendermaßen: „Wir haben auf der einen Seite massive Streiks angezettelt. . . . so, daß tatsächlich monatelang nicht eine Aktivität stattgefunden hat. . . . es hat keinen Handel mehr gegeben. Sämtliche Geschäfte waren zu. Und dann haben wir mit unseren Gruppen dafür gesorgt, daß auch die Marxisten zumachen mußten. Wir haben uns zuvor gestellt, und haben erreicht, daß sie nicht aufmachen konnten. Und wer aufgemacht hat, dem haben wir den Laden in Klumpen gehauen. . . . Dann haben wir uns Pläne gemacht. Wir haben genau aufgeschrieben, wer in welchem Haus wohnt. Ob es unsere Leute waren, oder andere Leute. . . .“

Ins Schwärmen kommt Frau Wagner, wenn sie an den faschistischen Putsch vom 11. September und die folgende blutige Terrorwelle denkt:

„Ja, der 11. . . . Wir haben nie so viele Emotionen erlebt, wie an diesem Tag. – Ich fuhr allein im Wagen und ich weiß noch, daß ich alleine gebrüllt, gejubelt habe, als ich gesehen hab, wie das Heer oder eine Gruppe vom Heer, die eine Radiostation hier besetzte und die ganzen Ansager, die ganzen Marxisten, die da versteckt waren, festnahmen. Wie ich das schon gesehen habe, wie diese ganzen Schnauzbärte und dreckigen Gestalten da raus geholt wurden und mit Knüppeln auf den Wagen vor mir gepackt wurden, da hab ich alleine da gesessen und habe gejubelt. . . .“

Frauen in Chile, das sind heute auf der einen Seite die Arbeiterinnen in den Fabriken, Landarbeiterinnen, die Mütter und Hausfrauen aus den Elendsvierteln, die Genossinnen – und auf der anderen Seite die Bourgeoisefrauen, das faschistische Gesindel, das sich heute so recht austoben kann.

Aber der Mut und Wille zum Widerstand gegen den Faschismus wird dafür sorgen, daß es nicht so bleibt!

FREIHEIT FÜR ALLE
INHAFTIERTEN GENOSSINNEN
IN CHILE !!

FREIHEIT FÜR ALLE
POLITISCHEN GEFANGENEN !!

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Man schlägt den Sack – man meint den Esel

Zur ‚Frauenkriminalität‘

Kriminalität wie Diebstahl, Raub, Mord, Totschlag u.a. ist eine Erscheinung in dieser Gesellschaft, die sehr deutlich den Zerfall, die moralische, kulturelle und ideologische Verelendung der arbeitenden Bevölkerung kennzeichnet. Die Ursachen für die Kriminalität, Verrohung, Entsolidarisierung und Brutalität innerhalb der Bevölkerung sind häufig, fast prinzipiell auf die sozialen und gesellschaftlichen Lebensbedingungen dieser Menschen – „Täter“ – zurückzuführen und nicht, wie die bürgerliche Presse in ihren allzu ausführlichen und leichtfertigen „Mordberichten“ uns weismachen will, im „inneren bösen unmenschlichen Teufel“ im Menschen zu suchen.

Ein Blick zu den Großstädten der USA, wo die Kriminalität gerade in den letzten zehn Jahren erheblich angestiegen ist (auch unter den Jugendlichen; so haben sich zunehmend Jugendbanden herausgebildet, die ganze Stadtteile in „Territorien“

„... Mit der Entwicklung eines immer progressiveren Lebensstils übernehmen sie auch die sozialfeindliche Haltung vieler Männer“.

Damit wendet sich der UN-Sprecher nicht nur gegen die Berufstätigkeit der Frauen, sondern was er mit „sozialfeindlicher Haltung“ meint, scheint doch eher die „schwindende Achtung vor dem Privateigentum“, d.h. die zunehmende Infragestellung des Kapitalismus, zu sein.

Es wird eine ungenaue Statistik herausgegeben, die über die Arten der Kriminalität – Diebstahl, Mord etc. und z.B. über die einzelnen Länder gar nichts aussagt, was ja wohl auch gar nicht das Ziel sein soll. Zumindest für die bürgerliche Presse sind diese objektiven Daten von geringer Bedeutung; allein die Aussage, daß die Kriminalität der Frauen steigt, ist ausreichend für eine verstärkte Hetze gegen die Frauen und ihre Gleichberechtigung. „Ge-

nenbein, als man sie zur Wache schleppte (!)“. Hochschwanger, wohl-gemerkt!

Die ganze Frauenfeindlichkeit der „hohen Richter“ wurde während des Prozesses deutlich: „Sind sie immer gemeingefährlich (!), wenn sie schwanger sind?“, fragte Staatsanwalt Prüve. „Ist das der Ton einer Dame? Wie sie geschrien haben, so brüllen unsere Racker“, machte der Vorsitzende Hübner die junge Frau an.

Der Staatsanwalt arrogant: „Genau. Ihr Ton war der einer Halbstarke. Würde an Ihrer Stelle mal ein paar Beruhigungspillen einnehmen“.

Die junge Frau mußte sich bei den Bullen entschuldigen!!

Gedemütigt mußte sie auch noch den Spruch des Vorsitzenden mit auf den Weg nehmen: „Noch einmal decken wir das nicht mit dem Mantel der Nächstenliebe (!) zu. Es bleibt aktenkundig, daß Sie vor Gericht standen“.

Der Fall Erika M. – „In hohem Maße unvernünftig“

In diesem Jahr stand die 33-jährige Erika M. vor dem Gericht. Ihr war, im wahrsten Sinne des Wortes, ihr siebentes Kind „unter der Hand weggestorben“. Die Anklage lautete auf Körperverletzung mit Todesfolge.

Diese Frau hatte einen erbarmlichen Leidensweg hinter sich, bevor sie vor dem Gericht stand und ihre Sache das Aufsehen der Öffentlichkeit erregte.

Gekennzeichnet war ihr Leben durch Armut; als im Krieg in Ostpreußen Geborene (das elfte Kind) lernte sie während der Kriegswirren weder Lesen noch Schreiben und landete von Flüchtlingslager zu Flüchtlingslager.

1961 heiratete die Frau einen Mann, der von den gesellschaftlichen Verhältnissen schon völlig kaputt ist, der trinkt, seine Frau schlägt und schließlich im Gefängnis landet. Die Ehe wird geschieden, die Frau kommt mit ihren zwei Kindern ins Obdachlosenasyl. Erika M. lernt einen Mann kennen, der sie zwar nicht

Obdachlosenasyl. Erika M. lernt einen Mann kennen, der sie zwar nicht heiratet, mit dem sie aber fünf weitere Kinder hat.

Dieses Zusammenleben wird zur Hölle. „Erika M. bekommt für sich und die Kinder 15 Mark pro Tag, obwohl der Mann als Schrotthändler gut verdient“ („Spiegel“, Nr. 7/75). Wenn der Mann nach Hause kommt, gibt es schwere Prügel für die Frau und auch die Kinder. Erika M. zieht aus der Wohnung aus – ins Obdachlosenasyl.

Sie ist nun zwar einen offensichtlich reichlich brutalen Mann los, aber die kapitalistischen Verhältnisse zerreißt sie fast völlig. Unter unmenschlichen Bedingungen lebt sie mit ihren Kindern im Wohnlager, zwischen Ratten und nassen Wänden. Immer wieder versucht die Frau, aus diesen Verhältnissen auszubrechen. Sie schreibt etliche Briefe an die „sozialen“ Ämter, sie schreibt Bittbriefe an den Oberbürgermeister der Stadt Offenbach, in denen sie ihre Notsituation darstellt und dringend um Abhilfe bittet.

Im Jahr 1971 ist Erika M. samt ihrem Elend in einer Sendung im ZDF. Doch es geschieht nichts, rein gar nichts!! Während einer kalten Novembernacht 1974 (draußen waren vier Grad minus und die Hütte war nicht beheizbar) starb die kleine Tochter Angelika. – Soweit die Vorgeschichte – Der Verlauf auch dieses Prozesses zeigt eine erhebliche bürgerliche Arroganz der Richter und Ankläger auf.

So wurde der Frau doch tatsächlich vorgeworfen, für den Tod ihres Kindes, zumindest kausal (ursächlich), mitverantwortlich zu sein. Die Begründung: Frau Erika M. habe ja bei ihrem zweiten Mann „durchaus in ordentlichen (!) Verhältnissen“ gelebt, auch wenn sie „sehr gelitten“ (!) habe. „Sicherlich ist es nach normalen (!!) Maßstäben in hohem Maße unvernünftig (!!) gewesen“, die Wohnung dieses Mannes zu verlassen und in eine Wohnhütte zu ziehen. „Kein vernünftiger Mensch würde so

etwas tun“. Das waren die Worte der „hohen Richter“ dazu, für die „nach normalen Maßstäben“ eine Frau eben Prügel einzustecken hat!...

Die Menschenwürde (auch als Frau) von Erika M., nämlich lieber in einfachen Verhältnissen zu leben, aber dafür nicht mit einem offenbar ekelhaften Mann, der sie und ihre Kinder ständig prügelt, wird ihr als Schuld vorgeworfen.

Dieses Aufbäumen wird der Frau schließlich in faschistischer Weise angelastet: Sie stünde ja „an der Stufe des Schwachsinn“!! In verlogener Weise, und in keiner Form die eigentlichen Schuldigen am Tod benennend, wurde vom Gericht abschließend arrogant gesagt: Erika M.

habe „in ihrer bescheidenen geistigen Situation“ (!!) den Tod ihres Kindes nicht voraussehen können. Diese Lüge, die nur zur Verschleierung und Verdunkelung der eigentlichen Schuldigen dienen soll, ist offensichtlich, da gerade sie, Erika M., es war, die in einem Brief an den Oberbürgermeister von Offenbach mahnend geschrieben hatte: „Es könnte passieren, daß mir meine Kinder unter der Hand wegsterben“.

Es ist im wahrsten Sinne des Wortes „ein Schlag ins Gesicht“ für diese Richter zu sehen, daß sie es hier durchaus nicht mit einer „schwachsinnigen“ Frau zu tun hatten, sondern mit einer Frau, die über sich hinaus gewachsen war, und die für ihre Kinder gekämpft hat.

Lesbische Frauen - Objekt einer widerlichen Schaustellung

In einem Leserbrief in AK Nr. 49 zum Prozeß der beiden lesbischen Frauen Judy Andersen und Marion Ihns schrieb ein Genosse, daß neben dem kommerziellen Aspekt und dem Ziel der Entpolitisierung und Entsolidarisierung der Kollegen diese widerliche Pressekampagne auch darauf abzielt, die Diskriminierung von lesbischen Frauen zu verstärken und darüber hinaus gegen alle weiblichen Emanzipationsbestrebungen Stimmung zu machen. So wurde die Tatsache, daß Judy Andersen Kran-

lichen Emanzipationsbestrebungen Stimmung zu machen. So wurde die Tatsache, daß Judy Andersen Kranführerin war, von den geilen Schreiberlingen besonders breitgetreten, nach dem Motto: wenn die schon so einen „Männerberuf“ hat, dann ist es bis zu lesbischen Tendenzen und auch gleich zum Mord nicht mehr weit.

In dem Prozeß gegen die beiden Frauen sowie in einem ähnlichen Prozeß gegen Paula W. und ihre Freundin 1972 wurden diesen Frauen immer „niedere Beweggründe“ unterstellt. In der Urteilsbegründung gegen Paula W. verurteilte der Richter F. Geus die menschlichen Gefühle als „triebhaften Vernichtungsdrang“ und „hemmungslose Eifersucht“.

Diese „ach, so sittamen“ Richter, die hier zu Gericht sitzen über die Gefühle, Interessen und Bedürfnisse von Frauen, und hier speziell von lesbischen Frauen, maßen sich an, darüber überhaupt urteilen zu können.

Den „Herren“ Journalisten, die ständig neueste Geschichten aus dem Liebesleben dieser Frauen erfinden, auf der anderen Seite sich aber als „Vorkämpfer“ für „Sauberkeit und Anstand“ aufspielen, gehört ebenso ein Tritt in den Hintern wie den „Herren“ Richtern!

‚Emanzipation führt zum Terrorismus‘

Ohne hier den Prozeß gegen die Genossen der „RAF“ im einzelnen zu behandeln (wir verweisen auf den Artikel hierzu in diesem AK) möchten wir einen Punkt herausgreifen, der die Genossinnen der „RAF“ betrifft.

„Ulrike Meinhof und ihre grausamen Mädchen“ war eine „sensationslüsterne Überschrift“ der „Quick“ vom 26.6.72.

In ekelhafter und faschistischer Weise, was die durchgängige Linie der Zeitschriften von der Art

der „Quick“ ist, wird versucht, die Genossinnen auch als Frauen fertig zu machen.

Dieses Scheinsblatt stellt es groß heraus, daß „fünf der neun Bankräuber Mädchen“ waren. So etwas hat es bei uns noch nicht gegeben, empört sich die „Quick“. Nach dem Motto, daß nicht sein kann, was nicht sein darf, zweifelt man an, ob diese „Killer-Girls“ überhaupt noch Frauen waren!

Denn fest steht, daß z.B. die eine „Komplexe“ hatte, denn sie „wollte hart sein wie ein Mann“. Überhaupt führten sich diese Frauen immer „sehr männlich“ auf, wofür wohl der Grund sein wird, daß sie als Kind „zu wenig Liebe und Wärme“ erhielten.

Daß hier nicht nur die „RAF“-Genossinnen gemeint sind, sondern jede Frau, die „ihren Mann“ im Leben steht und ihre Interessen auch mit dem nötigen Selbstbewußtsein (angeblich „typisch männliche“ Eigenschaft) zum Ausdruck und zur Durchsetzung bringt, ist wohl das eigentliche Ziel dieser Charakterisierung.

Zugleich wird aber nicht darauf verzichtet, die Genossinnen als hirnlose „Dummchen“ hinzustellen, die zur Politik und zum „Terrorismus“ angeblich nur kamen, weil sie einem Mann „verfallen“ waren.

Das waren, den Lustmolchen von der bürgerlichen Presse zufolge,

„Männer, die nicht lange fragen, bevor sie ihre Hand unter die Bluse schieben“ und die „nachts, nachdem alles getan war, was ein solcher Mann mit einem solchen Mädchen tun kann...“ von Revolution reden und damit bei den „Dummchen“ den großen Eindruck schinden...

Besonders übel wird die 1971 ermordete Genossin Petra Schelm dargestellt: Als „hübsche, junge Friseurin“ wird sie bezeichnet, die die „Gangsterbraut“ spielte, aber nur „leider einen zu kleinen Verstand hatte“!! Hier spricht nicht nur der perverse Wunsch dieser bürgerlichen Propagandisten, so ein hübsches Geschöpf Gottes! ihr eigen nennen zu können, sondern das ist ganz klare faschistoide Hetze!

Diese Hetze drückt sich auch darin aus, daß alle Genossinnen als „faschistoide Hetze!“

Diese Hetze drückt sich auch darin aus, daß alle Genossinnen als „geisteskrank“ in der einen oder anderen Weise hingestellt werden. Die „hemmungslose Terroristin“ Ulrike Meinhof, so weiß die „Quick“ zu berichten, hat ja auch viele Vorbilder:

„... Vor ziemlich genau 100 Jahren gab es in vielen Ländern Europas viele ‚Ulrike Meinhofs‘. Es waren Anarchistinnen in Deutschland, Rußland und Amerika. Und die meisten von ihnen hatten zwei entscheidende Merkmale gemeinsam: Sie waren mehr oder weniger verworrene Idealistinnen oder sie litten unter entscheidenden gesundheitlichen Veränderungen“.

Ein tatsächlicher Gehirntumor von Ulrike Meinhof wird nun zum Anlaß genommen, das „Unerklärliche“, „Eigensinnige“ und „Absonderliche“ zu erklären. Nun braucht ja nicht gleich jeder Bomben zu werfen, wenn er schon „psychisch gestört“ ist, meint die „Quick“, warum denn aber diese Frauen? ...

„... Viele der Terroristinnen versuchen, durch Gewalttaten ihren weiblichen Komplex zu kompensieren, daß sie ja eigentlich die – auch im sexuellen Bereich – Unterlegenen ‚Schuldbeladenen‘ (!) sind. Der Wille zur Emanzipation (!!) treibt sie in Aktionen, die den Männern Gleichwertigkeit demonstrieren sollen“.

Was diese ekelhaften geilen Schreiberlinge von den Frauen und der Emanzipation der Frauen halten, legen sie hier nicht nur in Worten dar, sondern ihre Gesinnungsbrüder in Chile zeigen mit aller Brutalität, wie sie ihre Menschenfeindlichkeit gerade auch gegen die Frauen verwenden. Gerade auch Frauen – unsere Genossinnen – werden in den KZs in Chile auf Grund ihrer Geschlechtlichkeit von diesen faschistischen Kerlen vergewaltigt, gefoltert, gequält und bis zum Tod gebracht.

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg



aufgeteilt haben) zeigt uns in aller fallene Engel“ !! ...

aufgeteilt haben) zeigt uns in aller Deutlichkeit den Zusammenhang von steigender Kriminalität und Verelendung. Die durch die Wirtschaftskrise verstärkten schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen in den USA (8,7% Arbeitslosigkeit, d.h. acht Millionen offiziell erfaßte Arbeitslose), grausamste Brutalität in der Kultur, wie in den US-Western- und Gangsterfilmen und schließlich die Entmenslichung durch den Vietnamkrieg sind die Ursachen für die steigende Kriminalität in den USA.

Es ist charakteristisch für die bürgerliche Presse, daß sie bei ihrer Berichterstattung über die neuesten „Mordfälle“ fast nie die Ursachen aufzeigt, sondern in erster Linie den „Täter“ allein verantwortlich macht. „Bösartigkeit“ und „Bösartigkeit“, „Habsucht“, „niedere Motive“ und allenfalls „individuelle Gründe“ (z.B. „harte Kindheit“ – ohne Berücksichtigung gesellschaftlicher Hintergründe) sind nach Meinung der bürgerlichen Presse die Ursachen der Kriminalität.

Bei der Kriminalität von Frauen hat man nun noch einen weiteren „frauenspezifischen“ Grund gefunden: die Emanzipation.

„Die Emanzipation führt zu mehr Frauen-Kriminalität“ ...

... So weiß die „Bild“-Zeitung vom 15.5. zu berichten!! Der Leiter der UN-Abteilung für Verbrechensbekämpfung, Dr. G. Müller, hat demnach in New York berichtet, daß die Kriminalität von Frauen zur Zeit drei- bis fünfmal stärker steigt als die der Männer. In den USA z.B. soll sich die Zahl der von Frauen verübten Banküberfälle in fünf Jahren um 300% erhöht haben, bei den Männern dagegen nur um 20%.

Für die steigende Kriminalität hat der Herr Müller auch gleich die entsprechenden Argumente zur Hand: „Sicherlich gibt es einen Zusammenhang zwischen den gestiegenen Möglichkeiten der Frau im Berufsleben und der Frauenkriminalität“ ...

fallene Engel“ !! ...

Gefallene Engel

Zahlen lügen nicht, und sie zerstören manche Legende.

Die zum Beispiel, daß Frauen so rein wie Engel sind. Daß Morden und Mordgeln hauptsächlich Männersache sei.

Ein Kriminalwissenschaftler hat festgestellt: Frauen morden dreimal soviel wie noch vor zehn Jahren; sie rauben und unterschlagen wie nie zuvor.

Seine Erklärung: Weil immer mehr Frauen verantwortungsvolle Posten übernehmen – und genauso anfällig für Verbrechen sind wie Männer.

Hoch lebe also die Emanzipation!

Wir Männer müssen nun erkennen, daß wir selbst das, was wir bisher allein zu beherrschen glaubten, nun mit den Frauen teilen müssen.

„Bild“ vom 15. 5. 75

Frauen vor Gericht

Wir möchten hier drei Fälle zeigen, wo Frauen, teilweise gänzlich schuldlos, vor Gericht standen. Wegen ihres „unvernünftigen, eigensinnigen“ Verhaltens (sprich: wegen ihrer mehr oder weniger bewußten Emanzipation) wird ihnen der „Prozeß“ gemacht.

Im November 1973 stand eine 31-jährige Frau vor einem Hamburger Gericht. Die Anklage lautete auf Widerstand, Körperverletzung und Beleidigung. „Morgenpost“ berichtete, daß die Frau „hochschwanger und verträumt“ bei Rot über die Straße ging. Als zwei Polizisten ihren Ausweis verlangten, „wurde sie rebellisch... – beleidigte die Ordnungshüter und trat sie vor das Schie-

Stirbt „Deutschland“ aus? Propaganda-Kampagne der Bourgeoisie

In den letzten Jahren sind in der BRD mehr Menschen gestorben, als Kinder geboren wurden. 1974 betrug das Geburtendefizit 101.814; das war „das größte Geburtendefizit in Friedenszeiten, das Statistiker in Deutschland je zu verzeichnen hatten“ („Spiegel“, 13/75). Zur Zeit ist die Geburtenrate mit zehn lebendgeborenen Kindern auf 1.000 Einwohnern die niedrigste von allen Ländern. In Europa liegt die BRD weit hinter Frankreich (16,4), Italien (16,0), Schweden (13,5) und der DDR (10,6). Nach Hochrechnungen aus der „Welt“ vom 17.9.73 wird im Jahr 2.000 „der mutmaßliche Bevölkerungsstand im günstigsten Fall bei 58,8 Millionen, im ungünstigsten bei 56,9 Millionen liegen, was der Einwohnerzahl von 1962 entsprechen würde“.

Der Geburtenrückgang hat wohl zum Teil seine Ursache darin, daß seit Mitte der 60er Jahre die Angehörigen der zahlenmäßig schwachen Geburtenjahrgänge aus den letzten Kriegs- und ersten Nachkriegsjahren ins Heiratsalter gekommen sind. Dafür, daß der Geburtenrückgang weiter anhalten wird, sprechen aber folgende Bedingungen:

Durch die kapitalistische, konsumorientierte „Gesellschaft“ wird den Menschen ein durch „Prestige“-Denken bestimmtes Sozialverhalten aufgezwungen. Durch die ständig steigenden Lebenshaltungskosten und die steigenden Ausgaben für den Unterhalt der Kinder wird es unter diesen Umständen für viele Familien unmöglich, sich mehrere Kinder zu leisten, wenn sie nicht auf einen großen Teil ihrer Konsumwünsche verzichten wollen.

Mit jedem Kind sinkt der Lebensstandard einer Familie. „In der Tat errechnete schon 1969 der Europarat, daß der Lebensstandard einer Facharbeiter-Familie mit drei Kindern bei etwa einem Drittel dessen eines kinderlosen doppelverdienenden Ehepaars lag“ („Spiegel“, 13/1975).

Außerdem stehen Familien mit Kindern aber noch vor einer ganzen Reihe weiterer Probleme:

Eine große Zahl der Mütter mit Kindern unter 15 Jahren ist berufstätig (1969 waren von ihnen 32,7 % berufstätig, diese Zahl wird inzwischen gewachsen sein). Durch die zusätzliche Arbeit im Haushalt und die sozialen Gewohnheiten. Durch die zusätzliche Arbeit im Haushalt und die Hilfe bei den Schularbeiten der Kinder sind diese Frauen völlig überlastet. Freizeit haben sie kaum. Plätze in Kindergärten und Kindertagesheimen sind nicht in ausreichender Zahl vorhanden. Ist ein Kind krank, muß die Mutter in vielen Fällen Arbeitsurlaub nehmen. Kinderreiche Familien haben Schwierigkeiten, eine Wohnung zu finden; Wohnungen, die groß genug sind, sind für die meisten unerschwinglich teuer; Hausbesitzer lehnen es häufig ab, an kinderreiche Familien zu vermieten.

Dazu kommt jetzt noch die Sorge um den Arbeitsplatz. Auch 1932, im Jahr der größten Arbeitslosigkeit, und während der Rezession 1966/67 gab es jedesmal einen verstärkten Geburtenrückgang.

Für die Arbeit in der Industriegesellschaft ist eine Schulbildung notwendig, ebenso für das Zurechtkommen mit dem Verwaltungsapparat. Da mit zunehmender Industrialisierung die Ausbildung, auch die der Frauen, im Vergleich zu früheren Zeiten verbessert werden mußte und gleichzeitig die Informationsmöglichkeiten durch Presse, Rundfunk und Fernsehen verstärkt wurden (zum Teil natürlich auch, um die Menschen in größerem Umfang ideologisch beeinflussen und zum „Konsum“ anregen zu können), sind die Menschen mehr als früher in die Lage versetzt worden, ihr Familienleben in gewissem Umfang zu planen. Es handelt sich aber nicht um eine freie Entscheidung darüber, wie die Menschen gern leben würden, sondern darum, daß sie versuchen müssen, im Rahmen des Kapitalismus einigermaßen zurecht zu kommen.

Da bei den Schwierigkeiten für Familien mit Kindern die staatlichen Hilfen lächerlich gering sind (so beträgt z. B. das Kindergeld 50 DM für das erste Kind, 70 DM für das zweite und 120 DM für jedes weitere Kind), liegt es nahe, daß die Familien die Zahl ihrer Kinder und den Zeitpunkt der Geburt planen müssen. Voraussetzung für die Planung der Kinderzahl ist also nicht „das neue Selbstbewußtsein der Frau, die nicht länger darauf angewiesen ist, Kinder zu gebären, um sich als vollwertige Frau zu fühlen“, wie der „Stern“ (2/1975)

behauptete!

Im Allgemeinen gibt sich die bürgerliche Presse nämlich immer noch bzw. schon wieder große Mühe, den Frauen einzureden, eine Frau ohne Kinder sei keine „richtige Frau“.

Eine Erleichterung der Familienplanung bietet die Pille, sie ist aber nicht die Ursache, sondern nur „eine der Bedingungen, unter denen sich die Entwicklung des Geburtenrückgangs so beschleunigt hat“, stellte Prof. Hans Hansen von der Deutschen Akademie für Bevölkerungswissenschaft in Hamburg fest.

„Bild“ veröffentlichte am 26.5.75 einen „Nachruf“ auf den Chemiker Byron Riegel, der an der Entwicklung der Anti-Babypille mitgearbeitet hat: „Dieser Mister Riegel hat mehr zur Befreiung der Frau beigetragen, als alle Ideologen der Gleichberechtigung ... Indem er ihnen die Angst nahm, hat er sie frei gemacht ... Er

berufstätige und alleinstehende Mütter entlasten.“

Die Realität z. B. in Hamburg sieht dagegen so aus: Im Rahmen der Sparmaßnahmen wird die Gruppenstärke in den Kindertagesheimen vergrößert, Babykrippen werden aufgelöst, die Babys stattdessen mit 1-3-jährigen in Kleinkindergruppen zusammengefaßt, Planstellen werden gestrichen, Betreuer entlassen. In Zukunft sollen neue Kriterien für die Aufnahme in Kindertagesheimen eingeführt werden. Dabei wird eine Erhöhung der von den Eltern zu zahlenden Pflugesätze angestrebt, die bis zur Kostendeckung gehen kann.

Zusätzlich werden noch Jugendzentren geschlossen, obwohl es davon sowieso zu wenige gibt.

Die geplante Verschärfung der Sparmaßnahmen erstreckt sich an nähernd über denselben Zeitraum, für den die Durchführung der SPD-

faschistischen „Staatsbürgerkunde“ von Karl Alexander Sinn (1938): „Die deutsche Frau hat in erster Linie deutsche Mutter zu sein. So wie der deutsche Mann in der „großen Welt“ an den Aufgaben des Volkes schafft, so müht sich in ständiger Aufopferung die Frau um die Aufgaben in der Familie. Es ist für sie die „kleine Welt“, der ihr ganzes Leben und ihre ganze Kraft dienen soll“.

Ähnliches, wenn auch in abgewandelter Form, werden wir in der nächsten Zeit wohl auch in der bürgerlichen Presse immer häufiger finden.

In diesen Zusammenhängen muß man die Haltung der CDU/CSU und der Faschisten zum § 218 stellen. Der demagogische Protest gegen die „Vernichtung des sich entwickelnden Kindes im Mutterchoß“, gegen „die völlige Mißachtung der Mutterschaft und die fehlende Achtung vor dem Leben“ (NPD-Zeitung „Deutscher

sen, das Ehen zwischen Juden und „Staatsangehörigen deutschen Blutes“ verbot. „Ganz besonders müssen wir Sorge tragen, daß unser Erbgut durch Vermischung mit artfremden Rassen nicht verschlechtert wird. Das bedeutet besonders, daß wir uns vor einer Vermischung mit den farbigen, vorderrassischen und orientalischen Rassen, vor allem den Juden, freihalten.“ (K.A. Sinn „Staatsbürgerkunde“, 1938).

Ebenso deutliche Zeichen des Rassismus findet man in einem weiteren Artikel der NPD-nahen „Deutschen Wochenzeitung“ (ebenfalls vom 15.2.74). Dort wird sogar der Untergang ganz Mitteleuropas heraufbeschworen: „So ist abzusehen, daß sich der mitteleuropäische Raum in einem langsamen Prozeß entleert, während der Bevölkerungsdruck aus dem Osten und Süden Europas zunimmt. Ein Raum ohne Volk ist aber für die Zukunft noch bedrohlicher als ein Volk ohne Raum“.

In ihrem „Deutschen Kurier“ v. April 1973 behauptet die NPD sogar, die BRD (natürlich schreibt sie „Deutschland“) sei ein dünn besiedeltes Land! Und die „Nationalzeitung“ (Frei, der Herausgeber, sieht sich als „Einiger der Neuen Rechten“) malt in übelster rassistischer Hetze das Schreckgespenst eines „afrikanisierten Deutschland“ an die Wand:

„Man muß nicht Prophet sein, um vorauszuweisen, daß sich in 30 Jahren der Einwandererstrom, der sich nach Deutschland ergießt, überwiegend aus Afrika und Südamerika sowie aus Indien speisen dürfte... Die Mischung von Deutschen und Indern, Afrikanern und südamerikanischen Indios würde den Charakter unseres Volkes total verändern... Die Schaffung eines Völkerbries entspricht zwar den Vorstellungen gewisser linker Meinungsmacher samt einiger Chefredaktionen der UNO, doch ändert das nichts an der Tatsache, daß... ein Deutschland dieser Art als Nation, das heißt als eine Großgruppe mit einem für alle verbindlichen System und Vorstellungen, Wertungen und Normen, mit einem Welt- und Gesellschaftsbild zu existieren aufgehört (hätte)“ („Deutsche Nationalzeitung“, 25.6.71).

Zum Vergleich noch einmal ein Zitat aus der „Staatsbürgerkunde“:

„Deutschland ist durch den Geburtenrückgang der letzten Jahrzehnte ein sterbendes Volk, wenn es nicht gelingt, den Geburtenüberschuß gewaltig zu steigern. Bereits in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft ist dank der Einstellung des Staates und seiner Maßnahmen zur Förderung der Familien eine Aufwärtsentwicklung der Geburtenziffer zu verzeichnen. Es gilt in Zukunft, den Willen zum Kinde im Volke zu stärken und die gesunden Volksteile an ihre völkische Pflicht zu mahnen, damit Deutschland in seinen Kindern ewig fortlebe“.

Auch während der NS-Zeit wurde also der Geburtenrückgang beklagt. Gleichzeitig hat man damals durch den Völkermord an den Juden und durch die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ für die „Reinerhaltung des deutschen Blutes“ und die „Erbgesundheits“ sorgen und durch Eroberungskriege neuen „Lebensraum“ und vor allem riesige Profitquellen für das Großkapital schaffen wollen – auf Kosten anderer Völker.

Es ist nicht das erstmal, daß sich die Bourgeoisie während einer beginnenden Wirtschaftskrise und im Schatten von Kriegsvorbereitungen darauf besinnt, daß die Geburtenziffer zu niedrig sei. Dann beginnt sie mit einer stärkeren Propagierung der „Frauenrolle“: Bindung der Frau an das Haus (wodurch Arbeitsplätze frei werden) und Ausrichtung auf eine größere Kinderzahl; Nationalismus und Rassenhetze sollen den Boden für einen neuen imperialistischen Krieg bereiten.

P.S. Zur Beruhigung für alle, die sich aufgrund der „erschreckenden“ Zahlenbeispiele um Deutschlands Zukunft Sorgen machen, noch ein Vergleich:

Im Jahre 1939 hatte das „Deutsche Reich“ (ohne Österreich, einschließlich Saarland) 69,32 Mio. Einwohner. Im Gebiet der heutigen BRD lebten damals 40,25 Mio. Menschen. Heute beträgt die Einwohnerzahl der BRD 61,97 Mio., die der DDR 16,98 Mio. Menschen.

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Soeben erschienen!

„Nur mit der proletarischen Frau wird der Sozialismus siegen!“
Soeben ist die erste neue Frauenbrochure des Kommunistischen Bundes erschienen!

Die besondere Unterdrückung der Frauen machte es erforderlich, den Kampf:

- gegen ihre Bevormundung durch reaktionäre Gesetze (wie § 218)
- gegen geplante Militarisierung in der BRD etc.
- gegen die gesellschaftliche Ungleichstellung durch Lohngruppen, Doppelbelastung durch die Hausarbeit und
- gegen die traditionellen Vorstellungen von der „Rolle der Frau“ aufzunehmen.

So zeigt z.B. der Kampf der Frauen in Chile, welche zentrale Rolle sie im Kampf gegen den Faschismus einnehmen. Ebenso unerlässlich ist es, vom Kampf der Frauen in den sozialistischen Ländern um ihre vollständige Befreiung zu lernen.

Aus diesem Grund erschien soeben die erste Ausgabe einer speziellen Frauenbrochure, die sich zur Aufgabe gemacht hat, diesen Kampf allein zu unterstützen.

Verlag Arbeiterkampf

J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Preis 5,-DM mit Poster

Zu beziehen ist diese Brochure über:

J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Inhalt der Brochure:

- In Nr. 1 und 2 enthalten:
- Zur Lage der Frauen in der BRD
- Zum Kampf gegen den reaktionären § 218
- Zur internationalen Lage der Frauen ist enthalten:
- Der Kampf der Frauen um ihre Befreiung in China
- Der Kampf der Frauen in Chile, Frankreich und Italien, Schweden
- Im Wesentlichen handelt es sich bei diesen Artikeln um Nachdrucke aus dem ARBEITERKAMPF

hat die Liebe frei gemacht, ohne daß sie in freie Liebe entartete“.

Zwar hat die Entwicklung der Pille ein wenig zur Befreiung der Frau (aber sicher auch zur Bequemlichkeit der Männer) beigetragen, aber lange nicht in dem Ausmaß, wie die „Bildzeitung“ in ihrem albernen „Nachruf“ behauptet. Den Frauen wird dadurch lediglich die Verhinderung von Schwangerschaften erleichtert, ohne die sie nur schwer einen Beruf ausüben könnten. Wenn aber die wirtschaftliche Lage sich verschlechtert und (wie zur Zeit) die Arbeitslosenrate steigt, werden gerade die Frauen als erste entlassen; da nützt dann auch die Pille nichts!

Die Kapitalisten sind jedoch trotzdem nicht gerade begeistert, daß die werktätigen Familien selbständig die Zahl ihrer Kinder planen. Sie nutzen deshalb das durch ihre eigene Politik erzwungene „Geburtendefizit“ zu Propagandazwecken aus. Schuld an dem Rückgang der Geburtenzahl soll natürlich die Diskussion um den § 218 sein; Schuld sollen die Ehepaare haben, denen mehr an beruflicher Karriere, Farbfernseher, Auto, Wohnungseinkauf, Hobby und Ferien liegt, als an Kindern.

Um den „Willen zum Kind“ zu stärken, überbieten Regierung und Opposition sich gegenseitig mit einer ganzen Anzahl von Vorschlägen, wie Familien mit Kindern „geholfen“ werden könnte. Dadurch, so behaupten sie, würden die meisten Gründe wegfallen, die die Familien zu einer Einschränkung ihrer Kinderzahl veranlassen.

Bisher ist von diesen Forderungen allerdings so gut wie keine durchgesetzt worden. Im Gegenteil: Im Rahmen der Sparmaßnahmen verschlechtert sich die Lage gerade auch der berufstätigen Mütter immer mehr.

In ihrer Broschüre „das Argument“ Nr. 1 zum § 218 stellt die SPD einige sehr schöne Reformvorschlüsse vor, z.B. soll jedes Kind im Vorschulalter einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz haben, die Gruppenstärke im Kindergarten soll stufenweise verringert und eine qualitative und quantitative Verbesserung im Personalbereich angestrebt werden. Ganztagschulen sollen vor allem be-

Vorschläge angekündigt war!

Seit dem 1.1.1974 können berufstätige Mütter oder Väter, deren Kind erkrankt ist, zur Pflege ihres Kindes von der Arbeit freigestellt werden. Allerdings erstreckt sich die Freistellung nur auf fünf Tage im Jahr für jedes Kind unter acht Jahren. Den Müttern ist durch das Gesetz also nur geholfen, wenn ihre Kinder möglichst nicht mehrmals im Jahr und auf keinen Fall länger als fünf Tage krank sind.

Die CDU/CSU will die „Gebährfreudigkeit“ der Frauen durch die Zahlung eines Erziehungsgeldes von monatlich bis zu 300 DM steigern. Die Demagogie wird besonders deutlich, wenn man daran denkt, daß gerade die CDU/CSU die Einführung des Babyjahres verhindert hat!

Außerdem schlägt die CDU/CSU vor, Familiengründungsdarlehen zu vergeben.

Schon der NS-Staat gewährte „erbgutenden Verlobten“ nach dem Gesetz zur Förderung der Eheschließungen vom 1.6.1933 ein Ehestanddarlehen bis zu 1.000 RM.

Für eine stärkere Propagierung der Hausfrau- und Mutterrolle spricht auch der Deutsche Hausfrauenbund e.V. (DHB). Dementsprechend fordert er eine „eigenständige soziale Sicherung der nicht erwerbstätigen Hausfrau“, d.h. ein Hausfrauengeld, und meint, das Sozialprestige der Hausfrau und Mutter müsse entsprechend ihrer gesellschaftlichen Bedeutung aufgewertet werden. So möchte er z.B. statt der Bezeichnung „Nur-Hausfrau“ (für die nicht berufstätige Frau) den Begriff „Vollhausfrau“ einführen. (Erinnert stark an die Umbenennung der Putzfrau in Raumpflegerin).

Die Forderungen des DHB erscheinen allerdings durchaus harmlos, vergleicht man sie mit der Propaganda der Neo-Nazis, die deutliche Parallelen zur Propaganda des NS-Regimes aufweist: „Die Rolle des Mannes im politischen Leben muß eine andere sein als die der Frau, ebenso wie die Aufgaben von Mann und Frau in der Familie verschieden sind. Der Mann ist nach außen gewandt, die Frau nach innen“ (Manifest der NPD).

Zum Vergleich ein Absatz aus der

Kurier“, 4/73) dient zusammen mit dem Geschrei über die „Geburtenflaute“ dazu, die Frauen wieder stärker in eine unselbständige, den reaktionären Kreisen genehme Rolle zurückzudrängen.

Durch „Raum-ohne-Volk“-Theorien und „furchteinflößende“ Hochrechnungen über die „katastrophalen“ Auswirkungen der Babyflaute sollen die Familien dazu gebracht werden, an den „Weiterbestand des deutschen Volkes“ und die „Erhaltung der Erbmasse“ zu denken.

Schon während seiner Amtszeit als Familienminister stellte Franz-Josef Würling (CDU) fest: „Unter der Decke (?) sind wir ein sterbendes Volk“. Eine Berechnung des bayerischen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen soll die Bayern in Schrecken versetzen. Nach dieser Berechnung soll nämlich das Volk der Bayern von derzeit 10,6 Mio. in 100 Jahren auf 2,5 Mio. Menschen zusammengeschrumpft sein. Ein Trost für die Bayern: die Preußen sterben auch aus! Nach Berechnung des „Hobby-Anthropologen“ Jürgen Rieger („Aktion Oder-Neiße“, „CSU-Freundeskreis“, bekannter Faschist und Provokateur) gibt es nämlich in 30 Jahren nur noch 37 Mio. Deutsche, in 300 Jahren sind sie ganz ausgestorben.

Zur gleichen Zeit wird neben diesen Schauerzeichen noch die Furcht vor einer „Überfremdung“ geschürt, offenbar zur Unterstützung der ohnehin massiven Hetze gegen Ausländer, besonders gegen ausländische Arbeiter. So jammerte die „Deutsche Wochenzeitung“ (NPD) am 15.2.74: „Jedes achte im Jahr 1972 in der Bundesrepublik geborene Kind hat zumindest einen ausländischen Elternteil; damit stieg der Anteil der Ausländergeburten an der ohnehin schon bedrohlich geschrumpften Geburtenziffer der Bundesrepublik gegenüber 1971 um 13 %“. Wie man sieht, gelten für diese Leute Kinder mit einem ausländischen Elternteil nicht als Deutsche.

Die Faschisten würden vermutlich stattdessen lieber das antisemitische „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ vom 15.9.1935 wieder in Kraft treten las-

Die Lage der Frauen unter dem deutschen Faschismus 1. Teil



Book!

Mit der Errichtung der faschistischen Terrorherrschaft in Deutschland (1933) verschlechterten sich die Lebensbedingungen der im Kapitalismus ohnehin benachteiligten Frauen ungeheuerlich, namentlich der Frauen aus der werktätigen Bevölkerung.

Auf welche Funktion im gesellschaftlichen Leben die Frauen nach der Nazi-Ideologie herabgedrückt werden sollten, mag an zwei Zitaten beispielhaft abgelesen werden: „Es ist die größte Idee des Nationalsozialismus, daß die Frauen zurückgeführt werden sollen zu Heim und sozialisieren, daß die Frauen zurückgeführt werden sollen zu Heim und Herd, wo sie dem Mann durch ihre Liebe und Sorglichkeit die Basis zum Schaffen bereiten“ (so Magda Goebbels in „Nationalsozialistischer Wirtschaftsaufbau und seine Grundlagen“).

„Die Frauen sollen ihrem Land und Volk Kinder schenken, Kinder, die Geschlechterfolgen fortsetzen und die Unsterblichkeit der Nation verewigen“ (Josef Goebbels, in „Signale“).

Diese in der faschistischen Weltanschauung formulierten Ziele wurden nach der Errichtung der offenen terroristischen Diktatur der deutschen Monopolbourgeoisie gesetzlich fixiert und brutal durchgesetzt:

1935 verfügten die Nazis das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und zum Schutz der deutschen Ehre“ sowie das „Ehegesundheitsgesetz“.

1938 schließlich das sogenannte „Ehegesetz“, das sich vor allem gegen die Frauen richtete.

In einer antifaschistischen Agitationsschrift zu dieser Gesetzgebung heißt es treffend:

„Dieses Gesetz drückt die Ehe auf die denkbar niedrigste Stufe. Eine kinderlose Ehe wird als Fehlhe hingestellt. Auf den Gesundheitszustand der Frau wird gar keine Rücksicht genommen. Ist die Frau krank oder schwächlich und kann deswegen keine Kinder austragen, so ist der Mann nach dem Ehegesetz berechtigt, sich scheiden zu lassen. Sogar eine Frau, die bereits Kinder hat, kann von ihrem Mann geschieden werden wenn sie nicht mehr gebären will oder kann... Sicher ist, daß diese Gesetze die Frauen vollkommen der Willkür des Staates (oder unverständiger Männer) ausliefern und unzählige Ehen zerstört werden.“

Ob sich Mann und Frau noch so gut verstanden haben, wenn eine Großmutter nicht dem Arierparagraphen entspricht, ist die Ehe ungültig... Für sie (die Faschisten, Anm. AK) ist die Ehe nicht eine freie Gemeinschaft zweier aufeinander abgestimmter Menschen, die das Glück ihrer Familie und ihrer Zukunft gestalten und darum gern Kinder haben wollen, sondern im Dritten Reich wird die Ehe als Zuchtanstalt und die Frau als Gebärmachine betrachtet“ (nach: „Der deutschen Frauen Leid und Glück“, Paris 1939 S. 32).

Um seine Weltherrschaftspläne wirklich zu können – und legitimiert durch seine verbrecherische Rassenlehre – entwickelte das faschistische deutsche System 1936 ein „Zuchtprogramm“, das unter der Bezeichnung „Lebensborn e.V.“ berühmt – berüchtigt wurde. In der Zeitschrift „Volk und Rasse“, 1939 Jg. 14 (S. 20) werden die Ziele dieses Unternehmens wie folgt beschrieben: „Die Aufgaben des „Lebensborn“ liegen ausschließlich auf bevölkerungspolitischen Gebiet. Es werden rassistisch und erbbiologisch wertvolle kinderreiche Familien unterstützt, rassistisch

und erbbiologisch wertvolle kinderreiche Familien unterstützt, rassistisch und erbbiologisch wertvolle werdende Mütter betreut und in den Heimen des „Lebensborn“ aufgenommen. Außerdem wird für die dort zur Welt kommenden Kinder und für ihre Mütter ständig gesorgt. Bis jetzt bestehen im Reichsgebiet bereits sechs Heime für werdende Mütter und ihre Kinder“ (zit. nach: „Die Rassenlehre des Nationalsozialismus“ von Karl Saller, Progress-Verlag, 1961, S. 154).

Die Nazis entfalten seit 1936 eine breite öffentliche Kampagne (vor allem in den Reihen des „Bundes Deutscher Mädchen“ und dem weiblichen Arbeitsdienst) unter der Losung „Dem Führer ein Kind schenken“ und vermittelten ausgesuchte SS-Leute an junge Frauen, die entweder zur „Ehe“ schließung animiert oder zur Entbindung in die „Lebensborn“-Heime geschleppt wurden.

Himmler: „Es ist selbstverständlich, daß wir nur wirklich wertvolle, rassistisch einwandfreie Männer als Zeugungshelfer (!) empfehlen“ (zit. bei Saller, ebenda).

Die Sprache ist verräterisch: Die Geschlechtsbeziehungen der Menschen werden mit Begriffen des Tierlebens beschrieben – was nur die Absicht der Faschisten erhellt, die Menschen (insbesondere die Frauen) auf das Niveau von Tieren herabzudrücken.

Die bodenlose Menschenverachtung und Frauenfeindlichkeit des deutschen Faschismus offenbaren vor allem auch Pläne Himmlers, die sogenannten „Zwei-Frauen-Ehe“ einzuführen, „mit welcher die germanische Rasse in schnellerem Tempo vermehrt werden sollte. Deutsche Mädchen, die bis zum 30. Lebensjahr noch kein Kind geboren hatten, sollten verpflichtet sein, dieses bei den Lebensborn-Instituten zu „beziehen“ (!), wobei das zur Mutter auserkorene Mädchen sich unter drei zur Wahl gestellten SS-Leuten den Vater ihres Kindes aussuchen konnte (!!!)“ („SZ“, 31.10.57; zit. bei Saller, S. 155).

Mit einer verbrecherischen Kalkulation, wie sie nur den Faschisten eigen ist, gab Himmler hierzu folgende Begründung:

„Wenn nämlich das führende Blut in Deutschland, mit dem wir stehen und fallen, nicht mit dem guten Blut vermehrt wird, werden wir die Erde (!) nicht beherrschen können... Ich bin der Überzeugung, wir können es (das

germanische Reich) halten, bloß müssen wir die Voraussetzungen schaffen: ein Volk, das im Durchschnitt vier Söhne (!) in der Familie hat, das kann einen Krieg wagen, denn wenn zwei fallen, setzen zwei den Namen fort“ (zit. bei Saller, ebenda).

Wie die Nazis die Arbeitslosigkeit „beseitigten“

Die „Beseitigung der Arbeitslosigkeit“ – das war eine der zentralen, demagogischen Reklamelosungen der Nazipartei. Daß zwischen dem Hitlerischen „Arbeitsbeschaffungsprogramm“ und dem Kriegsbeginn im Jahre 1939 ein ursächlicher Zusammenhang bestand, haben viele Menschen erst mit dem Zusammenbruch des „Tausendjährigen Reiches“ begriffen. Statt sechs Millionen Arbeitslose (auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise) – weit über sechs Millionen Tote und Krüppel nach nur zwölf Jahren faschistischer Herrschaft über das deutsche Volk!

Den deutschen Faschisten kam – bei der scheinbaren Verwirklichung ihres Versprechens – zunächst zugute, daß die Weltwirtschaft sich von den schweren Erschütterungen der großen Krise zu erholen begonnen hatte, als sie die Macht in Deutschland am 30. Januar 1933 übernahmen.

Ein weiterer Faktor für die Abnahme der Arbeitslosenzahlen nach der faschistischen Machtergreifung war, daß von Anfang an die Kriegsrüstung gesteigert und die Lebenshaltung der werktätigen Massen geschmälert wurde.

In Betracht zu ziehen ist auch die Einführung des Arbeitsdienstes für Jugendliche und schließlich die Einberufung von 700.000 Jugendlichen zur Armee.

Ein besonders wesentlicher Faktor dafür, daß die Nazis die Zahl der Arbeitslosen von 1,25 Millionen (1933) auf 0,57 Millionen (1935) senken konnten, muß darin gesehen werden, daß die Frauen massenhaft aus den Betrieben entlassen wurden. Zunächst mußten alle Ehefrauen – weil sie

Linie in die Ehe, in die Hauswirtschaft und in die Landwirtschaft überführt (!!) werden... Solange es arbeitslose Männer in Deutschland gibt, muß bei jeder Stellung geprüft werden, ob der Arbeitsplatz nicht ebensogut mit einem Mann besetzt werden könnte“ und „...die Bevorzugung



1945 – das Ende:
Mütter suchen auf einem Schlachtfeld nach Angehörigen

von Männern bei der Besetzung nicht-hauswirtschaftlicher und nichtlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze liegt in arbeitsmarktpolitischen, volkswirtschaftlichen und bevölkerungspolitischen Interesse. Je größer die Zahl der in Arbeit gebrachten Männer ist, umso größer ist die Zahl solcher, deren wirtschaftliche Stellung es ermöglicht, zu heiraten (!)“ (zit. bei Kuczynski, Frauenarbeit, S. 256).

Im Jahre 1935 weist die offizielle Statistik 250.000 arbeitslose Frauen aus (hierbei ist allerdings zu beden-

vor allem während des Krieges immer mehr die Arbeit der männlichen Kollegen verrichten mußten, in der Metallindustrie bis zu 58 Stunden pro Woche schuften mußten und zur Nacharbeit herangezogen wurden. Aus der Fischindustrie wurde sogar bekannt, daß der Arbeitstag für die Frauen teilweise 18 Stunden hatte.

Krieg und Faschismus wurden zur materiellen und seelischen Pein – immer häufiger brachen die Frauen zusammen, weil sie keine Kräfte mehr hatten. Arbeitsordnungen und gesetz-

mußten alle Ehefrauen – weil sie aus (hierbei ist allerdings zu beden- hatten. Arbeitsordnungen und gesetz-



ZEICHNET EUCH EIN GEGEN PANZERKREUZER UND KRIEG!

Protestplakat gegen den von der sozialdemokratisch geführten Hermann-Müller-Regierung beschlossenen Panzerkreuzerbau. Die KPD forderte einen Volksentscheid gegen den Bau des Panzerkreuzers.

„Doppelverdiener“ waren – ihre Erwerbstätigkeit zugunsten arbeitsloser Männer aufgeben. Dabei wurde keine Rücksicht darauf genommen, ob die von der Frau geleistete Arbeit überhaupt von einem Manne gleichwertig gemacht werden konnte – oder ob die Frau die Hauptnährerin ihrer Familie war. Sie wurde von ihrem Arbeitsplatz verdrängt.

Im ersten Jahr der faschistischen Herrschaft wurde also die Arbeitslosigkeit der Frauen bewußt gesteigert, um die Arbeitslosigkeit der männlichen Werktätigen abzubauen.

Trotz der noch immer hohen Arbeitslosigkeit zeigte sich 1934 im Bereich der Landwirtschaft ein Mangel an Arbeitskräften. Das deutsche Reichsfinanzministerium erließ deshalb: „Die noch vorhandenen weiblichen Arbeitslosen (zu der Zeit noch 600.000, Anm. AK) müssen in erster

ken, daß verheiratete Frauen gar nicht berücksichtigt wurden!“.

Ab 1937 setzte für die werktätigen Frauen – als Folge der sprunghaft ansteigenden Rüstungsproduktion und Kriegsvorbereitungen – eine wesentliche Veränderung auf dem Arbeitsmarkt ein. Sang- und klanglos erhielten die Frauen ihre „alten Erwerbsrechte“ wieder, die Nichtbeschäftigung von Ehefrauen wurde aufgehoben. Mit dem demagogischen Geschwätz der Faschisten „Unser Haus und Hof ist Deutschland, wo immer es uns braucht“, wurden die Frauen in die Rüstungsproduktion und sonstige Kriegsvorbereitungen eingespant (siehe Kuczynski, ebenda).

Allein 1938 wurden 840.000 Frauen neu eingestellt, vor allem in der kriegswichtigen metallverarbeitenden und Elektroindustrie. Insgesamt betrug die Zahl der weiblichen Erwerbs-

liche Bestimmungen waren nur noch Papier; die Männer wurden zu Zwangs- bzw. Befestigungsarbeiten oder zur Front eingezogen, Frauen wurden willkürlich aus dem Hause geholt und zur Industriearbeit gezwungen. Wenn sie Kinder hatten, wurden diese einfach ins Waisenhaus gebracht. Schwangere Frauen erhielten vier Wochen vor und sechs Wochen nach der Niederkunft nur 50 % ihres Grundlohnes. Aufgrund der großen Ernährungsschwierigkeiten arbeiteten – nach einem Bericht der Gewerbeaufsicht – 30 % der überprüften Arbeiterinnen bis zum letzten Tag ihrer Niederkunft, 2/3 stellten die Arbeit erst 2-3 Wochen vorher ein!

(wird fortgesetzt)

Eine Genossin des Metall-Komitees KB-Gruppe Hamburg

USA:

Frauen besonders hart durch Rezession betroffen

Wir drucken hier einen Artikel aus der in den USA erscheinenden fortschrittlichen Zeitung „Guardian“ (9.4.75) ab, der im wesentlichen Zitat aus einer Rede des Senators H. Williams, Mitglied der Demokratischen Partei, zusammenstellt. Williams ist ein fortschrittlicher bürgerlicher Politiker, der zwar keine Perspektiven für den Kampf der Frauen um Gleichberechtigung weissen kann, andererseits aber doch gewisse Aspekte der besonderen Unterdrückung der amerikanischen Frau so beschreibt, wie sie sind. (Die amerikanische Zeitung „Guardian“ darf nicht mit der gleichnamigen englischen Zeitung verwechselt werden):

Senator Harrison Williams, Demokrat aus New Jersey, bemerkte im Congress-Bericht vom 13. März, daß „Amerikas arbeitende Frauen... zu den durch die Rezessionsfolgen am härtesten Betroffenen gehören.“

Im Februar, sagte er, gab es in den USA 29.700.000 arbeitende Frauen. Aber „im dritten Quartal des letzten Jahres, gerade vor fünf Monaten, waren es noch 30.500.000 – ein Rückgang um 800.000 Frauen an der Gesamtzahl der Arbeitskräfte. Und die Frauen verlieren weiterhin ihre Stel-

len in einer alarmierenden Anzahl.“ Allein im Januar, sagte Williams, „sank die Zahl der arbeitenden Frauen um 213.000.“

„Die Arbeitslosenrate unter den Frauen hat eine Rekordhöhe erreicht. In diesem Februar betrug sie 7,6 % bei den weißen Frauen; im letzten Jahr waren es nur 4,7 %. Die Rate bei den schwarzen und Frauen anderer Minoritäten schwankt um 10,9 %, im Februar 1974 waren es noch 7,9 %...“

„Die Löhne der Frauen sind immer noch niedrig“, fuhr der Senator fort. „1973 betrug der Durchschnittslohn für Frauen einschließlich der Frauen mit Hochschulbildung, 6.335 Dollar im Jahr. Im Unterschied dazu betrug der Lohn für Männer 11.186 Dollar. Darüber hinaus öffnet sich die Schere zwischen den Männer- und Frauenlöhnen immer noch weiter. 1955... erreichten die Frauenlöhne noch 63,9 % der Männerlöhne. 1973 betrugen die durchschnittlichen Verdienste der Frauen 56,6 % des Durchschnittslohnes unter Männern...“

In Verbindung mit dem Ansteigen der Arbeitslosen unter den Frauen steht das Ansteigen der Klagen wegen Benachteiligung wegen des Geschlechts (Vorenthaltung der Gleich-

berechtigung) am Arbeitsplatz. Die Zahl der laufenden Verfahren, die vor der Kommission für Chancengleichheit im Beruf eingereicht wurden... stiegen von 15.505 (1973) auf 18.664 (1974) ...

Die Frauen erkennen auch, daß ihre in letzter Zeit entwickelten Ziele in der traditionell von Männern beherrschten Berufswelt durch die Rezession reduziert oder gar zunichte gemacht werden. Im Baugewerbe zum Beispiel, wo viele Frauen versuchten, einzudringen, beträgt nun die Arbeitslosenrate 15,9 %. Die Rate in den Fabriken, wo 30 % der Arbeitskräfte Frauen sind, ... steht im Moment bei 11 %. Und sogar in den traditionellen Frauenberufen, den Büros, wo 78 % der Arbeitskräfte Frauen sind, leiden sie unter den harten Rezessionsfolgen. Zwischen Januar und Februar 1975 verloren 213.000 Büroangestellte ihren Arbeitsplatz. Es ist klar, daß die Lage der arbeitenden Frauen sehr ernst ist...“

Frauen arbeiten selten nur um sich ein Taschengeld zu verdienen. Tatsächlich ist es zweifelhaft, ob ein großer Teil von ihnen dies jemals tat. Die Ausbeutung der arbeitenden Frauen existiert immer noch, obwohl die Methode zur Bekämpfung dieses

Problems gewechselt hat. Die arbeitenden Frauen suchen nicht länger nach einem besonderen Status oder besonderen Schutzvorschriften. Sie fordern jetzt, was ihnen zusteht: Gleichstellung ihres Status mit dem ihrer männlichen Kollegen – Chancengleichheit im Beruf, gleiche Bezahlung und gleiche Verantwortung.

Wenn irgendetwas aus dieser wirtschaftlichen Krise gelernt werden kann“, fuhr Senator Williams fort, „ist es, daß die Probleme der arbeitenden Frauen nicht kategorisch in einen Topf geworfen werden oder für weniger kritisch gehalten werden können als bei anderen Gruppen unter den Arbeitskräften.“

42 % der weißen arbeitenden Frauen sind entweder ledig, verwitwet, geschieden oder leben getrennt. Unter den schwarzen und Frauen anderer Minoritäten sind es 53,4 %. Viele dieser Frauen müssen nicht nur für sich selbst, sondern auch für die bei ihnen lebenden Kinder sorgen.

Weitere 16 % unter den weißen Frauen sind mit Männern verheiratet, die weniger als 7.000 Dollar im Jahr verdienen; dieser Betrag wurde vom Statistischen Büro für Arbeit als Existenzminimum für eine vierköpfige Familie angegeben. Unter den schwarzen und Frauen anderer

Minoritäten ist dieser Anteil noch höher: 20 % von ihnen haben Ehemänner, die weniger als 7.000 Dollar im Jahr verdienen.

Daraus ist zu ersehen, daß 58 % der weißen arbeitenden Frauen und 73,4 % der schwarzen und Frauen anderer Minoritäten einzig und allein aus wirtschaftlicher Notwendigkeit arbeiten. Viele andere Frauen arbeiten, um ihrer Familie den Standard einer Mittelschicht zu erhalten.

Kurzum, Frauen arbeiten heute in allen Zweigen der Wirtschaft und sollten nicht länger als zweitklassige oder unwichtige Arbeitskräfte betrachtet werden.

In der Tat haben aber diese Frauen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, wesentlich mehr Schwierigkeiten als ihre männlichen Leidensgenossen. Ihre Arbeitslosenversicherung ist auf den Verdienst berechnet. Da ihr Lohn aber von vornherein wesentlich niedriger ist als bei den Männern, ist auch ihr Arbeitslosengeld wesentlich niedriger.“

aus „GUARDIAN“
9.4.1975

Zur Reform des Ehe- und Familienrechts Viel Spektakel um nichts

Die Reform des Ehe- und Familienrechts – vor allem der reaktionären Scheidungsgesetze – gehört zu einem der „großen Reformvorhaben“ der SPD/FDP-Regierung. Seit über vier Jahren wird über vorliegende Entwürfe debattiert und in Untersuchungsausschüssen beraten, ohne daß bis heute greifbare Ergebnisse vorliegen.

Inzwischen droht der geplante Termin zum Inkrafttreten des Gesetzes, der 1. Januar 1976, zu platzen und es besteht die Gefahr, daß wesentliche Abstriche von den Inhalten der ohnehin mageren Reform gemacht werden, da die SPD/FDP-Regierung bei CDU/CSU bei ihrem Geiz über den Reformentwurf mit einigen Kompromissen bereitwillig entgegenkommt. Von daher droht die Entwicklung dieser Reform ähnlich zu verlaufen wie beim § 218, wo die CDU/CSU und andere Erzkonservative es geschafft haben, diese Reform zu Fall zu bringen.

Die Reform des Ehe- und Familienrechts soll vor allem eine Neuregelung des jetzigen Scheidungsrechts bringen.

Die SPD/FDP-Regierung, die sich aufgrund von Wahlversprechungen zu einer Reformierung des Ehe- und Scheidungsgesetzes verpflichtet sah, unterbreitete folgende Neuformulierung:

Künftig soll es demnach möglich sein, daß eine Ehe geschieden wird, wenn beide Partner einverstanden sind und bereits ein Jahr auseinander gelebt haben. Die Frage nach der „Schuld“ soll künftig außen vor gelassen werden.

Komplizierter wird es schon, wenn nur ein Ehepartner sich trennen will. Während nach der alten Gesetzgebung eine Scheidung dann nahezu unmöglich war, ist jetzt geplant, das sogenannte „Zerrüttungsprinzip“ einzuführen. Dieses besagt, daß die Eheleute dann „anstandslos“ geschieden werden, wenn sie drei Jahre auseinander gelebt haben. Nach dieser Frist soll eine Scheidung auch gegen den eventuellen Widerstand eines Ehepartners vollzogen werden.

Von Seiten der CDU/CSU sind allerdings bereits „starke Bedenken“ vorgebracht worden. Zum einen wird verlangt, eine sogenannte „Härteklause“ einzubauen, die eine Scheidung selbst nach dreijähriger Trennung noch untersagt, wenn z.B. ein Ehepartner erklärt, nicht allein mit der Erziehung minderjähriger Kinder zurecht zu kommen.

Hier ist es offensichtlich, daß die CDU/CSU in Hinblick auf die anstehenden Wahlen in demagogischer Weise an der Notlage vieler Frauen anknüpft und sich zum Schützer der Interessen der benachteiligten Frauen aufspielt.

Es war allerdings gerade die CDU/CSU, die das sogenannte „Babyjahr“ (Anrechnung des ersten Jahres nach der Geburt eines Kindes auf die Rente der Frau) auch die Reform des § 218

zu Fall brachte.

Zum anderen sieht die CDU/CSU (und mit ihr die katholische und evangelische Kirche im Einklang) die Festsetzung der dreijährigen Trennungszeit als eine Eheschließung „mit Kündigungsrecht“ an, was ihrer reaktionären Richtung nach natürlich der Ansicht widerspricht, daß die Ehe eine Institution „auf Lebenszeit“ sei („Bis daß der Tod euch scheidet ...“). Eine Einigung in dieser Frage scheint „dank“ dem Entgegenkommen der SPD/FDP in Aussicht. Man ist laut einer Äußerung von Staatssekretär de With vom 25.3.75 durchaus bereit, gesetzlich festlegen zu lassen, daß die Ehe eine lebenslanglich bindende Angelegenheit ist; zum anderen wurde der „Kompromiß“-Vorschlag unterbreitet, die dreijährige Trennungszeit nach dem sogenannten „Zerrüttungsprinzip“ auf fünf Jahre auszudehnen.

Der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses, Alfred Emmerlich, äußerte z.B., daß die 3-Jahres-Frist „einer eingehenden Prüfung“ bedürfe („Süddeutsche Zeitung“, 2.5.75).



Die geplante Reform zur Änderung der Namensgesetzgebung sah vor, daß es nicht mehr Gang und Gebe bleibt, daß die Frauen bei der Heirat automatisch den Namen des Ehemannes annehmen müssen.

Stattdessen sollte es möglich sein, a.) seinen Geburtsnamen beizubehalten, oder b.) einen Doppelnamen zu bilden. Die CDU/CSU gab vor, bei der „Schaffung einer verwirrenden Vielfalt von Namensbezeichnungen“ nicht durchsteigen zu können, was natürlich nur allzu vorgeschoben ist. Diesen Leuten ist bereits die „kleinste Reform“ in Richtung Gleichberechtigung der Frau ein Grauel.

Bei der Ablehnung im Bundesrat stellte die CDU/CSU gleichzeitig die Forderung auf, diesen Reformentwurf wieder in den Gesamtentwurf einzugliedern. Ziel scheint für sie zu sein, damit das ganze Reformwerk von ihrer Zustimmung im Bundesrat abhängig zu machen, während die Scheidungsgesetze z.B. nicht der Zustimmung des Bundesrates bedürfen, sondern eine Mehrheitsentscheidung im Bundestag ausreicht.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die

Prinzip der „Bedürftigkeit“ abgewichen werden, womit man den Begriff nach der „Schuld“ dieses oder jenen Ehepartners an der Scheidung mit untergemauscht hätte!

Die Einführung des „Versorgungsausgleichs“ soll den Mißstand beheben, daß bisher stets die Frauen bei der Rentenauszahlung benachteiligt werden, allein durch die Tatsache, daß sie zu 99% diejenigen sind, die aufgrund von Hausarbeit, Kindererziehung usw. nicht mitgearbeitet haben und so weniger Rente bekommen.

Über Art und Umfang dieser Reformmaßnahme besteht anscheinend aber noch die wenigste Klarheit. Klar ist nur, daß auch hier lediglich größtenteils der „männliche Teil“ stärker belastet werden wird, während der Staat weiter auf eine kostenlose „Reform“ steuert.

„Verfassungsmäßige Bedenken“ hat die CDU/CSU auch gegen diesen Vorschlag bereits angemeldet. Ihrer Meinung nach würde das eine Benachteiligung der nicht geschiedenen Ehefrauen mit sich bringen. Der Gedanke, die Misere aller Frauen zu beheben, liegt ihnen dabei natürlich fern ...

Geplante Namensgesetzgebung bereits gescheitert

Die Änderung des Namensgesetzes, die ursprünglich im Entwurf zum Ehe- und Familienrecht enthalten war, dann aber von der SPD/FDP aus dem Gesamtentwurf ausgelagert wurde, ist am 21.2. aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat (CDU/CSU-Mehrheit) abgelehnt worden. Die SPD/FDP hat daraufhin zwar den Vermittlungsausschuß eingeschaltet – ob das jedoch an der Entscheidung etwas ändert, ist sehr fraglich!

Die geplante Reform zur Änderung der Namensgesetzgebung sah vor, daß es nicht mehr Gang und Gebe bleibt, daß die Frauen bei der Heirat automatisch den Namen des Ehemannes annehmen müssen.

Stattdessen sollte es möglich sein, a.) seinen Geburtsnamen beizubehalten, oder b.) einen Doppelnamen zu bilden. Die CDU/CSU gab vor, bei der „Schaffung einer verwirrenden Vielfalt von Namensbezeichnungen“ nicht durchsteigen zu können, was natürlich nur allzu vorgeschoben ist. Diesen Leuten ist bereits die „kleinste Reform“ in Richtung Gleichberechtigung der Frau ein Grauel.

Bei der Ablehnung im Bundesrat stellte die CDU/CSU gleichzeitig die Forderung auf, diesen Reformentwurf wieder in den Gesamtentwurf einzugliedern. Ziel scheint für sie zu sein, damit das ganze Reformwerk von ihrer Zustimmung im Bundesrat abhängig zu machen, während die Scheidungsgesetze z.B. nicht der Zustimmung des Bundesrates bedürfen, sondern eine Mehrheitsentscheidung im Bundestag ausreicht.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die

SPD/FDP dazu äußert, nachdem sie bereits vor der Ablehnung dieser Reform massive Zugeständnisse (wie man sieht erfolglos) an die CDU/CSU gemacht hatte. Zum einen, daß das Gesetz erst am 1.1.76 in Kraft treten sollte und des weiteren, daß es nur für Ehen gilt, die nach 1953 geschlossen wurden. Grund: erst ab 53 wurde die Gleichberechtigung der Frau per Gesetz eingeführt! Was für ein Argument!!

Anpassung an bestehende Tatsachen

Es ist bekannt und vielmals lamentiert worden, daß es einen deutlich zu verzeichnenden Rückgang der Geburten gibt, den sogenannten „Pillenknick“. D.h. immer mehr Familien entscheiden sich für eine Ehe ohne Kinder oder höchstens für 1-2 Kinder.

Die Scheidungsraten sind in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. So betrug z.B. die Steigerung von 1971 auf 1972 allein 7,7% („Horizont“, Nr. 19/74).

Die Vorstellung über Ehe, Liebe, Sex und die Moral entspricht – gerade bei jüngeren Leuten – nicht mehr so den alten Zöpfen. An diesen Faktoren kann natürlich nicht ohne weiteres vorbeigegangen werden. Die Vorschläge der SPD/FDP in Richtung Liberalisierung versuchen diese Entwicklung einzuholen.

Ihre große Kompromißbereitschaft an die eindeutigen Gegner dieser Reform, die CDU/CSU und die Kirchen, ist daher abzuleiten, daß diese Reform zum einen am Grundsatzlichen (der bürgerlichen Ehe, Moral und der damit verbundenen Ideologie) nichts ändert und zum anderen, daß die Reform natürlich eine Reihe neuer Probleme aufwirft (z.B. ist fraglich, ob die Männer diese finanzielle Mehrbelastung ohne weiteres hinnehmen) und sie von daher auch mit dem Gedanken liebäugeln, lieber alles beim Alten zu lassen.

Der CDU/CSU und mit ihr den Kirchen geht es noch stärker darum, die reaktionäre Ideologie von Ehe, Familie etc. weiter aufrecht zu erhalten, durch die sich im Kapitalismus noch allzu viele Menschen knechten lassen.

Das Zentralkomitee der katholischen Kirche z.B. formulierte, daß der Regierungsentwurf „ungerecht, unsozial und unliberal“ sei. Ebenso Bischof Kunst von der evangelischen Kirche, der sich vor allem am Begriff des „Zerrüttungsprinzips“ stößt.

Carl-Dieter Spranger von der CSU denkt ähnlich „fromm“ und äußerte, daß das „Zerrüttungsprinzip“ nicht dem „Rechtsempfinden“ entspräche.

Ein weiteres „Argument“, das eine Scheidung erschweren soll, ist, daß das Wohl der Kinder gefährdet sein könnte. Diese Leute mit ihrer heuchlerischen Moral scheuen sich nicht, ein paar Monate nach der Ablehnung

der Reform des § 218 heute über das „Wohl der Kinder“ zu faseln.

Zum anderen besteht bei dem Streben nach Beibehaltung der alten Scheidungsgesetze der uneingeschränkte Wunsch, wie gehabt die Bevormundung von Millionen von Menschen ausüben zu können.

Ehescheidungen im Sozialismus

Die minimalen Verbesserungen, die der geplante Entwurf bringen würde, sind natürlich nicht abzulehnen.

Um das Übel an der Wurzel zu packen, dazu genügen allerdings Reformen, die auf viertel Wege stecken bleiben, nicht.

In der Sowjetunion z.B. hat man nach der Oktoberrevolution eine Reihe neuer Gesetze geschaffen, die sich mit der Problematik der Ehe auseinandersetzen. So wurde z.B. festgelegt, daß eine Scheidung erfolgt, wenn nur ein Ehepartner sie beantragt. Ferner wurde die Gütertrennung so geregelt, daß der Mann nicht mehr für sich in Anspruch nehmen konnte, was der Frau gehörte, und schließlich folgte die Anerkennung der de-facto-Ehe, d.h. man brauchte nur zusammenzuleben, um die gleichen Rechte und Pflichten wie verheiratete Paare selber zu haben.

Doch innerhalb kurzer Zeit waren die Gerichte von Klagen der Frauen überfüllt! Die Männer praktizierten jetzt umso hemmungsloser die Polygamie und überließen die Kindererziehung den Frauen. Eine Umfrage zu Beginn der 20er Jahre ergab, daß die Jugend durchaus für die Abschaffung der Prostitution war, da man ohne weiteres die Mädchen aus dem Komsohol (Kommunistischer Jugendverband) kriegen konnte!

Woher kam das?

Man hatte nicht bedacht, daß mit der jahrhundertalten Praxis der Unterdrückung der Frau nicht von heute auf morgen Schluß gemacht werden kann, selbst nicht durch die sozialistische Revolution. Daher bedarf selbst noch im Sozialismus die Stellung der Frau eines besonderen Schutzes, bis eine vollständige Gleichheit zwischen Mann und Frau hergestellt ist.

In China z.B. ist es so, daß die Gesetze besondere Schutzklauseln zugunsten der Frauen enthalten: Das Gesetz über die Ehe legt in Artikel 18 fest, daß sich der Mann während der Schwangerschaft und während des Jahres nach der Geburt nicht scheiden lassen kann. Weiter z.B. muß der Mann für die Unterhaltskosten des Kindes bei einer Scheidung aufkommen, aber das Gesetz besagt nicht, daß die Mütter diese Kosten zu tragen hat, wenn das Kind dem Vater zugesprochen wird.

All diese Maßnahmen sollen berücksichtigen, daß es im Sozialismus noch keine völlige Gleichheit gibt und aus diesem Grund die Frauen eines besonderen Schutzes bedürfen.

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Müttersterblichkeit in der DDR durch legalen Schwangerschaftsabbruch erheblich gesenkt!

Zwar gibt es in der DDR nicht die vollständige Abtreibungsfreiheit, jedoch können die Frauen seit 1972 in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft entscheiden, ob sie das Kind austragen wollen oder nicht. Die Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs bis zum dritten Monat (in der BRD die „Fristenregelung“ genannt) fand im Rahmen einer Aufklärungskampagne über Familie, Erziehung, Ehe, Abtreibung und Verhütungsmittel statt.

Die Sektorenleiterin für Familienplanung im DDR-Ministerium für Gesundheitswesen, Helga Rayner, konnte jetzt vor der Presse mitteilen, daß es „mit der Hilfe des Gesetzes gelungen sei, die Müttersterblichkeit weiter zu senken. Bevor es die Fristenlösung gegeben habe, seien auf 10.000 Geburten 1,3 Todesfälle registriert worden, wobei die Hauptursache der Müttersterblichkeit illegal eingeleitete Schwangerschaftsabbrüche gewesen seien. Bereits zehn Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes sei die Müttersterblichkeit auf 0,6 Todesfälle zurückgegangen, heute liege sie bei 0,17“ (nach „FAZ“ v. 14.6.75).

Vor der Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs gab es in der DDR, nach amtlichen Schätzungen, jährlich 100.000 Abtreibungen, davon wurden 55.000 bekannt. Ein Drittel dieser Zahl war vor der Einführung der Fristenregelung legal gewesen.

Im Jahre 1972 war es gelungen, durch das Gesetz die illegalen Abtreibungen weit um die Hälfte zu

senken. Von 134.867 Schwangerschaftsabbrüchen waren 119.425 nach dem neuen Gesetz eingeleitet worden. Bereits in den folgenden Jahren konnte eine weitere Senkung festgestellt werden.

„Die Entwicklung in den vergangenen Jahren haben alle skeptischen Argumente entkräftet, die einen „sittlich-moralischen Dammbruch“ und Mißbrauch des Gesetzes prophezeit hätten, sagt die Obermedizinalrätin aus dem Gesundheitsministerium“ („FAZ“, 14.6.75).

Die Kampagne zur Familienplanung war begleitet von Aufklärungsarbeiten über Verhütungsmittel. Durch die „Anti-Baby-Pille“, die alle Frauen in der DDR (1974 wurden 15,6 Millionen Packungen abgegeben) kostenlos auf Rezept erhalten, gelang es, die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche 1974 auf 99.757 (vergleiche oben) zu senken.

Allein die Tatsache, daß in der DDR durch Einführung der Fristenregelung, bei Abtreibungen die Müttersterblichkeit und die Zahl der Abtreibungen überhaupt drastisch gesenkt werden konnten, bezeugt noch einmal auf eindrucksvolle Weise, mit was für niederträchtigen „Argumenten“ die Herrschenden und Reaktionen hier in Westdeutschland an der Kriminalisierung der Abtreibung festhalten – sie reden „vom Schutz des ungeborenen Lebens“ und „des Lebens überhaupt“ und gefährden in Wahrheit das Leben der Frauen, die abtreiben wollen.

Genossin des Metall-Komitees KB/Gruppe Hamburg

12.000 auf DGB-Demonstration gegen Jugendarbeitslosigkeit in Hannover

Erneute Provokation der DGB-Führer!



10 000 bis 12 000 Menschen auf der regionalen Demonstration des DGB in Hannover gegen Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenverknappung

Am 14.6. fand die regionale Demonstration des DGB in Hannover statt, zu der der DGB-Landesbezirk

Am 14.6. fand die regionale Demonstration des DGB in Hannover statt, zu der der DGB-Landesbezirk Niedersachsen/Bremen „aufgerufen“ hatte. Nach sehr unterschiedlichen Schätzungen lag die Zahl der Teilnehmer bei etwa 10 - 12.000 Demonstranten.

„Mobilisierung“ a la DGB-Führung

Vergleicht man die tatsächlichen Möglichkeiten des DGB, im Landesbezirk Niedersachsen/Bremen Jugendliche zu mobilisieren, mit der Teilnehmerzahl kommt man nicht umhin, den DGB-Oberen Demobilisierung zu bescheinigen.

In Hannover beschränkte man sich auf wenige „Informationsstände“, Flugblätter, die reichlich vorhanden waren, wurden kaum verteilt (so geschehen in hannoverschen Metallbetrieben, wo die Jugendvertretungen das Material für „ihre“ Lehrlinge erst anfordern mußten!). Eine Woche vor der Demonstration (!) machte der KJA eine Diskussionsveranstaltung zum Thema Jugendarbeitslosigkeit, die nur „Insidern“ bekannt geworden war. In den Betrieben beschränkte die DGB-Führung ihre „Mobilisierung“ auf das Aufhängen von Plakaten, worauf noch nicht einmal Ort und Zeitpunkt der Demo angegeben waren. Das geschah erst kurz vorher mit Aufklebern.

Prozent!) noch die Investitionszulage von 7,5% kassiert werden! Auf diese Weise erhöhen sich die staatlichen Zuschüsse auf den enormen Anteil von über 40 Prozent an den Gesamtkosten – das entspricht bei sechs Trawlern ca. 27,5 Mio. DM! Diesen heißen Tip Grunbergs ließ z.B. die „Hanseatische Hochseefischerei“ nicht ungehört verhallen; sie bekräftigte inzwischen ihre Absicht, bis zum 30. Juni vier Frischfischfänger in Auftrag zu geben.

Man sollte dazu noch erwähnen, daß hier eine Branche gemästet wird, die ohnehin nicht gerade kleine Profite macht; jeder, der in letzter Zeit mal einen Blick auf die horrenden Preise für Frischfisch riskiert hat, wird davon eine Ahnung bekommen haben.

KB/Gruppe Bremerhaven

Breiter als der DGB hatte noch die GEW zu der Demonstration mobilisiert, da kurze Zeit vorher

Breiter als der DGB hatte noch die GEW zu der Demonstration mobilisiert, da kurze Zeit vorher bekannt geworden war, daß eine neue Schweinerei passiert war: 800 Referendare sollten (trotz des Lehrermangels und der übergroßen Klassen) nicht eingestellt werden! Auch in anderen Städten sah es ähnlich mit der DGB-Mobilisierung aus: Während in Göttingen die Abfahrtszeiten der DGB-Busse nicht öffentlich bekanntgegeben wurden, fiel in Hildesheim die öffentliche Bekanntgabe der Demo fast ganz aus – lediglich in der PH waren ein paar Plakate angeschlagen (!). Im übrigen hinderte man Kollegen, die als Linke bekannt waren, daran, in den Bussen mitzufahren.

Die berühmten 5%

Ort und Zeitpunkt der Demonstration zeigten genau, was die Planer bezweckten: eine „Dampfblasedemonstration“, die einen möglichst geringen Kontakt mit der Bevölkerung bekommen sollte. Ein Wochenende vor dem 14. Juni war z.B. verkaufsoffener Sonnabend, an dem bei entsprechender Route sowohl die Wirkung als auch die Größe des Zuges effektiver gewesen wäre.

Eine ebensolche „Verhöhnepielung“ der Demonstranten war die Wahl des Sammlungsortes: Kilometerweit vom Stadtzentrum entfernt und „möglichst unauffällig“ nicht in der Nähe von Wohnhäusern. Gleich zu Anfang der Demonstration wurde ein sagenhaftes Tempo zugelegt, und in dieser Anfangs-Heckel gab es auch gleich die erste Provokation: D.K.P.-Ordner des DGB versuchten, Transparente, die ihnen nicht paßten, aus dem Zug zu holen, wobei ihnen allerdings eine gehörige Abfuhr erteilt wurde. Die DGB-Führer hatten teilweise schon in Aufrufflugblättern – wie z.B. in Hameln – ausdrücklich betont, es dürften nur „offizielle“ Transparente getragen werden; also nur DGB-Linientreue!

Eine weitere Provokation gegen die demonstrierenden Jugendlichen war die Abschlußkundgebung, auf der mit Hilfe einer überdimensionalen Lautsprecheranlage die Versammelten mit den sozialdemokratischen Lügen der Gewerkschaftsfunktionäre „totgesabbert“ werden sollten. Als dann nach immer lauterem Sprechchören einer der Redner meinte, „daß hier wieder die Minderheit von 5 Prozent gegen die Mehrheit von 95 Prozent (!) der Zuhörer ihr Süppchen kochen wollen“, mußte die Kundgebung vorzeitig abgebrochen werden, da die Sprechchöre auf einen so großen

Teil der Demonstranten übergriffen hatten, daß die Lautsprecher das Nachschauen hatten (50%). Aber damit

Teil der Demonstranten übergriffen hatten, daß die Lautsprecher das Nachschauen hatten (50%). Aber damit waren die DGB-Führer gar nicht einverstanden: Nachdem das schrille Geschrei des letzten Redners so unerträglich wurde, daß eine größere Gruppe Demonstranten zur Tat schritt und einer Lautsprecherbatterie die Kabel ausriß, um ihren berechtigten Forderungen an die Gewerkschaftsführer mehr Ausdruck zu verleihen, inszenierten diese durch ihre „Ordner“-Truppe eine saftige Prügelei. Zum Abschluß wurde dann – genau wie am 1. Mai '75 und '74 – primitive, schrille Schlagermusik über den Platz gedreht, um Sprechchöre und eine Abschlußkundgebung der Demonstranten zu verhindern.

Die Demonstration war insgesamt recht stark von den „Linken“ geprägt. Der KBW, der besonders durch seine Ortsgruppen aus Bremen, Göttingen und Hannover zahlreich vertreten war, konnte durch geschlossenes Auftreten seine Parolen in größeren Teilen der Demonstration hineinbringen, obwohl sie zum Teil echt der wahren Hohn sind („60% Ausbildungsvergütung vom Ecklohn eines Facharbeiters“, „Arbeitslose Jugend braucht Arbeitslosgeld“, oder die Forderung nach der „Einheitsschule“) und von vielen fortschrittlichen Kollegengruppen weit schärfere Forderungen aufgestellt wurden!

Insgesamt gesehen, war diese Demonstration ein sichtbarer Schritt nach vorn, zumindest, was die Zusammenfassung von Lehrlingen, Schülern, Lehrern, Eltern etc. zu einer Kampffront gegen Arbeitslosigkeit und die Ausbildungspolitik von Kapitalisten und Regierung anbetrifft.

KB/Gruppe Hannover

Bei der Demonstration trug die KB-Gruppe Hannover u.a. ein Transparent gegen Berufsverbote und Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Eine Genossin forderte daraufhin einen in der Nähe marschierenden KBW-Genossen mit Megaphon auf, doch eine entsprechende Parole auszurufen. Darauf dieser: „Das geht doch nicht auf einer DGB-Demo, hier müssen wir doch einheitlich gegen die Kapitalisten auftreten! Gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse können wir in unseren Zeitungen angehen!“ Mahlzeit! Ist für den KBW an der Gewerkschaftsführung – ebenso wie für die DKP – gleichbedeutend mit Kritik am Gewerkschaftsgedanken?!

15 000 demonstrierten in London für das Recht auf Abtreibung

Am 21.6. fand in London eine Demonstration gegen die geplante Verschärfung der Abtreibungsgesetzgebung in England statt. Zwischen 15.000 und 20.000 Menschen (lt. „Guardian“ v. 23.6.) aus allen Teilen Großbritanniens beteiligten sich an der Demonstration, unter ihnen Abordnungen von Frauengruppen aus Frankreich, Portugal, Spanien und Kanada. Gemeinsam mit englischen Frauen vereinbarten sie nach der Demonstration, ein internationales Gremium zu schaffen, das die gegenseitige Information und Hilfe bei Abtreibungen ermöglicht. In Portugal soll eine erste internationale Konferenz abgehalten werden.

Bereits in AK 57 berichteten wir über die Vorlage im englischen Unterhaus zur Änderung der bisher relativ liberalen Abtreibungsgesetzgebung. Demnach soll in Zukunft eine Abtreibung nur nach strenger medizinischer Indikation freigegeben werden und nur noch bis zur 20. Schwangerschaftswoche erlaubt sein (bisher 28.).

Kehrseite der „Sparpolitik“: Fischerei-Kapitalisten kriegen neue Fischdampfer (fast) geschenkt

Während im Bildungsbereich, im Bereich der medizinischen Versorgung der Bevölkerung usw. kräftig auf Kosten der Werktätigen „gespart“ wird, scheut die SPD-Regierung keine Kosten und Mühen, wenn es darum geht, den ohnehin sich schon dumm und dämlich verdienenden Kapitalisten die Steuermillionen hinterher zu schmeißen.

Dazu folgendes interessante Beispiel: Die Reedereien der deutschen Hochseefischerei planen – bereits seit drei Jahren – ein Neubauprogramm für ihre Frischfischfänger-Flotte, das mindestens sechs Schiffe umfassen soll. Diese Neubauten sollen „überalterte“ Frischfisch-Trawler ersetzen, die nicht mehr „rentabel“ fahren. (Für die Kollegen an Bord wird das eine weitere Verschärfung ihrer ohnehin mörderischen Arbeitsbedingungen zur Folge haben, denn die

neuen Trawler sollen natürlich „Personaleinsparungen erlauben“ („BBZ“, 12.6.75).

Das Bundesfinanzministerium will jetzt dieses Programm mit Bundeszuschüssen in Höhe von 20 Prozent subventionieren. Darüber hinaus stehen weitere Gelder aus Brüssel in Aussicht (EG-Subventionen), „so daß die Förderungsquote die festgesetzte Höchstgrenze von 33 Prozent erreichen könnte“ („NZ“, 10.6.75).

Doch damit ist der „warme Regen“ für die Kapitalisten noch lange nicht zu Ende. Der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Grunberg erinnerte die Reedereien daran, die Neubauten aufträge doch tunlichst noch bis zum 30. Juni zu vergeben. Warum? Damit diese noch mehr von den Steuergeldern der Arbeiter profitieren! Bis zum 30. Juni kann nämlich (zusätzlich zu den besagten 33

Bourgeoisie bläst zur Attacke auf das Lebensniveau der Werktätigen:

„Abschied vom Sozialstaat“ — heißt die Parole!

Fortsetzung von Seite 1

einzusparen. Kernpunkt seiner Ausführungen war jedoch das umfangreiche Rationalisierungsprogramm, das neben weiteren „Einzelmaßnahmen“ und Streckenstilllegungen vor allem die „Verringerung“ des Personals in den nächsten 5 Jahren um 60.000 und bis 1985 um 120.000 (!) Eisenbahner vorsieht! Aus dem Bundesetat erhält die Bahn in diesem Jahr einen Zuschuß von rund 10 Mrd., ihre Gesamtverschuldung beläuft sich damit auf 21,5 Mrd. DM.

Bezahlt werden das selbstverständlich die Kunden, und hier natürlich nicht die Kapitalisten. Das Verkehrsministerium hat der Bahn zu diesem Zweck die Ermächtigung erteilt, in eigener Regie die Tarife bis zu 20 % (!) zu erhöhen. Selbstverständlich wird eine „Erhöhung der Gütertarife“ ... in der jetzigen Konjunkturlaute ... für fraglich gehalten“ („Welt“, 9.6.75).

Kürzungen bei „Gemeinschaftsausgaben“ von „Bund und Ländern“

Beim letzten „Spitzengespräch“ von „Bund und Ländern“ zur Verteilung der Mehrbelastungen der Steuerreform ließen die beteiligten Herrschaften verlauten, daß „besonders große Kürzungen im Bereich des sozialen Wohnungsbau zu erwarten“ seien. Geplant sind bislang noch (!) 50.000 Einheiten in Angriff zu nehmen, was nicht einmal mehr halb so viel wie ursprünglich geplant ist! Das Gleiche gilt für den Hochschulbau, für den „Bund und Länder“ 1,4 Mrd. veranschlagten. Hier sollen Reduzierungen von ca. 30 % vorgenommen werden. Ferner soll auch im Städtebau „gespart“ werden, was allerdings noch nicht weiter konkretisiert wurde (Die dezentralen „Sparprogramme“ der einzelnen Bundesländer kommen noch dazu, bzw. sind schon seit geraumer Zeit angelaufen, siehe Hamburg etc.).

Es erübrigt sich fast zu erwähnen, daß bei solchen „Gemeinschaftsausgaben“, wie z. B. die „Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur und der Agrarstruktur ... alles vermieden werden (sollte), was auf eine Kürzung der Einkommen hinausläuft“ („Welt“, 14.6.75).

Wo sollte denn schließlich das viele „gesparte“ Geld bleiben, wenn nicht beispielsweise der Hamburger Senat dem Reynolds-Konzern im Rahmen der „Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ seinen Hamburger Ableger mit „mal eben“ über 600 Millionen DM nahezu vollständig finanzierte ...

Nicht nur „Geplantes“ wird gestrichen — jetzt geht es an die Substanz!

Unter den eingangs zitierten und penetrant in der jüngsten Zeit von der bürgerlichen Presse breitgetretenen Parole „Abschied vom Sozialstaat“ ist von den zuständigen Regierungspolitikern (Apel, Friderichs, Arendt etc.) angekündigt worden, die Schleyer'sche Forderung nach „Entschlackung des sozialen Bereichs“ zügig zu realisieren.

Als erster massiver Schritt des Abbaues ist eine „Novelle“ zum Arbeitsförderungs-gesetz geplant, um die Bundesanstalt für Arbeit „besser vor zu hohen und unberechtigten Forderungen zu schützen“, wie die „liberale (?)“ „Frankfurter Rundschau“ mit von ihr bisher selten erreichter Demagogie formulierte (20.6.75).

Tatsächlich wird geplant, den § 103 des Arbeitsförderungs-gesetzes, der den Begriff der „zumutbaren Tätigkeit“ bei der Zuweisung von Arbeitsplätzen seitens der Arbeitsämter vorschreibt, „auszuweiten“. Da ein Arbeitsloser den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung verliert, wenn er eine „zumutbare Arbeit“ nicht aufnimmt, kann er bei entsprechender Gesetzgebung auf diesem Wege in irgend eine x-beliebige freie Stelle gezwungen werden, und so einen „Beitrag“ leisten, zur Sanierung der Staatsfinanzen! Der Staatsha-

halt nämlich trägt in diesem Jahr die fälligen Arbeitslosenunterstützungsgelder mit einem Anteil von ca. 8 bis 9 Milliarden, da die eingezahlten Beiträge der Bundesanstalt weitgehend langfristig (!) „angelegt“ sind.

Ist das, was hier mit den ohnehin zu niedrigen Unterstützungsgeldern getrieben wird, schon dreist genug, so schlägt die zusätzlich erwogene Erhöhung (!) des Arbeitslosen-Versicherungsbeitrags von 2 auf 3 % des Lohnes, dem Faß den Boden aus!

Eine derartige Erhöhung, die nach einer Meldung der „FAZ“ vom 21.6.75 zum 1. Januar 1976 erhoben werden soll, könnte „problemlos“ in der gleich nach der Sommerpause geplanten „Novelle“ festgelegt werden, und würde der Bundesanstalt für Arbeit Mehreinnahmen von ca. 4 Mrd. DM verschaffen, entsprechend den Bundesetat entlasten.

Des weiteren sollen mit der „Novelle“ zum Arbeitsförderungs-gesetz die Voraussetzungen von Fortbildungs- und Umschulungshilfen verschärft werden, was allerdings noch nicht präziser erläutert wurde.

Der „Spiegel“ spricht in diesem Zusammenhang von einer kürzlichen Forderung Schmidts im Kabinett, wonach Umschüler (wie auch Studenten) künftig anstelle von Ausbildungsbeihilfen, bzw. Verdienstausschleichzahlungen, „bestenfalls zinslose Darlehen“ erhalten sollen (24/75).

Auch Sozialbeiträge werden steigen!

Daß die Beiträge zur Rentenversicherung ebenso wie die Arbeitslosenversicherung entgegen den derzeitigen Beteuerungen in der nächsten Zeit von derzeit 18 auf mindestens 20 % des Brutto Lohnes steigen werden, steht für die „Experten der Rentenversicherung“, laut „Spiegel“ 24/75, schon heute fest.

Der Grund für diese Maßnahme ist vor allem in der „großartigen“ Rentenreform des sozialdemokratischen Arbeitsministers Arendt zu suchen. Jene Reform ermöglicht es den „Selbständigen“, sprich: Kapitalisten, sich zu Lasten der Arbeiter für bessere Konditionen in die Rentenversicherung einzukaufen. „Selbständige“ (vor allem Ärzte und ähnliche Kleinbourgeoisie machen davon Gebrauch) brauchen, anders als die Arbeiter, nicht 12, sondern nur 9 Beiträge im Jahr zu entrichten, und haben als Rentenbezieher ihr Geld meist schon nach 4 Jahren ausgeglichen, während ein Arbeiter erst nach 13 Jahren Bezugszeit seine Beitragsleistungen verbraucht hat!

Ähnlich verhält es sich bei den Krankenkassen, denen Arendt zudem noch die bislang von der Rentenversicherung (also vom Staatshaushalt) getragene Krankheitsfürsorge für Rentner aufbürden will — Kostenpunkt: ca. 15 Milliarden! Die Krankenkassen werden u. a. durch diese Maßnahme gezwungen sein, ihre Beitragssätze zu erhöhen. Überhaupt werden die Beitragssätze indirekt durch verschiedene Maßnahmen des Staates zur „Sicherung“ der Einkünfte der Bourgeoisie massiv in die Höhe getrieben.

Die sogenannte „Arzneitaxe“, eine (übrigens in der Praxis nie unterschrittene) Höchstgrenze der Apotheker-Handelsspanne, die vom Wirtschaftsminister festgesetzt wird, gestattet derzeit den Apothekern, auf die Großhandelspreise einen Aufschlag zwischen 35 und 74 % zu erheben!

Mit anderen Worten zahlen die Arbeiter den Apothekern — dank der guten „Fürsorge“ des Wirtschaftsministers — über ihre Krankenkassenbeiträge hinaus ein „bescheidenes“ Einkommen von nicht selten mehr als 250.000 DM jährlich!

Die Rentenversicherung und die Krankenkassen sind nur 2 Beispiele dafür, daß das derzeit als zu „teuer“ propagierte „Netz der Sozialleistungen“, der sogenannte „Sozialstaat“, der abgebaut werden muß etc. pp. heute schon weitgehend nichts mehr als Betrug, als eine geschickt getarnte Lüge ist, denn

1. ist im Zusammenhang mit der vielzitierten Steigerung des

„Sozialbudgets“ (der natürlich so wie so den Vergleich mit dem Rüstungsetat nicht standhalten kann) zu sehen, daß auch die Sozialabgaben und Steuern eines „Durchschnittsverdieners“ von 17,3 % des Bruttoverdienstes 1960, auf über 31 % (!!) in diesem Jahr gestiegen sind („Spiegel“, 24/75).

2. verbergen sich vielfach hinter den einzelnen Posten des „Sozialbudgets“ offene oder verdeckte Zuwendungen an die diversen grossen und kleinen Kapitalisten, wie bei näherer Betrachtung der Kranken- und Rentenversicherung deutlich sichtbar wird.

Diese Zuwendungen stehen bei der „Entschlackung des sozialen Bereichs“ natürlich nicht zur Debatte, sondern eben die 6-wöchige Lohnfortzahlung bei Krankheit, die Dynamisierung der Renten etc., kurz, die Dinge, die das Lebensniveau der Arbeiterklasse schmälern.

Der angeblich so übermäßig aufgeblähte „Sozialstaat“ entpuppt sich als geschickt aufgezogenes Propaganda-Vehikel, das darüber hinwegtäuschen soll, daß der reale Abbau des Lebensstandards der Arbeiterklasse schon seit Anfang der 70er Jahre betrieben wird, und daß unter dem Vorwand, sozusagen „Sonderzuwendungen“ rückgängig zu machen, diesen Prozeß energisch beschleunigen soll.

Doch die Profite steigen wieder!

In Punkto „Konjunkturprognose“ hat sich gegenüber unserer Einschätzung im letzten ARBEITER-KAMPF nicht viel verändert. Wir haben damals darauf hingewiesen, daß die relativ lange Übergangsphase zwischen Krise und Boom von den Kapitalisten und der Regierung dazu genutzt werden wird, einen umfangreichen Aderlaß am Lebensniveau der Arbeiterklasse herbeizuführen — die Herrschaften haben diese Einschätzung inzwischen durch ihre Taten mehr als bestätigt! Der letzte Monatsbericht des BDI sowie der Bericht der Bundesbank enthalten jedoch neben dem allgemeinen „Krisen-gemähre“ einige Aspekte, auf die wir näher eingehen wollen, da sie verdeutlichen, daß „die Krise“ eben für die Arbeiter und für die Kapitalisten lange nicht „das Gleiche“ bedeutet.

In beiden Berichten wird nebst anderem darauf hingewiesen, daß noch immer „rezessive Tendenzen“ zu verzeichnen sind und die Kapazitäten mit einer derzeitigen Nutzung von nur 75 % nach wie vor nicht ausgelastet sind.

Im Bericht des BDI heißt es dazu weiter, daß die geringe Kapazitätsauslastung aber „nicht ganz zu Lasten der Produktivität gegangen“ ist, was im Zusammenhang steht mit dem „Steigen der konjunkturellen Arbeitslosigkeit (!!)“. Die „Welt“ kommentierte diese Ausföhrung sehr richtig: „Wenn bei fortwährend abnehmender Kapazitätsauslastung die Produktivität weiter steigt, dann heißt dies, daß beachtliche Rationalisierungserfolge erzielt werden (!)“ (20.6.75).

Auf „gut Deutsch“ heißt das, daß mit der kapitalistischen Rationalisierung, mit Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit schon heute wieder steigende Profite erzielt werden (die ohnehin nur in wenigen Branchen gesunken waren), daß die Lasten der Krise durch Arbeitshetze etc., durch Erhöhung des Grades der Ausbeutung, aus den Knochen der Arbeiterklasse gepreßt werden, während andererseits natürlich nicht die Arbeiter, sondern die ja so „schwer“ durch die Krise „getroffenen“ Kapitalisten es sind, die „entlastet“ werden sollen, denen die mit der „Sparpolitik“ erpreßten Mittel hinten und vorne zugleich „reinstopft“ werden!

In diesem Zusammenhang sei hier eingeschoben, daß — anlässlich des Auslaufens der „Investitionsprämie“ zum 30.6. von der „Ständigen Wirtschaftskonferenz“ von Bund und Ländern die Möglichkeit neuer „Konjunkturprogramme“ schon für den August angekündigt wurde. Wahrhaft „selbstlos“ posante man aus, daß die Länder trotz „leerer Kassen“ bereit seien zu prüfen, welche „Möglichkeiten zur Wirtschaftsbelebung noch drin“ sind“ man wolle jedoch zunächst

„die Einzelheiten nicht auf den Markt tragen“ („FR“, 20.6.75).

Was andererseits das Schicksal der Arbeiterklasse angeht, so schildert das einer von Springers Kommentatoren im Wirtschaftsbeil der „Welt“ mit brutaler Offenheit: „Ein Wiederanstieg der Konjunktur setzt eine Besserung der Ertragsbedingungen voraus, und dies erfordert nach den starken, dazu noch inflatorisch überhöhten Kostensteigerungen der letzten Jahre einen rigorosen Kostenabbau. Nach der konjunkturellen Arbeitslosigkeit entsteht nunmehr, wenn man den Ausdruck gebrauchen will, eine strukturelle Arbeitslosigkeit (!!!)“ (20.6.75).

Angeichts dieser Entwicklung bleibt uns zu bekräftigen, was wir schon im letzten ARBEITER-KAMPF herausgestrichen haben:

Die Arbeiterklasse wird, will sie nicht in kürzester Zeit weitere einschneidende Eingriffe in das bisherige Lebensniveau hinnehmen, auf allen Ebenen den Kampf gegen die „Sparpolitik“, gegen den „Abbau des Sozialstaates“, den geplanten Lohnraub etc., entfalten müssen. Nur das selbständige, geschlossene und machtvolle Auftreten wird die ärgsten Auswüchse verhindern können — das haben vor allem die sozialdemokratischen „falschen Freunde“ und „Interessenvertreter“ der Arbeiterklasse mit ihrer schandhaften Stellung zur „Sparpolitik“, die sie ja federführend selbst entwickeln und vorantreiben, deutlich gemacht!

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Anzeige

NEU Unser Weg

SONDERNUMMER Juni 1975 Preis 1,-



DIE ITALIENISCHE LINKE...



LOTTA CONTINUA il manifesto

...UND DIE AUSSENPOLITIK DER VR CHINA

zu bestellen bei: J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

„Abhörraffaire“ — Die Brandstifter als Biedermann

Genau pünktlich zum Mannheimer Parteitag der CDU schlug die sog. „Abhörraffaire“ einige Wellen: Die illustrierte „Stern“ hatte in ihrer Nr. 26 den Text eines „abgehörten“ Telefongesprächs zwischen CDU-Kanzlerkandidaten Kohl und CDU-Generalsekretär Biedenkopf veröffentlicht.

Scheinheilige Empörung herrschte über diesen „Skandal“ (die Veröffentlichung des Gesprächs, nicht etwa sein Inhalt!) bei Politikern und Presse.

Eine ganz große Schau zog Kohl selbst ab: „rot (!) vor Zorn“ und „mit bebender Stimme“ — so wußte Springers „Bild“ zu berichten — deklamierte Kohl: „Was sich hier auftrifft ist Gangstertum, ist Abgrund! Wenn Bürger der Bundesrepublik sich nur noch auf Parkplätzen vertraulich unterhalten können, dann ist dies nicht mehr mein Land“ („Bild“, 19.6.75). Laut „FAZ“ gab Kohl außerdem die gar nicht mal so falsche Bemerkung von sich: „Wenn wir das hinnehmen, daß der einzelne ausspioniert wird, ändert sich die Qualität unseres freiheitlichen Rechtsstaates“ („FAZ“, 19.6.75).

Da Kohl ganz bestimmt weiß, daß Bespitzelungen, einschließlich Abhören von Telefongesprächen, zur Praxis des Staates gehören, ist diese Äußerung ziemlich gewagt. Zudem deckte der „Stern“ in seiner Nr. 27 auf, daß die Polizei von Rheinland-Pfalz (wo Kohl Ministerpräsident ist) wiederholt Abhörgeräte (sogenannte „Wanzen“) eingekauft hat — wozu wohl?

Die üblichen Spitzel-Praktiken hindern indessen natürlich auch andere Politiker nicht, ein großes Gezeter über den „Eingriff in die Intimsphäre des Bürgers“ anzustimmen. Biedenkopf beispielsweise sprach von der „publizistischen Unterstützung eines kriminellen Tatbestandes“ („Welt“, 18.6.75) und verglich den „Stern“ gar mit der „Baader-Meinhof-Bande“.

Was die bürgerliche Presse — abgesehen vom „Stern“ — angeht, so schien sie über den „Skandal“ förmlich von Ekel geschüttelt zu sein. Der „Presserat“ erklärte sich selbst erst einmal für „nicht befangen“ und verpaßte dann dem „Stern“ eine scharfe „Rüge“ („schwerer Verstoß

gegen allgemeine Grundsätze der journalistischen Fairness“).

Besonders angeekelt war anscheinend die ungemein ehrbare Springer-Presse über die „skandalöse Veröffentlichung“. Vergessen war, wie Springers Hetzblätter sich seinerzeit breit mit den Liebschaften von Willy Brandt befaßt hatten, wie sie immer und immer wieder selbst „schamlose Indiskretionen“ begangen hatten — vor allem, wenn sie meinten, damit der SPD Schaden zu können!

Das veröffentlichte „abgehörte“ Gespräch ist inhaltlich ziemlich belanglos — es zeigt das eh bekannte Bild des allgemeinen Mißtrauens jeder gegen jeden in der CDU/CSU, die Besorgnis über ein „Nach-aufdringen“ der inneren persönlichen Zänkereien, die Betrachtung von Journalisten als „Schweine, auf die man Maßstäbe des normalen Lebens nicht anwenden kann“ (Kohl) und schließlich die Aufforderung, „daß wir soweit wie möglich den eigenen Verein zumindest ein bißchen dicht machen und das auch vor der CSU“ (Kohl).

Es besteht eine ziemliche Diskrepanz zwischen dem, was bürgerliche Politiker wirklich meinen, und dem, was sie in der Öffentlichkeit von sich geben. Damit nicht allzu offensichtlich wird, wie sehr sie das Volk belügen und was für Dreck sich unter den weißen Westen verbirgt, legen sie großen Wert darauf, daß ihre wirklichen Ansichten als „Intimsphäre“ betrachtet und vor Veröffentlichung geschützt werden. Das wurde auch schon bei den Auseinandersetzungen um die Sontheimer Hetzrede von Strauß deutlich, wo CDU/CSU und Springer-Presse verzweifelt den Eindruck erwecken wollten, als sei nicht etwa der klar faschistoide Geist dieser Rede, sondern deren Veröffentlichung „ein Skandal“.

Die Diffamierung der Veröffentlichung des Gesprächs zwischen Kohl und Biedenkopf als „verbrecherisch“, als „Angriff auf den Rechtsstaat“, schließlich gar der Vergleich mit der „Baader-Meinhof-Bande“ lassen vermuten, daß Absichten bestehen, auch hier „eine Gesetzeslücke zu schließen“ und die Pressefreiheit auch juristisch weiter einzuschränken.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Haut den Senatoren
den Rotstift
um die Ohren

Am 18. 6. fand in Hamburg eine Demonstration von ca. 8.000 Eltern, Schülern, Studenten, Lehrern, Referendaren und anderen Betroffenen der Sparpolitik des Hamburger Senats statt.

Aufgerufen zu dieser Demonstration hatte eine „Initiative von Eltern, Elternvertretern und Elternräten aus über 50 Hamburger Schulen gegen die Sparpolitik“.

Diese Initiative wendet sich insbesondere gegen die Verschlechterung der Lage im Ausbildungsbereich und will den Kampf gegen die Sparpolitik nach den Sommerferien fortsetzen.

Mit einem eigenen Flugblatt unterstützte die „Aktionseinheit gegen die reaktionäre Jugend und Bildungspolitik“, an der unter 90 Gruppen, Vertretungsorganen und Initiativen aus dem Jugendbereich auch der KB, BDJ und SSB teilnehmen, diese Demonstration.

Hintergrund der spontanen Kontaktnahme und Organisation einer über die einzelnen Schulen hinausgehenden Demonstration durch die Eltern ist der systematisch verschärfte Abbau der Bildungs- und Sozialleistungen für die arbeitende und lernende Bevölkerung. Werden den Kapitalisten zur Sanierung ihrer Unternehmen wie z. B. Reynolds Milliarden zugesteckt, so wird die Bevölkerung auf „Sparkurs“ getrimmt, weil angeblich nicht genügend Geld vorhanden ist.

Insbesondere für die lernende und arbeitende Bevölkerung ist es so, daß die Sparpolitik „bis auf die Knochen geht“, wie von SPD-Senatoren nach Verabschiedung des Sparprogramms zu hören war.

Für den Schulbereich heißt das: Einsparung von 175 Millionen DM für bereits geplante und dringend notwendige Schulneubauten.

Streichung von Lehrplanstellen, so daß zu Schuljahresbeginn 807 Hamburger Lehrer mit 1. oder 2. Lehrerebenen arbeitslos sein werden. Da zu (!) kommen 250 Bewerbungen von voll ausgebildeten Lehrern aus anderen Bundesländern, die überhaupt nicht berücksichtigt werden sowie ca. 320 Lehrbeauftragte (Ausschleifer), die ihren Job verlieren (Stand Ende Juni nach Angaben der Staatlichen Pressestelle Hamburg und des Personalsrats für VR-Lehrer).

Auf Vorschlag der ELTERNKAMMER Hamburg vom 2. Januar 75 wurde vom SPD/FDP-Senat mit Unterstützung der CDU zusätzlich das seit 30 Jahren bestehende Recht auf Lernmittelfreiheit eingeschränkt.

Die Eltern in Hamburg werden dadurch mit weiteren 4 Mio. DM belastet.

Folge dieser Sparpolitik ist die Erhöhung der Klassenfrequenzen aller Grundschulklassen auf 36 Kinder pro Klasse; Leerorganisation und Umverteilung von Klassen auf andere Schulen; Auflösung ganzer Schulen und deren Umbau zu Berufsschulen.

Diese drastischen Verschlechterungen, werden von der sozial-liberalen Koalition unter dem Mäntelchen der „Umstrukturierung“ unter die Leute gebracht mit der gleichzeitigen verlogenen Beteuerung, „man werde am Reformprogramm festhalten“.

Senat reagiert mit Drohungen und Erpressungen

Von zwei Schulen ausgehend, die nach Bekanntwerden der Zusammenlegung ihrer 2ten Klassen spontan eine lokale Demonstration organisierten, schlossen sich insgesamt über 50 Schulen den geplanten Warnstreikbeschlüssen an oder solidarisierten sich mit den Warnstreikern von Klassenelternschaften und z. T. ganzen Schulen.

SPD-Schulsenator Apel heuchelte Verständnis für die Proteste der Eltern: „Diejenigen die Schaden nehmen, sind die Kinder... Dies sind harte Eingriffe in das Schulwesen, die wir alle miteinander gern vermeiden hätten“ und drohte Elternräten und Elternvertretern gleichzeitig im Falle eines Streiks mit Zwangs- und Bußgeldbescheiden.

Apel nahm den Eltern selbst die Illusion, die auf einer zentralen Elternversammlung beschlossene Demonstration könne den Senat zur Zurücknahme des Sparprogramms veranlassen. In einem „Appell an alle Eltern“ (Gesamtauflage von einer halben Million Exemplaren) stellte Apel unmißverständlich fest, daß „die Aktionen (der Eltern, Red.)



ihre Ziel in keinem Fall erreichen werden... können sich Senat und Bürgerschaft nicht dazu bewegen lassen, mit Gesetzeskraft beschlossene Maßnahmen nicht durchzuführen“.

Zynisch fährt er dann fort, „ich bitte Sie eindringlich, sich - wenn Sie meinen, protestieren zu müssen (!!) - keiner Mittel zu bedienen, die keinen Erfolg versprechen, Ihren Kindern Schaden und zudem rechtswidrig sind“.

Mit dieser Verachtung demokratischer Willens- und Meinungsäußerung der Eltern begnügte sich der Senat jedoch nicht.

Drohend fügt Apel in seinem Appell hinzu, daß sich ein Warnstreik der Eltern „letztlich gegen unser frei gewähltes Parlament - die Bürgerschaft (richtet)“, so daß ein Warnstreik bereits in die Nähe der Verfassungsfeindlichkeit gerückt wird. Die Bereitschaft vieler Eltern, die Sparpolitik grundsätzlich zu akzeptieren - „spart wo ihr wollt, nur nicht bei uns“ - und der spontane, uneinheitliche Charakter des Protestes erleichtern dem Senat sein Vorgehen.

Eine stark verbreitete Ansicht unter der Elternschaft ist, daß die Eltern es alleine zu besorgen hätten, die Sparpolitik im Ausbildungsbereich rückgängig zu machen. Ebenso heißt es oft: „Unser Kampf hat mit Politik nichts zu tun“. Die klaren und unzweideutigen Aussagen von SPD-Senator Apel belehren einen jedoch eines besseren. Der Staat ist eifrig bemüht, die Sparmaßnahmen als „unpolitische Sachzwänge“ darzustellen. Solange er damit ankommt, geht auch vom Protest der Betroffenen keine größere Gefahr aus. Denn die grundsätzliche Anerkennung der „notwendigen“ Sparpolitik muß dann dazu führen, daß die Betroffenen an Schulen, Hochschulen, Kindertagesheimen, Krankenhäusern etc. untereinander darum rangeln, bei wem mehr und bei wem weniger gestrichen werden soll. Was dem Senat allerdings wirklich gefährlich wird, ist das Bemühen um den Zusammenschluß aller Betroffenen, mit dem Ziel die Politik der Sparmaßnahmen auf dem Rücken der werktätigen Bevölkerung als ganzes zurückzukämpfen.

CDU: Schamlose Demagogie

Die gegenwärtige Befangenheit der meisten Eltern in bürgerlich-parlamentarische Ansichten bringt es mit sich, daß die empörten Eltern auf parlamentarischer Ebene nach einem Schuldigen suchen.

Da die sozial-liberale Koalition für die Sparpolitik verantwortlich zeichnet, sind Parolen wie: „Denkt an die nächste Wahl!“ nicht verwunderlich, bieten für die rechtsradikalen Demagogen aber gefährlichen Nährboden.

Die CDU, die in Bund und Ländern jahrzehntelang eine katastrophale arbeiterfeindliche Bildungspolitik betrieb hat und heute betreibt, nutzt

dies weidlich aus: „Wir solidarisieren uns mit den Eltern“.

Die gesamte Springer-Presse lenkt mit „Welt“, „Hamburger Abendblatt“ und „Bild“ in strenger Arbeitsteilung alle Blicke auf die „oppositionelle“ CDU-Bürgerschaftsfraktion, die in trauter Gemeinsamkeit mit der Elternkammer Demagogen in Serie liefern.

Die CDU, die die Sparpolitik der Sozialliberalen nicht nur grundsätzlich begrüßt, sondern stets auch noch als „zu lasch“ kritisiert hat („aufgeblähte Haushalte“ etc. - natürlich nicht im Rüstungsbereich!), macht jetzt „Sparvorschläge“ ganz besonderer Art: „Streichung der Diäten für studentische Funktionäre (ASTA u. ä.) bringt 500.000 DM im Jahr“ („Bild“, 19. 6.).

Dabei handelt es sich um den gesamten ASTA-Haushalt, der hier unter der Rubrik: „Fressen und Saufen studentischer Funktionäre“ aufgeführt wird! Tatsächlich steht dahinter, daß der ASTA als Interessenvertretung abgeschafft werden soll. Weiter: „Streichung des Zuschusses an die Uni Bremen (2 Millionen DM).“

Die Diffamierung der Uni Bremen



als „roter Kaderschmiede“ wird zusammengefaßt in der Entziehung der Gelder und damit ist die Richtung der Schließung der Uni angegeben. Diese Art Sparvorschläge ließen sich noch erheblich erweitern, z. B. gibt das CD U-Kultusministerium in Baden-Württemberg offiziell zu, daß dort derzeit rund 4.000 Lehrer fehlen.

Andere „konstruktive Vorschläge“ zur Schulmisere macht die CDU-beherrschte ELTERNKAMMER, die sich gegen die Warnstreiks von Eltern bereits am 26.1.75 grundsätzlich ausgesprochen hat und stattdessen die Einführung einer Bildungssteuer vorschlägt.

Solchermaßen offen arbeiter- und bevölkerungsfeindliche Angriffe traut sich nicht einmal die CDU öffentlich

zu äußern.

Das übernimmt das höchste Gremium der Hamburger Elternschaft oder solche Typen wie ein gewisser Uwe Schmidt, Vorsitzender des Hamburger Lehrerverbandes im Deutschen Beamtenbund, selbst Oberstudiendirektor. Dieser saubere Herr schlägt ein „Notopfer“ vor: „Jeder der 14.000 Lehrer sollte freiwillig im Monat 30 DM von seinem Gehalt abgeben. Dann können 400 arbeitslose Junglehrer einen Lehrauftrag für rund DM 1.000 (netto) monatlich bekommen“.

Selber hat er ein Gehalt von 4.150 DM...

Das bisherige Ansinnen vieler Eltern, den Kampf gegen die Sparmaßnahmen als „unpolitisch“ fortzusetzen, gibt der CDU immer noch einen gewissen Spielraum, „Solidarität“ zu heucheln und auf sich selbst zu lenken.

Dabei ist es keineswegs so, daß ein auch nur beträchtlicher Teil der Eltern, die in diesen Wochen aktiv geworden sind, wirklich von der CDU für ihre reaktionäre Ziele gewonnen worden wäre. Eine Gefahr liegt aber darin, daß andererseits auch keine klare Kenntnis und prinzipielle Abgrenzung von den Rechtsradikalen vorhanden ist. Um das zu überwinden, muß durchgesetzt werden, daß diese Auseinandersetzung in höchstem Maß politisch ist, und daß gerade eine gründliche Auseinandersetzung mit den Vorschlägen und politischen Äußerungen aller Parteien, Gruppen und Gremien dringend erforderlich ist.

Spalter springen im Dreieck

Nachdem die „Aktion Kleine Klassen“ - eine Bürgerinitiative von Eltern - über ein Jahr lang in der Versenkung verschwunden war, sah sie jetzt den Zeitpunkt gekommen, sich jetzt wieder an die Eltern ranzuschmeißen. Die AKK - wesentlich von „linken“ Sozialdemokraten und DKPlern beherrscht, die sich mindestens im Kampf gegen alles, was links von ihnen ist, einig sind - hatte mit ihrer Politik buchstäblich totalen Bankrott erlitten. Die AKK hatte versucht, im Bürgerschaftswahlkampf „Einfluß“ auf die Parteien zu nehmen, damit alle die Forderung nach Senkung der Klassenfrequenzen auf 25 Schüler übernehmen. Und siehe da - es „gelang“: SPD, FDP und CDU („selbstverständlich“ auch die DKP) schlossen sich dieser Forderung nahezu einmütig im letzten Hamburger Wahlkampf an, was die AKK veranlaßte, diesen „Erfolg“ groß als ihr „Verdienst“ zu feiern. Was dann kam, war die Sparpolitik - und sie kam zu schnell und zu brutal, als daß die jämmerliche Pleite der AKK-Illusionsmacherei hätte übertüncht werden können. Auch die GEW ließ ihren Bündnispartner peinlicherweise im Stich und wandte sich stattdessen der reaktionären Elternkammer zu.

Es ist daher kein Wunder, daß die jetzigen Elternaktivitäten von Eltern getragen werden, die mit der

AKK zunächst einmal nichts im

Sinn haben, und daß der AKK nichts anderes blieb, als krampfhaft auf Trittbrettern des fahrenden Zuges aufzuspringen. So wurden die verstaubten AKK-Schilder wieder aus dem Keller geholt und mit viel List und Fleiß möglichst weit an die Spitze der Demonstration gedrängt. Bezeichnend ist auch, daß insbesondere die DKP-Vögel keine Gelegenheit ausließen, um antikomunistische Hetze gegen die „Aktionseinheit“ zu betreiben, weil es „Parteilpolitik“ sei, wenn die AE in einem eigenen Aufruf zur Unterstützung der Eltern-demonstration mobilisierte. Hingegen verteilten DKP, MSB, AKK usw. - ohne vorher zur Demonstration aufgerufen zu haben - ganze sieben Flugblätter während des Zuges - wahrscheinlich, um die „Parteilpolitik“ der AE zu neutralisieren...

Dennoch gelang es den Revis bis jetzt nicht, die Elterninitiative unter Kontrolle zu bringen. Die Mehrheit der Elterninitiative war bisher nicht bereit, diesen Leuten zu folgen, und AE-Vertreter von ihren Versammlungen auszuschließen. Andererseits gibt es natürlich auch kein Votum für ein Bündnis mit der AE, genauso wenig, wie sich die Eltern etwa auf ein Bündnis mit der AKK oder dem ASTA orientiert hätten. Die Revisionisten lassen nichts unversucht, um eine solche Demonstration wie am 18. 6. nicht noch einmal stattfinden zu lassen. Denn diese war tatsächlich ein Schlag gegen ihre Unvereinbarkeitspolitik: Von unabhängigen Veranstaltern organisiert gestattete sie allen Gruppen eine gleichberechtigte Teilnahme, und in den Reden kamen nach einem Eltern- und Schülervertreter zu Wort, die teils in der AKK, teils in der „Aktionseinheit“ mitarbeiteten. Die DKPler fürchten aber mit Recht, daß sie selber bei einem solchen gemeinsamen Auftreten schlecht abschneiden.

Und so wird dann wohl wieder die „Autorität“ des DGB ins Feld geführt werden, um nach den Ferien „mit offiziellem gewerkschaftlichem Anstrich“ Aktionen durchzuführen, bei denen (im gegenseitigen Einvernehmen zwischen Sozialdemokraten und Revisionisten) die AE von vornherein ausgeschlossen sein soll.

Aber das Auftreten der Aktionseinheit insbesondere mit den aktiven Schüler- und Jugendvertretern, die vor allem im Berufsschulbereich (siehe auch die Artikel dazu im REBELL 8) an der Spitze der kämpfenden Schülerschaft standen, ist nicht ohne Wirkungen geblieben. Ein Bündnis mit den Eltern läßt sich natürlich weder von einem Tag zum anderen herbeizaubern, noch durch spalterische Tricks manipulieren. Es kann nur durch Erfahrungen im Kampf entstehen. Dazu ist ein guter Anfang gemacht, der nach den Ferien fortgesetzt werden muß.

Elterngruppe der Bezirksorganisation Eimsbüttel, KB/Gruppe Hamburg

Reale sozialdemokratische Politik:

• Korruption

Der Münchner Kapitalist (Kaufmann, Grundstücksspekulant) Westerbarkey besitzt einen Acker von 38.000 Quadratmetern, den er zu geldbringendem Bauland machen will. Er wendet sich zunächst an die CSU, dann an die regierende SPD. Nach intensiven Kontakten mit SPD-Stadtbaurat Zech genehmigt schließlich der Stadtrat den Wunsch Westerbarkeys: der Grundstückswert verdreifacht sich auf 20 Millionen DM.

Aus unwidersprochener Quelle verlautet, daß bei diesem Geschäft ein Erfolgshonorar von 30.000 - 40.000 DM „für einen nicht näher beschriebenen Zweck“ („Spiegel“ 5.5.75) rausprang.

Münchens SPD gilt als „links“.

• Parteiausschlüsse

Der Vorstand des SPD-Bezirks Nord-Niedersachsen hat dem Juso-Bezirksvorstand und weiteren 120 SPD-Mitgliedern mit dem Parteiausschluß gedroht, da sie zusammen mit DKP-Mitgliedern einen Aufruf zum 30. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus unterschrieben haben.

Gegen 10 Mitglieder aus den Kreisvereinen Stade, Wesermünde und Hadeln ist bereits ein Ausschußverfahren eingeleitet.

• „Stabilitäts“-Appelle

Hessen ist bekanntlich die „linke“ Hochburg der SPD. In seiner neuen Regierungserklärung hat der hessische Ministerpräsident Albert Oswald (SPD) am Donnerstag an die Bürger des Landes appelliert, angesichts der schlechten Wirtschaftslage ihre „Konsumgewohnheiten zu über-

prüfen und Opfer auf sich zu nehmen“.

„... es gelte jetzt Abschied zu nehmen von den hohen Wachstumsraten der Vergangenheit und sich auf eine Periode nur begrenzter möglicher Reformen ohne finanzielle Mehrbelastung einzustellen.“ („FR“, 23.5.)

„Reform“-politik Marke SPD - da lacht das Kapitalistenherz!

• Korruption

200.000 DM in bar kassierte am 1. Dezember 1972 der SPD-Schatzmeister Wöll im ach so „linken“ Frankfurt. Der Spender: der libanesischer Geschäftsmann Abela, den offenbar seine Gutmütigkeit überkam. Denn Wöll erklärt mit Unschuldsmiene: „Wenn Herr Abela gesagt hätte: da ist ein gutes Objekt, an dem ich interessiert bin, dann wäre ich aus dem Haus gegangen und hätte das Geld dort gelassen.“ („Spiegel“, 7.4.75)

Nur „zufällig“ wurde diese Spende im Namen der Alpark GmbH (an der Abela beteiligt ist) übergeben, nur „zufällig“ trat kurz nach dem großzügigen Geldgeschenk Abela an die Frankfurter Flughafen AG heran, der ein Freund des ach so „linken“ Frankfurter OB Rudi Arndt Erich Becker (SPD), vorsitzt. Und dieser machte mit der Alpark einen Pachtvertrag über die teuerste Tiefgarage der BRD (75 Mill. DM) unter dem Frankfurter Rhein-Main-Flughafen.

Zusätzlich verstieß die SPD noch gegen das bestehende Parteiengesetz (Spenden über 20.000 DM müssen gesondert aufgeführt werden), indem sie die Spende verschwieg.

KB/Gruppe Bremen

Trotz fahrlässiger Körperverletzung — Witt operiert weiter!

Das Verfahren gegen Prof. Witt, Direktor der Orthopädischen Uniklinik in München, wegen fahrlässiger Körperverletzung an dem Arzt Theo Mauser, ist wegen „mangelndem öffentlichen Interesse“ — laut Staatsanwaltschaft — eingestellt worden.

Hinter der Einstellung des Verfahrens durch die Staatsanwaltschaft verbirgt sich ein Skandal erster Güte. Nach einer Operation durch Witt 1969 blieb der Internist Mauser querschnittsgelähmt. Er versuchte anschließend bei insgesamt 18 deutschen Ärzten ein Gutachten gegen Wits Operationsmethode zu bekommen.

Erst 1973 übernahm Prof. Brunner (Uniklinik Zürich) im Auftrag der Staatsanwaltschaft das Gutachten. Er stellte fest, daß die Operationsmethode von Witt in diesem Fall strikt „kontraindiziert“ war. (Kontraindikation nennt man in der Medizin eine völlig falsche Behandlungsmethode, die das Leiden noch verschlimmert.) Hierauf hielt die damalige Staatsanwältin die Sache für anklagereif.

Ein Vergleich zwischen Klinikchef Witt/Freistaat Bayern einerseits und Mauser andererseits ausgehandelt.

Vereinbart wurde:

Witts Versicherung zahlt 200.000 DM, Freistaat Bayern zahlt 300.000 DM.

Vorbedingung:

1. Mauser muß den Strafantrag gegen Witt zurückziehen
2. Er darf weder Presseveröffentlichungen veranlassen noch sich in ihnen weiter zu diesem Vorfall aussprechen.

Schon einmal wurde der saubere Herr Witt durch entsprechende Entschädigungsbestechungen vom Freistaat Bayern geschützt. Das war im Fall des Sportlers Bischof. Dieser erlitt während einer Witt-Operation an der Achillessehne einen Herzstillstand und erwachte erst zweieinhalb Monate später aus der Narkose. Folge: Hirnschädigung.

Eine Strafanzeige gegen Witt unterblieb. Bevor ein Urteil im Schadenersatzprozeß gefällt wurde, griff das Land Bayern (als Träger der Kli-

dann muß gespart werden, dann wird rationalisiert!

Hier in München werden z.B. nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz vier Städtische Krankenhäuser geschlossen. Für alle Stationen der städtischen Krankenhäuser hat die Stadt München Anschaffungen über 800 DM gestrichen. Eingeführt wurde die 40-Stunden-Woche — ohne zusätzliche Planstelle für die bisherigen Mehrstunden! Jede freiwerdende Planstelle soll drei Monate lang unbesetzt bleiben (um damit den Beweis für ihre Überflüssigkeit zu liefern).

Weiterhin wird versucht, durch den Numerus Clausus und die Studienregelzeit ein noch elitärer Medizinerebewußtsein heranzuzüchten. Die Rationalisierung diszipliniert das medizinische Pflegepersonal noch stärker. Und die Patienten werden schneller durch die Krankheitsmaschinerie gehetzt. Das alles dient der Festigung der wohl durchstrukturierten Krankenhaushierarchie — und dabei kann man nicht auf solche festen Führer wie Witt verzichten.

Witts Vorlesung — unter Polizeischutz

Im Fall Witt sind inzwischen die Medizin-Studenten wachgeworden. Am 2.6. forderten sie Witt in seiner Orthopädievorlesung auf, zu dem Fall Stellung zu nehmen. Witt ging zunächst „bereitwillig“ auf die Diskussion ein. Dabei log er das Blaue vom Himmel:

- Er stritt jede Schuld ab.
- Er verschwieg, daß vier von fünf Gutachten gegen ihn sprachen.
- Er verschwieg, daß seine Versicherung 200.000 DM an Mauser gezahlt hat.
- Er verschwieg, daß er persönlich die Anwaltskosten von Mauser bezahlt hat.

Die meisten Studenten ließen sich so erstmal beschwichtigen.

Bei der nächsten Vorlesung standen sechs Mannschaftswagen der Polizei und zwei Zivilbullenwagen vor der Poliklinik. („... um unschuldige Kinder und hilflose Patienten zu schützen“, so Prof. Spiess auf Befragen.)

Als der stud. med. H.K. von der Fachschaftsinitiative die Studenten über die tatsächlichen Fakten im Fall Witt informieren wollte, wurde er von zwei Zivilbullen brutal aus dem Hörsaal rausgeschleppt. Daraufhin hielt die Mehrheit der Studenten eine spontane Kundgebung im Foyer der Poliklinik ab. Parole: „Sofortige Freilassung von H.K.“ Nach ungefähr 30 Minuten wurde H.K. freigelassen. Ihm droht jetzt allerdings ein Verfahren wegen „Hausfriedensbruch“.

Das kann für ihn konkret nach neuem Bundeshochschulgesetz Rauschschuß von der Uni bedeuten. (H.K. steht kurz vor dem Staatsexamen.)

Nach erneuter Diskussion auf der Vorlesung vom 16.6. wurde auch diese Vorlesung aufgelöst, mit der Drohung, die gesamte Orthopädievorlesungs-Reihe in diesem Semester ausfallen zu lassen. Inzwischen gelang es dem RCDS-Fachschaftsrat, Mausers Anwalt Ufer zu einer Distanzierung gegenüber der Fachschaftsinitiative Medizin (FSI, steht dem „KSV“ nahe) zu bewegen. Er wird jetzt nicht — wie geplant — an einer Podiumsdiskussion teilnehmen.

Der RCDS kann allerdings die ganze Geschichte um Witt jetzt nicht mehr unter den Tisch fallen lassen. Er hat sich daher folgendes ausgedacht: Im Juli, wenn die aktuellen Diskussionen verebbt sind, will er ein „Symposium über die Problematik ärztlicher Verantwortung und ärztlicher Haftung gegenüber dem Patienten“ veranstalten. Damit sollen jegliche Diskussionen aus den Hörsälen verbannt werden. So nach dem RCDS-Motto: „Rechtliche und politische Diskussionen haben im Studium nichts zu suchen. Hier wird reine (!) Wissenschaft studiert.“

Der RCDS-Fachschaftsrat reiht sich damit in altbekannter Manier in die Unterdrückung der Wahrheit bei Bayerns CSU, Regierung und Justiz ein. Mit so viel schwarzer Unterstützung operiert Witt immer noch weiter.

Eine Münchner Genossin



Weitere Verzögerung ...

Oberstaatsanwalt Sechser, der 1971 den brutalen Polizeieinsatz bei dem Bankraub in München befahl, bei dem der Bankräuber Rammelmair und die Geisel I. Reppel von Polizisten erschossen wurden, meinte jetzt allerdings: Prof. Witt ist doch nicht Herr Jedermann, den kann man doch nicht so ohne weiteres anklagen.

Um noch einen weiteren Gutachter aufzutreiben, zog er ausgerechnet den Direktor des Münchner Instituts für Rechtsmedizin, Prof. Spann, zu „Rate“. Spann, der als Dekan die Ordnungsfragen der Medizinischen Fakultät der Universität regelt und so Ordinarius Witt gut kennt, ist als prinzipieller Gegner der Durchführung von strafrechtlichen Verfahren gegen Mediziner bekannt.

Nachdem zwei weitere Gutachter absprangen, tauchte plötzlich der Honorar-Professor Kastert auf. Kastert hatte noch vor gar nicht langer Zeit zu Prof. Brunner gesagt, daß es eine Schweinerei sei, wie Mauser operiert wurde. Er (Kastert) könne aber in diesem Falle kein Gutachten übernehmen, weil er gegen Prof. Witt auftreten müßte. Dies würde ihm nur schaden. (Laut Brunners Stellungnahme zum Ermittlungsverfahren.) Kastert erfindet als Gutachter nun die völlig neue „Entlastungsödeme-theorie“ (Ödem = krankhafte Wasseransammlung im Gewebe). Dazu der Harlachinger Chirurg Mad.: „Ein Entlastungsödem ist völliger Unsinn und nur als Entlastungsversuch für den Operateur anzusehen.“

Nachdem weitere Gegengutachter die Kastert-Theorie widerlegten, blieb der Staatsanwaltschaft nichts weiter übrig, als Anklage zu erheben.

Auf gute Zusammenarbeit zwischen Freistaat Bayern — Witt — Justiz ...

Nachdem Mauser sechs Jahre für sein Recht gekämpft hatte und weder Witt, noch seine Versicherung in irgendeiner Weise zahlungsbereit waren, wurde jetzt am 16.4.75 plötzlich

Stade:

Verstärktes Treiben der Faschisten

In letzter Zeit standen in Stade Faschisten fast regelmäßig jeden Sonnabendmorgen vor den Stader Schulen und verteilten ihre schweinischen Flugblätter. Anschließend zogen sie damit häufig durch die Stadt. In einem Flugblatt anlässlich des 30. Jahrestages der Befreiung vom Nazi-Faschismus schrieben sie: „Durch einen in der Geschichte einmaligen Banditenstreik mit Überfall, Beraubung und Einsperrung haben die fremden Besatzungsmächte (!) vor 30 Jahren die rechtmäßige (!) Reichsregierung gewaltsam — und bis auf den heutigen Tag — an der Ausübung ihrer Amtspflichten (!!!) gehindert“. Dies ist nahezu derselbe Text, mit dem die „Bürgerinitiative Deutsches Reich“ in Flensburg aufkreuzte, um die neue (alte) faschistische Reichsregierung auszurufen. Sie wurde allerdings von den Antifaschisten auseinandergejagt (s. AK 62, S1).

In dem Stader Faschisten-Flugblatt wurde allen Demokraten gleichzeitig auch deutlich gemacht, was die Faschisten erreichen wollen. Zum 30. Jahrestag hatten DKPler, Jusos, SPDler und antifaschistische Demokraten der evangelischen Kirche eine Kundgebung organisiert. Dazu die Faschisten: „Gegen die Rotfaschisten ... die auf dem Stader Pferdemarkt millionenfachen Mord und millionenfache Schändung deutscher Landsleute feiern ... zurück mit ihnen in die roten Rattenlöcher.“ Auf der antifaschistischen Veranstaltung traten sie mit einem Transparent auf: „Komunisten raus aus Stade“.

Es kam zu einem Handgemenge, auf das sich die Faschisten vorbereitet hatten. Der Vorsitzende der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) zog schon vorher eigens dazu einen schwarzen Handschuh an. Die Faschisten wurden zu diesem Vorgehen auch von der SPD-Führung regelrecht ermutigt, wenn man sich vor Augen hält, daß ja die SPD-Führer die Beteiligung von Mitgliedern ihrer Partei an

der antifaschistischen Kundgebung mit Ausschuß-Anträgen beantwortet hat. (Unter dem Vorwand, daß auch Kommunisten dazu mitaufgerufen hätten.)

Eine weitere Provokation starteten die Faschisten wenig später auf einer Veranstaltung des Stadtjugendringes (SJR). Hier trat der Kabarettist Dietrich Kittner auf (bekannt u.a. durch „Rote Punkt“-Aktionen gegen Fahrpreiserhöhungen in Hannover). Von der Stadt war Kittner auf „Druck“ der CDU, — Kittner sei ein Linksradikaler —, wieder ausgeladen worden. Der SJR hatte es dann übernommen, die Kittner-Veranstaltung durchzuführen. Auch hier kreuzten die Faschisten auf. Die JN verteilte Flugblätter und klemmte sie an Autoscheibenwischer. Als drei Antifaschisten die Flugblätter entfernten, fingen die Faschisten eine Prügelei an, wobei Bullen schnell Herbeieilten. Wenig später erfuhren wir, daß die Bullen den Faschisten die Adressen von zwei der Antifaschisten gegeben hatten! Auch hier sieht man ganz deutlich, wie weit das Treiben der Faschisten erst durch die reaktionäre Hetze von CDU, SPD und der bürgerlichen Presse ermöglicht wird und der Staatsapparat offen Faschisten in die Hände spielt.

Da wir in Stade sehr schwach sind, hatten wir anlässlich des Auftretens der Faschisten zum 30. Jahrestag in einem „Offenen Brief“ zur Gründung eines gemeinsamen Antifaschistischen Komitees aufgerufen. Das scheiterte mangels Beteiligung der angeschriebenen Organisationen bzw. deren Mitglieder (DKP, SDAJ, Jusos, Judos und evangelische Jugend). Das macht deutlich, wie viel Aufbauarbeit für eine antifaschistische Kampffront in Stade noch notwendig ist.

Sympathisanten der KB/ Stade

Eiertänze und Riesen-Slalom

Die chinesische Außenpolitik bringt die Opportunisten in Schwierigkeiten

Im Eiltempo sind in den letzten paar Monaten „KPD/ML“ und „KPD“ zur Politik der „Vaterlandsverteidigung“ übergegangen, d.h. zur Unterstützung des BRD-Imperialismus und jeder anderen gegen die Sowjetunion gerichteten reaktionären Kraft.

Die Anerkennung ließ nicht lange auf sich warten: Im Mai, kaum einen Monat nach dem Startschuß des „Roten Morgen“ der „KPD/ML“ zur Vaterlandsverteidigung, durften „KPD“ und „KPD/ML“ Delegationen nach China schicken. Dabei schnitt die „KPD/ML“, deren „großer Vorsitzender“ Ernst Aust von Politbüromitglied Yao Wen-yuan empfangen wurde, deutlich besser ab als die Konkurrenz.

Außer den Vaterlandsverteidigern geben sich auch einige opportunistische Gruppierungen als angeblich authentische Generalvertreter für chinesische Außenpolitik aus, während sie zugleich peinlichst bemüht sind, sich einigermaßen von den „Vaterlandsverteidigern“ abzugrenzen. Die wichtigsten dieser Gruppierungen sind der KBW und die „Arbeiterbasisgruppen“ (eine weitgehend auf Bayern beschränkte Organisation mit Schwerpunkt in München).

So möchte sich vor allem der KBW als der angeblich wirkliche Interpret der chinesischen Außenpolitik hinstellen. „Der KBW teilt die Analyse der internationalen Lage durch die Kommunistische Partei Chinas“, behauptete KBW-Führer Schmierer, ohne freilich auf Einzelheiten einzugehen („KVZ“, 22.5.75). Und später hielt er der „KPD“, die sich zur Rechtfertigung der Vaterlandsverteidigung auf China berief, entgegen: „Jetzt soll wohl die Volksrepublik China jeden Unsinn, den die Gruppe Rote Fahne in die Welt setzt, verantworten?“

Diese Taktik des KBW ist einfach unverschämte. Jedenfalls war es der Vaterlandsverteidiger Ernst Aust und nicht der Opportunist Schmierer – der von sich pauschal behauptet, die chinesische „Analyse“ zu teilen – der von einem Politbüro-Mitglied der KPCh empfangen wurde. Es ist racy unverschämte. Gegenüber war es der Vaterlandsverteidiger Ernst Aust und nicht der Opportunist Schmierer – der von sich pauschal behauptet, die chinesische „Analyse“ zu teilen – der von einem Politbüro-Mitglied der KPCh empfangen wurde. Es ist sicher auch kaum mißzuverstehen, daß die „Peking Rundschau“ (10.6.75) Auszüge aus einem besonders üblen Vaterlands-Artikel des „Roten Morgen“ nachdruckte („Die Machthaber im Kreml treten das Erbe Hitlers an“), wo u.a. behauptet wird, „die imperialistische Sowjetunion“ sei „heute der gefährlichste Feind des ganzen deutschen Volkes“.

Schmierer wird jedenfalls außerhalb des KBW kaum jemanden überzeugen können, daß nicht die Vaterlandsverteidiger, sondern der KBW im Einklang mit der heutigen chinesischen Außenpolitik sei.

Zu welchen traurigen Tricks die Opportunisten greifen, um diesen Widerspruch zu lösen, demonstrieren beispielhaft die ABG: Sie zitierten einfach aus mehrere Jahre zurückliegenden chinesischen Äußerungen, die längst nicht mehr der heutigen chinesischen Außenpolitik entsprechen.

So zitierten sie in ihrer „KAZ“ (April 75) in einem Artikel zum Strauß-Besuch eine chinesische Äußerung aus dem Jahre 1970 (!) gegen den BRD-Imperialismus – als angeblichen Beweis, „was die chinesischen Arbeiter vom Auftraggeber des Herrn Strauß, dem deutschen Imperialismus halten“. Bei anderer Gelegenheit mußte ein Zitat aus dem Jahre 1972 herhalten, um den Anschein zu erwecken, daß die „chinesischen Kommunisten“ für den Kampf gegen die EWG seien („KAZ“, Mai 75), obwohl sich auch hierzu ganz offensichtlich die Haltung der VR China völlig geändert hat (z.B. Unterstützung der britischen EG-Mitgliedschaft!).

Man könnte dieses Vorgehen der ABG naiverweise für die schlecht informierten Auslassungen von Leuten halten, die einfach nicht auf dem neuesten Stand der chinesischen Außenpolitik sind. Richtigerweise wird man hier aber wohl das Betrugsmanöver einer Gruppe sehen müssen, die in ihrer ganzen Politik den Kampf gegen Faschismus und Militarismus zum Schwerpunkt gemacht hatte, und die nun Schwierigkeiten hat, dies mit der heutigen chinesischen Außenpolitik noch unter einen Hut zu bringen.

„Chinesische Brille“?

Wo dieser Widerspruch allzu offen aufbricht, z.B. beim Empfang von Strauß in der VR China, haben die ABG als letzten Strohhalm die

sogenannte „chinesische Brille“ entdeckt, durch die offenbar alles ganz anders aussehen muß: „... Aber wir müssen die Welt und den Strauß aus unserer Sicht und nicht durch chinesische Brillen sehen“ („KAZ“, April 75).

Nach der den proletarischen Internationalismus verhöhnenden Devise „Jedem Volk seine Brille“ wird damit die Allgemeingültigkeit des Marxismus-Leninismus, des wissenschaftlichen Sozialismus geleugnet, – daß es nämlich zwar unterschiedliche taktische Aufgaben, aber nur eine korrekte Einschätzung der internationalen Lage geben kann. – Daher ist es bestenfalls ein Witz, wenn die ABG (und ähnlich auch der KBW) es auf der einen Seite verteidigen, daß die VR China (u.a. mit haarsträubenden Falschmeldungen über die angebliche militärische Überlegenheit der Sowjetunion) die Kriegsvorbereitungen der westeuropäischen Imperialisten anstachelt, aber andererseits selbst gegen diese Kriegsvorbereitungen Stellung nehmen. Dies geschieht mit der schizophrenen Begründung, daß „die chinesischen Arbeiter“ eben „an einem anderen Frontabschnitt stehen als wir“ („KAZ“, April 75).

Entweder sind diese Kriegsvorbereitungen nützlich und notwendig, (wie die „chinesischen Genossen“ und die Vaterlandsverteidiger behaupten), oder sie sind es nicht. Ein Zwischending oder eine Vermittlung dieser sich ausschließenden Positionen, als Resultat einer Manipulation mit verschiedenen „Brillen“ kann es schlechterdings nicht geben. Ebenso ist es mit der Haltung zur EG, die von den „chinesischen Genossen“ unterstützt, aber von den Opportunisten mehr oder weniger gezwungen bekämpft wird.

Verhöhnung des proletarischen Internationalismus

Wie wir sahen, bekennt sich der KBW pauschal zur „Analyse (?) der

Verhöhnung des proletarischen Internationalismus

Wie wir sahen, bekennt sich der KBW pauschal zur „Analyse (?) der internationalen Lage durch die Kommunistische Partei Chinas“ (Schmierer in der „KVZ“ vom 22.5.75).

Die Schwierigkeit dürfte allerdings schon sein, Einzelheiten dieser „Analyse“ zu definieren. Diese „Analyse“ – soweit sie uns durch Veröffentlichungen bekannt ist – besagt nämlich kaum mehr, als daß die „zwei Supermächte“ überall „um Hegemonie“ ringen, daß von beiden „Supermächten“ die Sowjetunion die „gefährlichere und aggressivere“ sei (– eine „Einschätzung“, die der KBW bisher nicht teilt!) und schließlich, daß sich die Staaten und Völker der imperialistischen Staaten (mit Ausnahme der zwei „Supermächte“) mit der „dritten Welt“ zum Kampf gegen die „Supermächte“ zusammenschließen müßten.

Sämtliche uns bekannten chinesischen Veröffentlichungen der letzten Jahre verzichten jedoch total auf die Analyse der „Nebenwidersprüche“. Dazu gehört zum Beispiel das aggressive und expansionistische Streben „kleinerer imperialistischer Staaten“ wie der BRD, die neokolonialistische Politik dieser Staaten gegenüber der dritten Welt, die massiven Waffenlieferungen von Staaten wie Frankreich, Großbritannien und BRD an reaktionäre Regimes der „dritten Welt“ usw. Dazu gehört ebenso der Versuch der Imperialisten, den Iran zu einem schwerbewaffneten Brückenkopf ihrer Interessen im Nahen und Mittleren Osten aufzurufen.

Von all dem enthalten die chinesischen „Analysen“ nichts – vielmehr beschränken sie sich auf Beifall für die „kleineren imperialistischen Staaten“, für den Iran usw.

Auf unsere Kritik an diesem Mangel „antwortete“ KBW-Führer Maier: „Diese politischen Spießer in ihrer grauenhaften Geschwätzigkeit sind mit der Außenpolitik der Volksrepublik China nur dann zufrieden, wenn sie ausdrückliche Bekenntnisse zur Revolution ablegt; nicht etwa zur Fortführung der Revolution in China selbst, sondern zur Perspektive der Revolution in jedem einzelnen Land“ („KuK“ – „theoretische“ Zeitschrift des KBW, März 75).

Maier lügt: Nicht um ein chinesisches „Bekenntnis zur Revolution“ in der BRD geht es uns, sondern um eine Analyse der „kleineren imperialistischen Staaten“ durch die KP Chinas. Maier behauptet – mit den beim KBW üblichen demagogischen Verdrehungen gegnerischer Meinungen – im Grunde, daß

es „Spießertum“ sei, von der KP Chinas eine solche Analyse zu fordern.

Wir halten es allerdings für ein Prinzip jeder kommunistischen Organisation, daß sie breit und allseitig auch zu internationalen Problemen Stellung nimmt, daß sie die Widersprüche umfassend darstellt, daß sie überall auf der Welt die reaktionären Kräfte angreift und die fortschrittlichen unterstützt etc.

Selbst der KBW handelt – wenn auch natürlich auf dem Boden seiner opportunistischen und schwankenden Politik – nach diesem Prinzip.

Ausgerechnet für die größte und bedeutendste kommunistische Partei der Welt, die KP Chinas, soll dieses Prinzip nicht gelten? Für sie soll es richtig sein, wenn sie in ihrem zentralen Organ kein Wort verliert

gationen, Vertreter revisionistischer Parteien zu empfangen (z.B. die „KPs“ Frankreichs, Italiens und Schwedens). Das heißt, daß gegenüber faschistoiden Figuren wie Strauß „Realpolitik“ getrieben wird – nicht aber gegenüber revisionistischen Organisationen, die heute noch das Vertrauen von großen Teilen der Arbeiterbewegung ihres Landes haben!

Die Kehrseite dieser Praxis ist, daß die KPCh bevorzugte Beziehungen zu Sektierergruppen wie „KPD/ML“, „KP Portugals/ML“, „KP Italiens“ etc. unterhält, die in der Arbeiterbewegung bedeutungslos sind und deren einzige Empfehlung offenbar ihre bedingungslose Übernahme der Thesen der chinesischen Außenpolitik ist.

Diese Außenpolitik ist nicht nur dadurch gekennzeichnet, daß sie die



über die aggressive und neokolonialistische Politik der EG-Imperialisten? Da kann doch was nicht stimmen?!

Man muß sich doch fragen, warum die kommunistischen Parteien vor allem in den 20-er Jahren so viel Mühe darauf verwendet haben, untereinander alleseitig die Probleme ihrer Länder offen zu diskutieren, wobei den Stellungnahmen der KPdSU eine besondere Bedeutung zukam ...? Letzteres hat unserer Meinung nach keineswegs mit dem Bedürfnis nach einer sich in alles einmischenden „Vaterpartei“ zu tun; wohl aber ist es natürlich so, daß eine große Partei mit viel Kampferfahrung politisch-theoretische Aufgaben und Verpflichtungen auch gegenüber der internationalen kommunistischen Bewegung hat. Das hat übrigens die KP Chinas früher auch ausdrücklich so praktiziert, wie etwa die „Polemik um die Generallinie“ und zahlreiche andere ausgezeichnete chinesische Veröffentlichungen früherer Jahre bezeugen!

Man muß außerdem wohl einen ziemlichen Widerspruch darin sehen, daß auf der einen Seite die KBW-Führer sich ganz pauschal zur „Analyse der internationalen Lage“ durch die KPCh bekennen (Schmierer), auf der anderen Seite aber die Frage nach dieser Analyse als „politisches Spießertum“ beschimpfen (Maier).

Die KPCh unterstützt die EG-Imperialisten

Kennzeichnend für die heutige Außenpolitik der KPCh gegenüber Westeuropa ist, daß sie sich mit ihren „Analysen“ und daraus folgenden „Ratschlägen“ nicht mehr (jedenfalls nicht öffentlich) an die Arbeiterbewegung wendet, sondern nur an die imperialistischen Bourgeoisien – für die Mitgliedschaft Englands in der EG und überhaupt für die Stärkung dieses imperialistischen Zusammenschlusses, für die imperialistische Kriegsrüstung gegen die angeblichen „Expansionsabsichten“ der Sowjetunion, anscheinend sogar für den Verbleib amerikanischer Truppen in Westeuropa u.a.m.

Daß die heutige Politik der KPCh gegenüber Westeuropa nicht in der Arbeiterbewegung, sondern in den imperialistischen Bourgeoisien ihren Gesprächspartner sieht, wird dadurch unterstrichen, daß die VR China es bei verschiedenen Gelegenheiten ausdrücklich abgelehnt hat, etwa im Rahmen von Parlamentarier-Dele-

Sowjetunion als „Hauptgefahr“ für Europa hinstellt, sondern sie richtet sich fast nur noch gegen die Sowjetunion. Während die VR China also immer wieder zur „Wachsamkeit“ gegenüber der Sowjetunion aufruft und sogar den revanchistischen Bestrebungen des BRD-Imperialismus noch das betrügerische Etikett der gerechtfertigten „Wachsamkeit“ umhängt, wird die Kontrolle des US-Imperialismus über Westeuropa und die von ihm ausgehende Gefahr keineswegs auch nur annähernd in gleicher Weise angegriffen. Hessens Wirtschaftsminister Karry brachte von einem Besuch in der VR China gar den Ratschlag mit, die USA könnten nach der Niederlage in Indochina „ihre Ostflanke besser schützen, wenn sie jetzt die aus Ostasien abgezogenen Truppen in Europa stationierten“ („FAZ“, 7.5.75).

Die weitgehende Einseitigkeit der chinesischen Außenpolitik gegenüber Europa (nicht Kampf gegen beide „Supermächte“, sondern praktisch fast nur noch gegen die Sowjetunion) wird unterstrichen durch die massive Verwendung falschen Zahlenmaterials und unwahrer Behauptungen über die angebliche militärische Stärke der Sowjetunion. Nicht nur scheint heute die chinesische Presse ohne weiteres Zahlenmaterial und Behauptungen der imperialistischen Kriegspropaganda zu übernehmen, sondern teilweise scheint sie dieses noch mit eigenen Erfindungen zu übertreffen.

Man darf den Verantwortlichen der chinesischen Presse durchaus zutrauen, daß sie wissen, daß ihre Zahlen und Angaben grob falsch sind. Daraus kann man nur die Schlussfolgerung ziehen, daß die heutige Außenpolitik der VR China bewußt die von der Sowjetunion angeblich für Europa ausgehende Gefahr maßlos übertreibt und damit die auf Antikommunismus und Furcht vor der „russischen Gefahr“ aufbauende imperialistische Kriegspropaganda unterstützt. Es ist sicher auch kein Mißverständnis, wenn die chinesische Nachrichtenagentur „hsinhua“ und die chinesische Presse jede noch so wüste Äußerung der reaktionären imperialistischen Presse gegen die Sowjetunion freudig aufgreift und unter dem Titel „Zunehmende Wachsamkeit der europäischen Völker“ serviert.

Fortsetzung folgt im nächsten ARBEITERKAMPF

Vaterlandsverteidiger besuchten China

Ungefähr gleichzeitig hielten sich Vertreter der „KPD“ und der „KPD/ML“ im Mai in der VR China auf. Diese Reise ist als „offizielle Anerkennung“ des von diesen beiden Organisationen kürzlich eingeschlagenen Kurses der „Vaterlandsverteidigung“ anzusehen.

Für ihren besonders rabiaten und bedenkenlosen Kurs gegen den „Sozialimperialismus“ wurde die „KPD/ML“ gegenüber der konkurrierenden „Partei“ mit dezenten, aber eindeutigen Bevorzugungen bedacht:

– Während die „KPD“ sich unter dem Titel einer „Arbeiterdelegation verstecken mußte, wurde der „KPD/ML“ der offizielle Titel einer „Delegation des ZK der KPD/ML“ zuerkannt;

– Während die „Arbeiterdelegation“ unter Führung eines „Mitglieds des Ständigen Ausschusses des Politbüros des ZK der KPD“, Karl-Heinz Hutter, stand, durfte für die „KPD/ML“ deren „Vorsitzender“, Ernst August Aust, höchstpersönlich die lange erträumte Reise nach Peking antreten;

– Während für die „Arbeiterdelegation“ der ranghöchste Gesprächspartner eine Stellvertretende Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des Volkskongresses war, wurde die „Delegation des ZK der „KPD/ML“ von Yao Wen-yuan, prominentes Mitglied des Politbüros der KP Chinas, empfangen.

Die benachteiligten Vaterlandsverteidiger der „KPD“ waren dafür umso redseliger, was ihre in China geführten politischen Gespräche angeht. So waren sie sich z.B. laut „Roter Fahne“ vom 11. Juni mit ihren chinesischen Gesprächspartnern in folgendem einig: „Die Verteidigungskraft der westeuropäischen Länder muß erhöht werden, denn nur in Unabhängigkeit vom USA-Imperialismus können sie verhindern, daß Europa zum Schauplatz der militärischen Auseinandersetzungen beider Supermächte wird.“

Solange diese Unabhängigkeit nicht in ausreichendem Maße sichergestellt ist, kann man den Abzug der USA-Truppen aus Europa nicht ernsthaft wollen. Das würde dem Sozialimperialismus direkt in die Hände arbeiten.“

Die Verantwortlichen der KP Chinas laden gegenüber der internationalen Arbeiterbewegung eine schwere Verantwortung auf, wenn sie solche, durch ihr Sektierertum längst isolierte provokatorische Gruppen wie „KPD“ und „KPD/ML“ oder die portugiesische „PCP/ML“ und die französische „ML-Partei“ – die kürzlich ebenfalls in China waren – durch China-Reisen künstlich aufwerten. Noch schlimmer wäre es, wenn die Verantwortlichen der KP Chinas auch diese pro-imperialistischen „Theorien“ solcher Gruppen teilen! ●

Not macht erfinderisch KBW bleibt auf Münchenhausen-Trip

In AK Nr. 58 schrieben wir unter der Überschrift „Der Kampf der Supermächte“ – Tummelplatz politischer Dilletanten und Provokateure – „Wie kaum ein anderes Thema bietet der Kampf gegen die Supermächte und hier vornehmlich die Polemik gegen den Sozialimperialismus ein beschämendes Bild für große Teile der nicht-revisionistischen Linken. Unbekümmert wird hier mit übelsten Fälschungen und Phantasieprodukten der Imperialisten manipuliert, wird mit allgemeinsten Behauptungen gearbeitet, wird Zickzack gefahren und die politische Logik auf den Kopf gestellt.“

Diese Einschätzung hat sich seither bestätigt!

Wir haben in AK 58 und den AKs seither zahlreiche offensichtlich bewusste „Fälschmeldungen“ der Vaterlandsverteidiger („KPD/ML“, „KPD“) und des KBW aufgedeckt (vergl. zuletzt in AK 62, Seite 20: „KVZ“ will weiter lügen!), ohne, daß bisher eine Richtigstellung auch nur in einem einzigen Punkt von dieser Seite erfolgt wäre.

Anscheinend anstelle einer Richtigstellung brachte die „KVZ“ des KBW vom 26. Juni unter der Überschrift „Die Sowjetunion betreibt eine imperialistische Flottenpolitik“ einen weiteren Artikel, der mit Dummheiten und klaren Lügen-geschichten erneut gespickt ist.

Die „KVZ“ geht dabei prinzipiell so vor, daß sie jede Behauptung und jedes Gerücht aus westlichen Quellen über die militärische Stärke der Sowjetunion für bare Münze nimmt, während sie zugleich davon ausgeht, daß sowjetische Dementis solcher Behauptungen und Gerüchte prinzipiell „nichts wert“ seien (so wörtlich in der „KVZ“). Wo also im „Ring der Supermächte“ Behauptung gegen Behauptung steht, nimmt die „KVZ“-Redaktion erst einmal von vornherein für die Behauptungen der US-Imperialisten und ihrer Verbündeten Partei. Pech ist dabei bloß, daß in der Regel selbst aus der

bürgerlichen Presse die Widersprüchlichkeit und Falschheit solcher Behauptungen hervorgeht.

Ein Beispiel soll das verdeutlichen: Die „KVZ“ gibt für die Stärke der sowjetischen Flotte Zahlen angeblich „nach den verfügbaren (?) Daten“ an, hat aber tatsächlich nur eine Quelle benutzt, nämlich „The Military Balance“ (herausgegeben von einem Londoner Institut). Danach hat die Sowjetunion 300 U-Boote und 1.301 sonstige Kriegsschiffe. Eine Karte im „Stern“ vom 28.5.75 zeigt dagegen nur 251 U-Boote des Warschauer Paktes insgesamt und 1.782 sonstige Kriegsschiffe, wobei der Sowjetunion allein 245 U-Boote und 1.274 sonstige Kriegsschiffe zugeschrieben werden. Der Witz ist, daß derartige Angaben durch scheinbare Akribie wissenschaftlichkeit vorspiegeln, tatsächlich aber ziemlich willkürlich sind.

Machen wir uns einmal den Spaß diese Phantasie-Zahlen in Beziehung zu setzen beispielsweise zu dem jüngsten Flottenmanöver der Sowjetunion Mitte April, nach einigen Angaben „die größte Flottenübung, die die Sowjetunion jemals abgehalten hat“ („FAZ“, 20.6.75). An diesem Manöver nahmen laut „FAZ“ vom 20.6. „ungefähr 220 Schiffe“ teil – aber: „Von den 220 beteiligten Schiffen waren etwa 120 Kampfschiffe, davon der größere Teil U-Boote“ („FAZ“, 20.6.). D.h., es wären dieser Angabe zufolge fast 50% der an dem Manöver beteiligten Schiffe reine Versorgungsschiffe gewesen – dieser hohe Prozentsatz ist darauf zurückzuführen, daß die Sowjetunion außerhalb des Warschauer Paktes nur über geringe Versorgungsmöglichkeiten in ausländischen Häfen verfügt.

Es ergibt sich die amüsante Schlussfolgerung, daß an diesem angeblich „größten Flottenmanöver aller Zeiten“ also nur rund 7,5% der angeblich 1.600 sowjetischen Kriegsschiffe und U-Boote (lt. „KVZ“) teilgenommen hätten.

Aufschlußreich ist auch ein weiterer Zahlenvergleich. Die „Süddeutsche“ schrieb z.B. kürzlich: „Ständig hat die Sowjetunion etwa 30 (!) Kriegs- und Versorgungsschiffe im Indischen Ozean stationiert“ („SZ“, 23.6.75).

Der großbürgerliche Mailänder „Corriere della Sera“ schrieb, daß an dem jüngsten sowjetischen Flottenmanöver 55 Schiffe teilgenommen hätten, was etwas mehr als die Zahl der dort ständig stationierten Schiffe sei („Cds“, 24.4.75), wobei wahrscheinlich in dieser Zahlenangabe auch wieder 50% Versorgungsschiffe eingerechnet sind.

Das würde bedeuten, daß die Sowjetunion, die „ihre Flotte auf allen Weltmeeren kreuzen läßt“ („KVZ“, 26.6.75), insgesamt nur einen winzigen Bruchteil ihrer angeblichen Flottenstärke auf den Weltmeeren unterhält, wobei gerade Mittelmeer und Indischer Ozean ja gern als bedrohliche „Aufmarschgebiete“ der Sowjetunion und als „Beweis“ für deren „imperialistische Flottenpolitik“ ins Feld geführt werden.

Offensichtlich ist die Sowjetunion zu der ihr zugeschriebenen Großmachtpolitik auf den Weltmeeren schon auf Grund ihrer extrem ungünstigen Nachschub-Situation gar nicht in der Lage.

Bezeichnend ist außerdem, daß die „KVZ“ die angebliche sowjetische Flottenstärke als ziemlich gigantische Zahl in den Raum stellt, aber einen Vergleich mit Zahlen für die Nato-Flotten total vermeidet!

Eine neue „Theorie“ über die sowjetischen „Stützpunkte“

Gemeinsames Lieblingskind von bürgerlicher Presse, Vaterlandsverteidigern und „KVZ“ sind die berühmten sowjetischen Geister-

Fortsetzung Seite 41

EG-Abstimmung in Großbritannien

„Vaterlandsverteidiger“ und Slalom-Fahrer

Als Antwort auf das Ergebnis des EG-Volksentscheids in Großbritannien – Verbleib in der EG – stimmten die Vaterlandsverteidiger von der „KPD“ lauten Jubel an, während sich die Opportunisten des KBW in peinlichen Eiertänzen wanden.

Für die Vaterlandsverteidiger war ja alles klar: „Der Verbleib Großbritanniens in der EG ist ein Fortschritt im Kampf gegen die aggressiven Pläne des Sozialimperialismus.“ „Die europäischen Staaten müssen sich gegen die Vorherrschaftspläne der Supermächte, vor allem gegenüber dem Sozialimperialismus, auf der Linie eines konsequenten Kampfes für Unabhängigkeit zusammenschließen. Deshalb ist der Verbleib Großbritanniens in der EG politisch ein Fortschritt. Er wiegt mehr als ökonomische Schwierigkeiten, die sicherlich in noch größerem Maße auf die Arbeiterklasse zukommen.“

Eine klare und „mutige“ Sprache: Dem imperialistischen Zusammenschluß zuliebe soll die Arbeiterklasse ruhig mal zunehmende Angriffe auf ihren Lebensstandard im Rahmen der EG in Kauf nehmen und „patriotisch“ den Gürtel noch enger schnallen, denn der Kampf gegen die beiden „Supermächte“, bzw. ja wohl eigentlich gegen die Sowjetunion, ist wichtiger als ein paar läppische wirtschaftliche Verschlechterungen, die die EG den Arbeitern bringt...

Nicht so leicht hatten es dagegen die KBW-Führer, die zwischen der Position der KP Chinas (Befürworter der EG) und den Interessen der Arbeiterklasse (Ablehnung der EG) einen neckischen Slalom fahren – wobei anscheinend auch noch der Eindruck erweckt werden sollte, zwischen beiden Positionen bestehe eigentlich gar kein Widerspruch.

Ein Artikel in der „Peking Rundschau“ 21/75 („Großbritannien vor dem Referendum“) hatte praktisch die Positionen der EG-Befürworter unterstützt: Die imperialistischen

Länder müßten „ihre Einheit im gemeinsamen Kampf gegen den Hegemonismus stärken, und die EG ist eben solch eine Kraft im Kampf“.

Der konservative frühere Premierminister Heath erhielt Sonderbeifall – er widerspiegeln „mehr oder weniger den Wunsch der politischen Persönlichkeiten in Großbritannien, die nun, da die beiden Supermächte ihr Ringen um Europa intensivieren, die Verbindung ihres Landes mit Westeuropa für den gemeinsamen Kampf gegen den Hegemonismus stärken wollen.“

Der Artikel der „Peking Rundschau“ zeichnet sich außerdem dadurch aus, daß er mit keinem Wort die Interessen der Arbeiterklasse und deren langen Kampf gegen die EG erwähnt. Im übrigen wird die Ablehnung der EG mit dem Hinweis diffamiert, es sei ja „sonnenklar, daß es die Absicht der Sowjetrevisionisten ist, die EG-Länder eines nach dem anderen abzuspalten und die EG zu zersetzen“.

Ein Artikel in der „KVZ“ des KBW vom 5. Juni stellte mehr oder weniger eine Nacherzählung dieses Artikels aus der „Peking Rundschau“ dar. Unter der Überschrift „Breite Debatte (!) über die Zukunft des Landes“ wurde in der „KVZ“ das „Für und Wider“ um die britische EG-Mitgliedschaft erwogen – jedoch aus großkapitalistischer Sicht! Da sich schließlich aus großkapitalistischer Sicht! Da sich der Verfasser – ebenso wie sein Vorbild in der „Peking Rundschau“ – um die Interessen und den Kampf der Arbeiterklasse nicht kümmerte, konnte er schließlich beruhigt feststellen: „Unter dem Fortbestehen der Herrschaft des Kapitalismus hat Großbritannien also tatsächlich keine andere Wahl, als in der EG zu bleiben und sich mit den übrigen europäischen EG-Ländern zusammenzuschließen.“ Es durfte auch in dem „KVZ“-Artikel die indirekte Diffamierung der EG-Gegner nicht fehlen:

„Die Sowjetrevisionisten stellen sich hinter die Marktgegner“, was mit einem Zitat von Heath (!) bekräftigt wurde.

„Daß die Mitgliedschaft in der EG nichts an der Verschlechterung“ der Lage der Arbeiter ändere, wurde so nebenbei erwähnt, wofür ihnen dann „die soziale Revolution“ als „Ausweg“ empfohlen wurde.

Hatte dieser Artikel im Grunde weitestgehend auf der Linie der Vaterlandsverteidiger gelegen, so waren in der „KVZ“ vom 19. Juni plötzlich ganz andere Töne zu hören: nämlich, daß „sich durch den Abstimmungssieg der EG-Befürworter die Klassenkampfbedingungen der britischen und der westeuropäischen Bourgeoisien verbessert haben, während die Arbeiterbewegung in Großbritannien durch die Abstimmung politisch gespalten und in ihrer Widerstandskraft geschwächt wurde.“

„Das Ergebnis des EG-Beitritts für die Arbeiterklasse besteht heute darin, daß die britische Bourgeoisie ihren Druck verstärkt und der Druck der gesamten westeuropäischen Bourgeoisie jetzt noch unmittelbarer sich zur Geltung bringen kann.“

Von diesen Dingen hätte allerdings in dem ersten „KVZ“-Artikel absolut nichts gestanden – im Gegenteil! Offenbar ist der erste Artikel sozusagen mit dem Gesicht nach Peking geschrieben worden, der zweite Artikel dagegen mit dem Gesicht zur Arbeiterbewegung.

Daß solche Widersprüche möglich sind, ohne Diskussion und Selbstkritik, zeigt wieder einmal die heikle Lage der opportunistischen Schaukelpolitiker des KBW, die den verzweifelten Versuch unternehmen, die Thesen der chinesischen Außenpolitik irgendwie mit den Interessen der westdeutschen und westeuropäischen Arbeiterklasse unter einen Hut zu bringen. Dieser Versuch ist zum Scheitern verurteilt!

Bücher und Broschüren

- Anzahl
- ☐ **Palästina**
Interviews und Gespräche mit Kämpfern der PLO, Fatah, PFLP und PFLP-Allgemeine Fhrung
120 Seiten, Großformat
DM 6,-
 - ☐ **Die chinesische Kulturrevolution**
in Dokumenten, Nachdrucke von ausgewählten Artikeln der „Peking Rundschau“ aus den Jahren 1966 und 1967
134 Seiten, Großformat
DM 8,-
 - ☐ **UNSER WEG Revisionismuskritik**
160 Seiten, Buchformat
DM 4,50
 - ☐ **Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen**
Nachdrucke von Texten zu Fragen des bewaffneten Kampfes
250 Seiten, Buchformat
DM 6,-
 - ☐ **Gegen die schrittweise Faschisierung von Staat und Gesellschaft**
Nachdrucke von Artikeln unserer Zeitung ARBEITERKAMPF zur Frage der schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft
160 Seiten, Buchformat
DM 4,50
 - ☐ **Kampf dem Faschismus**
Nachdrucke von Texten der Kommunisten aus den Zwanziger und Dreißiger Jahren zum Thema Faschismus
350 Seiten, Buchformat
DM 6,50
 - ☐ **Deutsche Revolution von 1918 bis 1923**
192 Seiten, Buchformat
DM 8,-
- Weiter vertreiben wir folgende Bücher, die vom Arbeiterbuch herausgegeben sind:
- ☐ **Eins teilt sich in zwei**
Originaltexte der chinesischen Kulturrevolution
209 Seiten, Buchformat
DM 6,-
 - ☒ **Ernst Thälmann – Über Gewerkschaften**
Beiträge auf dem 10. Plenum des EKKI, Juli 1929 zum Kampf um die revolutionäre Klassenlinie und die revolutionäre Einheit in den reformistischen Gewerkschaften
100 Seiten, Buchformat
DM 3,-
Zur Zeit vergriffen – wird neu aufgelegt
 - ☐ **Iwan Popow – Als die Nacht verging**
Der Roman umfaßt einen kurzen Zeitraum gegen Ende der „Stolypinschen Reaktion“, dieser schwersten und finsternen Zeit für das russische Proletariat, die auf die Revolution von 1905 folgte
Teil 1 und Teil 2
je DM 6,-
 - ☐ **Hermann Remmele – Schritt halten!**
Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden?
Schrift von 1930 gegen den Links- und Rechtsoportunismus in der KPD
100 Seiten, Buchformat
DM 3,-

Preise zuzüglich Portokosten

Schallplatten

Lieder des Hamburger Straßentheaters

- ☐ Sie haben den Präsidenten....
17 cm
DM 5,-
- ☐ Wir führen den Kampf weltweit
17 cm
DM 5,-
- ☐ Wir führen den Kampf weltweit
17 cm
DM 5,-

Kataloge

- ☐ **„Das politische Lied“**
Platten-Katalog
Dieser Katalog stellt die wichtigsten im ARBEITERBUCH, lieferbaren Schallplatten (jeweils mit kurzer Beschreibung) vor.
DM 1,50
- ☐ **Verlags-Katalog**
kostenlos
In diesem Katalog sind unsere herausgegebenen Broschüren und Bücher mit jeweils kurzer Inhaltsbeschreibung aufgeführt. Der Katalog bietet insofern auch eine gute Unterstützung für die Arbeit mit interessierten Kollegen und Freunden.

Abonnement

ARBEITERKAMPF Zeitung des Kommunistischen Bundes

erscheint dreiwöchentlich

- | | | |
|---|--------|------------|
| <input type="radio"/> für 6 Ausgaben | ab Nr. | DM 8,40 |
| <input type="radio"/> für 12 Ausgaben | ab Nr. | DM 16,80 |
| <input type="radio"/> Förderabo für 6 Ausgaben | ab Nr. | ab DM 10,- |
| <input type="radio"/> Förderabo für 12 Ausgaben | ab Nr. | ab DM 20,- |

REBELL Jugendzeitung des Kommunistischen Bundes

erscheint sechswöchentlich

- | | | |
|---|--------|------------|
| <input type="radio"/> für 6 Ausgaben | ab Nr. | DM 4,80 |
| <input type="radio"/> für 12 Ausgaben | ab Nr. | DM 9,60 |
| <input type="radio"/> Förderabo für 6 Ausgaben | ab Nr. | ab DM 6,- |
| <input type="radio"/> Förderabo für 12 Ausgaben | ab Nr. | ab DM 12,- |

DIE INTERNATIONALE Zeitung des Kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus

erscheint sechswöchentlich

- | | | |
|---|--------|------------|
| <input type="radio"/> für 6 Ausgaben | ab Nr. | DM 4,80 |
| <input type="radio"/> für 12 Ausgaben | ab Nr. | DM 9,60 |
| <input type="radio"/> Förderabo für 6 Ausgaben | ab Nr. | ab DM 6,- |
| <input type="radio"/> Förderabo für 12 Ausgaben | ab Nr. | ab DM 12,- |

UNSER WEG Zeitung des Kommunistischen Bundes zu Fragen der Arbeiterbewegung

- | | | |
|--------------------------------------|--------|--------|
| <input type="radio"/> für 6 Ausgaben | ab Nr. | DM 8,- |
|--------------------------------------|--------|--------|

Anschrift:

(Datum)

(Unterschrift)

Bestellt!

Beim VERLAG ARBEITERKAMPF

Anzahl

UNSER WEG Sondernummern

- ☐ **Zum Nahost-Problem**
Nachdruck ausgewählter Artikel aus dem ARBEITERKAMPF
50 Seiten, 2. erweiterte Auflage DM 2,-
- ☐ **Die Emanzipation der Frau in Palästina**
Von uns kommentierte und übersetzte Propaganda-Broschüre der PFLP zu diesem Thema
24 Seiten DM 1,-
- ☐ **Chile: Vom „friedlichen Übergang“ zur faschistischen Militärdiktatur**
3. geänderte und erweiterte Auflage, 58 Seiten DM 4,-
- ☐ **Chile: Reform oder Revolution (Revisionismuskritik 6)**
Auseinandersetzung mit den „Strategien“ revisionistischer Parteien
62 Seiten DM 3,-
- ☐ **Von Pinelli zu Feltrinelli – politischer Mord in Italien**
In einer präzisen politischen Analyse wird die „kapitalistische Strategie der Bomben, der Provokation und Bespitzelung, des geplanten politischen Mordes und Einsatzes faschistischer Kommandos“ im Kampf gegen die kommunistische und Arbeiterbewegung am Beispiel Italiens enthüllt.
44 Seiten DM 1,50
- ☐ **Zur Außenpolitik der VR China**
Ausführliche Stellungnahme zum Wandel der chinesischen Außenpolitik.
Nachdruck von ARBEITERKAMPF-Artikeln
50 Seiten DM 2,50
- ☐ **Amis raus aus Indochina!**
Nachdruck von KB-Reden, ARBEITERKAMPF-Artikeln und wichtigen Dokumenten
26 Seiten, 2. erweiterte Auflage DM 0,50
- ☐ **Der Metallarbeiter-Streik in Schleswig-Holstein 1956/57**
Eine ausführliche Analyse der Flensburger KB-Gruppe
16 Seiten DM 1,-
- ☐ **Schulkampf**
Nachdruck von Artikeln des ARBEITERKAMPF
92 Seiten, 2. erweiterte Auflage DM 3,50
- ☐ **Wem nützen die Bomben bei Springer?**
Nachdruck von Referaten auf der Großveranstaltung des KB anlässlich der Baader-Meinhof-Kampagne der Bourgeoisie
32 Seiten DM 1,50
- ☐ **Zum Aufbau eines Sozialistischen Studentenbundes, Teil 2**
40 Seiten DM 1,50
- ☐ **Aktionseinheit oder „Partei“-Laden-Politik**
Internes Papier des Regionalkomitees Wasserkante der „KPD“ gegen den KB
8 Seiten DM 0,50
- Nachdrucke von Artikeln der KAB-Arbeiterzeitung zu zentralen Fragen der Arbeiterbewegung:**
- ☐ **Früherer Arbeiterbewegung-Teil 1**
Aus dem Inhalt:
„Links“-opportunismus in der Gewerkschaftsfrage muß zurückgewiesen werden
Kampf dem Faschismus
Zur Rolle der SPD
„Zwei Fraktionen der Kapitalistenklasse“?
Die Arbeiter brauchen ihre Partei – über welche politischen Differenzen muß diskutiert werden?
Europas Proletariat vor dem Sturm
58 Seiten DM 2,-
- ☐ **Teil 2**
Aus dem Inhalt:
Zur Gewerkschaftsfrage; Was ist Ökonomismus? Was ist los mit der Mitbestimmung?
Chemie-Tarifrunde '71: Ein großer Kampf und ein schwacher Abschluß
Volkskrieg und politische Lösung
Zur Kritik der RAF
15 Jahre KPD-Verbot
Aktionseinheit zur Metalltarifrunde '71 – Verlauf der Aktionseinheit
Für das Bündnis von Intelligenz und Arbeiterklasse
62 Seiten DM 2,-

UNSER WEG, Zeitschrift des Kommunistischen Bundes zu aktuellen Fragen der Arbeiterbewegung

- ☐ **Nr. 15** Ausführliche Analyse der Metalltarifrunde 1971 zur Diskussion im Kommunistischen Bund
28 Seiten DM 1,50
- ☐ **Nr. 16/17** Zur Auseinandersetzung mit den ABG/München
40 Seiten DM 1,50
- ☐ **Nr. 18** Kampf zweier Linien in der KP-China
Die Leitungstätigkeit und den Arbeitsstil verbessern
Die politische Arbeit im Stadtteil
32 Seiten DM 1,-
- ☐ **Nr. 19** Zur Faschismuskritik
32 Seiten DM 1,-
- ☐ **Nr. 20/21** Zum 1. Mai 1973
Die chinesische Kulturrevolution
62 Seiten DM 2,-
- ☐ **Nr. 22** Schädliche Illusionen über den Kampf der arabischen Völker
Kritik eines griechischen Genossen
Neue antikommunistische Broschüre
37 Seiten DM 2,50
- ☐ **Nr. 23** Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit der „KPD“
Selbstkritik Marko KBW
Arbeitsordnung Blohm & Voss
Berufsbildung in Stufen
Zur Westeuropäischen Chile-Konferenz
49 Seiten DM 2,50
- ☐ **Nr. 24** „Das Programm des KBW – Wegweiser nach rechts“
PIP-PERSIS-PROFIT – Rationalisierungen im Angestelltenbereich –
Zur Lage der unterentwickelt gehaltenen Länder
44 Seiten DM 2,-

Vaterlandsverteidiger lassen die Katze aus dem Sack

In den Kommentaren der „KPD“ zur Entwicklung in Portugal zeichnete sich schon seit einiger Zeit immer deutlicher der Übergang auf eindeutig konterrevolutionäre Positionen ab.

Unter dem Titel „Einheitsfront gegen den Sozialfaschismus!“ wird das nunmehr in der „Roten Fahne“ (25.6.75) ganz offen proklamiert.

In dem Artikel wird behauptet, daß es heute in Portugal nur zwei Alternativen gebe: „sozialfaschistische Diktatur oder bürgerliche Demokratie mit gewissen demokratischen Freiheiten“. Daher müßten sich die „Marxisten-Leninisten“ mit der „bürgerlichen Demokratie“ verbinden und dürften nicht für die Revolution kämpfen: „Wer, wie bestimmte trotzkistische und scheinbar marxistische Gruppen, dies leugnet, der Revolution setzt (!) und bedingungslos jede Besetzung (wie bei ‚Republica‘), jede Rätebewegung unterstützt, ohne nach ihrem Klasseninhalt, ihrer Führung zu fragen, unterstützt objektiv die Sozialfaschisten“.

So heißt es in dem Artikel z.B., daß die Rätebewegung ein „Instrument zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung“ sei, mit dem die Revisionisten („Sozialfaschisten“) „ihren Hauptgegner, die Sozialistische Partei, ausschalten“ wollen. „Die Ablehnung der Rätepläne“ (durch die Mehrheit des MFA) sei „ein Rückschlag für die Herrschaftspläne der Cunha-Sozialfaschisten“.

Auch Streiks sind schlecht, denn „manche Streiks ... haben das Ziel, die Wirtschaft weiter zu ruinieren und die Sozialimperialisten als hilfreiche Retter erscheinen zu lassen“. Oder, wie es in einem Hamburger Flugblatt der „KPD“ hieß: „Um das neue Programm des Wirtschaftsministers zur größeren Selbständig-

keit zu sabotieren, organisieren sie Streiks in Hotels und Produktionsstätten der USA-Imperialisten“.

Mit alledem – Arbeiterräten, Streiks und Fabrikbesetzungen, Mitbestimmung der Arbeiter und Journalisten in der Presse und beim Rundfunk – soll nach dem Willen der Vaterlandsverteidiger in Portugal Schluß sein, weil es sozialfaschistisches Teufelswerk ist!

Stattdessen „verbinden sich die Marxisten-Leninisten mit den Kräften aus der Bourgeoisie, die dem Vordringen des Sozialimperialismus Einhalt gebieten wollen“ („Rote Fahne“), und zwar vor allem: „die Sozialistische Partei, die eine traditionelle bürgerliche Demokratie anstrebt, unter starkem Einfluß der EG“ und „diejenigen kleinbürgerlich-radikalen Kräfte in der MFA, die konsequent für nationale Unabhängigkeit eintreten“.

Tatsächlich verbünden sich die Vaterlandsverteidiger mit der Bourgeoisie gegen die Arbeiterbewegung, deren Klassenkämpfe als „sozialfaschistische Machtergreifung“ diffamiert werden. Nur der Kampf um „nationale Unabhängigkeit“ wird der Arbeiterklasse noch zugestanden.

Angesichts einer entwickelten Arbeiterbewegung wie in Portugal scheint indessen für die Bourgeoisie eine „traditionelle bürgerliche Demokratie“, wie die „KPD“ sie empfiehlt, kaum noch denkbar. Eine derartige Bewegung kann die Bourgeoisie nur noch mit diktatorischen, terroristischen Mitteln – wie in Chile!! – niederzuwerfen hoffen. Dabei stehen die Vaterlandsverteidiger faktisch schon auf Seiten der Konterrevolution.

Antifa-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Immer neue „sowjetische Stützpunkte“

Wie wir in AK 61 (S.32) berichteten, haben „die Moskauer Führer“ nach einer Meldung der „Roten Fahne“ der „KPD/AO“ vom 14.5.75 von der revolutionären Regierung Südvietnams den ehemaligen US-Stützpunkt Cam Ranh als Basis für die sowjetische Kriegsflotte gefordert.

Da wir diese „Ente“ bis dahin in der bürgerlichen Presse nicht gefunden hatten und die „Rote Fahne“ eine Quelle auch nicht angab, glaubten wir zunächst an eine direkte Erfindung der „KPD“ selbst.

Das war ein Irrtum. Die Falschmeldung wurde offenbar zuerst von der konservativen britischen Tageszeitung „Daily Telegraph“ aufgebracht und fand dann rasch Zugang in eine Meldung der chinesischen Nachrichtenagentur „Hsinhua“.

Unterdessen werden immer neue Gerüchte gehandelt. Berichtete im November 1974 die großbürgerliche „Financial Times“ von einer angeblichen Zusage (!!) der griechisch-zyprischen Regierung für die Errichtung eines sowjetischen Stützpunkts auf der Insel, so waren im Frühjahr Gerüchte über sowjetische Bemühungen um Stützpunkte in Portugal der „Schlager der Saison“.

Kaum ist es um diese Gerüchte etwas ruhiger geworden, werden der Sowjetunion angeblich zugesagte „Stützpunkte aller drei Waffengattungen“ in Libyen angedichtet (zuerst von der regierungsfreundlichen ägyptischen Zeitung „Al Ahram“, dann von der gesamten internationalen bürgerlichen und „sozial“chauvinistischen Presse. Wenig später tischte General Norton, Generalstabschef der südlichen NATO-Streitkräfte, ein altes Märchen über sowjetische Stützpunkte in Latakia (Syrien) und Alexandria (Ägypten!) neu auf (zuerst in italienischen Zeitung „La Stampa“ die dem Fiat-Konzern nahe steht lt. FAZ v. 12.6.75).

Zur selben Zeit kam US-Kriegsminister Schlesinger mit einer noch größeren Sensation auf den Markt: Die Sowjetunion habe in Berbera (Somalia/Ostafrika) „einen riesigen Raketenstützpunkt“ errichtet. Es gebe dort auch „eine Startbahn für Düsen-Kampfflugzeuge“ und „Kasernen für etwa 1500 sowjetische Soldaten“ (lt. „Bild“ 12.6.75). Dieses Gerücht sollte offenbar dem Wunsch des US-Kriegsministeriums nach weiteren Millionen für den Ausbau des gigantischen US-Stützpunktes Diego Garcia im Indischen Ozean Nachdruck verleihen.

Schließlich war „Moskau“ zur selben Zeit auch noch „auf der Suche nach Stützpunkten in Mozambique“ („Welt“ 14.6.75), der ehemaligen portugiesischen Kolonie, die in Kürze selbstständig wird. Angeblich plant die Sowjetunion „die Errichtung eines Stützpunktes in der Hafenstadt Lourenco Marques“.

Gerüchte um sowjetische Stützpunkte sind heute offensichtlich das, was früher „das Ungeheuer von Loch Ness“ für die bürgerliche Presse war. Auffällig ist allerdings, daß diese Gerüchte immer dann verstärkt auftauchen, wenn das US-Kriegsministerium Geld für US-Stützpunkte, für Waffenlieferungen an Israel und ähnliche „friedliche“ Zwecke locker machen möchte. Auffällig ist ferner, daß diese Gerüchte sich vorzugsweise gegen eben unabhängig gewordene Staaten Südvietnam oder Mozambique sowie gegen Staaten mit unabhängiger Außenpolitik wie Portugal und Libyen richten.

Berichtigung

Im Artikel „Kampf der Supermächte... diesmal im Mittelmeer“ (AK 62, S. 19), heißt es, „daß Frankreich in den nächsten vier Jahren für mindestens zwei Millionen Mark Waffen an Saudiarabien liefern will“.

Richtig muß es heißen: „... für zwei Milliarden Mark“. Für diesen Fehler, mit dem die Unterstützung der französischen Bourgeoisie für reaktionäre Regimes der „3. Welt“ herabgemindert wurde, bitten wir um Entschuldigung.

Anzeige



Dokumentation des KB

Juni 1975 Preis - 10 8 Seiten

zu bestellen bei: J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

DER KBW LÜGT!

In dieser Dokumentation wird an einem exemplarischen Beispiel detailliert nachgewiesen, daß die Politik der KBW-Führer auf systematischen, bewußten Lügen aufbaut. Es geht bei diesem Beispiel um die „Analyse“ des KBW zur militärisch-strategischen Situation im Indischen Ozean, insbesondere um die Übernahme imperialistischer Propaganda-Märchen über angebliche sowjetische Stützpunkte in dieser Region durch den KBW.

KONTAKTADRESSEN des KB

Braunschweig:
P. Liebert
33 Braunschweig
Postlagerkarte 081368 A

Bremen:
Arnold Neugeboren
28 Bremen 1
Postfach 10 29 41
Jeden Samstag am H-Bahnhof
Buchertisch

Bremerhaven:
285 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 00 31 60

Eutin:
H. Lankau
242 Eutin-Großmeisdorf

Flensburg:
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 02 25 83

Frankfurt:
Arbeiterkampf-Vertriebsbüro
6 Frankfurt/M. 90
Kurfürstenstraße 8
offen: Bürostunde:
mittwochs 14 - 18.30 Uhr

Göttingen:
KAG im Buchladen
„Rote Straße“
34 Göttingen
Rote Straße 10
Di. 17 - 19.00 Uhr

Hamburg:
Postadresse:
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Hannover:
Buchladen E. Thalmann
z. Hd. KB
3 Hannover
Grottestraße 13

Hildesheim:
32 Hildesheim
Postlagerkarte A 019075

Kappeln:
Dagmar Schneider
234 Kappeln/Schlei
Postlagernd

Kassel:
Florian Rohs
35 Kassel
Goethestraße 31

Kiel:
W. D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A

Lübeck:
c/o Arbeiterbuch
24 Lübeck 1
Huxstraße 68

Möln/Ratzelberg:
P. Wurzbacher
2410 Möln
Postfach 1362

Nürnberg:
G.N.K.
Thomas Gradl
85 Nürnberg 16
Postfach 16 03 65

Oldenburg:
Th. Pieppgras
29 Oldenburg
Postfach

Westberlin:
A. Radtke
1 Berlin 21
Thomsenstraße 2
Mo. + Do. 17 - 19 Uhr
Sa. 10 - 13 Uhr

KBW auf Münchhausentrip

Fortsetzung von Seite 39



Der Ritt des Barons Joscha von Münchhausen auf der Kanonenkugel

„Stützpunkte“, die phantasievoll überall in der Welt angesiedelt werden. So druckte die „KVZ“ vom 6.3.75 eine Karte der „FAZ“ nach, die eine sowjetische Geister-„Stützpunkte“ im Indischen Ozean zeigte. Die „KVZ“ notierte dazu, die Sowjetunion habe „zahlreiche (!) Stützpunkte“ im Indischen Ozean „Stützpunkte“ im Indischen Ozean zeigte. Die „KVZ“ notierte dazu, die Sowjetunion habe „zahlreiche (!) Stützpunkte“ im Indischen Ozean u.a. im Irak, Somalia und der Insel Mauritius („KVZ“ vom 30.1. und 6.3.75).

Nachdem wir (siehe vor allem AK 58) diesen Unsinn zerpfückt hatten, brachte die „KVZ“ nicht etwa eine Richtigstellung, sondern bekräftigte in der „KVZ“ vom 29.5.75 noch einmal den „Stützpunkt“-Quark.

Inzwischen scheint der KBW sich in der für ihn typischen Manier aus der Verlegenheit winden zu wollen, in die er sich mit seinen allzu plumpen Falschmeldungen hineinmanövriert hat: Der Artikel in der „KVZ“ vom 26.6.75 („Die Sowjetunion betreibt eine imperialistische Flottenpolitik“) enthält zwar immer noch keine Richtigstellung, aber er erwähnt die Geister-„Stützpunkte“ mit keinem Wort mehr!!

Stattdessen heißt es dort plötzlich, die Sowjetunion sei gegenüber den USA „dadurch im Nachteil, daß sie sich nicht auf ein weltweites Netz großer Flottenstützpunkte stützen kann“. Es heißt dort dann sogar, „daß die UdSSR sich nicht bemüht, völkerrechtlich als solche kenntlich gemachte offizielle Flottenstützpunkte zu erwerben“. Das ist, nach den früheren üppigen Aufzählungen sowjetischer „Geister-„Stützpunkte“ in der „KVZ“ schon fast sensationell!

In der „KVZ“ vom 26.6.75 heißt es jetzt, daß die Sowjetunion sogar „großen Wert darauf legt, offiziell keine Flottenstützpunkte zu unterhalten“, weil es in einem zukünftigen Krieg ja doch möglich sei, die Militärstützpunkte des Gegners durch Atomschläge auszuschalten. Deshalb wünsche die Sowjetunion, „in den verschiedensten Häfen zwar alle Rechte eines Flottenstützpunktes eingeräumt zu erhalten, aber den Schein aufrechtzuerhalten, sie unterhalte keinen einzigen Flottenstützpunkt“.

Diese „Theorie“ ist ausgesprochen schwachsinnig, da die Ausschaltung gegnerischer Stützpunkte im „Ernstfall“ sich ganz gewiß nicht durch den „inoffiziellen“ Charakter eines Stützpunktes verhindern läßt.

Tatsache ist auch, daß sich die Imperialisten (die ganz offenbar nicht auf der „Höhe“ der Militär-„theorien“ der „KVZ“ sind) von derartigen Thesen nicht leiten lassen, sondern daß sie auch weiterhin zig Millionen einsetzen, um ihr weltweites Stützpunkt-Netz zu erhalten und auszubauen.

Die imperialistischen Militärtheoretiker sind sich auch durchweg einig, daß das Fehlen von Stützpunkten eine entscheidende Schwäche der sowjetischen Flotte darstellt.

So kommt der als „wichtigster moderner Marinetheoretiker“ bezeichnete Vizeadmiral a.D. Edward Wegener in seinem Buch „Moskaus Offensive (??!) zur See“ zur Schlußfolgerung: „Seestreitkräfte stellen noch keine Seemacht dar. Die beste Flotte nützt nichts, wenn sie das

Meer, um dessen Beherrschung es geht, nicht erreichen kann oder nicht auf längere Frist zu verteidigen versteht. Seemacht ist ein Produkt aus Flottenstärke und seestrategischer Position“ (zitiert nach „Bayernkurier“, 17.5.75). Unter „seestrategischer Position“ ist hier insbesondere die Verfügung über Stützpunkte (und „Position“ (zitiert nach „Bayernkurier“, 17.5.75). Unter „seestrategischer Position“ ist hier insbesondere die Verfügung über Stützpunkte (und sichere Nachschubwege) zu verstehen.

Die „KVZ“ widerlegt überdies ihre skurde „Theorie“ gleich selbst, wenn sie das Beispiel Ägyptens anführt, wo 1972 die sowjetischen „Berater“ (angeblich 25.000, lt. „KVZ“) kurzerhand ausgewiesen wurden. Dieses Beispiel zeigt besonders deutlich, daß sogenannte „inoffizielle Stützpunkte“ (d.h. Reparaturmöglichkeiten in fremden Häfen, Versorgungsmöglichkeiten, eventuell „Militärberater“) im Kriegsfall ohne Wert sind, wenn sie schon in Friedenszeiten von einem Tag auf den anderen kündigt sind. Militärstrategisch können nur wirkliche Stützpunkte von Wert sein, d.h. ausgebaut, rechtlich gesicherte Stützpunkte, womöglich unter direkter Kontrolle der imperialistischen Macht – wie z.B. Diego Garcia und andere Stützpunkte der USA im Indischen Ozean.

Tatsächlich verfügt die sowjetische Flotte aber selbst über einfache Anlaufmöglichkeiten in den Häfen einiger befreundeter Länder nur in sehr bescheidenem Maß. Hieraus ergibt sich auch der hohe Anteil an Versorgungsschiffen, der die sowjetischen Flotten begleiten muß.

Es ist völlig logisch, daß die Sowjetunion überhaupt nicht in der Lage wäre, auf den Weltmeeren die ihr von imperialistischen Märchenzählern, Vaterlandsverteidigern und von der „KVZ“ zugeschriebene große Rolle „auf allen Weltmeeren“ zu spielen: die Sowjetunion muß sich darauf beschränken, auf entfernteren Meeren relativ kleine, eher symbolische, von Versorgungsschiffen abhängige und folglich kaum manövrierfähige Kontingente zu unterhalten.

Die „KVZ“ vom 26. Juni erwähnt absolut keinen ausländischen Hafen, in dem die sowjetische Flotte heute wenigstens Anlaufmöglichkeiten hätte, sondern hält sich an Gerüchte, daß die Sowjetunion angeblich Hafenrechte in Portugal erwerben wolle, sowie Stützpunkte (! – nun also plötzlich doch wieder?! in Südvietsnam (!!!) und Libyen. Mag die Sowjetunion solche Gerüchte auch dementieren, schreibt die „KVZ“, das ist doch „nichts wert“. Denn es sei doch eine „Tatsache, daß ihre Kriegsflotten überall auf den Weltmeeren kreuzen und daß diese Flotten einen ungeheuren Nachschubbedarf haben“. Man kann „also getrost davon ausgehen“, schreibt die „KVZ“, daß an den Gerüchten schon was Wahres dran ist! – Auf dieser Welle kann sich die „KVZ“ wahrlich noch an das allerdümmste imperialistische Gerücht, an die widerlichste Provokation gegen fortschrittliche Staaten wie Vietnam anhängen. Nach der Devise: „Die Sowjetunion ist imperialistisch, also ist ihr alles zuzutrauen!“ – Den KBW-Führern ist jedenfalls zuzutrauen, daß sie sich auch künftig unbekümmert in Gerüchten und Phantasiezahlen aus der imperialistischen Küche suhlen werden, um den imperialistischen Charakter der Sowjetunion zu „beweisen“!

6.300 DM Geldstrafe für Flugblattverteilen!

Im März 1975 erhielt ein Verteiler des „Roten Morgen“ der „KPD/ML“ von der Hamburger Staatsanwaltschaft einen Strafbefehl. In dem Strafbefehl wurde eine Geldstrafe von 500.- DM verhängt, weil in dem Blatt folgendes stand: „Innerhalb von wenigen Wochen sind bei Polizeieinsätzen drei Mordanschläge verübt worden. Der Schüler Thomas Hytrek in Frankfurt, der Taxifahrer Günther Jendrian in München und nun auch Günther Routhier in Duisburg.“

Der Verteiler des Blattes hatte gegen den Strafbefehl Einspruch eingelegt. Der Einspruch wurde vor dem Amtsgericht Hamburg verhandelt und zwar von dem berühmtesten Richter Graue. Graue hatte in einem Prozess einen Demonstranten gegen die Fahrpreiserhöhung beim Hamburger Verkehrsverbund schon wegen seiner Gesinnung extrem hart bestraft.

Graue bewies in der Verhandlung, daß es ihm völlig gleichgültig war, was in Duisburg tatsächlich passiert ist. Er wies die Beweisanträge des Verteidigers, die diese Vorfälle aufklären sollten, allesamt ab.

Graue bestrafte trotzdem – und zwar wie es sich für einen staatstragenden Richter heutzutage gehört:

maßlos und ohne Rücksicht auf – rechtsstaatliche – Verluste: Graue verhängte anstelle der 500.- DM Geldstrafe 6.300.- DM !!! Der Staatsanwalt hatte „nur“ 3.500.- DM gefordert.

In der mündlichen Begründung des Urteils führte Graue aus, hinter dem Vorwurf, die Bullen hätten einen Mordanschlag auf Routhier ausgeführt, stecke in Wahrheit ein Angriff auf den Staat: „Eigentlich ist unsere Freiheitliche (?) Rechtsordnung mit der Beleidigung der Polizei gemeint und bedroht“.

Graue mag heute möglicherweise noch ein besonders blindwütiger Außenseiter innerhalb der Justiz sein. Er wird vom Apparat jedoch vollends gedeckt: Das Ablehnungsgesuch des Angeklagten gegen Graue, das er mit der Bestrafung der Gesinnung in dem oben erwähnten „Fahrpreisprozeß“ begründet hatte, wurde zurückgewiesen. Der „Ersatzrichter“ fand nichts Außergewöhnliches an dem Urteil.

Gegen den Angeklagten des damaligen Prozesses, der Graue als „Scharfrichter“ bezeichnet hat, hat der Präsident des Amtsgerichts Hamburg inzwischen Strafanzeige wegen Beleidigung erstattet...

MEK-Prozeß Hamburg Der Einsatzleiter im Gerichtssaal ahnungslos

Politischer Prozeß gegen KB

Am 25.6.75 fand vor dem Amtsgericht Hamburg die Fortsetzung des Prozesses gegen den Presseverantwortlichen des ARBEITERKAMPF statt.

Er war wegen Beleidigung angeklagt, weil im METALLARBEITER (Branchenzeitung des KB) und einem Flugblatt über die MEK's geschrieben worden war: „Sie werden abgerichtet zum Mord“. Und über die öffentliche Hinrichtung des Bankräubers Gonzales im Mai 1973 am Steindamm in Hamburg: es habe sich um einen staatlich geplanten Mord gehandelt, der unter dem Mantel der Rettung der Geisel durchgeführt worden sei.

Zu dem Termin war der Einsatzleiter des damaligen Einsatzes am Steindamm, ein gewisser Herr Zühlsdorf, vorgeladen. Das Gericht hatte die Vorladung damit begründet, daß, wenn überhaupt jemand über den damaligen Einsatz etwas sagen kann, dann wohl der Einsatzleiter.

Das hatte der Richter aber auch nur gedacht.

Die Vernehmung des Zühlsdorf verlief etwa folgendermaßen:

Er wurde zunächst gefragt, was denn das Ziel des Einsatzes gewesen sei. Er sagte natürlich: „Rettung der Geisel“. Was hätte er auch anderes sagen sollen? Etwa die Wahrheit?

Außerdem hätte es auch ein Ziel sein. Er sagte natürlich: „Rettung der Geisel“. Was hätte er auch anderes sagen sollen? Etwa die Wahrheit?

Außerdem hätte es auch ein Ziel des Einsatzes sein sollen, den Täter festzunehmen.

Auf die Frage des Verteidigers, wieso dann auf den Kopf geschossen wurde und zwar mehrmals, antwortete der Einsatzleiter pfiffig: „Es gibt verschiedene Arten, jemanden festzunehmen“. Eine davon ist also offenbar, jemanden umzubringen, frei nach Wildwest: „tot oder lebendig“.

Außer der allgegenwärtigen Angabe, daß die Bullen nur vorgehabt hätten die Geisel zu retten, wußte der Einsatzleiter angeblich absolut gar nichts.

Der Einsatzleiter wußte z.B. nicht, mit welchen Waffen die Todesschützen ausgerüstet worden waren.

Der Einsatzleiter wußte nicht, ob den drei MEK'ern, die schußbereit vor dem Bankausgang standen, der Befehl zum Todesschuß gegeben worden war.

Der Einsatzleiter wußte auch nicht, ob in seiner Anwesenheit, wenn auch nur nachträglich, mal über den gezielten Todesschuß der Polizei gesprochen worden ist.

Es habe zwar eine nachträgliche Einsatzbewertung gegeben, aber über deren Inhalt brauchte der Zeuge auf Drängen des Staatsanwaltes nichts zu sagen: das seien interne „polizeitaktische“ Fragen, über die der Zeuge nichts zu sagen brauche.

Der Einsatzleiter wußte angeblich nicht einmal, ob mit den MEK-Schützen überhaupt über einen Schießbefehl geredet wurde.

Und am Schluß seiner Vernehmung beidigte der Zeuge Einsatzleiter bei Gott dem Allmächtigen, daß er die reine Wahrheit und nichts als die Wahrheit gesagt und nichts verschwiegen habe. Bei Gott, ...

P.S.: Als unsere Verteidigung in der Vorbereitung des Prozesses einen zweiten Zeugen verlangte, wurde das mit der Begründung abgelehnt, Einsatzleiter Zühlsdorf sei der einzige über die Vorgänge ausreichend informierte Beamte!!

Rechtsanwälte verhaftet!

Rechtsanwälte verhaftet!

In einer neuen „Staatsschutzaktion“ des BKA (Bundeskriminalamt) und der Bundesanwaltschaft wurden am 25.6.75 die Anwälte Dr. Croissant und Ströbele verhaftet.

Damit geht der Staatsapparat dazu über, die Verteidiger der „RAF“ nicht nur aus dem Verfahren auszuschließen und wie Rechtsanwalt Groenewold mit Berufsverbot zu belegen; sie werden jetzt selber in den Knast gesteckt.

Rechtsanwalt Dr. Croissant sitzt im Untersuchungsgefängnis Heilbronn. Die Haftbefehle wurden vorerst bestätigt. Einer der Hafttrichter äußerte: „Wir können über die Aufhebung des Haftbefehls noch nicht entscheiden, da wir das Belastungsmaterial noch nicht kennen.“ Aber Haftbefehl erlassen geht offenbar ohne Kenntnis!

Rechtsanwalt Dr. Croissant wird z.B. vorgeworfen, daß er für eine „kriminelle Vereinigung“ geworben habe, indem er auf die Haftbedingungen und die Inhaftierten überhaupt im Ausland aufmerksam gemacht hat!

Die Vorwürfe gegen Rechtsanwalt Ströbele lauten ebenfalls auf „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung“. Die Verhaftung wurde damit begründet, daß Fluchtgefahr wegen der Höhe der zu erwartenden Strafe (!) und dem drohenden Berufsverbot bestünde.

Die Ermittlungsbehörden behaupten, durch das Berufsverbot (also scheint sicher zu sein, was bei dem „rechtsstaatlichen“ Verfahren rauskommt) würden die „sozialen und beruflichen Bindungen“ Ströbeles

vermindert, so daß mit seiner Flucht zu rechnen sei.

Anwaltsbüros durchsucht

Außer der Verhaftung der Rechtsanwälte wurden die Büros der Anwälte in Berlin, Stuttgart und das Büro von Groenewold in Hamburg durchsucht.

Bei der Durchsuchung des Hamburger Büros wurden alle anwesenden Anwälte und alle Sekretärinnen (!) vorläufig festgenommen und durchsucht. Außerdem wurden die Wohnungen aller Anwälte und aller Angestellten durchsucht.

Gegen eine der Büroangestellten wurde der Durchsuchungsbefehl damit begründet, daß sie eine „kriminelle Vereinigung“ unterstützt habe.

Grundlage des Verdachtes: die Angestellte soll Material für das sog. „Info-System“, das die Anwälte zur Kommunikation der Gefangenen aufgebaut haben sollen, geschrieben und eingetütet haben. Wenn das kein ausreichender Verdacht ist ...

Im übrigen wurden bei der Durchsuchung auch – wie die Staatschutzbehörden selber sagen – „zentnerweise“ Unterlagen geklaut.

Darunter waren mindestens kiloweise auch Unterlagen aus laufenden Prozessen. Damit wollen sich die Staats- bzw. Bundesanwaltschaften einen Einblick in die Prozessführungspläne der Verteidiger verschaffen; entgegen allen rechtsstaatlichen „Garantien“ versteht sich.

In der BRD gilt offenbar teilweise schon „Kriegsrecht“ – wie Vogel es einmal nannte.

Anzeige



Neuaufgabe

Arbeiterkampf

Die politischen Parteien in

CDS, PDC, PPD, PSP, PCP, MDP, FSP, MRPP, PCP/ML, AOC, PUP, LCI, MES, L.U.A.R., P.R.P.-B.R. UDP, FEC/ML,

PORTUGAL



3. Auflage,
7.001 bis 10.000,
48 Seiten,
Preis: 1 DM

zu bestellen bei:
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutshbahn 35

IMPRESSUM

Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag
J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF,
2 Hamburg 13, Rutshbahn 35, verantw.
Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 14.500
Erscheinungsweise: viermal vierteljährlich, Verkaufspreis 1,- DM. Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto.-Nr.: 451 8378 J. Reents, und Postcheckkonto Hamburg Nr.: 240 595, J. Reents. Ein Teil der Auflage enthält eine Beilage des Verlags J. Reents.

Heidelberg:

Polizei provoziert Straßenschlacht

Die bereits seit mehreren Wochen in der baden-württembergischen Universitätsstadt Heidelberg andauernden Auseinandersetzungen um die vom Stadtrat geplanten massiven Fahrpreiserhöhungen bei der Heidelberger Straßen- und Bergbahn AG (durchschnittliche Fahrpreiserhöhung ca. 25 %) eskalierten am Donnerstag, den 26. Juni, zu regelrechten Straßenschlachten zwischen Demonstranten, zahlreichen Bürgern der Stadt auf der einen und weit über Tausend Polizisten auf der anderen Seite. Die volle Verantwortung für die gewaltsamen Konfrontationen liegt bei den Polizei-Strategen und den regierenden Rathausparteien, die schwerbewaffnete Polizei – Hundertschaften aus ganz Baden-Württemberg in Heidelberg zusammengezogen hatten, um den berechtigten Protest gegen die erneute Anhebung der (ohnehin schon hohen) Fahrpreise zu unterdrücken.

Die Bullen gingen bei ihren Einsätzen mit Gummiknüppeln, Tränengas („in unglaublichen Mengen“, so ein Reporter der Nachrichtenagentur Reuter, lt. „FR“, vom 28.6.) und zivilen Schlägertrupps gegen die protestierende Bevölkerung vor – unterschiedslos übrigens gegen jugendliche Demonstranten, „Mütter mit Kindern“ („FR“, ebenda) und auch gegen nicht direkt beteiligte alte Menschen.

„Mehrfach drangen aus 15 bis 20 Mann bestehende Einsatzgruppen der Polizei in Häuser ein, um jemanden herauszuholen, der beim Werfen mit Flaschen und anderen Gegenständen beobachtet worden war. Ein etwa 40-jähriger wurde nach seiner Festnahme mit Fausthieben traktiert, obgleich er bereits mit Handschellen gefesselt war.“

Handgreiflich gingen die Beamten auch gegen ein Fernsehteam des Süddeutschen Rundfunks vor, das gerade eine nicht untypische Szene filmen wollte: drei Polizisten schlugen auf eine Demonstrantin ein („FR“, ebenda).

Neben neuen Gas-Granatwerfern setzten die Bullen auch mehrere „Panzerspähwagen der Bereitschaftspolizei mit vormontierten Räumschildern“ („FAZ“, 28.6.) ein, um die Straßen „freizumachen“!

Das von den Polizei-Führern angestrebte Ziel – die Demonstranten von der Bevölkerung zu isolieren – wurde freilich nicht erreicht. Im Gegenteil: „Viele der ... Heidelberger solidarisierten sich mit den Demonstranten“ und bald „regnete es aus den Häusern Mülltüten, Aschenbecher, Flaschen, Farb- und Wasserbeutel auf die mit Helmen, Schlagstöcken und Plastikschilde ausgerüsteten Beamten“ („FR“, 28.6.).

Nach den Meldungen der bürgerlichen Presse sollen bei den Kämpfen, die sich über zwölf Stunden lang bis zum Morgen des 27. Juni hinzogen, 25 Demonstranten verletzt worden sein (davon 5 Menschen so schwer, daß sie ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten). Auf Seiten der Bul-



Mehrere Tausend Demonstranten protestierten bereits am 21. Juni gegen die geplanten Fahrpreiserhöhungen – und blockierten erfolgreich für mehrere Stunden den Verkehr (trotz massiver Polizeieinsätze)



len soll es 31 Verletzte (darunter sechs „Schwerverletzte“) gegeben haben („FR“, ebenda).

Der Heidelberger Stadtrat, der am 26. Juni zusammengetreten war, um über die Erhöhung der Fahrpreise endgültig zu entscheiden (das war exakt zur gleichen Zeit, als in den Straßen die erbitterten Auseinandersetzungen stattfanden) ließ sich von den Protestaktionen nicht im min-

desten beeindrucken und stimmte mit „23 Stimmen für die Erhöhung (zehn Enthaltungen, fünf Gegenstimmen)“ („FAZ“, 28. Juni).

Das einzige Stadtratsmitglied, das von Anfang an gegen die geplanten Fahrpreiserhöhungen auftrat (die Vertreterin des KBW) ist bereits seit mehreren Sitzungen ausgeschlossen. Metall-Komitee KB/ Gruppe Hamburg



Bullen setzen Gaswerfer gegen die Bevölkerung ein
Bullen setzen Gaswerfer gegen die Bevölkerung ein

Bilder von der Straßenschlacht in Heidelberg, am 26. Juni: Bullen mit Gaswerfern, Bullen beim Knüppeln und ein verletzter Demonstrant



Chantilly, Frankreich: Ein ungewöhnliches Bild – Bullenrennen statt Pferderennen



Bullenrennen statt Pferderennen

Einen unerwarteten sportlichen Höhepunkt erlebten die Freunde des Pferderennens in der französischen Stadt Chantilly, als anstelle der erwarteten Vierbeiner nahezu fünfzig zweibeinige Bullen über die Rennbahn „galoppierten“.

Der ernste Hintergrund dieser lustigen filmreifen Szene ist die Auseinandersetzung zwischen Pferdepfleger und den französischen Rennstallbesitzern um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Die „Stallbur-schen“ hatten sich während der offiziellen Rennveranstaltung (wie die

„SZ“ v. 19. 6. 75 zu berichten weiß) zu einem Demonstrationszug aufgebaut, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Herbeigerufene Polizeieinheiten griffen die Demonstranten an und provozierten dadurch eine Schlägerei, in deren Verlauf es auf beiden Seiten Verletzte gab.

Schließlich konnten die Kollegen Pferdepfleger jedoch den Angriff der Bullen abwehren und diese über den Rasen der Rennstrecke in die Flucht schlagen.

Metall-Komitee, KB -, Gruppe HH

Nazi-Plakatkleber verurteilt Die Hintermänner bleiben ungeschoren

Das Landgericht München verurteilte am 23. Juni einen amerikanischen Studenten (24) und einen Münchner Schüler (17) zu neun Monaten Gefängnis bzw. Jugendstrafe – jeweils „mit Bewährung“.

Die beiden Jungnazis hatten faschistische Flugblätter verteilt und Plakate der sogenannten „NSDAP-Auslandsorganisation“ mit Hakenkreuzen geklebt. In der Nacht zum 18. April („Führers Geburtstag“) waren sie beim Kleben erwischt worden.

Hakenkreuz-Plakate der „NSDAP-AO“ sind in den letzten Monaten in verschiedenen Städten der BRD aufgetaucht. Sie stehen in Verbindung mit Plänen zum Aufbau einer neuen NSDAP und der offenbar bereits begonnenen Bildung illegaler nazistischer Zellen. Die „NSDAP-AO“, mit Zentrale in Nebraska/USA, hat zur Propagierung und Organisation der neuen Nazi-Partei wiederholt Redner und „Kader“ in die Bundesrepublik geschickt.

Während sich das Gericht mit zwei jugendlichen Handlangern des Neofaschismus befaßt, bleiben die Drahtzieher der neuen NSDAP bis heute ungeschoren.

Soweit bisher bekannt sind dies vor allem:

- Der Frankfurter Rechtsanwalt (!) Manfred Roeder, Sprecher der sogenannten „Deutschen Bürgerinitiative“
- Der Nazi-„Verleger“ Erwin Schön-

born, Sprecher des „Kampfbundes Deutscher Soldaten“ (früher „Frankfurter Kreis Deutscher Soldaten“).

• Thies Christophersen, Sprecher der „Bauernschaft für Recht und Gerechtigkeit“.

Diese drei treten als Hauptaktivisten beim Aufbau einer neuen NSDAP auf:

• Am 10.11.74 organisierte Christophersen im Hamburger „Haus des Sports“ eine Veranstaltung mit dem „Führer“ der „NSDAP-AO“, Gerhard Lauck. Auf dem Höhepunkt der Stimmung wurde eine Hakenkreuzfahne enthüllt und die Nazis formierten sich mit „Deutschem Gruß“.

• Am 29.11.74 organisierten Roeder und Schönborn in Diez an der Lahn eine Demonstration für einen dort einsitzenden Kriegsverbrecher. „Zurück zum Deutschen Reich, nieder mit der Demokratie“ und „Umerzieher aufhängen, forderte Roeder.

• Am 20.1.75 organisierte Roeder und Schönborn eine Demonstration vor dem Haus von Dr. Kemper, Assistent des amerikanischen Hauptanklägers im Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozess. Parolen wie „Raus mit dem zionistischen Judenpack aus Deutschland“ waren dabei vor allem dabei vor allem von Roeder zu hören.

• Im April organisierte Schönborn eine Veranstaltung der „NSDAP-AO“ in Frankfurt. Als Hauptredner trat Wilfried Kernbach aus den USA auf, der anstelle des nach der Hamburger Hakenkreuz-Fete ausgewiese-

nen Lauck in die BRD gekommen war. Außerdem soll Kernbach auch in Hamburg, Essen und München auf Treffen von Nazi-Anhängern (teilweise als sogenannte „Freundskreise der NSDAP-AO“) aufgetreten sein.

• Am 23. 5. 75 gehörten Roeder und Christophersen zu den Organisatoren eines Nazi-Treffens in Flensburg, mit Nazi-Parolen und dem Gesang des „Horst-Wessel-Liedes“ der NSDAP.

• Am Wochenende des 21./22. 6. 75 organisierte Roeder in Fritzlar (Hessen) eine sogenannte „Sonnenwendfeier“ nach nazistischem Vorbild. Manche Teilnehmer waren mit Hakenkreuzbinden und Uniformteilen kostümiert, Hakenkreuzfahnen flatterten und das „Horst-Wessel-Lied“ wurde gesungen.

Dies sind nur einige der wichtigsten filmreifen Szenen der Aktivitäten des Trios Roeder-Christophersen-Schönborn: Organisation von Propaganda-Reisen von „NSDAP-AO-Sprechern“, antisemitische und nazistische Hetze, Nazi- und Hakenkreuz-Mummenschanz etc. – Verurteilt wurden bisher nicht sie, sondern nur zwei ihrer Plakatkleber. Es scheint sich also wieder mal zu bewahrheiten: Die kleinen (Faschisten) hängt man, die großen läßt man laufen!

Antifa-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

Skandal

Wischnewskys:

Gladys Diaz
bleibt in den
Folterzentren
Chiles

Der Journalistin und leitenden MIR-genossin Gladys Diaz, 34 Jahre, und ihrem 6-jährigen Sohn wurde auf Anweisung des Bundesministers Wischnewsky (SPD) die Ausreise aus den faschistischen Folterzentren Chiles nach Westdeutschland verweigert.

Gladys Diaz war in der Regierungszeit der Unidad Popular eine der bedeutendsten Journalistinnen Chiles und Reporterin von „Radio Agricultura“. Aufgrund ihrer guten Gewerkschaftsarbeit hatte die Genossin außerdem das Amt des Präsidenten der Gewerkschaft der Rundfunkjournalisten (im CUT) ausgeübt.

Als Grund für die Einreiseverweigerung gab Wischnewsky an, daß die deutsche Botschaft in Chile nach Rücksprache mit der Junta „Bedenken“ angemeldet hätte. Diese „Rücksprachen“ sind bekanntermaßen nichts weiter als die „feine“ Umschreibung der Zusammenarbeit zwischen dem westdeutschen Verfassungsschutz und der chilenischen Gestapo. Für Gladys Diaz bedeutet die Entscheidung auf jeden Fall weitere Kerkerhaft und Folter. Ausgeschlossen ist nicht, daß diese Entscheidung ihre Ermordung durch die Faschistenbande zur Folge hat.“ (Ein ähnlicher Fall war der von Diana Aaron, für deren Freilassung ihre Familie gekämpft hatte und die dann im Januar 1975 zu Tode gefoltert wurde.)

Mit dieser Entscheidung hat die SPD/FDP-Regierung ihre juntafreundliche Haltung erneut unter Beweis gestellt. Ähnlich wie im Fall der vor wenigen Wochen abgeschlossenen Umschuldungsverhandlungen, die faktisch einen Kredit von 1,73 Milliarden DM an die Junta-Generäle darstellten, stellt. Ähnlich wie im Fall der vor wenigen Wochen abgeschlossenen Umschuldungsverhandlungen, die faktisch einen Kredit von 1,73 Milliarden DM an die Junta-Generäle darstellten (vergl. AK 62 und „FR“ v. 7.6.), wurde auch dieser Skandal in der bürgerlichen Presse gleichgeschaltet totgeschwiegen, damit die SPD auch weiterhin in den Augen vieler Menschen als Gegner der Faschisten-Generäle angesehen wird. Doch Matthöfers Spruch „die Junta ist eine Mörderbande“ hat noch keinen Antifaschisten in Chile das Leben gerettet, während Wischnewskys Tat das Leben von Gladys Diaz kosten kann und der Milliardenkredit indirekt das Leben zahlreicher Antifaschisten schon gekostet hat und kosten wird, weil er den Fortbestand der Junta entscheidend mit sichert.

Gladys Diaz war am 20. Februar 1975 zusammen mit ihrem 6-jährigen Sohn von der chilenischen Gestapo DINA verhaftet und in verschiedene Folterzentren gebracht worden. Diese Verhaftung hatte die Junta zunächst bestritten. Für Gladys Diaz und ihren Sohn hatte sich anschließend vor allem das „Komitee für die Freiheit der politischen gefangenen Frauen in Chile“, Sektion Westberlin (eine Unterorganisation von OPRECH, Freiheit für politische Gefangene in Chile, Paris) eingesetzt. Dieses Komitee sieht seine Aufgabe darin, für die Freilassung von politischen gefangenen Frauen und für die Anerkennung der „nicht anerkannten“ Gefangenen (= „kriminelle“ in der Sprache der Junta) oder zumindest für Haftentlastung aller inhaftierten antifaschistischen Frauen zu kämpfen.

Das Westberliner Komitee hat durch die „Patenschaft“ für die Genossin Gladys Diaz deren Anerkennung als „politische Gefangene“ erreicht. (Diese „Anerkennung“ ist eine wichtige Vorbedingung für eine Befreiung aus dem Kerker.) Gleichzeitig hatte das Komitee alle Einreisebedingungen, die für die BRD und Westberlin gelten, erfüllt und sogar Gladys Diaz einen festen Arbeitsplatz (mit Hilfe des DGB!) besorgt. Der Einreise hätte damit nichts mehr im Wege gestanden, außer der Entscheidung der SPD/FDP-Regierung!

Kämpfen wir für die Freilassung von Gladys Diaz!
Sofortige Einreise für Gladys Diaz und ihren Sohn!

Eine Genossin aus Westberlin und Chemiekomitee/KB-Gruppe Hamburg

Ermächtigung der Polizei zum „Todeschuß“ Faschistischer Wunschtraum der Bourgeoisie

Die Bourgeoisie propagiert in letzter Zeit in zunehmendem Maße die Ermächtigung der Polizei zum „finalen Todeschuß“. Die Vorbereitung dazu hat sie durch die Praxis der Polizei und die Legitimation des Polizeiterrors durch die Justiz betrieben. Diese Phase muß als weitgehend abgeschlossen gelten.

Jetzt ist die Bourgeoisie zum Generalangriff angetreten. Für die inzwischen offen propagierte Strategie der Vorbereitung auf den inneren Kriegszustand und die Niederschlagung von Unruhen im Innern will sie ein Polizei-Ermächtigungsgesetz novellieren, daß ihr die Möglichkeit gibt, bewaffnete Polizei gegen die Bevölkerung einzusetzen. Die Klassenjustiz legitimiert den beabsichtigten Schritt, indem sie den „Rechtsbrecher“ für rechtlos erklärt. Damit folgt sie unmittelbar dem nazistischen Vorbild. Die Faschisierung im Apparat der „Inneren Sicherheit“ ist allerdings noch nicht so weit fortgeschritten, eine reibungslose Novellierung des Gesetzes zu garantieren. Es findet daher gegenwärtig eine rigorose Ausräumar- und Säuberungskampagne statt, die sich hauptsächlich gegen SPDler wie den GdP-(Polizeigewerkschaft)-Vorsitzenden Kuhlmann richtet. Gegenüber der Bevölkerung wird ein propagandistisches Trommelfeuere entfaltet, um diesen Abbau der Demokratie möglichst ungestört vollziehen zu können. Die Novellierung des Polizei-Ermächtigungsgesetzes wäre ein entscheidender Schritt zur offen faschistischen Herrschaftsform der Bourgeoisie. Dagegen müssen alle demokratischen Kräfte mobilisiert werden.

Auf dem Weg zum „Todeschuß“

Auf dem Weg zum „Todeschuß“

Seit der Erschießung des Bankräubers Rammelmayer im August 1971 in München propagiert die Bourgeoisie offen die Wiedereinführung des „finalen Todeschusses“ durch die Polizei. Auf Kritik an seinem Einsatzbefehl, an dessen Zustandekommen auch Strauß beteiligt war, antwortete Staatsanwalt Sechser im faschistischen Sprachrohr „Quick“:

„Es tut mir leid, daß ich nicht den Befehl gegeben habe, Rammelmayer durch einen Kopfschuß zu töten.“ (nach „Vorwärts“, den 26.8.71)

Bereits 1972 kündigte die Ständige Konferenz der Innenminister im Zuge der Verabschiedung ihres „Programms zur Inneren Sicherheit, Teil I“ die Vorlage eines neuen Polizeigesetzes an, in dem der Schußwaffengebrauch bundeseinheitlich neu geregelt werden sollte.

„Nach den Worten des Hamburger Innensenators Ruhnau haben sich die Bundesländer bereits darauf geeinigt, daß den Polizeibeamten in bestimmten Fällen – wie Geiselnahme und Flugzeugentführungen – gestattet werden muß, den Täter zu erschießen.“ (Hambg. Morgenp. v. 7.12.72)

Im September 74 wurde vom Bundesinnenministerium ein Musterentwurf für das neue Polizeigesetz vorgelegt. Er sah einen eigenen „Todeschußparagrafen“ vor. Der Entwurf wurde von der Innenministerkonferenz abgelehnt, weil „einige Minister und ihre Berater fürchten, eine allzu detaillierte Festlegung des Begriffs Todeschuß und der an ihn geknüpften Bedingungen werde im Ernstfall für die Polizeibeamten eher von Nachteil sein.“ (FAZ, 10.9.74)

Nach der Lorenz-Entführung 1975 nahm das Propaganda-Organ „Die Polizei“, (Fachorgan für das Sicherheits- und Ordnungswesen mit Beiträgen aus der Polizeiführungsakademie) erneut die Forderung nach dem „Todeschuß“ auf.

„Die verbrecherischen, terroristischen Aktivitäten der kriminellen ‚Bewegung 2. Juni‘, die in der jüngsten Vergangenheit ... einen neuen Höhepunkt in der kurzen Geschichte der Terroraktionen in der Bundesrepublik Deutschland fanden, aktualisiert die Fragestellung nach der Rechtfertigung des finalen Todeschusses.“ Angesichts der breiten Diskussion über die „Innere Sicherheit“ nach dem Fall Lorenz scheint es



angezeigt, auch über das Problem der „Rechtfertigung eines ‚Todeschusses‘“ neu nachzudenken. Damit soll nicht der Strategie einer unerbittlichen Härte das Wort geredet werden, daß in naher oder ferner Zukunft die Polizei im Rahmen der Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit bei der Abwehr und Verfolgung sowohl allgemeiner als auch terroristischer Kriminalität erneut in die Lage gerät, in der sich die Frage stellt nach dem Einsatz der mit hohen Kosten aufgestellten und ausgebildeten Präzisionschützen und MEK-Angehörigen.“ (6/75).

Mit anderen Worten: der Apparat einer „Neuen GeStaPo“ ist ausgerüstet (siehe AK 58, Neue GeStaPo), nun müssen die politischen und in-

Mit anderen Worten: der Apparat einer „Neuen GeStaPo“ ist ausgerüstet (siehe AK 58, Neue GeStaPo), nun müssen die politischen und juristischen Verhältnisse geschaffen werden, die seinen Einsatz legitimieren.

Bereits nach der Ablehnung des ersten Musterentwurfs 1974 kleideten die Polizeistrategen ihren Legitimationsanspruch an die Klassenjustiz in die zwei Fragen:

„1. Kann der Todeschuß ausdrücklich zugelassen werden?
2. Ist es möglich, den Todeschuß anzuordnen?“

Zu diesen Fragen sollten fünf Professoren Gutachten ausarbeiten, die für das weitere Gesetzgebungsverfahren herangezogen werden sollen. Auf deutsch: Die „Professoren“ sollen plausible Hinweise geben, wie die in der europäischen Menschenrechtskonvention (MRK), dem Grundgesetz (GG) und Folgegesetzen proklamierten Grundrechte, insbesondere das Recht auf Leben, unterhöhlt bzw. offen eingeschränkt werden können.

Grundrecht auf Leben – 1945 ein unbequemes Zugeständnis

Vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Massenmorde mußte die westdeutsche Bourgeoisie sich beim Aufbau ihrer Republik, aus Rücksicht auf die antifaschistische Stimmung großer Teile der Bevölkerung und im Ausland zu einer verfassungsmäßigen Einschränkung ihrer Verfügungsgewalt über Leben und Tod ihrer „Untertanen“ bereit finden.

Die „Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten“ (MRK) vom 7.8.52, basierend auf der Menschenrechts-Charta der Vereinten Nationen vom 10.12.48, deklariert:

„Das Recht jedes Menschen auf das Leben wird gesetzlich geschützt. Abgesehen von der Vollstreckung eines Todesurteils, das von einem Gericht im Falle eines mit Todesstrafe bedrohten Verbrechens ausgesprochen worden ist, darf eine absichtliche Tötung nicht vorgenommen werden.“

(2) Die Tötung wird nicht als Verletzung dieses Artikels betrachtet, wenn sie sich aus einer unbedingt erforderlichen Gewaltanwendung ergibt:

a) um die Verteidigung eines Menschen gegenüber rechtswidriger Gewaltanwendung sicherzustellen;

b) um eine ordnungsgemäße Festnahme durchzuführen oder das Entkommen einer ordnungsgemäß festgehaltenen Person zu verhindern;
c) um im Rahmen der Gesetze einen Aufruhr oder einen Aufstand zu unterdrücken!“

Das „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“ vom 23.5.49 beinhaltet darüber hinaus in § 102: „Die Todesstrafe ist abgeschafft.“

Im „Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges“ (UZW) von 1961 werden die polizeilichen Befugnisse durch den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit eingeschränkt. Er beinhaltet die Anwendung des jeweils geringst möglichen Zwangsmittels, das heißt:

„daß die behördlich angeordneten Mittel die Anwendung des jeweils geringst möglichen Zwangsmittels, das heißt:

▷ daß die behördlich angeordneten Mittel geeignet sein müssen zur Gefahrenabwehr;

▷ von mehreren geeigneten Maßnahmen die ergriffen werden muß, die den einzelnen und die Allgemeinheit am wenigsten beeinträchtigt;

▷ daß Maßnahmen nicht zu einem Schaden führen dürfen, der zu dem beabsichtigten Erfolg erkennbar außer Verhältnis steht.

(Nach Götz, Allg. Pol. und Ordnungsrecht, S. 76)

Speziell der Schußwaffengebrauch gegen einzelne Personen beschränkt sich generell auf vier Fälle:

„1. Präventiv-polizeiliche Verhinderung der unmittelbar bevorstehenden Ausführung eines Verbrechens; eines Vergehens nur, wenn Schußwaffen oder Sprengstoff mitgeführt oder angewendet werden;

2. kriminalpolizeilich der Schuß auf den fliehenden Täter eines Verbrechens; auf den Vergehenstäter nur unter den Voraussetzungen wie zu 1);

3. Verhinderung der Flucht von Strafgefangenen und bestimmten anderen verwahrten Personen;

4. Verhinderung einer Gefangenenerbefreiung.

Das Erfordernis vorheriger Androhung gilt beim Schußwaffengebrauch ausnahmslos. Von der Schußwaffe darf in jedem Fall nur Gebrauch gemacht werden, um angriffs- oder fluchtfähig zu machen. Führt der Schußwaffengebrauch trotzdem zum Tode, so hängt die Beurteilung seiner Rechtmäßigkeit nicht nur von der Einhaltung der Voraussetzungen der deutschen Gesetzgebung, sondern außerdem von der Wahrung des Art. 2. II. Europ. MRK ab.“ (ebd., 174)

Militarisierung der Polizei – ein Hohn auf die verfassungsmäßigen Grundrechte

Die Aufstellung von Bereitschaftspolizei, Bundesgrenzschutz (BGS) etc. 1951 zur ausdrücklichen Niederhaltung innerer Unruhen (siehe AK 58) war von Anfang an eine „Verletzung“ von Menschenrechtskonvention und Grundgesetz. Besonders der offene Militärstatus des BGS, heute als Sonderpolizei mit Kombattanten-Status, steht in unverwundlichem Widerspruch zu den schönen Worten der Verfassung. Ein Vergleich der unterschied-

lichen Aufgaben von Polizei und Militär, entnommen dem offiziellen Polizeilehrbuch „Polizeiverwendung“ von W. Schell, bedarf keines weiteren Kommentars:

- „Wehrmacht:
1. Die Maßnahmen richteten sich gegen den uniformierten äußeren Feind des Volkes!
 2. Das Ziel ist die Vernichtung des Feindes und seiner Quellen!
 3. Das Mittel im Einsatzfall ist der brutalste Einsatz aller Waffen zur Brechung jeden Widerstandes!
 4. Der Waffeneinsatz ist das erste und einzige Mittel!
 5. Die rechtliche Bindung besteht nur an die weitgefaßten Gesetze des Völkerrechts (Haager Landkriegsordnung, Genfer Konvention)!
 6. Die Wehrmacht ist im Einsatz immer getragen von der Achtung und dem Vertrauen des ganzen Volkes, dessen äußeren Feind sie abwehrt!
 7. Befehle erhält der Soldat nur von den Vorgesetzten der eigenen Berufsgruppe (in der Spitze nur der Minister)!
 8. Eine Bestrafung der Soldaten für im Kampf begangene Handlungen gibt es in der Regel nicht!

Polizei:

1. Die Maßnahmen richten sich im allgemeinen gegen den Mitbürger!
2. Das Ziel ist die Überwindung und Zuführung der Straftäter zur gerechtfertigten Bestrafung und der Gefahrenabwehr von der Allgemeinheit und dem einzelnen!
3. Das Mittel muß stets dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entsprechen und das mildeste sein!
4. Der Waffeneinsatz ist das letzte Mittel und gesetzlich sehr eingeschränkt!
5. Die rechtliche Bindung an die en-
4. Der Waffeneinsatz ist das letzte Mittel und gesetzlich sehr eingeschränkt!
5. Die rechtliche Bindung an die engen Gesetze des Bundes und der Länder (Grundgesetz, Strafgesetze, Polizeigesetze, Verwaltungsgesetze) zwingt Handeln und Mittel ein.
6. Die Polizei ist der steten und häufig wenig wohlwollenden Kritik des Staatsbürgers ausgesetzt, da sie mit ihren Maßnahmen immer in das Rechtsleben des einzelnen eingreift!
7. Befehle erhält der Polizeibeamte in der Regel von den verschiedenen Verwaltungsstellen!
8. Die Strafandrohung für Straftaten im Amt ist höher als wenn die gleichen Taten von einem anderen Staatsbürger begangen werden. Hinzu können disziplinarische Bestrafung und Heranziehung zum Schadenersatz kommen.

Militärische Bewaffnung

Entsprechend der militaristischen Grundausrichtung der BRD-Polizeien wurden sie auch nach dem militärischen Gesichtspunkt bewaffnet. Bei W. Schell heißt es:

„Es genügt nicht, die Polizei für den Normalfall auszurüsten und zu bewaffnen. Die Bewaffnung der Polizei muß so sein, daß sie der Bewaffnung jedes möglichen Gegners überlegen ist. Wer sich hier den Notwendigkeiten verschließt, ... macht sich zum Handlanger der Feinde unseres Staates.“ (ebenda, 60 ff.)

Im „Programm der Inneren Sicherheit, Teil I“ von 1972 wird diese Ausrichtung noch einmal praktisch bestätigt: „Es wird einheitliche Bewaffnung wie folgt beschlossen: Schlagstock, Pistole/Revolver/(7,65/9mm)/, Automatisches Gewehr(MP/MG)/Kampfgas/Sprengmittel ... Es sind polizeiliche Lagen denkbar, in denen der Einsatz von MG und Handgranaten erforderlich werden kann. In den Ländergesetzen über die Anwendung des unmittelbaren Zwanges müssen die Rechtsgrundlagen für den Einsatz solcher Waffen vorhanden sein.“ („Programm der Inneren Sicherheit“, Teil I, S. 14)

Schießausbilder H.J. Stammel enthielt kürzlich bei einem Interview für bessere Ausrüstung und Ausbildung der Polizei in der „Quick“ unfreiwillig, was der Beschluß der Innenmini-

Fortsetzung Seite 44

Ermächtigung der Polizei zum „Todesschuß“

Fortsetzung von Seite 43

ster bedeutet: „Die Polizisten tragen Waffen, die nur für einen Zweck gebaut wurden – zu töten. Den Beamten bleibt im Extremfall nur die Wahl zwischen Ohnmacht und Blutbad.“ („Quick“, 20/75)

Stammel schlägt geradezu „antifaschistische“ Töne an: „Die militärische Bewaffnung unserer Polizei ist eindeutig gegen die Interessen einer freien Bürgerschaft gerichtet. Sie stammt aus einer unseligen Vergangenheit, in der sich die autoritäre Obrigkeit vor den Untertanen schützen (!) wollte.“ (ebd.)

Einige Beispiele können das verdeutlichen:

● Die Polizei-Pistolen Walter PP und PPK: „Die Geschosse dieser Waffe haben mit 21/mkg Auftreffenergie keine genügende „stopping-power“. Ziel des polizeilichen Schußwaffengebrauchs ist, den Gegner angriffs- (oder flucht-) unfähig zu machen. Dieses Ziel ist mit der Pistole des Kal. 7,65 mm kaum zu erreichen, es sei denn, durch Kopf-, Herz- oder Bauchschuß.“ („DP“, 6/72)

● Maschinenpistole (MP): „Die gefährlichste aller Waffen, die die deutsche Polizei benutzt, ist die Maschinenpistole. Als Infanterie-Sturm-Waffe mag sie sich im Krieg bewährt haben, im zivilen Alltag kann die Polizei damit nur ein Blutbad anrichten. Denn es ist unmöglich, eine MP-Salve gezielt abzugeben.“ (Schießausbilder Stammler in „Quick“)

● Maschinengewehr, Granatwerfer: „Und ich meine, daß eben diese Dosierung der Wirkung bei so schweren oder besonderen Polizeiwaffen nicht in dem erforderlichen Ausmaß möglich ist. Sie können, wenn Sie mit dem Granatwerfer auf eine Menschenmenge feuern, eben nicht davon ausgehen, daß Sie diese Leute nur angriffs- oder fluchtunfähig machen, wie das Gesetz es für den Schußwaffengebrauch vorsieht, sondern Sie müssen mit der Tötung rechnen, und ähnliches gilt auch vom Einsatz von Maschinengewehren, Minen usw.“ (Gutachten von R. Denninger über die „Qualität besonderer Waffen“, angefertigt im Auftrag der GdP 1971).

Stammel und GdP-Vorsitzender Kuhlmann u.a. führen eine solche Kritik, um stattdessen eine Umrüstung der Polizei auf „polizei-typische“ Waffen und deren verstärkten „vorbeugenden“ Einsatz zu fordern. In Wirklichkeit zielen ihre Maßnahmen jedoch keineswegs auf Beseitigung der Tötungsgefahren, sondern auf Effektivierung der Bewaffnung.

● Statt der 7,65 Pistole fordern sie den 9mm Revolver, aus dem unterschiedlichste, den jeweils gegebenen Situationen angepaßte Munition verschossen werden kann.

Zum Unterschied zwischen beiden Kalibern meinte R. Hennig, Schießlehrer aus Hamburg: „Natürlich haben diese Geschosse (7,65) keine so große Durchschlagskraft wie z.B. 9mm-Paravollmantelmunition. So berichtet ein Amerikaner, der beruflich Stiere mit einer Faustfeuerwaffe tötete, daß er mit dem Kaliber 45 ACP (7,65 – Anm. AK) drei- bis viermal schießen mußte, während ein Schuß mit dem Kaliber 9 mm den Stier sofort tötete, da er immer bis zum Herzen vordrang.“ (Roth, „Polizeistaat“, S. 48)

● Statt der bisher üblichen fordern sie „Mann-Stopper-Geschosse“. „Das sind Bleigeschosse ohne Stahlmantel in Stumpfkugelform. Diese Munition staucht sich beim Auftreffen auf den menschlichen Körper zur anderthalbfachen Kalibergröße auf. Dadurch wälzt das Geschos einen Ball von Gewebeflüssigkeit vor sich her. Das führt zu einem Aufprall- und Nervenschock, der blitzartige Lähmungen hervorruft. ... Mit den legendären Dum-Dum-Geschossen hat das absolut nichts (!) zu tun.“ („Quick“, 20/75)

● Sie fordern den Einsatz chemischer Kampfgase als Zusatz im Wasser der Wasserwerfer und als inzwischen berüchtigt gewordene „Chemische Keule“ Sprühdosen – in jedem Fall Mittel, die bei „unsachgemäßem“ Gebrauch im Extrem-Fall ebenfalls tödlich sein können, zumindest schwerste Verletzungen hinterlassen, wie in den Gas-Einsätzen des französischen Mai zu sehen war. („Stern“, 40/68)

In der Praxis würde bei Durchführung der Vorschläge von Stammel, Kuhlmann und Co. die Polizei nicht weniger lebensgefährlich, sondern eher zur militärischen Ausrüstung noch die vormilitärische hinzu, was ihren Aktionsradius erheblich erweitern würde.

Ausbildung zu Tötungsmaschinen

Unter Ausschaltung der „zivilen“ Persönlichkeit des Bullen wird in der Polizeiausbildung in zunehmendem Maße Kadavergehorsam herangezogen! Die Gewerkschaft der Polizei enthüllte – als unfreiwilliges Nebenprodukt ihrer „Reform“-Vorschläge – den entpersönlichenden Drill der in Polizeikasernen üblichen „Formalausbildung“. „Formalausbildung ist vom Prinzip her darauf angelegt, Menschen zu instrumentalisieren, um damit nichtfragenden, unbedingten Gehorsam zu erzeugen.“

Weiter zitiert der GdP-Verfasser: „Ausschaltung jeder Gehirnarbeit“, „Unterdrückung aller persönlichen Reaktionen“, „Unterordnung als Beziehungshaupthaltung“, „unbedingter Gehorsam“, Ausbildung zum „Werkzeug eines Willens“, zur „zwangsläufig arbeitenden Maschine“, „Manneszucht“ statt Humanität, alles das ist angelegt in der Formalausbildung. Das ist ihr eigentlicher Sinn.“

Und dann, damit auch niemand dies für eine Ausnahmebeschreibung hält: „Formalausbildung als Mittel unmittelbarer Disziplinierung ist zwar nicht Ausbildungsschwerpunkt, wird aber für unverzichtbar erklärt.“ (Polizei-Notruf, S. 42)

1971 wurde die Abrichtung zum Kadavergehorsam mit Übernahme der FBI-Ausbildungsmethoden durch das BKA auf die Einübung reflexmäßigen Tötens und den Abbau von Tötungshemmungen zugespielt (siehe AK 58). In 300 Übungsstunden ließ das BKA einen „Beamten“ an der National Academy des FBI insbesondere das Reaktionsschießen auf bewegliche Ziele in sog. Schießkinos, wo eine tatsächliche Situation simuliert wird, üben, außerdem das Schießen aus der Hüfte, sog. „Combat-Schießen“, sowie Spezialmethoden zur Bekämpfung von „Heckenschützen“, „Amokschützen“, Flugzeugentführern, Geiselnehmern usw. (Nach „Innere Sicherheit“, 22.2.72)

Inzwischen gibt es auch die „Combat“-Schulen in allen Bundesländern. Als Privatunternehmen unterrichten sie Polizei, BGS, Privatpersonen wie Mitglieder des Bundestages, Richter und Staatsanwälte im reflexmäßigen Töten.

Bekannte Ausbilder dieser Art sind: Rolf Hennig, Hamburg; H.J. Stammler, bei München; Raimond Sassa, Paris.

Ein Münchner Bulle kommentierte seine Ausbildung: „Da muß man schon in die Mitte reinhalten.“ („Berliner Zeitung“, 15.1.72). Daß dies keineswegs ein ausgeflippter Einzelner, sondern Ergebnis systematischer Abrichtung ist, zeigt die Äußerung von Hessens Innenminister Bielefeld (FDP) auf einer Konferenz der Innenminister 1972: „Auch Terroristen sind Menschen, sie totzuschießen will geübt und gelernt sein.“ („Spiegel“, 39/72)

Die offene Verhöhnung der in der Menschenrechts-Konvention, dem Grundgesetz u.a. deklarierten Grundrechte durch die Polizei-Praktiken erhob ein Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofes (BGH) im Mai '75

zur herrschenden Meinung. Der BGH beendete ein Verfahren gegen den Polizisten Rolf Diehl, der 1973 in Dortmund den siebzehnjährigen Fürsorgezögling Erich Dobhard abgeknallt hatte, mit einem Freispruch.

Vor dem Landgericht Dortmund war der Bulle zunächst wegen „fahrlässiger Tötung“ zu sechs Monaten Haft verurteilt worden, selbstverständlich auf Bewährung. Die Begründung des BGH lautete:

„Die Abgabe eines gezielten Schusses auf das Bein des Flüchtlings war auch nicht deshalb unzulässig, weil sie mit dem Risiko der Tötung behaftet war. Jeder Schußwaffengebrauch, insbesondere wenn er mit einer Faustfeuerwaffe erfolgt, beinhaltet ein solches Risiko. ... Der Schußwaffengebrauch muß immer das letzte Mittel sein. Wenn er aber – wie hier – zur Erreichung des angestrebten Zweckes notwendig und sachlich gerechtfertigt ist, so ist er auch trotz des damit verbundenen Risikos statthaft.“ („Spiegel“, 21/75)

Damit kann in Zukunft nahezu jedes blindwütige Herumballern der Bullen gerechtfertigt werden. Darüberhinaus hat die Klassenjustiz schon längere Zeit den § 53 StGB (Notwehr) zum Instrument der Rechtfertigung des wachsenden Polizei-Terrors gemacht. Dabei hat sie reichlich von den Variationsmöglichkeiten des Paragraphen Gebrauch gemacht:

– Notwehr, erlaubte Selbstverteidigung, die notwendig ist, um einen „gegenwärtigen rechtswidrigen Angriff“ von sich abzuwehren. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entfällt;

– Notwehr, ein Unterfall der „Notwehr“, in dem einem Dritten gegen den „rechtswidrigen Angriff“ geholfen wird. Entscheidend dabei der Zusatz: „Will der Angegriffene, der berechtigt und fähig ist, über die verletzte Rechtsgüter zu verfügen, sich nicht zu verteidigen, so darf ihm auch kein anderer Nothilfe leisten“ – bleibt die Frage zu stellen, wer z.B. Ingrid Reppel, die bei dem Münchner Banküberfall erschossen wurde, fragte, ob sie zu sterben bereit sei!

– Verschiedentlich verqu coast die Klassenjustiz auch die „Nothilfe“ noch mit der Erklärung des „übergesetzlichen Notstands“, d.h. sie erklärt einen Waffeneinsatz für notwendig, um „Sicherheit und Ordnung“ aufrechtzuerhalten, „Schaden von der Gemeinschaft abzuwenden“ und ähnliches – wie etwa beim Polizei-Massaker in Fürstenfeldbruck 1972.

– Schlimmstenfalls billigt die Justiz dem Todesschützen „Putativ-Notwehr“ zu, d.h. vermeintliche Notwehr. Nach dem Motto: „Er griff in die Tasche und ich dachte, er wollte schießen“ etc. – ein ganzes Lexikon von Möglichkeiten!

Wo selbst die „Notrechtsvorbehalte“, einschließlich ihrer Phantasie-Formen, nicht für eine Legitimation reichten, war die Klassenjustiz schnell bei der Hand: „Fahrlässige Tötung“ statt Mord, „Bewährung“ statt Strafe, Aufhebung der Urteile in zweiter Instanz, Haftverschonung...

Polizei-Praxis und juristische Handlangerdienste für die zunehmenden „Übergriffe“ seitens des Staatsapparats haben die Frage, ob der Todesschuß „ausdrücklich zugelassen“ werden kann, bereits weitgehend beantwortet. In dieser Frage sind sich auch, trotz Differenzen in der Frage der Ausrichtung, Bewaffnung usw., alle Vertreter des Staatsapparats einig. So wurde bereits im November '74 in „Deutsche Polizei“ seitens der GdP trocken konstatiert: „Soweit bisher aus Äußerungen von Politikern, Polizeibeamten und Juristen erkennbar, wird die ... Frage (ausdrückliche Zulassung – Anm. AK) fast einhellig bejaht...“!

Generalangriff auf die „Rechtsstaatlichkeit“

Trotz der weitgehenden Aushöhlung der verfassungsmäßigen Grundrechte ist doch die Legitimationspraxis der Klassenjustiz bisher immer noch auf Rechtfertigung des staatlichen Terrors als „Einzelfall“ bzw. als individuelle Notwehr-Situation des einzelnen Bullen als Privat-mensch ausgerichtet.

Für die zukünftige Entwicklung will die Bourgeoisie aber mehr. In

dem neuesten Ruf nach der Legitimation des Todesschusses seitens des Polizeiministers Hiltrup vom Mai '75 heißt es: „Die Abgabe des zur Tötung führenden Schusses ist damit eine höchstpersönliche, in freier Selbstverantwortung getroffene Entscheidung des einzelnen Polizeibeamten als Person, nicht in hoheitlicher Eigenschaft, jedenfalls solange keine eindeutige verfassungsrechtlich abgesicherte Rechtsvorschrift für diese Form des Zwangseingriffs der Polizei geschaffen worden ist. Dies nun muß unbefriedigend sein“ („Die Polizei“, Hiltrup 6/75).

Das Polizeiministerium Hiltrup fordert also zur förmlichen Legitimation des Todesschusses eine Revision der Verfassung. Den Zweck der Revision machte Manfred Schreiber, Polizeipräsident von München, schon im April '74 klar. In einem „Stern“-Interview antwortete er auf die Frage: „Darf die Polizei Entführer erschießen?“:

„Ja, die Polizei kann nach dem Notwehrrecht genauso wie Sie oder ich einen Täter erschießen, wenn es keine andere Möglichkeit gibt, die Gewalttat, die er androht, zu verhindern. Dieses Recht steht, wie gesagt, jedermann zu, doch ist es nicht ausreichend. Denn die Ausübung dieses Rechts kann nicht befohlen werden. ... Da riskiert man bei der derzeitigen unsicheren Rechtslage (!), daß ein Beamter sagt, er schießt nicht. Doch der bevorstehende Entwurf eines neuen Sicherheitsgesetzes bügelt das aus. Dadurch wird in den Polizeigesetzen die rechtliche Möglichkeit geschaffen, diesen Todesschuß zu befehlen!“

Vor allem geht es für das anstehende Polizei-Ermächtigungsgesetz nicht mehr allein um Schüsse auf einzelne Personen. Das legte Polizeihauptkommissar Werner Godbrecht in einer Auswertung der Westberliner Apo-Erfahrungen bereits 1971 in dem Hiltrup-Organ dar:

„Das Problem ist von besonderer Aktualität im Zusammenhang mit dem Schußwaffengebrauch gegen eine Menschenmenge...“ („Die Polizei“, Hiltrup 1/71). Bedauernd weist Godbrecht darauf hin, daß „Gewalttaten, bei denen Sperrgitter auseinandergerissen, Fensterscheiben eingeworfen oder Kraftfahrzeuge in Brand gesetzt werden“, selbst Steinwürfe, „noch keine Verbrechen oder Vergehen unter Anwendung von Schußwaffen oder Explosivmitteln“ sind, die nach heutigem Recht einen Schießbefehl rechtfertigen würden. Da waren das „früher“ aber andere Zeiten: „Nach den früher geltenden Vorschriften war derjenige, der an einer öffentlichen Zusammenrottung teilnahm, bei der mit vereinten Kräften Widerstand mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamte oder bei der Gewalttätigkeiten gegen sonstige Personen begangen wurden, allein wegen der Teilnahme an der Zusammenrottung im ersten Fall wegen Aufruhrs und im zweiten Fall wegen Landfriedensbruch strafbar.“

Die Voraussetzungen des Schußwaffengebrauchs ... lagen vor“. Man erinnere sich an die Gesetzesvorlagen der hessischen und bayerischen Landesregierungen, nach denen jede Durchführung einer nicht genehmigten Demonstration strafbar sein soll!

Die gleiche Zeitschrift schrieb wenige Monate später genauso deutlich, gegen wen geschossen werden soll:

„Die bisherigen Anzeichen deuten nicht darauf hin, daß der Extremismus, der unserer Gesellschaftsform (!!) den bewaffneten Kampf angesagt hat, auf dem Rückzug ist. Schon deshalb ist – wenn man die polizeiliche Bewaffnung diskutiert – vor allem zu fragen, welchen Situationen sich die Polizei zukünftig gegenübersehen könnte. Denkt man daran, daß radikale Gruppen erklärtermaßen die bestehende Ordnung der BRD gewaltsam zerstören wollen, berücksichtigt man die Erscheinungsformen, die diese Auseinandersetzung bereits angenommen hat, hält man eine wirtschaftliche Krisensituation mit Arbeitslosigkeit (!) und der daraus erwachsenden (!!) Unzufriedenheit und Spannungen nicht für alle Zeit für ausgeschlossen, erinnert man sich an die Auswüchse der Demonstrationswelle nach 1967 in der BRD und an die Ereignisse des Jahres 1968 in Frankreich: Wer wollte dann (!!) die Möglichkeit bewaffneter Aktionen im Innern der BRD bestreiten?“ („Die Polizei“, Hiltrup, 7/71).

Die erste juristische Hürde auf dem Weg zur Einführung des Exekutions-Befehls nahm die Klassenjustiz bereits 1972: Am 15.12.72 fällte der Disziplinarssenat des OVG Münster ein Urteil zum „polizeilichen Handeln auf dienstlichen Befehl“, dem folgende Begründung entstammt:

1. „Ein Polizeibeamter handelt stets

rechtmäßig, wenn er einen von dem örtlich und sachlich zuständigen Vorgesetzten erteilten dienstlichen Befehl im Vertrauen auf seine Rechtmäßigkeit in gesetzlicher Form vollzieht;

2. Zur Prüfung der Rechtmäßigkeit des Befehls ist der Untergebene in der Regel weder berechtigt noch verpflichtet ... Ein solcher Befehl deckt die Beamten auch dann, wenn die nachträgliche Prüfung ergibt, daß der Vorgesetzte die Rechtmäßigkeit verkannt hatte“ („Die Polizei“, 10/74, ÖTV-Service für die Polizeipraxis!).

„Gott schießt mit“!

Wo der Staat exekutiert, darf traditionsgemäß der Segen der Kirche nicht fehlen! So war es schon bei den „Hexen“-Verbrennungen im Mittelalter. Heute äußert sich z.B. Dr. Walter Threde, Leiter der kirchlichen Arbeit im Polizei- und Zollgrenzdienst der hannoverschen Landeskirche: „Der Beamte muß es auf sein Gewissen nehmen und damit leben“. Zur Entlastung seines Gewissens kann sich der Bulle u.a. auf die Ausführungen der Klerikalen auf der Tagung in Hiltrup über „Recht und Praxis des polizeilichen Schußwaffengebrauchs“ stützen. Dort heißt es, das „Recht auf Leben findet seine Grenzen an den Grenzen der Mitmenschen und vor allem am Rechte Gottes, dem es allein zusteht, über das Leben autonom zu verfügen. Es soll folglich so lange erhalten bleiben, wie es vernünftigerweise in den Dienst der Liebe gestellt werden kann“. „Da die Notwendigkeit, das Leben in den Dienst der Liebe zu stellen, unterschiedlich wichtig (?) und vordringlich ist, besteht auch eine gestufte (!) Verpflichtung zur Erhaltung des Lebens“. Und dann bricht der Klerikal-Bulle heraus: „Der Unschuldige ist gegenüber dem ungerechtfertigten Angreifer moralisch im Vorrecht. Da der Angreifer durch sein rechtswidriges Vorgehen aus der Rechtsordnung austritt und den Konflikt zwischen den beiden Leben heraufbeschwört, ist es noch einleuchtender, daß er allein den Tod verdient (!) hat, nicht aber der unschuldig Angegriffene“.

„Dies wird von der theologischen Tradition gebilligt, denn es entspricht der Liebe, vor sinnloser Zerstörung zu schützen, notfalls auch um den Preis des Lebens des Angreifers. Zudem könnten potentielle Angreifer damit rechnen, daß auch nur die Mehrheit ihrer möglichen Opfer keinerlei gewaltsame Gegenwehr leistet, so würde sie das zur Ausführung ihrer Taten nur ermutigen“ („Polizei-Spiegel“, Fachorgan der Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund, 5/74).

Sollte ein Bulle doch noch Gewissensnöte haben, so kann er getrost werden: Bei der Menge an Scharfschützen ist „ein Einsatz ... vielleicht einmal in zehn Jahren notwendig“ (ein Frankfurter Bulle in „FR“, 7.1.72).

Polizei-Staat im Vormarsch

Die Instrumente, mit denen die Bourgeoisie die Gegner ihrer „freiheitlich demokratischen Grundordnung“ (fdGO) kriminalisieren und für vogelfrei erklären möchte, sind heute in ihren entwickelten Ansätzen bereits angelegt.

– Nach § 129 (kriminelle Vereinigung) wird schon seit Jahren jede politische Opposition zu kriminalisieren versucht. Gegen die Mitglieder der von der Bourgeoisie zur „kriminellen Vereinigung“ erklärten „RAF“ wird schon seit längerem die staatliche Exekution propagiert und wurde in mehreren Fällen auch schon durchgeführt. Über die „RAF“ und verwandte Gruppen hinaus wird die Bourgeoisie in absehbarer Zeit versuchen, auch kommunistische und demokratische Gruppen als Vereinigungen nach § 129 zu kriminalisieren. Die Erklärung von Hausbesetzern (!) zur „kriminellen Vereinigung“ durch Gerichtsurteil und der vor einigen Monaten erfolgte Versuch, die (an Spaltungen etc. zerbrochene) „KPD/ML-ZB“ zur „kriminellen Vereinigung“ zu erklären, sind deutliche Schritte in dieser Richtung!

– Mit Grundgesetzänderung vom 2.8.72 wurde die Bundesregierung ermächtigt, zentrale gesetzgeberische Maßnahmen zu ergreifen, „zum Schutze gegen Bestrebungen im Bundesgebiet, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden“ (Bundesgesetzblatt). Unter Hinweis auf diese „auswärtigen Belange“ wurden verschiedentlich bereits Demonstrationen verboten, linke Exilorganisationen von Ausländern in der BRD verboten. Bedenkt man die vor-

Fortsetzung Seite 46

„4. Partei“ auf Bundesebene in Vorbereitung

Fortsetzung Seite 45

Ernst Scharnowsky, bis 1960 Vorsitzender des Westberliner DGB. 1948 war er führende Kraft in der rechtsgerichteten „Unabhängigen Gewerkschaftsopposition“ (UGO), mit der er entscheidend zur Spaltung der Berliner Gewerkschaftsbewegung in WGB und FDGB beitrug. Anders als in den Westzonen, wo die Westalliierten durch Verbot Ansätze demokratischer Gewerkschaften wie z. B. die Freie Sozialistische Gewerkschaft in Hamburg (Schmidt/Fichter: Der erzwungene Kapitalismus, Rotbuch 27, Seite 14f) auflösen konnten, hatte es in der späteren DDR und auch in Groß-Berlin unter dem Schutz der Roten Armee einen einheitlichen Gewerkschaftsbund gegeben.

Die UGO von Scharnowsky und Karl Lehrer spielte beim Abbruch der Interzonenkonferenz der Gewerkschaften die Rolle des Provokateurs: Die Frage der Einbeziehung der UGO war der Vorwand, unter dem die Spaltung der Gewerkschaften endgültig vollzogen wurde.

Nach Angaben des „Spiegel“ (9/75) unterhielt Scharnowsky mit geheimen Geldern aus Bonn bzw. Washington (angeblich gegen den Willen der DGB-Zentrale) 1954 ein Propaganda-„Ostbüro“ sowie eine als „Wirtschaftsforschungsinstitut“ getarnte Spionageagentur. Nach 1960 war er Autor der „Welt“ und hetzte gegen die Studentenbewegung und die nach seiner Ansicht zu schlappe SPD-Führung. Als Redner einer antikomunistischen „Vereinigung der Opfer des Stalinismus“ hatte er schon länger Verbindung zu Revanchistenkreisen (PDI, Dok. 19).

(An dieser Stelle muß ein Satz zur Berichterstattung des „Spiegel“ gesagt werden: So informativ einzelne Artikel auch sind, so hören sie doch meistens dort auf, wo die Verbindung einzelner Personen zu Schaltstellen imperialistischer Politik entfällt werden müßten und vermutlich auch könnten. Ähnliches gilt auch für die sozialdemokratische und revisionistische Presse (Westberliner „Extra-Dienst“ – „ED“ – „tat“ und „PDI“), auch wenn wir uns noch vorwiegend auf diese Quellen stützen müssen.)

Margarete Buber-Neumann, ehemaliges Mitglied der KPD (!), Mitbegründerin des BFD, Ideologin des Kalten Krieges. In ihren Büchern: „Als Gefangene bei Stalin und Hitler“, „Von Potsdam nach Moskau – Stationen eines Irrwegs“ usw. hetzt sie unter dem Vorwand, gegen jede Diktatur zu sein (nach dem Motto: Links = Rechts), letztlich nur gegen den Sozialismus.

1950 Gründerin eines uns nicht näher bekannten „Befreiungskomitees für die Opfer totalitärer Willkür“ mit – nach eigenen Angaben – 18 illegalen Büros in der DDR. Mitbegründerin eines „Instituts für politische Erziehung“. Ihr Hauptbetätigungsfeld sieht sie in der ideologischen Ausrichtung der Jugend.

Als zumindest ehemaliges Kuratoriumsmitglied der „Studiengesellschaft für staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit“ hat sie Kontakte zu einer der wichtigsten Vermittlungsinstanzen reaktionärer Politik. Über die 1958 von CDU/CSU-Mitgliedern gegründete „Studiengesellschaft“ liefen im Bundestagswahlkampf 1972 erhebliche Propagandamittel für die Hetzkampagne gegen die sozialliberale Koalition; auch Kontakte zwischen CDU und NPD wurden des öfteren über diesen Verein geknüpft. Margarete Buber-Neumann selbst griff aktiv in den 72-er Wahlkampf ein. Durch den Geschäftsführer der „Studiengesellschaft“, Karl-Friedrich Grau, ließ sie eine Hetzschrift gegen den „Altkommunisten“ Herbert Weh-



Strauß, Drahtzieher der „4. Partei“, als Redner einer Kundgebung des BFD

ner von einer Schweizer Deckadresse aus verschicken („Spiegel“ 9/75).

Als „ehemalige Kommunistin“ ist Margarete Buber-Neumann von besonderem Propagandawert für die Bourgeoisie; sie ist aber nicht die einzige „Kronzeugin“ des BFD gegen den Sozialismus: Auf den ersten Veranstaltungen des BFD im Frühjahr/Sommer 1974 traten jeweils prominente „Regimegegner“ auf: Wladimir Maximow, 1975 Preisträger der rechtsradikalen „Deutschlandstiftung“ und Ludek Pachmann, der z. B. als tschechischer Vorsitzender einer „Freien Gesellschaft zur Förderung der Freundschaft (?)“ mit den Völkern der Tschechoslowakei gegen die Unterstützung von drei Kulturzentren der CSSR in der BRD auftrat („FR“, 10.8.74).

Lothar Meyer, Gründer und treibende Kraft des BFD, bis 1974 Weddinger Stadtrat der SPD, seit 1957 DGB-Rationalisierungsforscher unter Scharnowsky. Außer seiner Tätigkeit für den BFD ist er Manager der „Atlantik GmbH“, die dem BFD für längere Zeit Quartier gewährte und die selbst „geheimdienstlich sowohl aus den USA wie auch der BRD stark unterwandert“ ist (DDR-Wochenzeitung „Horizont“).

Der inzwischen verstorbene BFD-Mitbegründer Prof. Dr. Karl Krüger war Vorsitzender zweier weiterer Meyer-Gesellschaften, die im selben Haus wie BFD und „Atlantik GmbH“ ihren Sitz haben. Auch die übrigen Gründungsmitglieder des BFD (Annelies Herzog, Dr. Otfried Neubecker und Gerhard Trampenau – CDU) sind alte Meyer-Freunde („Spiegel“, 9/75).

Der BFD konnte noch weitere SPD-Mitglieder zumindest als Sympathisanten gewinnen: Klaus Agricola (ehemaliger SPD-Abgeordneter) Alfred Rogall (Charlottenburger SPD-Abgeordneter), Lothar Vortsch (ehemaliger SPD-Abgeordneter), Karl-Heinz Drogula (SPD-Abgeordneter) und Walter Jaroschowitz, seit Oktober 74 geschäftsführender Landesvorsitzender des BFD und bis 1971 noch geschäftsführender Vorsitzender der SPD in Westberlin („FR“, 13.9.74 und „Stern“, 46/74).

Sein Ziel, auch Spitzenleute der CDU als „Zugpferde“ zu gewinnen, hat der BFD dagegen nicht erreicht. Nach „Spiegel“ 9/75 soll er sich vergeblich um Dietrich Bahner jun. (Sohn des DU-Bahner, Wirtschaftsrat der CDU in Westberlin), um den ehemaligen SPD-Wirtschaftsminister Karl Schiller und den ehemaligen Bonner Presseamtschef Karl-Günther von Hase bemüht haben. Anlässlich der Gründung des BFD als Partei trat auch der „Bundesbeauftragte“ des BFD, Ehler-Sommmermeier, CDU, von diesem Amt zurück.

Dafür fand der ehemalige Berliner FDP-Vorsitzende (1945 bis 54), hoher Angestellter bei Siemens, Gründer einer uns nicht näher bekannten nationalistischen FDV (die später in die CDU überging), Carl Hubert Schwennicke, zum BFD („ED“, 13.9.74).

Im Stadium der Sammlung traten für den BFD noch weitere einflussreiche „Förderer“ auf. So sprachen auf den ersten beiden Großkundgebungen: Gerhard Löwenthal, Matthias Walden, der US-General und ehemalige Stadtkommandant von Berlin, Frank L. Howley, Dr. Roman Legien (CDU-Bezirksbürgermeister von Charlottenburg), Ludwig Erhard schickte ein Grußtelegramm. Auch Franz Josef Strauß, A.C. Springer, Schmitz (CDU) und Lumer (CDU-Fraktionschef in Westberlin) traten als Redner oder Gäste des BFD in Erscheinung und unterstützten ihn mit „mehr als fünf Mark“.

Nach der Gründung des BFD als Partei stellten sie – offiziell – ihre Unterstützung ein; einmal, um nicht offen in die Wahlkonkurrenz zwischen BFD und anderen Parteien hineingezogen zu werden, zum anderen ist aber auch zu sehen, daß Leute wie Springer, Löwenthal, Strauß usw. durch eine offen sichtbare Zusammenarbeit mit der äussersten Rechten als „konservative“ Politiker kompromittiert wurden.

BFD und terroristische Rechte

BFD und terroristische Rechte

Der BFD ist überdies zumindest durch folgende Personen eng verbunden mit der offenen terroristischen Rechten:

Manfred Plöckinger, bis zu seinem Rücktritt „ins zweite Glied“ Vorstandsmitglied und Kandidat des BFD im Westberliner Stadtteil Neukölln; Industriekaufmann, enger Freund und „persönlicher Referent“ von Prof. Rubin (lt. „Stern“, 9.5.71); Plöckinger war nacheinander Mitglied von CDU, NPD und NLA; zusammen mit Rubin u.a. tauschte er dessen Entführung im April 71 vor. Er war nach Rubin zweiter Vorsitzender der „Vereinigung 17. Juni“ und war Mitglied im „CSU-Freundeskreis“; er ist mehrfach wegen Diebstahls verurteilt.

Hoffmann, Vorstand der rechtsradikalen „Deutschen Fortschrittspartei“ (DFP), die er am 7.11.74 in den BFD überführte. Vorstandsmitglied und Direktkandidat des BFD im Stadtteil Spandau; zuvor Mitglied bei NPD und „Aktion Widerstand“ („Spiegel“, 9/75).

Johannes („Johnny“) Bork, Kandidat im Stadtteil Tiergarten, Kaufmann, Journalist im „Deutschland-

Magazin“ der „Staats- und wirtschaftspolitischen Gesellschaft“ des Hugo Wellems. Wellems besorgte heute zusammen mit Taubert über diese Gesellschaft die Verbindung von offenen Faschisten zur CDU/CSU. Wellems war zusammen mit seinem ehemaligen Vorgesetzten, dem SA-Sturmführer und Nazi-Richter Taubert, Referent im „Reichspropagandaministerium“ von Goebbels; auch diese beiden waren aktiv an der Hetzkampagne im Bundestagswahlkampf 1972 beteiligt (sie managten z. B. die „Prominenten-Initiative“ mit Altkanzler Erhard und Ex-Minister Schiller) – ähnlich wie die „Studiengesellschaft für staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit“, in der Bork ebenfalls Mitglied ist; Bork gründete 1970 den Landesverband Westberlin der NLA und hat Verbindungen zum „Bund heimattreuer Jugend“ – „BHJ“ („Spiegel“ 9/75).

Mit Plöckinger, Hoffmann, Bork u.a. sind im BFD folgende Organisationen der militanten Rechten Westberlins bzw. die örtlichen Ableger von bundesweiten Organisationen repräsentiert:

- „Vereinigung 17. Juni e.V.“, auch „Aktionsgemeinschaft 17. Juni“ mit Rubin und Plöckinger,
- die NPD und „Aktion Widerstand“ mit Hoffmann,
- der „Bund heimattreuer Jugend“ (BHJ) mit Bork.

Diese Organisationen bilden zusammen mit anderen das Geflecht der zum Teil durch Organisationsüberschneidungen, Doppelmemberschaften und Personalunion miteinander verzickten Westberliner militanten Rechten. Früher als im übrigen Bundesgebiet haben diese Organisationen ihre „Aktion Widerstand“ gebildet, und Westberlin war zumindest bis 1972 das Zentrum der militanten faschistischen Provokationen.

Ideologisches Zentrum dieses Sumpfes ist die „Notgemeinschaft Freie Universität“ (NoFU), gegründet am 13.12.69, 400 bis 500 Mitglieder. Im Vorstand der NoFU sind u.a. NPD-Funktionär Musgnug, Richard und Gerhard Löwenthal. Die NoFU leistet Spitzeldienste für die Rechtspresse und -Parteien, insbesondere an den Hochschulen. Nach der Gründung des „Bund Freiheit der Wissenschaft“ (BFW) am 18.11.72 erklärte sich die NoFU zur Ortsgruppe des BFW.

Büro Räume und Vervielfältigungsmöglichkeiten bekommt die NoFU gestellt vom „Demokratischen Club“ (DC), der durch Springer und die Industrie- und Handelskammer gefördert wird. Der DC, ein organisatorisches Zentrum der Rechten, ist seinerseits „Ziehmutter“ u.a. von „Demokratisches Zentrum“, „National-Industrie- und Handelskammer“ gefördert wird. Der DC, ein organisatorisches Zentrum der Rechten, ist seinerseits „Ziehmutter“ u.a. von „Demokratisches Zentrum“, „Nationalrevolutionäre Jugend“ und insbesondere der „Außerparlamentarischen Mitarbeit“ (APM).

Die APM, als Gründung des DC aus BHJ und „Aktion Widerstand“ hervorgegangen, wird selbst vom „Verfassungsschutz“ zur „kriminellen Rechten“ Westberlins gerechnet. Die APM arbeitet zusammen mit der „links-faschistischen“ „Aktion Neue Rechte“ (ANR). Führende Mitglieder sind u.a. Georg Teza, Helge Röttke, Horst Mach (ehemals Wirt der Faschisten-Kneipe „Wolfschanze“), Johannes Kösling (NPD-KV Westberlin-Schöneberg und NDBB) und Rubin (nach „Tagespiegel“, 14.3.72); enge Kontakte bestehen – teils über gemeinsame Aktionen, teils durch Überschneidungen – zur Terror-Gruppe „Nationale Deutsche Befreiungsbewegung“ (NDBB), zu NPD und BHJ. Auch E. Weil, der am Anschlag auf den Wachsoldaten am sowjetischen Ehrenmal im November 1970 beteiligt war, gehört zu diesem Geflecht der APM („ED“, 15.11.72).

Als Kern der APM ist der BHJ anzusehen, ein militanter Ableger

der „Arbeitsgemeinschaft Völkischer Verbände“ (AVV); seine Einheiten bezeichnen sich als „Odalsgruppen“ und waren bei allen Provokationen der APM führend dabei.

Diese Gruppen haben u.a. folgende faschistische Provokationen begangen:

1969: Brandanschlag auf ein Westberliner FDJ-Heim.

16.8.71: Steine in die Büroräume des „Extra-Dienstes“ („Spiegel“, 16.8.71).

13.6.71: Schüsse über die DDR-Grenze bei Fronau („Tagespiegel“, 14.3.72).

13.3.72: Schüsse über die DDR-Grenze bei Spandau.

Auch heute machen diese Faschisten wieder von sich reden: Am 4.6.75 berichtete die „FR“, daß zwei Dutzend BHJ-Mitglieder während des Prozesses gegen den Faschistenführer Roeder im Gerichtssaal ihre faschistischen Lieder sangen. Roeder gehört zusammen mit dem ehemaligen SS-Mann Christophersen zu den schweinstechnischen Propagandisten des Nazi-Faschismus, beide propagieren offen und vom Staat nicht angefochten, den Wiederaufbau der NSDAP (vergl. „Kämpfende Jugend“ 3/75 und AK 54 und 57).

In Westberlin hat der BFD heute schon engste Kontakte zu den faschistischen Banden, die im Auftrag der Bourgeoisie zu Provokationen und Terror eingesetzt werden können; hier zeichnet sich eine Aufgabe der „vierten Partei“ ab, die in Italien die faschistische MSI schon erfüllt: Koordinationsstelle zu sein für die militanten Gruppen, ohne daß dadurch die Hauptpartei der Faschisierung kompromittiert wird.

Als Vorspiel für die geplante gemeinsame „vierte Partei“ trat die DU am 12.11.74 ihren Westberliner Landesverband an den BFD ab. Zu diesem Zweck reiste der DU-Vorsitzende Bahner sen. aus Bayern nach Westberlin, um mit einer gleichzeitigen „Spende“ von 50 bis 100.000,- DM die Vereinbarung auf eine solide Grundlage zu stellen (wie auch im Folgenden nach „Spiegel“, 9/75).

Auch Leo Brenner, ehemaliger Journalist und US-Bediensteter mit Geheimdienstenerfahrung, war einige Wochen zuvor in Westberlin aufgetaucht, um verschiedene rechtsradikale Gruppen für den BFD zu gewinnen. Für eine „vierte Partei“ – so Brenner – „würden Finanzen reichlich zur Verfügung stehen“.

Brenner, nach eigenen Worten „Mann zur besonderen Verwendung“ von F.J. Strauß, nach anderen Quellen immer noch Geheimdienstmann (warum nicht beides?), soll sich nach „Spiegel“-Berichten 1962 mit 80.000 DM „von einer ungenannten politischen Gruppe in Süddeutschland“ bei zwei Westberliner Wochenblättern eingekauft haben, mit denen er eine Hetz- und Verleumdungskampagne gegen Willy Brandt startete, die ihm ein Jahr Gefängnis einbrachte.

Überhaupt hat der BFD fast immer Geld in nahezu unbeschränkter Höhe zur Verfügung gehabt. Im Mai 74 hat er für ca. 60.000,- DM eine Meinungsumfrage zur besseren Verankerung seines Programms in Auftrag gegeben. Im Wahlkampf konnte er Serien von Großanzeigen lancieren, Wahlkampfproschüren wurden in alle Westberliner Haushalte versandt. Nach der Lorenz-Entführung stockte er die ausgesetzte Belohnung um 50.000,- DM auf und seit Anfang Mai 75 hat er seine kurzfristige Finanzkrise offensichtlich wieder überwunden und trat wieder mit Anzeigenreklame an die Öffentlichkeit. (Zweiter Teil im nächsten AK)

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Den Faschisten eine Lektion erteilt

Am Samstag, den 7.6. tauchten in der Kieler Holstenstraße vier Faschisten auf, teilweise in paramilitärischem Kampfangzug und bewaffnet mit feststehenden Messern. Sie verteilten Flugblätter der „Deutschen Bürgerinitiative Deutsches Reich“ mit dem eindeutigen Titel: „Rudolf Hess – ich bereue nichts!“. Weiterhin ein rassistisches und mit wilder Hetze gegen „Südländer“ gespicktes Machwerk, für das die faschistische Gruppe „Nation Europa“ verantwortlich zeichnete.

Die Faschisten waren durchaus keine Unbekannten. Dabei waren – der NPD-Kreisvorsitzende von Ostholstein, Hans-Herbert Hain, gleichzeitig „Landesführer“ beim „Bund

Volkstreuer Jugend“ und offensichtlich Verbindungsleute zwischen verschiedenen faschistischen Gruppen – Gunnar Pahl, „Gauleiter“ des „Gau Nordmark“ im „Bund Volkstreuer Jugend“, sowie – Schweiz, Mitglied derselben Rotte, rechtsradikaler Schüler aus Eutin, heute wahrscheinlich Schüler der Max-Planck-Schule in Kiel.

Die Faschisten erregten durch ihr provozierendes Auftreten allerdings sehr schnell den Unmut einiger Antifaschisten, die anfangs mit Sprechchören wie „Nazis raus!“ ihrem Groll Luft machten. Als die Faschisten daraufhin dreist wurden, mußte allerdings härter durchgegriffen werden. In einer Blitzaktion wurde den Fa-

schisten gezeigt, was antifaschistische Fäuste vermögen. Das ging – verständlicherweise – nicht rein gewaltlos ab, und man hörte den Faschisten Hain (immerhin ein ausgesprochen massiger Zwei-Meter-Koloß) während des Schlagabtausches flehentlich um Hilfe rufen, gepaart mit der unangebrachten Frage, wieso es denn gerade ihm ans Leder gehe...

Die Polizei, die dann anrückte, hatte beim Greifen von Antifaschisten allerdings das Nachsehen. Erst sie konnte die Faschisten in Sicherheit bringen – um sie kurz darauf, sozusagen als Köder, wieder auf die Holstenstraße zu schicken. Dort standen sie dann, nun allerdings ziemlich lädiert und verunsichert obendrein,

kurz herum, um dann endlich wegzuschleichen. Zurück blieben zertretene Flugblätter. Ein Faschist wird auch sein Messer vermisst haben, das von den Antifaschisten erbeutet wurde.

Daß einmalige Prügel den Faschisten allerdings nicht reichen, zeigte z. B. Hains Dreistigkeit einige Tage später im Eutiner Antifaschistenprozeß (Der Eutiner Prozeß betrifft drei Antifaschisten, die wegen der Sprengung einer getarnten NPD-Veranstaltung vor einem Jahr in Eutin vor Gericht stehen.); Dort behauptete Hain dummfroh, ganz andere als die o.g. Flugblätter verteilt zu haben und zwar mit seinem Kumpan Jürgen Peine – BGS-Mann! Die betreffenden

Flugblätter seien von einer rechten Schülergruppe der Max-Planck-Schule verteilt worden. Einer der Verteiler sei JU-Mitglied.

Im übrigen hätte er einen der Angeklagten bei der Aktion in Kiel wiedererkannt. Gegen den sei auch inzwischen Strafanzeige erstattet worden. (Zwei Tage nach Prozeßschluß ging diesem Angeklagten zudem ein Drohbrief zu: Die Worte „Sieh dich vor“ und die darunter gesetzte Odalsrunen weisen auf die faschistischen Absender.)

Wir werden erst Ruhe geben, wenn diese Faschisten ihre Provokationen endgültig nicht mehr starten können. (Antifa-Kommission KB/Gruppe Kiel)

Interview mit
Kurt Groenewold

Berufsverbot gegen den Rechtsanwalt Kurt Groenewold verhängt

Nachdem von dem Ehrengericht der Hamburger Rechtsanwaltskammer ein vorläufiges Berufsverbot gegen Kurt Groenewold verhängt wurde, machten wir am 21.6. folgendes Interview mit ihm. (An einigen Stellen wurden leichte Kürzungen von uns vorgenommen.) IKAH (Arbeiterhilfe)

IKAH: Nachdem Du unter dem Vorwand der Unterstützung einer „kriminellen Vereinigung“ von dem Prozeß in Stuttgart-Stammheim ausgeschlossen worden bist, wurde am 12.6. gegen Dich ein „vorläufiges Berufsverbot“ vom Ehrengericht der Anwaltskammer verhängt. Was bedeutet „vorläufiges Berufsverbot“?

Kurt Groenewold (K.G.): Das Berufsverbot gegen mich beruht auf einem neuen Gesetz vom Dezember 1974. In dieser Zeit sind eine Reihe von Gesetzesänderungen vorgenommen worden, die die Verteidigungsrechte von Gefangenen und die Rechte von Strafverteidigern einschränken. Früher konnte ein Rechtsanwalt aus der Anwaltschaft „vorläufig“ nur dann ausgeschlossen werden, wenn sein Ausschuß mit Sicherheit zu erwarten war. Jetzt – seit Dezember 74 – kann ein Rechtsanwalt ausgeschlossen werden, wenn dringende Gründe für die Annahme vorhanden sind, daß er ausgeschlossen wird. Es reicht also eine oberflächliche Einschätzung aus. Demgemäß hat der Staatsanwalt auch gesagt, Beweise sind nicht erforderlich, der Verdacht reicht. ...

Das Berufsverbot hat zur Folge, daß jede Rechtsberatung verboten ist und daß jede Vertretung anderer Personen vor Gericht oder gegenüber Behörden verboten ist. Insbesondere bedeutet es, daß ich nicht nur als Verteidiger der Gefangenen aus der RAF in Stuttgart ausgeschaltet bin, sondern als Rechtsanwalt in allen Strafprozessen, in allen Ausländerrechtsprozessen, in allen Verfahren, in denen ich tätig bin.

IKAH: Die Möglichkeit, ein „vorläufiges Berufsverbot“ zu verhängen, besteht also erst seit kurzer Zeit. In welchem Zusammenhang wurde diese gesetzliche Regelung geschaffen?

K.G.: Die Möglichkeit, ein Berufsverbot in dieser Weise zu verhängen, wurde im Zusammenhang mit den neuen Polizeigesetzen geschaffen, d.h. mit den Gesetzen zur sogenannten inneren Sicherheit. Sie haben also generell das Ziel, die Angriffsmöglichkeit von Justiz und Polizei auf die neuen Polizeigesetze geschaffen, d.h. mit den Gesetzen zur sogenannten inneren Sicherheit. Sie haben also generell das Ziel, die Angriffsmöglichkeit von Justiz und Polizei auf die Bevölkerung auszudehnen und ihre Rechtsmöglichkeiten einzuschränken. Diese Gesetze sind vorbereitet durch eine lange Kampagne seit Jahren gegen die Tätigkeit von Verteidigern in politischen Sachen. Diese Kampagne wurde gespeist von der Bundesanwaltschaft und vom BKA mit lancierten Falschmeldungen.

IKAH: Welche Hintergründe gibt es für das gegen Dich verhängte Berufsverbot?

K.G.: Für die Angriffe auf die Verteidigungsrechte und insbesondere auf die Verteidiger gibt es abgestimmte Programme. Diese Programme werden entworfen auf den Konferenzen der Landesinnenminister und der Landesjustizminister. Aufgrund gemeinsamer Konferenzen sind die Ausschlußanträge gegen die Rechtsanwälte Croissant, Ströbele und mich eingeleitet worden. Aufgrund der Konferenz der Justizminister vom 6. und 7. Mai 1975 sind die Anträge auf Berufsverbot gegen Croissant und mich 10 Tage später eingeleitet worden. Der Antrag gegen Ströbele ist öffentlich angekündigt, liegt aber noch nicht vor.

IKAH: Mit welcher Begründung wurde das vorläufige Berufsverbot, das ja wohl einem endgültigen gleichkommt, verhängt?

K.G.: Konkret ist das Berufsverbot damit begründet worden, daß ich die den Gefangenen und Verteidigern zustehenden Rechte gegen das Grundgesetz eingesetzt habe. Es ist weiter gesagt worden, daß ich mit meiner Verteidigertätigkeit den Rechtsstaat provoziert habe, um damit den Polizeistaat zu schaffen und um damit eine Rechtfertigung für das Verhalten der Gefangenen der RAF zu liefern. ... Zur Begründung des Berufsverbots hat sich das Ehrengericht u.a. auf ein Interview berufen, das ich im November 1974 dem NDR gegeben habe, aus dem Interview wurde folgendes zitiert:

„Hungerstreik zu machen ist eine Entscheidung der Gefangenen. Der Versuch, den Hungerstreik abzubrechen, auf jeden Fall zu lindern, ist das Interesse der Justiz, die es ja auf

verschiedenste Weise versucht hat, durch Wasserentzug, d.h. also auch durch schnellere Ermordung bei Ronald Augustin, oder durch die Drohung, Wasserentzug zu machen, oder durch das Verbot, Hofgang zu machen.

● Das alles ist das Interesse der Justiz und das Interesse der Justiz zu unterstützen, kann nicht Sache der Anwälte sein. Sondern Sache der Anwälte ist es, die Entscheidungsfreiheit der Gefangenen gegenüber Repressionen der Justiz abzusichern.

Gerade der letzte Satz wird mir als standeswidrig vorgeworfen. Aus ihm wird abgeleitet, daß ich mit meiner Verteidigungstätigkeit die



Aufgabe des Strafverteidigers falsch versteht und einen Angriff auf die Verfassung mache. Ebenfalls beanstandet hat das Ehrengericht die Überlegung in einem Verteidigerbrief an Gefangene über die von mir gegen die Haftbedingungen bei der Europäischen Kommission für Menschenrechte eingelegte Menschenrechtsbeschwerde. In diesem Brief wird ein anderer Anwalt zitiert: Einige Rechtsanwälte seien gegen die Beschwerde mit dem Argument, die Europäische Kommission werde die Haftpraxis nur bestätigen. Dazu habe ich gesagt: „Das kann sein, aber erst nach 2 Jahren. So lange ist das unser Operationsfeld“.

Daraus ergibt sich also, daß ich sowohl Erfolg, als auch Mißerfolg vorausgesehen habe. Daß ich aber die Zeit bis zur Entscheidung über diese Beschwerde für weitere Kritik an den Haftbedingungen nutzen wollte.

In den politischen Verfahren will es das Ehrengericht offenbar als standeswidrig ansehen, ein Rechtsmittel zu benutzen, das möglicherweise negativ beschieden wird. Grundsätzlich ist es die Pflicht eines Verteidigers, alle Rechtsmittel zu versuchen, auch dann, wenn in der öffentlichen Propaganda gegen die Gefangenen eine negative Entscheidung für möglich (gehalten wird).

IKAH: Welche Schritte wirst Du gegen das Berufsverbot unternehmen?

K.G.: Gegen das Berufsverbot habe ich sofortige Beschwerde eingelegt. Darüber entscheidet der Ehrengerichtshof, in dem 2 Berufsrichter sitzen und 3 Rechtsanwälte. Das Ganze ist ein Eilverfahren, in dem praktisch rechtsstaatliche Garantien ausgeschaltet werden. Die endgültige Entscheidung über den Antrag der Staatsanwaltschaft, mich als Verteidiger auszuschließen, kann erst nach Abschluß der Ermittlungen im Strafverfahren und auch dem weiteren Abschluß der Ermittlungen im Ehrengerichtsverfahren erfolgen. Von den Strafverfahren habe ich vor 2 Jahren aus der Presse gehört, doch noch nie (!) von der Staatsanwaltschaft oder von der Polizei. ...

IKAH: Welche Berufsverbote gegen fortschrittliche und antifaschistische Rechtsanwälte, die von den Anwaltsorganisationen verhängt wurden, hat es bisher in der deutschen Geschichte gegeben?

K.G.: Während der Weimarer Republik hat sich die Anwaltschaft immer gewehrt, unangenehme oder politisch engagierte Strafverteidiger aus ihren Reihen auszustoßen, obwohl – das mehrfach von der Reichsregierung verlangt worden ist. Sie hat sich immer hinter die Verteidiger gestellt. Solche Solidarität gab es manchmal auch noch während der Nazizeit, obwohl in den Gremien der Anwaltschaft genügend Handlanger der Faschisten saßen, die auch konkret die Ausschaltung jüdischer und politisch unangenehmer Rechtsanwälte unterstützten. Nach dem 2. Weltkrieg hat sich die Anwaltschaft gewehrt, Maßnahmen gegen politisch engagierte Verteidiger zu treffen, obwohl dies von der Regierung konkret und mit größeren Kampagnen verlangt wurde. Beispielsweise gegen den Rechtsanwalt Prof. Dr. Kaul aus Ost-Berlin. Die Hamburger Anwaltskammer hat auch eine Anfrage in Bezug auf Rechtsanwalt Dr. Wessig zurückge-

wiesen, die der Generalstaatsanwalt in Celle wegen seiner Verteidigung in politischen Prozessen gestellt hatte. Mir ist kein Fall bekannt, in dem seit 1918 ein politisch unangenehmer Strafverteidiger durch die Anwaltschaft oder durch ihr Ehrengericht Berufsverbot erhalten hat.

IKAH: Von der Bundesanwaltschaft sind bereits weitere Berufsverbote gegen die Wahlverteidiger in Stuttgart, Schily, Becker und v. Plottnitz, angekündigt worden. Darüber hinaus wird die Disziplinierung von fortschrittlichen Rechtsanwälten überhaupt verschärft. Kannst Du Beispiele dafür geben, gegen wen und in welchem Umfang diese Disziplinierungen erfolgen?

K.G.: Es gehört zu den Methoden der Bundesanwaltschaft, die Verteidiger in politischen Prozessen, insbesondere jetzt im Verfahren in Stuttgart-Stammheim, zu bedrohen. Auf diese Weise sollen sie daran gehindert werden, die notwendigen Anträge zu stellen und die Informationen im Rahmen dieser Anträge öffentlich zu machen, dessen Verschweigen der Generalbundesanwalt wünscht. Dazu gehört die Manipulation des Gerichtsvorsitzenden, die Manipulation der Prozeßakten, die menschenzerstörenden Haftbedingungen, außerdem die fortgesetzte Behinderung der Verteidigung. Disziplinierung politischer Verteidiger macht in dem neuen Klima Schule. Gegen Rechtsanwalt Gildemeier in Augsburg wurde ein Berufsverbot beantragt, weil er mit einer politischen Partei, der „KPD“, zusammenarbeitet und für diese Partei Erklärungen abgegeben hat und Flugblätter verteilt haben soll. Gegen den Hamburger Rechtsanwalt Uwe Mäffert sind standesrechtliche Maßnahmen eingeleitet worden, weil er in einer Presseerklärung die Justiz kritisiert hat. Gegen den Hamburger Rechtsanwalt Dr. Karl-Heinz Ness sind standesrechtliche Maßnahmen deshalb eingeleitet worden, weil er die erneute – unter dem Gesichtspunkt der Strafprozeßordnung nicht erklärbare – Verhaftung von Rechtsanwalt Wolf-Dieter Reinhard als politische Entscheidung und nicht als justizförmige Maßnahme bezeichnet hat.

Insgesamt kann man sagen, daß jetzt Instrumente geschaffen sind, daß die Entschlossenheit sichtbar wird, politisch unangenehme Rechtsanwälte auszuschalten. Es ist damit zu rechnen, daß dieses Instrument noch ausgedehnt wird, also nicht nur daß die Entschlossenheit sichtbar wird, politisch unangenehme Rechtsanwälte auszuschalten. Es ist damit zu rechnen, daß dieses Instrument noch ausgedehnt wird, also nicht nur Strafverteidiger betrifft, sondern jeden Anwalt, der politische Kritik am geltenden Rechtssystem hat. ...

IKAH: Welche Reaktionen sind auf Dein Berufsverbot erfolgt?

K.G.: Während die Presse seit Jahren die von den Behörden lancierte Hetzkampagne unterstützt hat, werden jetzt erstmalig auch in der BRD kritische Stimmen gegen die Zerstörung des Rechtsstaates durch die Justiz und die Bundesregierung deutlich. Zu dieser Zerstörung des Rechtsstaates gehören die Ausschaltung der Verteidigung, die Einschränkung der Verteidigungsrechte, die Ausschließungsbeschlüsse und das Berufsverbot.

Im Ausland haben nicht nur die Presse, sondern auch die Anwaltschaft

und viele andere Juristen und Juristenvereinigungen heftig auf die neuen Gesetze und die Maßnahmen gegen die Verteidigungsrechte und die Verteidiger protestiert. Es gab zahlreiche Resolutionen und Einladungen zu Vorträgen. Wer in den letzten Wochen bürgerliche Zeitungen wie „Le Monde“, „Corriere della Sera“, „Guardian“ gelesen hat, weiß, daß viele Leute im Ausland meinen, daß die BRD erneut auf dem Weg zu einem Faschismus ist.

Solidaritätserklärungen und Resolutionen der ausländischen Juristenorganisationen stammen nicht nur aus den letzten Monaten, sondern während des ganzen Jahres 1974, teilweise schon 1973, erfolgt. Sie haben sich nur in den letzten Monaten verstärkt. Dazu gehört u.a. eine Erklärung von über 200 amerikanischen Rechtsanwälten, die sich bereit erklärt haben, neben uns die Gefangenen zu verteidigen, bzw. uns selbst gegenüber den Angriffen des Staatsapparats zu verteidigen.

Die ausländischen Anwaltsorganisationen haben zu den politischen Prozessen in der BRD Prozeßbeobachter geschickt, um damit ihrer Sorge Ausdruck zu geben und sich selbst über die Zerstörung rechtsstaatlicher Prinzipien zu informieren. Der westdeutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt hat diese internationalen Prozeßbeobachter in der Debatte über die innere Sicherheit am 13.3.1975 diffamiert. Er hat erklärt, diese Prozeßbeobachter seien „sogenannte Anwälte des Rechts“; sie seien gekommen, um den Rechtsstaat vor der eigenen Öffentlichkeit zu diffamieren.

Zum Berufsverbot sind eine Reihe von Stellungnahmen aus Frankreich, England, Holland und Italien eingetroffen. Protesterklärungen auch dagegen haben je ein Anwalt aus Großbritannien, Frankreich und Holland auf einer Pressekonferenz der Verteidiger in Stuttgart am 18. Juni 1975 der Öffentlichkeit vorgetragen.

Rechtsanwalt Richard Harvey, Barrister in London und Mitglied der sehr bekannten Haldane Society¹⁾, hat einen Tag als Zuschauer am Prozeß in Stuttgart teilgenommen, hat in Hamburg mit zwei der politischen Gefangenen gesprochen und hat auf einer Protestveranstaltung der Vereinigung der Berliner Strafverteidiger²⁾ am 10. Juni 1975 in Westberlin gesprochen. Er hat dort gegenüber den Berliner Strafverteidigern und zwei anwesenden Bundestagsabgeordneten aus der FDP und der CDU den Eindruck gemacht, daß er Protestveranstaltungen der Berliner Strafverteidiger und zwei anwesenden Bundestagsabgeordneten aus der FDP und der CDU den Eindruck gemacht, den das Berufsverbot und die Sondergesetze im Ausland machen. Auf der Protestveranstaltung der Berliner Strafverteidiger-Vereinigung haben die Strafverteidiger erklärt, daß sie die Sondergesetze zur Einschränkung der Verteidigungsmöglichkeiten nicht hinnehmen wollen.

Anmerkungen:

- 1) Die Haldane Society ist eine Organisation von Rechtsanwälten, die seit etwa drei Jahrzehnten besteht und der etwa 300 angesehene Rechtsanwälte angehören. Einige Gewerkschaften sind angeschlossen.
- 2) Der Berliner Strafverteidiger-Vereinigung gehören ca. 50 fortschrittliche Strafverteidiger aus Westberlin an, u.a. Schily und Ströbele.

„Pressefreiheit a la Bourgeoisie

Während die bürgerliche Presse die „Pressefreiheit“ (bzw. was sie darunter versteht!) aufs höchste bedroht sieht, wenn – wie bei der „Republika“ in Portugal – die Journalisten und Drucker ein Wort mitreden wollen, ließ der folgende Vorgang die „Verteidiger der (bürgerlichen!) Pressefreiheit“ offensichtlich kalt – zu lesen war darüber in der „freien“ Presse der BRD praktisch nichts!

In Rom wurde am 11. Juni der Journalist Renato Ghiotto in einem Schnellverfahren von 20 Minuten (!) Dauer zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und zehn Tagen verurteilt. „Bewährung“ wurde nicht gewährt.

Renato Ghiotto war „verantwortlicher Direktor“ der liberalen Wochenzeitung „Il Mondo“ (die Welt). Sein „Verbrechen“ besteht darin, daß „Il Mondo“ am 21. November letzten Jahres einen Bericht veröffentlichte, den Gerolamo Messeri, damals italienischer Botschafter in Portugal, am 4. Oktober an das italienische Innenministerium geschickt hatte.

Die Veröffentlichung dieses Berichtes war dem italienischen Staat „Verbrechen“ gewesen, weil er das Innenministerium geschickt hatte.

Die Veröffentlichung dieses Berichtes war dem italienischen Staat höchst unangenehm: Ließ sich Signor Messeri darin doch in aller Breite gegen die demokratische Entwicklung in Portugal aus und trauerte der „zerstörten Freiheit“ (dem gestürzten faschistischen Regime !!) in Portugal nach.

Für die Entlarvung eines seiner Agenten rächte sich nun der italienische Staat mit der drastischen Verurteilung Renato Ghiotto's wegen „Verrat von Staatsgeheimnissen“ etc. Daß die italienische Bourgeoisie die demokratische Entwicklung in Portugal mit größtem Widerwillen verfolgt, kann allerdings kaum als „Staatsgeheimnis“ angesehen werden!.

Selbst ein Kommentar im großbürgerlichen „Corriere della Sera“, sozusagen das Sprachrohr der Mailänder Börse, konnte sich zu dem Urteil gegen Ghiotto die Bemerkung nicht verkneifen, daß dadurch „die Informationsfreiheit gedemütigt“ worden sei (12.6.75).

Hoffen wir, daß ihm diese kleine Bemerkung von seinen Herren nicht allzu übel genommen wird. Denn inzwischen hat das Großkapital erneut zugeschlagen, um die „Pressefreiheit“ entsprechend seinen Vorstellungen auszubauen. So mußte am 18. Juni kaum daß die Wahlen über die Bühne waren, Italo Pietra, Direktor der römischen Tageszeitung „Il Messagero“ (Der Bote), seinen „Rücktritt“ bekanntgeben. Pech für ihn: Die Aktien des „Messagero“ gehören größtenteils dem Chemie-Konzern Montedison. Und namentlich dessen Chef Cefis ist ein enger Freund und Gönner von Fanfani, Führer der Christdemokraten, der seine Partei auf einen scharfen Rechtskurs gebracht hat. Der „Messagero“ hatte in den letzten Monaten dem Geschmack Fanfanis nicht mehr so recht entsprochen. Ob sich das nunmehr ändern wird, ist allerdings fraglich: Das Redaktionskomitee des „Messagero“ hat Widerstand angekündigt; Redaktionskomitees anderer Zeitungen haben sich mit den Kollegen vom „Messagero“ solidarisiert.

Kiel:

„Bund Konservativer Jugend“ gegründet

Folgende Meldung konnte man den „Kieler Nachrichten“ vom 5.6.75 entnehmen: „Ein Bund Konservativer Jugend (BKJ) wurde von Jugendlichen aus allen Schichten der Bevölkerung mit dem Ziel gegründet, die konservativen Grundwerte stärker als das bisher von anderen Gruppierungen geschehen ist, in der deutschen Jugend zu verbreiten.“ Weiter zählt die „KN“ die Namen der Vorstandsmitglieder auf und dort finden sich an der Kieler Uni wohlbekannte Herren wieder:

– Ingwert Paulsen (Vorsitzender des BKJ) Mitglied des RCDS (Studentenorganisation der CDU).

– Wolfgang Bick (Schatzmeister) An der Uni bekannt als Mitglied der Gruppe „Studenten für das Grundgesetz“. Diese Gruppe wurde eigens vom Rektorat der Kieler Uni gegründet, um als rechte Sammlungsbewegung die fortschrittliche Studentenbewegung von innen heraus zu be-

kämpfen.

– Thomas Lange (Stellvertretender Vorsitzender) Lange zog schon des öfteren die Aufmerksamkeit der fortschrittlichen Studenten auf sich. So als er mit einer Gruppe von Faschisten in einem Kino auftauchte, oder auf Demonstrationen wo er „nur so herumstand“ (Mit Photoapparat!). Selbst bezeichnete sich Lange zudem noch als Mitglied des „Bundes Volkstreuer Jugend“, einer faschistischen Organisation, deren „Landesführer“, der Faschist Main, wiederum als Mitarbeiter der „Bürgerinitiative Deutsches Reich“ bekannt ist (s. dazu AK 62: 100 Faschisten auseinandergejagt).

Hier lassen sich deutlich die Verbindungen zwischen offenen Faschisten und den sich demokratisch gebärdenden Organisationen der Rechten rekonstruieren. Wir werden auf diese Bande zu achten haben.

Uni-Einheit/KB Gruppe Kiel

Mit viel „Menschlichkeit“ garniert: Kampagne für Kriegsverbrecher und Massenmörder!

Mitleids-Kampagnen für die letzten noch inhaftierten faschistischen Bestien gehören in der Bundesrepublik inzwischen geradezu zum „guten (???) Ton“. Es vergeht kaum ein Tag, an dem man nicht irgendwo mit der Aufforderung konfrontiert wird, diese „armen, alten Leute“ doch endlich freizulassen, da sie „ihre Schuld bezahlt“ hätten.

Zu diesen „armen, alten Leuten“ gehört der Massenmörder Kappler. Er war seit 1939 an der deutschen Botschaft in Rom. Im Krieg „bewährte“ er sich u.a. bei der Verschleppung italienischer Juden nach Auschwitz und in andere Massenmord-Lager.

Als SS-Sicherheitschef von Rom organisierte Kappler 1944 eine SS-Racheaktion, nachdem dem italienischen Widerstand ein Anschlag auf Truppen eines SS-Bataillons gelungen war: 335 Italiener wurden unter Leitung und Mitwirkung Kapplers erschossen. 1947 wurde er von einem italienischen Kriegsverbrechertribunal zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Seitdem sitzt Kappler in der Festung Gaeta, gibt sich „Studien“ hin, hat geheiratet, empfängt regen Besuch alter und neuer „Kameraden“.

Makaber ist dabei noch: Für 330 ermordete Italiener wurde Kappler 1947 der „Befehlsnotstand“ zugebilligt – er habe auf Befehl seiner Vorgesetzten gehandelt. Verurteilt wurde Kappler lediglich wegen der übrigen fünf Opfer, die er aus eigener Laune mit abknallen ließ. Und die Vorgesetzten Kapplers, die den verbrecherischen Befehl gaben? Sie wurden zunächst von einem britischen Gericht zum Tode verurteilt, dann zu lebenslänglicher Haft begnadigt und schon 1952 wieder auf die Menschheit losgelassen!

Mit Kappler sitzt in Gaeta der österreichische SS-Sturmabführer Reder.

Seit ihrer Verurteilung wühlen, wie auch für den Kriegsverbrecher Heß, die Nazi-Freunde Kapplers und Reders für ihre Freilassung – natürlich immer unter dem Deckmantel der „Menschlichkeit“.

Seit Jahren betreibt von Öster-

reich aus dieses Weißwäschergeschäft der „Journalist“ Fritz Pfeiffer. Außer in zahlreichen anderen rechtsradikalen Gruppen ist er Mitglied der rechtsradikalen „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GfP) – siehe ARBEITERKAMPF 62 – und der „Hilfsgemeinschaft ‚Freiheit für Rudolf Heß‘ e.V.“. Pfeiffer rief z.B. 1971 mit widerlicher Scheinheiligkeit auf: „Wir wollen über alle Parteien hinweg einen flammenden Protest aus Gründen einfacher Menschlichkeit (!) einlegen. Wir können es nicht und wollen es nicht glauben, daß unmenschlicher (!) Haß stärker sein soll als Gerechtigkeit (!) und christliche Humanität! Bekennen wir uns in Treue zu diesen letzten Kriegsoffern (!) und fordern wir lautstark ihre endliche Freilassung!“

● 1968 erschien das Pamphlet „Der Fall Kappler“. Verfasser ist wiederum ein Mitglied der GfP, Dr. Rudolf Aschenauer. Er ist einer der „prominentesten“ und zwielichtigsten Gestalten des Nazi-Untergrundes nach 1945: Verteidiger bei den Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozessen, Führer des Mitglied der rechtsradikalen Aufbaugruppe „Deutsche Gemeinschaft“, verstrickt in die Aufbaupläne einer Nachfolgeorganisation der 1952 verbotenen faschistischen „Sozialistischen Reichspartei“ (SRP), mit vielfältigen Kontakten zum internationalen Faschismus, zum Rechtskatholizismus und zur CSU.

● Einen erneuten Vorstoß unternahm die rechtsradikale Mediziner-Clique „Bruderschaft Salem“ 1974 in ihrer „Salem-Zeitung“ (siehe ARBEITERKAMPF 62): „Es ist nicht recht, daß wir Deutsche, 29 Jahre nach Kriegsende, den einzigen letzten deutschen Kriegsgefangenen (!) in Italien – Herbert Kappler – im Stich lassen!“ Es gelte, „einen ersten Schritt der Sauberkeit (!), auch der christlichen Tat zu tun. Solch eine echt christliche Tat der Barmherzigkeit (!) ist es, wenn wir Deutsche gemeinsam, als Volk einen echten, ersten, geraden Schritt tun, zum Beispiel Herbert Kappler zu seiner Freiheit zu verhelfen“.

Offensichtlich rechnen sich die alten Freunde Kapplers heute gute Chancen aus. Der Unterstützung des westdeutschen Staates können sie sicher sein: spätestens seit 1955 bemüht er sich um die Freilassung Kapplers und wird Jahr für Jahr bei der italienischen Regierung vorstellig.

Mit Hilfe des „Panorama“-Redakteurs Lutz Lehmann gelang jetzt der Sprung in eine breite Öffentlichkeit. Lehmann bot auf: Die Frau Kapplers, Präses Wilma von der evangelischen Kirche, einen SS-Mann namens Domitzlaff, schließlich gar Ex-Bundespräsident Heinemann. Verkündete Kapplers Frau vergleichsweise milde, sie hoffe auf eine „Versöhnungshand“, fuhr Kirchenmann Wilma schweres Geschütz auf: „Der über lange“ Strafvollzug an SS-Schlichter Kappler sei „unmenschlich“. Im übrigen: Es sollte endlich „ein Schlußstrich unter die Zeit 1940 bis 45 oder (!) 33 bis 45“ gezogen werden. SS-Mann Domitzlaff durfte im Fernsehen Loblieder auf die „Menschlichkeit“ von Kappler anstimmen: „Um den Opfern keine Schmerzen zu bereiten, wurde von unten nach oben ins Genick geschossen“, erinnert er sich. Natürlich ließ es sich Lehmann auch nicht entgehen, Kappler als Wohltäter zu präsentieren: Studien im Gefängnis, Heilung spastisch gelähmter Kinder usw.

Als Gipfel der Unverschämtheit hielt ein Interviewer einem alten Widerstandskämpfer vor, ob nicht erst die Widerstandsaktion den faschistischen Massenmord „provokiert“ habe. Schließlich, so der Kommentator der Sendung, hätten sich die Partisanen doch freiwillig ergeben können, dann wäre die „Vergeltung“ vielleicht nicht so hart ausgefallen.

Kappler und seine Freunde können zufrieden sein. Unter dem Mantel des „kritischen“ Journalismus ist die ganze, seit Jahren aufgebaute Eigenpropaganda der Faschisten ins Fernsehen gedrungen, verbunden mit dem Versuch, auf üble Weise den antifaschistischen Kampf zu diskreditieren.

Antifa-Kommission KB/Gruppe HH

Altnazis in Amt und Würden

Zu dem Buch „Großes Bundesverdienstkreuz“ von Bernt Engelmann

1974 erschien als Taschenbuch der Tatsachenroman „Großes Bundesverdienstkreuz“ (das Bundesverdienstkreuz ist eine „Auszeichnung für besondere Verdienste beim Wiederaufbau der Demokratie“) von dem Sozialdemokraten Bernt Engelmann, das endlich einmal lesenswert ist. Engelmann ist Mitglied im Presseausschuß demokratische Initiative (PDI). Nur dieser Autorendition ist es zu verdanken, daß das Buch überhaupt erscheinen konnte, da sich einige Mitglieder bereit erklärten, das Copyright für den Roman zu übernehmen. Dieses Buch ist 1. spannend zu lesen und 2. ein Buch, mit dem man als Linker gute Agitation machen kann.

Engelmann hat Dokumente aus der Nazizeit und der jüngsten Vergangenheit der BRD zusammengestellt. Aus diesen Dokumenten wird ersichtlich, daß die alten Nazis heute wieder in Amt und Würden sind.

Kurz zum Inhalt: Fritz Ries, Hauptfigur, heutiger Großaktionär des Pegulankonzerns, war während des 2. Weltkrieges persönlich haftender Gesellschafter der Firma Flügel und Polter KG. Durch die „Arisierung“ von jüdischen Unternehmen bevorzugt in Polen, und durch Zwangsverpflichtung jüdischer Frauen und Mädchen, unter den unmenschlichsten Bedingungen, wuchs der 120-Mann-Betrieb schnell zu einem 10.000-Mann-Konzern.

Nützlich waren ihm dabei die Bekanntschaften, die er durch seinen frühen Eintritt in die NSDAP machte. Die NSDAP-Kreisleitung empfahl ihn für die Übernahme einiger Betriebe, von der Gestapo wurde er ausgewählt zum „Vertrauensmann für besondere Angelegenheiten“.

Auch als die Situation in Polen für Ries durch den Vormarsch der Roten Armee brenzlich wurde, war ihm die Hilfe der SS-Führer, u.a. H.M. Schleyer und Otto A. Friedrich, sicher. Durch Bestechung von Reichsbahn-Bediensteten wurden ihm Wagons zur Verfügung gestellt, die für den Verwundetentransport reserviert waren: er schaffte das gesamte Inventar nach Bayern und Niedersachsen, und hatte somit ein gutes Startkapi-

tal für den Neuanfang.

Um seine Person und in seinem Konzern hat Ries seine alten Freunde aus der Vergangenheit gesammelt. Im Aufsichtsrat des Pegulankonzerns sitzt stellvertretend Schleyer; als Leiter seines persönlichen Büros vertritt ihn ein Altnazi – früher Richter am „Volksgerichtshof“ – Eberhard Taubert.

Eine Verbindung zu F.J. Strauß läuft über dessen Ehefrau Marianne, die mit 10 % am Ries'schen Unternehmen beteiligt ist. Heute gehören diese Altnazis zu den Förderern der CDU/CSU und rechtsradikaler Gruppen, die Strauß nahestehen; darunter bevorzugt Hugo Willems, bis 1973 Chefredakteur der Wochenzeitung „Das Deutsche Wort“. Heute ist Willems Chefredakteur des Ostpreußen-Blattes, das sich für eine bundesweite „4. Partei“ als Sammelbecken aller rechts von der CDU stehenden Gruppen um F.J. Strauß einsetzt.

Logisch, daß so ein Buch in der bürgerlichen Presse totgeschwiegen wird.

Zeitungen und Illustrierte, die ansonsten Buchbesprechungen einigen Raum geben, widmen diesem Buch nur Beachtung in Zusammenhang mit einem Prozeß der „Hauptperson“, Altnazi Ries, gegen Engelmann. Die wesentlichen Inhalte werden dabei außen vor gelassen, man verlegt sich auf Nebenaspekte, die in der Klage von Ries zum Hauptpunkt werden.

Ein geschicktes Vorgehen auch bei der Prozeßführung: Während der relativ wenig bekannte Ries nach vorn geschickt wird, bleiben andere Altnazis, die mehr in der Öffentlichkeit stehen, wie z.B. Freiherr von Fiercks, Globke, Zogelmann, Stücklen, Schleyer usw. im Hintergrund.

Man darf gespannt sein, ob Engelmann sich einschüchtern läßt, oder ob er seinen geplanten Fortsetzungsroman „Mit Stern und Schulterband“ auch noch schreibt.

Die Taschenbuchausgabe von „Großes Bundesverdienstkreuz“ ist erhältlich im „Arbeiterbuch“; Preis DM 6,-.

Eine Beiersdorf-Genossin
KB/Gruppe Hamburg

Inhalt

Betrieb und Gewerkschaft

DGB:	
Zwei Nachträge zum 10. DGB-Kongreß	24
Rationalisierung:	
DEMAG-Kalletal: „Lieber jetzt hunger, als im nächsten Jahr verhungern“	26
Kollegen der Erwitter Zementfabrik bringen wichtige Erfahrungen mit	27
Umschulung – eine Falle für die Kollegen	27
Siemens will Arbeiterinnen entlassen	20
Metal-Industrie:	
VW-Werk im Irak geplant	26
SE, Hamburg: Sozialdemokraten schützen Gewerkschaftsfeinde vor Ausschuß	24
SE, Hamburg: Kampf gegen Unternehmer-Willkür, Kurzarbeit und verschärfte Arbeitshetze!	24
Druck-Industrie:	
IG-Drupa-Führer geht bei George Meany in die Schule	24
HBV:	
HBV, Flensburg: DKP-Funktionär denunziert linken Kollegen bei der Gewerkschaftsführung	25
HBV-Jugendgruppe, Flensburg: Spaltung nicht hingenommen	25
GEW:	
GEW, Hamburg: Niederlage im Kampf zur Auseinandersetzung in der GEW Niedersachsen – Braunschweiger Vertreterversammlung 7. bis 10.4.	23
Niedersachsen: 365 Lehrer arbeitslos	23
Ausländische Arbeiter:	
Der PVC-Arbeiter hat seine Schuldigkeit getan, er ist krank und muß gehen	25
Schwarzarbeit? – Ein Leserbrief	27
Regierungspolitik	
Bourgeoisie bläst zur Attacke auf das Lebensniveau der Werktätigen: „Abschied vom Sozialstaat“ – heißt die Parole	1
Hamburg: Eltern gegen die Sparpolitik des Senats	36
Kehrseite der „Sparpolitik“: Fischerei-Kapitalisten kriegen neue Fischdampfer (fast) geschenkt	34
CDU	
„Abhöraffaire“ – Die Brandstifter als Biedermann	35
SPD	
Reale sozialdemokratische Politik: Korruption	37
Imperialismus	
Die sogenannte „Nach-Vietnam-Politik“ des US-Imperialismus: Noch aggressiver!	2
„Waffengeschäft des Jahrhunderts“ perfekt	5
Internationale	
England:	
Berichtigung zum letzten Artikel	18
15.000 demonstrierten in London für das Recht auf Abtreibung	34
Italien:	
Wahlen in Italien: Großer Sieg für die Linken	17
Faschisten morden weiter	18
„Pressefreiheit“ a la Bourgeoisie	47
Frankreich:	
Chantilly: Ein ungewöhnliches Bild – Bullenrennen statt Pferderennen	42
Der Kampf der Druckarbeiter von „Parisiénne Libérée“	15

Flugblatt des Kampfkollektivs der Verlagsarbeiter	16
Ein Beispiel der bürgerlichen Hetze gegen die kämpferischen Druckarbeiter – Aus einer gaullistischen Provinzzeitung	16
Spanien:	
„Heck“ einschütten der CDU in Spanien	13
Franco und Guiscard – Komplizen	13
Portugal:	
Politischer Aktionsplan des MFA	13
Die Auseinandersetzung um die Tageszeitung „Republica“ (2. Teil)	10
Kampf um die Azoren – Portugiesische Reaktion und US-Imperialismus gehen auf den Azoren zum Angriff über	11
Mosambik:	
Endgültiger Sieg über die portugiesische Kolonialherrschaft: Mosambik ist unabhängig	12
West-Sahara:	
Für das Recht auf Selbstbestimmung der West-Sahara	14
Libanon:	
Kämpfe im Libanon – Teil der „friedlichen Lösung“?	2
Indochina:	
Vietnam: „Ist der Yanki geschlagen, erbauen wir das Land zehnmal schöner denn je“ (Ho-chi-minh)	6
Südkorea:	
Neue Kriegsdrohung des Imperialismus – Verschärfter faschistischer Terror im Innern	8
Terror des südkoreanischen Geheimdienstes KCIA	9
Indien:	
Ausnahmestand in Indien	1
Chile:	
Frauen in Chile	29
Chile und Argentinien: Gemeinsame Verfolgung der Linken	21
Neuester Versuch der Junta, ihr Image aufzupolieren	18
Geheimprozeß gegen 13 MIR-Genossen in Chile	19
Der Prozeß 84/74	21
Juan Olivares vor Gericht	1
Bluff um die Freilassung politischer Gefangener	18
„Friedliche Koexistenz“?	43
Skandal – Wischnewsky: Gladys Diaz bleibt in den Folterzentren Chiles	18
Evangelische Kirche Chiles – Faschistenbrutstätte	18
Internationale Solidarität	
37.000 DM für den Aufbau Südvietnams übergeben!	21
– Besuch in der Botschaft der Republik Südvietnam in Berlin/DDR	20
Hamburg: Lutar, criar poder popular! – Große Portugal-Veranstaltung mit dem MES	39
Probleme des Marxismus-Leninismus	
EG-Abstimmung in Großbritannien: Vaterlandsverteidiger und Slalomfahrer	40
Immer neue „Sowjetische Stützpunkte“	40
Eiertänze und Riesenslalom – Die chinesische Außenpolitik bringt die Opportunisten in Schwierigkeiten (Teil I)	38
Berichtigung zum Artikel „Kampf der Supermächte – diesmal im Mittelmeer“ in AK 62	40
Not macht erfinderisch – KBW bleibt auf Münchhausen-Trip	39

Vaterlandsverteidiger lassen die Katze aus dem Sack	40
Vaterlandsverteidiger besuchten China	38
Bullenterror in der BRD	
Ermächtigung der Polizei zum „Todeschuß“ – Faschistischer Wunschtraum der Bourgeoisie	43
Heidelberg: Polizei provoziert Straßenschlacht	42
Klassenjustiz in der BRD	
Solidarität mit den fünf Mitgliedern des KBW, die in den Knast sollen	1
MEK-Prozeß, Hamburg: Der Einsatzleiter im Gerichtssaal – Ahnungslos	41
Rechtsanwälte verhaftet	41
6.300 DM Geldstrafe für Flugblatt-Verteiler	41
Berufsverbote in der BRD	
Bremen: Drohendes Berufsverbot gegen Physikerprofessor Jens Scheer	23
Berufsverbot gegen den Rechtsanwalt Kurt Groenewold verhängt – Interview mit Kurt Groenewold	47
Kampf dem Faschismus	
„Vierde Partei“ auf Bundesebene in Vorbereitung (1. Teil)	45
Kiel: „Bund Konservativer Jugend“ gegründet	47
Stade: Verstärktes Treiben der Faschisten	37
Kiel: Den Faschisten eine Lektion erteilt	46
Altnazis in Amt und Würden – Zu dem Buch „Großes Bundesverdienstkreuz“ von Bernt Engelmann	48
Mit viel „Menschlichkeit“ garniert: Kampagne für Kriegsverbrecher und Massenmörder	48
Nazi-Plakatkleber verurteilt – Die Hintermänner bleiben ungeschoren	42
Hamburg: Die Straße sauber halten!	5
Frauen	
Gegen die Arbeiterinnen! – Der DGB-Kongreß in Hamburg – Ein willkommener Anlaß, Arbeiterinnen und Angestellte an der Nase herumzuführen	28
Auf dem DGB-Kongreß unterrepräsentiert	28
Frauen selbst schuld?	33
Zur Reform des Ehe- und Familienrechts	33
Spektakel um nichts	32
Die Lage der Frauen unter dem deutschen Faschismus (1. Teil)	31
Stirbt „Deutschland“ aus? Propaganda-Kampagne der Bourgeoisie	31
Müttersterblichkeit in der DDR durch legalen Schwangerschaftsabbruch erheblich gesenkt	34
Man schlägt den Sack – man meint den Esel: Zur Frauen-Kriminalität	30
USA: Frauen besonders hart durch Rezession betroffen	33
Gesundheitswesen in der BRD	
München: Trotz fahrlässiger Körperverletzung: Witt operiert weiter	37
Jugendpolitik	
12.000 auf DGB-Demonstration gegen Jugendarbeitslosigkeit in Hannover	34
In eigener Lösung	
Des Rätsels Lösung – Ein Leserbrief	9